

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES



KANTON WALLIS

2003



**Der Staatsrat
des Kantons Wallis
an den
Grossen Rat**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete

Wir beehren uns, Ihnen gemäss Artikel 54 der Kantonsverfassung den Verwaltungsbericht des Staatsrates für das Jahr 2003 zu unterbreiten.

Wir benützen diesen Anlass, um Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Versicherung unserer ehrerbietigen Hochachtung zu erneuern und Sie samt uns dem Machtschutz Gottes zu empfehlen.

Sitten, im März 2004,

Der Präsident des Staatsrates:
Jean-Jacques Rey-Bellet

Der Staatskanzler:
Henri v. Roten

Médiathèque VS Mediat'



1010671104

N 111 d

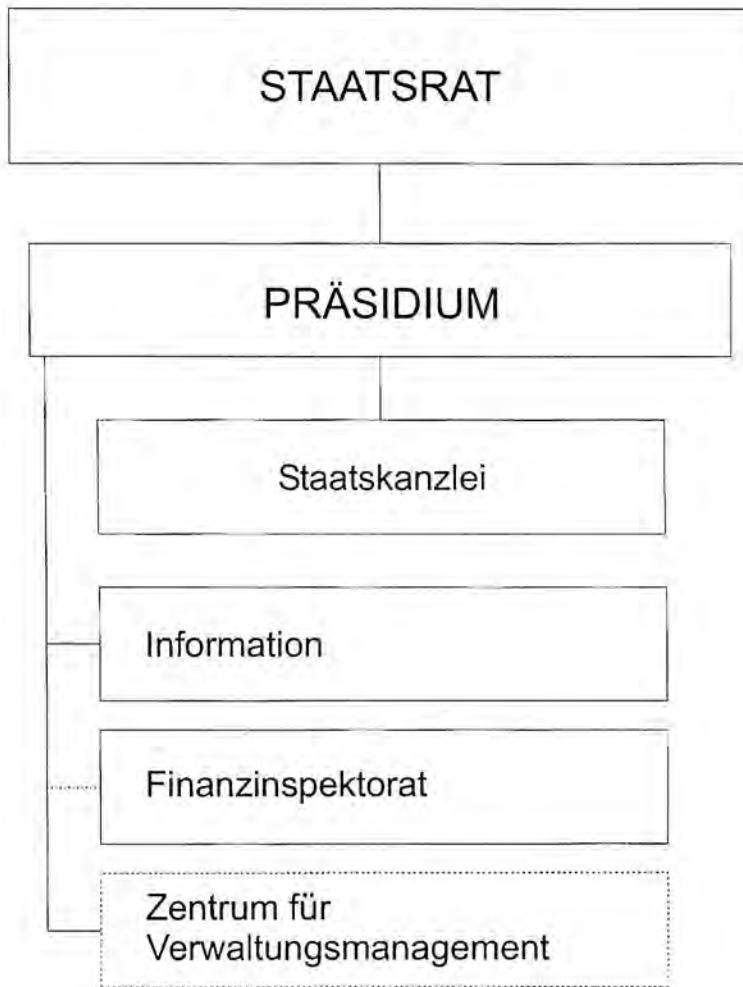
Herausgegeben von der
STAATSKANZLEI

SITTEN, März 2004

KANTON WALLIS

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
PRÄSIDIUM	7
DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN	17
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	41
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	57
DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT	81
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	103
UMSETZUNG DER RICHTLINIEN DER REGIERUNGSPOLITIK 2002 - 2005 AM ENDE DES JAHRES 2003	133



ENLEITUNG VON HERRN JEAN-JACQUES REY-BELLET STAATSRATSPRÄSIDENT

Das vergangene Jahr gilt scheinbar als das Jahr der Ungewissheiten.

Die Weltwirtschaft erlebt eine Periode der Stagnation, deren Ausmass und Dauer sich insbesondere auf das Abendland fixieren.

Die Liberalisierung des Handelsverkehrs wird sogar inmitten der Welt-Handelsorganisation angefochten.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus fügt sich einer neuen und riskanten Doktrin der präventiven Intervention.

Die Erweiterung der Europa-Union nach Osten schwächt den helvetischen diplomatischen Weg der bilateralen Abkommen.

Die Verschuldung unserer öffentlichen Gemeinwesen erreicht eine Schwelle, die strukturelle Sparmassnahmen aufdrängt.

Der neue Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Kantonen, dem Besorgnis erregende Sparmassnahmen vorausgingen, lässt bezweifeln, dass die Entlastung der Aufgaben des Bundes dazu beiträgt, die Solidarität in zahlreichen Bereichen auf ihrer derzeitigen Stufe zu bewahren.

Die neue Regionalpolitik tendiert dazu, die zentral gelegenen Gebiete mit starker Wohndichte auf Kosten der Randgebiete zu bevorzugen.

Das Gesundheitsnetz Wallis ist in die grossen Anpassungen verwickelt, die eine Koordination und Aufteilung der effizienten Aufgaben erfordern.

Die Hochschulen sind sich im Klaren, dass ihre Ambitionen zu Anpassungen neigen.

Der öffentliche Strassen- und Bahnverkehr gerät in eine Spirale von Sparvorschlägen.

Unsere von aussen diktierte Wirtschaftsförderung ist in einem stets härteren Konkurrenzkampf verwickelt und die Verletzbarkeit unseres Industrienetzes und unseres Tourismus bleibt bestehen.

Die Lebensbedingungen im Alpenraum stehen in Gefahr, teils weil sich die Naturgefahren verstärken und teils weil sich der Bund von seinen Verpflichtungen frei macht.

Das Jahr 2003 hegt aber auch ein paar Hoffnungsschimmer und sogar gewisse erwähnte Besorgnis erregende Themen können positive Aspekte aufweisen. Es wird eine internationale wirtschaftliche Wiederankurbelung erwartet. Das stabilisierte Europa wird erweitert. Bund und Kanton unternehmen ihre Finanzsanierungen. Das Nachdenken über die Solidaritätsgrundlagen und –leistungen sowie

über die Prioritäten im Bereich der Forschung, Ausbildung und technischen Einrichtungen wurde eingeleitet.

In einem von Ungewissheiten geprägten Umfeld besteht somit das Risiko, dem Pessimismus und der Ängstlichkeit zu verfallen. Die Logik verlangt unter Wahrung der Gelassenheit, dass man wieder lernt, das Wesentliche zu unterscheiden und sein Wirken und die verfügbaren Mittel gezielt nach den Bedürfnissen abgestuft zu konzentrieren.

Unsere Gesellschaft war daran gewöhnt, genügend wohlhabend zu sein, um ständig wachsenden und wuchernden Erwartungen nachzukommen. In schwereren Zeiten aber schaden die unkontrollierten und verzettelten Grosszügigkeiten einer wirksamen Solidarität. Die tatsächliche Lage zwingt uns heutzutage, das Wesentliche anzusteuern, um das Wesentliche zu bewahren.

Im Jahre 2003 stehen unser Bewusstsein und unsere Verhaltensweisen somit an einem Wendepunkt. Die kommenden Jahre werden in den Verwaltungsberichten der Regierung schrittweise die neuen Ausrichtungen einer Handlungsweise des Staates widerspiegeln, die mit Prioritäten verknüpft und begrenzt sind, bei denen eine Auswahl noch getroffen werden muss. Es ist kein grosser Verdienst in ruhigen Zeiten den richtigen Kurs einzuhalten.

Der Staatsratspräsident
Jean-Jacques Rey-Bellet



VERWALTUNGSBERICHT DES PRÄSIDIUMS

FÜR DAS JAHR 2003



Staatsratspräsident
Jean-Jacques Rey-Bellet



Staatskanzler
Henri v. Roten

STAATSKANZLEI

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PRÄSIDIUM

PERSONALORGANISATION

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Staatskanzlei	17.30
Information	4.00
Finanzinspektorat	16.00
Zentrum für Verwaltungsmanagement	7.00
Total	44.30

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

- 6.043 Motion der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Jean-Yves Clivaz, betreffend Änderung des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle vom 24. Juni 1980 und des Reglements betreffend das kantonale Finanzinspektorat vom 20. Mai 1981 (10.09.2002)
Motion in Form eines Postulats angenommen.
Mit diesem Vorstoss wird die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen vorgeschlagen, so dass aus dem kantonalen Finanzinspektorat das kantonale Geschäftsführungs- und Finanzhaushaltsinspektorat wird, dessen Verantwortlichkeit auf folgende Gebiete ausgeweitet wird: Verwaltungsabläufe, Informatiksysteme, Personalmanagement...
- 6.044 Motion der SPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher und Hrn. Grossrat Marc Kalbermatter und der sozialistischen Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat Benoit Curdy, betreffend Informationsgesetz (12.09.2002)
Motion angenommen
Mit dieser Motion wird der Staatsrat aufgefordert, ein Gesetz über die Information der Bevölkerung auszuarbeiten, das die Grundsätze und das Verfahren zur Information über die Tätigkeit der Behörden und der Verwaltung, namentlich den Grundsatz der Transparenz, das Recht auf Information und auf Einsicht in Akten regelt. Der Staatsrat spricht sich grundsätzlich für ein Informationsgesetz aus.
- 6.045 Motion von Hrn. Grossrat Beat Abgottspon (CVPO) und Konsorten betreffend Abänderung der massgebenden Gesetzgebung bezüglich den Ablauf der Beratungen über die Regierungsrichtlinien und den Finanzplan durch den Grossen Rat und dessen Kompetenzen (12.09.2002)
Motion in ein Postulat umgewandelt.
Mit dieser Motion wird eine Revision von Spezialgesetzen gefordert, mit dem Ziel, den Beratungen über die Regierungsrichtlinien und den Finanzplan im Grossen Rat sowohl für diesen selbst als auch für die Regierung bindenden Charakter zu verleihen. Der Staatsrat ist allerdings der Ansicht, dass die Mehrjahresplanung in erster Linie ein Regierungsakt ist und somit in seiner Zuständigkeit liegt.
- 6.046 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Alexis Turin, betreffend Transparenz der öffentlich-rechtlichen oder privaten Gesellschaften, an denen der Staat mehrheitlich oder massgeblich beteiligt ist (23.05.2002)
Das Postulat wird mit Vorbehalt angenommen.
In diesem Postulat wird der Staatsrat dazu aufgefordert, alljährlich einen Sonderbericht über die Tätigkeit der Gesellschaften, an denen er mehrheitlich beteiligt ist, zu unterbreiten und darin auf verschiedene Aspekte seiner Beteiligung einzugehen.

- 6.048 Postulat der DC-Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat Maurice Tornay, betreffend subventionierte Institutionen – Leistungsvertrag (04.02.2003)
Postulat angenommen.
Dieses Postulat zielt auf die Einführung von Leistungsverträgen für sämtliche anerkannten Institutionen ab, in denen die Zielsetzungen, welche die besagten Subventionen rechtfertigen, klar definiert werden. Der Staat soll also die Grundsätze der neuen Verwaltungsführung bei seinen Beziehungen mit den subventionierten Institutionen anwenden.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BUND UND KANTON

Im Laufe des Jahres 2003 hat der Staatsrat 41-mal in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung genommen; diese Antworten werden an unsere Vertreter in den eidgenössischen Räten übermittelt und können auch auf der Internetseite des Staates Wallis (www.vs.ch) konsultiert werden. Der Staatsrat hat zudem mehrmals beim Bundesrat zugunsten der Walliser Wirtschaft interveniert.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM WALLIS UND DEN ÜBRIGEN

Kantonen Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist im Laufe des Jahres 2003 viermal zu einer ordentlichen Plenarversammlung zusammengetreten und zwar am 13. März, 20. Juni, 3. Oktober und 12. Dezember. Zudem fand am 28. November eine ausserordentliche Plenarversammlung statt, die dem Legislaturprogramm 2003-2007 des Bundes gewidmet war. Der Staatsrat war an jeder dieser Versammlungen durch eines seiner Mitglieder vertreten. Im Laufe dieser Versammlungen wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- Legislaturprogramm 2003-2007 des Bundes
- Entlastungsprogramm 2003 des Bundes
- Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank (SNB)
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben
- Neue bilaterale Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU
- Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket 2001 des Bundes
- Nationale Federalismuskonferenz

Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen (KWK)

Die Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen trat im Jahre 2003 ebenfalls zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen und zwar am 7. März, 13. Juni, 26. September und 28. November. Am 16. Mai fand eine gemeinsame Tagung der KWK und des Espace Mittelland in Neuenburg statt. Der Staatsrat war an jeder dieser Sitzungen durch eines seiner Mitglieder vertreten. Im Laufe dieser Sitzungen wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- Annäherung zwischen der KWK und dem Espace Mittelland
- Sachplan Schiene/Strasse
- Vernehmlassung über die internationalen Schienenverbindungen
- Verwendung der überschüssigen Goldreserven
- EuRefKa

Regierungskonferenz der Gebirgskantone

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone ist im Jahre 2003 zu zwei Plenarversammlungen zusammengetreten und zwar am 19. Mai und am 21. November. Der Staatsrat war an jeder dieser Sitzungen durch eines seiner Mitglieder vertreten. Er vertrat das Wallis auch anlässlich der Tagung „Wasser im Berggebiet – Vernetzung von Erfahrung und Kompetenz“, die am 27. September in Altdorf stattfand. Es ging dabei namentlich um folgende Themen:

- 2003 - UNO-Jahr des Wassers
- Regionalpolitik der Gebirgskantone
- Öffnung des Elektrizitätsmarkts

"CHANCELLER'IN":**Ein Qualitätsmanagementprojekt für die Staatskanzlei**

Das Projekt Chancellor'in hat zum Ziel, alle Verfahren in der Staatskanzlei zu definieren und zu inventarisieren. Im Laufe dieser Arbeiten wurden rund dreissig Verfahren innerhalb der Staatskanzlei festgelegt, was einen wichtigen Schritt im Rahmen der Konzeptualisierung der Verwaltung und Klassifizierung der Dokumente darstellt.

In einem zweiten Schritt wurde ein neues Arbeitsinstrument implementiert, das die Verwaltung der Dokumente vereinfacht und verbessert. Dieses Qualitätsmanagementprojekt soll es der Staatskanzlei mittelfristig erlauben, die ISO-9001-Zertifizierung zu erlangen, so wie dies schon bei einigen Dienststellen der kantonalen Verwaltung der Fall ist.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER STAATSKANZLEI UND DEM PARLAMENTSDIENST DES GROSSEN RATES

In enger Zusammenarbeit mit dem Parlamentsdienst des Grossen Rates hat die Staatskanzlei unter anderem die detaillierten Aufstellungen der Geschäfte hinsichtlich der Vorbereitung der monatlichen Sitzungen des Büros des Grossen Rates erstellt sowie die Aufteilung der parlamentarischen Vorstösse hinsichtlich der Vorbereitung der ordentlichen Sessionen des Grossen Rates vorgenommen.

Zudem befasst sich die Staatskanzlei mit der Weiterverfolgung der im Laufe der Legislaturperiode behandelten Botschaften und Gesetzesentwürfe und beteiligt sich aktiv am Projekt zur Informatisierung der parlamentarischen Vorstösse.

PROTOKOLL

Im Laufe des Jahres 2003 hat der Staatsrat in den staatlichen Empfangsräumen, auf Schloss Majorie, Schloss St. Maurice, Schloss Mercier, in der Villa de Riedmatten und in verschiedenen staatlichen Einrichtungen zahlreiche Persönlichkeiten empfangen, u.a.:

- den Botschafter der Ukraine, Hrn. Hevhen Bersheda;
- den Präfekten von Hochsavoyen, Hrn. Jean-François Carencio;
- den japanischen Botschafter, Hrn. Yuji Nakamura;
- den Bundesrat, anlässlich seines jährlichen Ausfluges;
- die Botschafterin der Republik Bulgarien, Frau Ivanka Petkova;
- den Botschafter des Grossherzogtums Luxemburg, Hrn. Yves Spautz;
- den italienischen Generalkonsul, Hrn. Renato Castellani;
- den italienischen Botschafter, Hrn. Benedetto Francese;
- Hrn. Léonard Gianadda, nach seiner Aufnahme in die „Académie des Beaux-Arts“ im Pariser „Institut de France“ und der Übergabe des Schwerts.



Dank der guten Zusammenarbeit der Staatskanzlei mit der Dienststelle für Hochbau konnte der Staatsrat seine Empfangsräumlichkeiten in der Villa de Riedmatten beziehen.

Dieses Jahr, am 29. und 30. April, wurde der Staatsrat von der Regierung von Appenzell Ausserrhoden empfangen. Am 9. und 10. September empfing er seinerseits die Mitglieder der Regierung des Kantons Zug.

VERSCHIEDENES

Am 7. Januar überbrachte der Staatsrat den Walliser Behörden im Supersaxosaal seine Neujahrswünsche.

Im Rahmen von zwei Feierlichkeiten in den Monaten Mai und November nahm er die Vereidigung von 391 Neubürgerinnen und Neubürgern vor.

Ausserdem wurden fünf neue Notare vereidigt.

Dreimal hat er sich mit den Walliser Bundesparlamentariern in Bern getroffen.

Er verlieh den Rünzi-Preis an Hrn. Luc Fellay für seine Beförderung zum Chef Heer und für seine ausgezeichneten Dienste zu Gunsten der Walliser Behörden und der Walliser Bevölkerung bei der Bewältigung der Naturkatastrophe vom Februar/März 1999 als Kommandant der Ter Br 10.



Im Laufe des Jahres hatte unsere Regierung die Ehre und das Vergnügen, 9 Personen zu ihrem hundertsten Geburtstag ein Geschenk überreichen zu dürfen:

- Frau Blanche Irène Noël-Jaquet, Martigny
- Frau Katharina Bayard, Eischoll
- Frau Marthe Roulet, Sitten
- Frau Hedwig Häuser, Visp
- Frau Catherine Gaist, Vétroz
- Frau Ida Pralong, Salins
- Herrn Luc Gillioz, Martigny
- Frau Madeleine Pot-Clavel, Siders
- Frau Marie-Madeleine Antille, Siders

Die Staatskanzlei hat zwei Empfänge im Grand-Brûlé in Leytron organisiert:

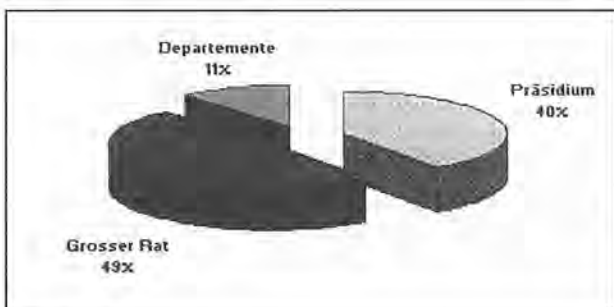
- mit den ständigen Kommissionen des Grossen Rates, am 7. November
- mit den Gerichts- und Kirchenbehörden, am 12. November.

Sie zeichnete auch für die Organisation der Sitzung der Dienstchefs vom 24. November verantwortlich.

Der Weibeldienst hat für den Staatsrat über 104'000 km zurückgelegt.

Übersetzungen der Staatskanzlei für das Jahr 2003

Präsidium		Grosser Rat		Departemente	
Auftraggeber	Seiten	Gegenstand	Seiten	Auftraggeber	Seiten
Staatsrat	149	Berichte	157	DFLA	42
Kanzlei	26	Vorstösse	128	DGSE	
Information	61	Divers	5	DEKS	24
Finanzinspektorat				DVIS	
ZVM	4			DVBU	
Total	240		290		66



RECHTS- UND VERWALTUNGSANGELEGENHEITEN

SEKRETARIAT

Im Laufe des Jahres 2003 wurde die Staatskanzlei insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

- Weiterleitung und Behandlung von 2'702 an den Staatsrat gerichteten Schreiben;
- Vorbereitung von 52 Staatsratssitzungen;
- Abfassung des Protokolls der Staatsratssitzungen, was insgesamt 6'173 nummerierte Entscheide ausmacht;

Austeilung der Beschwerden nach Sachgebiet im Jahre 2003

Instanz	Übertrag 2002	Eingänge 2003	Total	Erledigt (StrE)	Abgeschr.	Erledigt Total	Übertrag 2004
DFLA	14	9	23	9	5	14	9
DVIS	109	27	292	22	29	201	91
Strassenverkehr		97		50	44		
Ausländer		59		44	12		
DGSE	82	20	102	17	9	26	76
DEKS	16	12	28	12	6	18	10
DVBU	46	30	76	19	13	32	44
KBK (Bauten)	144	70	214	58	50	108	106
KStA (Stipendien und Ausbildungsdarlehen)	6	11	17	8	8	16	1
TOTAL 2003	417	335	752	239¹	176	415	337
(Total 2002)	(393)	(443)	(836)	(243) ²	(176)	(419)	(417)

Beschwerden vor den Gerichten 2002 : KG 55 Eingänge, BG 13 Eingänge
2003 : KG 63 Eingänge, BG 9 Eingänge

*1 Von den 239 im Jahre 2003 mittels StrE erledigten Beschwerden wurden 31 gutgeheissen, also 13%

*2 Von den 243 im Jahre 2002 mittels StrE erledigten Beschwerden wurden 22 gutgeheissen, also 9%

- Zirkulation von 145 Dossiers unter den Mitgliedern des Staatsrates;
- Beglaubigung von 2263 Dokumenten;
- 818 Rechtskraftbescheinigungen von verschiedenen Verfügungen sowie die Rechnungsführung;
- Vorbereitung und Druck des Verwaltungsberichts;
- Veröffentlichung von 463 Arbeitsvergaben des Staatsrates im Amtsblatt.

VERÖFFENTLICHUNG KANTONALER ERLASSE

Die Gesetzessammlung des Jahres 2003 (ca. 300 Seiten) wurde im März herausgegeben. Dank der schnellen Aktualisierung der Gesetze im Internet stehen dem Bürger die gewünschten Informationen umgehend zur Verfügung und durch leistungsstarke Drucker kann die Nachfrage befriedigt werden. Es wurden keine Nachführungen der gedruckten systematischen Gesetzessammlung geliefert. Seit dem Jahr 2003 kann man das Amtsblatt auch im Internet konsultieren, wobei erst wenige Rubriken online sind.

VERWALTUNGSBESCHWERDEN

Es wurde ein Rückgang der Verwaltungsbeschwerden verzeichnet, was mit dem Fehlen von Massenrekursen erklärbar ist. Dank der zur Verfügung stehenden Ressourcen und der Hilfe von Praktikanten (4 Personen für eine Dauer zwischen zwei und fünf Monaten) war es möglich, mehr Fälle abzuschliessen als dass neue hinzukamen. Die Staatskanzlei hat bei zahlreichen gesetzgeberischen Entwürfen ihre Meinung abgegeben und war in departementsübergreifenden Angelegenheiten involviert. Sie hat auch für die kantonale Disziplinarkommission sechs Fälle instruiert.

INFORMATION

Information der Medien

Im Jahr 2003 wurden etwa 500 A4-Seiten in Form von zweisprachig herausgegebenen Communiqués und Informationen verteilt. An den im abgelaufenen Geschäftsjahr vom Informationschef des Staates 35 einberufenen Pressekonferenzen und Medienorientierungen wurden ausserdem gegen 340 Dokumente in deutscher und französischer Sprache (2800 Seiten) zur Verfügung gestellt. Diese Informationen sind an etwa hundert Medien im Wallis und in der übrigen Schweiz gerichtet und werden gleichzeitig auf der Webseite des Staates veröffentlicht.

Zusätzlich zu den Informationen in den Medien hat die Öffentlichkeit auf diese Weise die Möglichkeit, sich durch Abfrage der im Internet bereit gehaltenen Originaldokumente ihre eigene Meinung über die Tätigkeiten der Behörden zu bilden.

Die eidgenössischen Wahlen im Internet

Ausser der Berichterstattung über die eidgenössischen Abstimmungen vom 18. Mai (9 Vorlagen) und 9. Februar (2 Vorlagen) wurden anlässlich der Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 19. Oktober und des zweiten Wahlgangs für die kleine Kammer vom 2. November grosse Anstrengungen unternommen. Bei dieser Gelegenheit wurde im ehemaligen Swisscom-Gebäude in Sitten, Chemin St-Hubert 1, das sich jetzt in Staatseigentum befindet, ein neues Medienzentrum eingerichtet.

Dank modernster Telekommunikationseinrichtungen, die in speziell auf ihre Bedürfnisse angepassten Räumlichkeiten bereit gestellt waren, fanden rund hundert Journalisten und andere Medienschaffende aus der Westschweiz, der Deutschschweiz und dem Tessin ideale Arbeitsbedingungen vor. Ihre Aufgabe wurde durch die anwesenden Kandidaten und verantwortlichen Politiker erheblich erleichtert.

Die zahlreichen Radioreportagen und Direktübertragungen der Fernsehanstalten der drei Schweizer Sprachregionen sowie von Canal 9 erlaubten es der Öffentlichkeit, die Entwicklung des Urnengangs während dieser Wahltagte fortlaufend zu verfolgen.



Im Hinblick auf diese Wahlen wurden auch die Server der Webseite des Staates (www.vs.ch), auf der die Wahlergebnisse erscheinen, erneuert und stärker gesichert. Die Modernisierung war erforderlich geworden, um in Anbetracht der steigenden Nachfrage der Internet-Benutzer die Funktionstüchtigkeit des Systems zu gewährleisten.

Ausserdem wurde der Neugestaltung derjenigen Web-Seiten besondere Aufmerksamkeit gewidmet, die der Verbreitung der Informationen im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen dienen und die aus Zahlenreihen, Grafiken, Karten, Tabellen oder Dateien zum Herunterladen bestehen. Nach ihrem Eingang und ihrer

Bearbeitung auf dem Zentralrechner wurden diese Angaben rasch über die Webseite des Staates den Medien und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Diese Dienstleistung wurde sowohl von den Medien als auch den politischen Kreisen und der Öffentlichkeit sehr geschätzt.

Web-Technologie in vollem Aufschwung

Für die Dienststellen für Landwirtschaft, für Energie, für Wasserkraft, für Industrie, Handel und Arbeit sowie für Unterrichtswesen wurden Internet-Seiten geschaffen oder eingegliedert. Insgesamt wurden somit seit 2002 auf dem Netzauftritt www.vs.ch 31 spezifische Internet-Seiten geschaffen. Der Webmaster setzte die Arbeit an den Entwicklungen der Module für die Anwendung VS_Plattform fort und war insbesondere für die Verbesserung der Verwaltungsinstrumente und der Verwaltung der Rechnungen und der Passworte tätig. Parallel dazu wurden gut dreissig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Internet-Administratoren der jeweiligen Dienststellen ausgebildet.

Das Modul zur Verwaltung der kantonalen Gesetzgebung im Internet wurde vollkommen neu gestaltet, wodurch der Verwaltungsvorgang erheblich verbessert werden konnte.

Eine neue, leistungsfähige Suchmaschine, die für alle Informationen der Webseite des Staates benutzt werden kann, wurde eingerichtet. Nach Beendigung der Indexierung der Dokumente wird sie im Laufe des ersten Halbjahres 2004 uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Ein umfangreiches Extranet-Pilotprojekt wurde Anfang des Jahres in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie eingeführt. Die Gemeinden Monthey, Chalais, Vex und Venthône sind daran beteiligt. Es geht dabei um die Vorbereitung der Zählung aller Gebäude des Kantons durch die Gemeinden.

Die Einführung des kantonalen Intranets wurde auf Grund der Server-Infrastruktur verzögert. Diese erwies sich als ungeeignet, solche Anfragen rasch zu verarbeiten. Wie oben erwähnt, ist diese Installation nun modernisiert; sie wird es ermöglichen, Anfang 2004 sachdienliche, von der Dienststelle für Personal und Organisation, der Dienststelle für Information und der Steuerverwaltung vorbereitete Informationen ins Netz zu stellen (die übrigen Dienststellen und Anstalten werden folgen), die von der gesamten Verwaltung abgefragt werden können.

Gesetzgebung über die Information und die Kommunikation

Infolge der Annahme der Motion 6.044 betreffend Informationsgesetz hat der Staatsrat - in Übereinstimmung mit den entsprechenden Richtlinien der Regierungspolitik 2002-2005 - Anfang November eine ausserparlamentarische Kommission eingesetzt. Sie hat den Auftrag, der Regierung innert nützlicher Frist einen Entwurf für ein Gesetz über die Information der Bevölkerung und die Kommunikation vorzulegen.

Die neue Gesetzgebung soll die Grundsätze und das Verfahren der Information über die Tätigkeiten der Behörden und der Verwaltung, insbesondere den Grundsatz der Transparenz, das Recht auf Information und den Zugang zu den Dokumenten regeln. Sie wird sich an der einschlägigen Bundesgesetzgebung und an den Bestimmungen der Kantone, die auf dem Gebiet schon gesetzgeberisch tätig geworden sind, orientieren.

Die Kommission steht unter dem Präsidium von Fernand Mariétan, Stadtpräsident von Monthey, und setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Parlaments, des Kantonsgerichts, der Verwaltung, aus Gemeindepräsidenten, Medienvertretern und Experten des Medienrechts. Der Informationschef beteiligt sich aktiv an den Arbeiten; die Vorbereitungen dazu haben gegen Jahresende begonnen.

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT

1. Auftrag des Zentrums für Verwaltungsmanagement

Das Zentrum für Verwaltungsmanagement (ZVM) arbeitet im Auftrag der Regierung. In seiner Mission als strategisches Beratungsorgan der Regierung wurden ihm folgende Aufgaben übertragen:

- die Entwicklung des kantonalen Reformkonzeptes der neuen Staats- und Verwaltungsführung
- die Begleitung und Koordination der operativen Umsetzung der Reformprozesse bei allen, an diesem Projekt beteiligten Partnern.

Die strategische Leitung des ZVM obliegt der für die Reformen zuständigen Delegation des Staatsrates.

2. Übersicht betreffend die politischen Zielvorgaben, die strategischen Programmvorgaben sowie die operativen Produktvorgaben des ZVM mit der entsprechenden Ressourcenzuteilung

Im Rahmen seines Auftrages setzte das ZVM seine ihm zur Verfügung gestellten Ressourcen wie folgt ein:

Politische Zielvorgaben (PZ)	Strategische Leistungs- und Finanzierungsprogramme (LFP) sowie operative Produkt- und Projektvorgaben (P)	Ressourcenzuteilung 2003 (Vollzeiteinheiten)
<i>Interne, zu verrechnende Leistungen</i>	P0001 Direktion ZVM P0002 Qualitätsmanagement im ZVM P0003 Geschäftsführung / Ressourcenverwaltung (inkl. Fortbildung, Ferien, Militär, Krankheit u.a.)	1,7
Entwickeln des Modells und der Instrumente der neuen Staats- und Verwaltungsführung	LFP 11 Modell- und Instrumententwicklung P1101 Controlling und Qualitätsmanagement P1102 Periodische Politikevaluation P1103 Dokumentations-, Informations- und Kommunikationsinstrument (e-DIKS)	1.6
Experimentelle Umsetzung des Konzeptes: «Führen über Leistungsaufträge und Globalbudget» auf der politischen, strategischen und der operativen Ebene	LFP 12 Reformen auf Regierungsebene P1201 Regierungscontrolling P1202 Unterstützen der Regierungsdelegation P1203 Periodische Politikevaluation P1204 Regierungsrichtlinien und Finanzplan P1205 Information und Promotion der Reformen P1206 Spezialaufträge der Regierung	2.3
	LFP 13 Reformen auf Departements- und Dienststellenebene P1301 Unterstützung der Piloteinheiten P1302 Unterstützung anderer Dienststellen P1303 Informatisierung der Führungsinstrumente	0.9
	LFP 14 Reformen auf Parlamentsebene P1401 Neue politische Führungsinstrumente P1402 Unterstützung des parlamentarischen Reformprozesses	0.4
TOTAL Leistungseinsatz (in mannjahren)		6.9

3. Kommentar

Die obige Darstellung zeigt die interne Ressourcenzuteilung im Verlauf des Jahres 2003 auf die dem ZVM übertragenen Mandate (7 im Organigramm vorgesehene Vollzeitstellen wovon eine im Verlauf des Jahres neu besetzt wurde).

• Entwickeln der neuen Führungsinstrumente [1.6 Vollzeiteinheiten]

Die Entwicklungsarbeit an den neuen Führungsinstrumenten konzentrierte sich im Jahr 2003 vor allem auf die Informationsplattform «e-DIKS», welche die Führungs Informationen auf allen Stufen sicherstellt (elektronisches Dokumentations-, Informations- und Kommunikationssystem). Das ZVM stellte im Verlauf des Jahres einen Informatiker an, der in die Dienststelle für Informatik inte-

griert wurde und dank dem die EDV-Entwicklung der neuen Führungsinstrumente (e-DIKS) bedeutend rascher vorangetrieben werden konnte. Die ersten Module konnten im Verlauf des vierten Quartals bereits zahlreichen Dienststellen zur Verfügung gestellt werden; die weitere Entwicklung ist für die Jahre 2004 und 2005 geplant.

• Die Reformumsetzung auf Regierungsebene [2.3 Vollzeiteinheiten]

Über verschiedene Aufträge konnte das ZVM der Regierung konkrete Führungsunterstützung zu geben. So u.a. die Unterstützung bei der Definition der politischen Zielvorgaben für alle Dienststellen des Kantons auf der Basis des e-DIKS-Modells (gemäss den vom Staatsrat festgelegten Reform-Schwerpunkten in den Regierungsrichtlinien 2002-2005), die Leitung der interdepartementalen

Arbeitsgruppe «Unwetter 2000» sowie die Unterstützung bei der Projektführung der interdepartmentalen Arbeitsgruppe, welche mit der Revision des Katastrophengesetzes beauftragt wurde. Ein bedeutender Arbeitsaufwand wurde für die Begleitung der Evaluation des kantonalen Reformprojektes geleistet. Diese interne und die externen Evaluationen haben schlussendlich zum Entscheid der Regierung geführt, die Staats- und Verwaltungsführung nach dem Modell « Führen über Leistungsaufträge » schrittweise ab 2005 auf die gesamten Kantonsverwaltung auszuweiten.

Das ZVM hat auch im vergangenen Jahr den Staatsrat beim Regierungscontrolling unterstützt, so vor allem bei der Begleitung des Reformprozesses und bei der Konsolidierung des Strategierapportes 2003 (zweiter Teil des Geschäftsberichtes).

Weiter wurden besondere Anstrengungen unternommen, über die Reformen auf der Basis des im Jahre 2002 entwickelten Informationskonzeptes besser und gezielter zu informieren (so vor allem über das Mitteilungsblatt Info-Reformen, den Web-Site und gezielte Vorträge)

• **Die Reformumsetzung auf der Ebene der Departemente und Dienststellen** [0.9 Vollzeiteinheiten]

Die sechs Piloteinheiten (Meliorationsamt, Dienststelle für Gesundheitswesen, Fachhochschule Wallis; Dienststelle für zivile und militärische Sicherheit, Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie, Dienststelle für Strassen- und Flussbau) konnten weiterhin auf die gezielte Unterstützung des ZVM zählen so vor allem bei den verschiedenen Controllingphasen. Mehrere Dienststellen der Kantonsverwaltung wurden vom ZVM bei der Einführung des Qualitätsmanagementsystems und der systematisierten Dokumentationsverwaltung unterstützt (Dienststelle für Wald und Landschaftspflege, Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVIS, Staatskanzlei, sowie die Dienststelle für Personal und Organisation...)

• **Die Reformumsetzung auf Parlamentsebene** [0.4 Vollzeiteinheiten]

Die Begleitung des ZVM bei der Reformumsetzung im Parlament hat auch im Jahr 2003 einen beachtlichen Anteil des Arbeitsaufwandes eingenommen (Begleitung der Parlamentarier bei der Überwachung der Piloteinheiten, Einführung von e-DIKS im Parlamentsdienst)

GROSSER RAT - PARLAMENTSDIENST

Die Damen und Herren Grossräte wurden einberufen zu:

9 ordentlichen Sessionen zu 2, 3 und 4 Tagen

Sitzungen des Grossen Rates

28 Vormittagssitzungen
7 Nachmittagssitzungen

Vorbereitungsarbeiten

Es wurden gesammelt und in beiden Sprachen verteilt:

59 Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die ordentlichen Sessionen;
5 Berichte der Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission
4 Begnadigungsgesuche
129 Einbürgerungsgesuche

Für den Massenversand wurden 9'390 Kuverts benötigt.

Sitzungen des Präsidiums, des Grossratsbüros und der parlamentarischen Kommissionen

Der Parlamentsdienst organisierte und/oder lud ein:

31 Arbeitssitzungen für das Präsidium und das Grossratsbüro mit Abfassung der Protokolle

alle Arbeitssitzungen der thematischen Kommissionen und eine Anzahl Arbeitssitzungen der Oberaufsichtskommissionen (Finanz-, Geschäftsprüfungs- und Justizkommission).

Der Parlamentsdienst verfasste die Einladungen der Kommissionen in beiden Sprachen, welche sich wie folgt zusammenstellen:

--	Februar 2003	80	
--	März 2003	48	
--	April 2003	48	
--	Mai 2003	80	
--	Juni 2003	128	
--	September 2003	176	
--	Oktober 2003	112	
--	November 2003	112	
--	Dezember 2003	112	gesamthaft 896 Briefe

Motionen, Postulate, Interpellationen, Resolutionen und schriftliche Anfragen

Hinterlegt:

32	Motionen
41	Postulate
65	Interpellationen
6	Resolutionen
1	Parlamentarische Initiative
57	Schriftliche Anfragen
99	Fragen für die Fragestunde

Entwickelt:

52	Motionen
46	Postulate
86	Interpellationen
5	Resolutionen

Behandelt oder gestrichen:

24	Motionen
41	Postulate
9	Interpellationen
1	Resolution
99	Fragen für die Fragestunde

Wurden bis Ende Dezember 2003 hinterlegt und bleiben hängig:

22	Motionen
29	Postulate
42	Interpellationen
1	Resolution
1	Parlamentarische Initiative

Simultanübersetzung und Grossratsaal

Die technischen Einrichtungen und die Simultanübersetzung wurden jeweils für die Sitzungen des Grossen Rates benützt und mehrmals Drittpersonen zur Verfügung gestellt. Die Gemeindeverwaltung Sitten ihrerseits hat den Grossratsaal und den „Saal der Verlorenen Schritte“ für zahlreiche Anlässe zur Verfügung gestellt oder vermietet.

Bulletins der Grossratssessionen (Memorial)

Es wurden 7 Sitzungsbulletins abgefasst und verteilt:

- Februar 2003 am 18. März 2003
- März 2003 am 15. April 2003
- April 2003 am 22. Mai 2003
- Mai 2003 am 21. Juli 2003
- Juni 2003 am 3. September 2003
- September 2003 am 5. November 2003
- Oktober 2003 am 13. Dezember 2003
- November 2003 nach Drucklegung
- Dezember 2003 nach Drucklegung

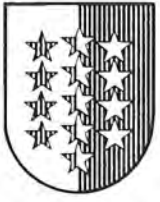
Die Akten der Sessionen wurden in beiden Sprachen inventarisiert und eingebunden:

- 15 Gesetze, 39 Beschlüsse und 4 Dekrete wurden der Staatskanzlei übermittelt zur Inkraftsetzung und zur Veröffentlichung im Amtsblatt. Konzessionen und Abänderungen der Kantonsverfassung gab es keine.
- die in Artikel 59 des Reglementes des Grossen Rates vom 13. September 2001 vorgeschriebenen Register sind nachgeführt.

Verschiedenes

- Das 32. Skirennen der Parlamentarier fand am 15. Februar 2003 auf der Belalp statt unter der Leitung des Grossratspräsidenten Herrn Caesar Jaeger.
- Das 51. Jahrestreffen der ehemaligen Grossratspräsidenten fand am 12. September 2003 in St. Niklaus unter der Führung von Herrn Hermann Fux statt.
- Am 15. Januar 2003 wurden die Büromitglieder des Grossen Rates des Kantons Waadt durch unser Büro zu einem Freundschaftstreffen in St-Maurice eingeladen.
- Am 4. Oktober 2003 begab sich das Büro des Grossen Rates nach Aigle zum 40. Treffen der Westschweizer, Berner und Tessiner Büros unter der Führung des Grossratsbüros des Kantons Waadt.
- Am 1. März 2003 wurde Herr Daniel Petitjean, wohnhaft in Chermignon – Dessous, zum verantwortlichen Informatiker des Parlamentsdienstes ernannt. Er hat das Informatiksystem entwickelt und eingerichtet gemäss unseren Bedürfnissen. Im übrigen führte er unseren Auftritt im Internet aus. Jegliche Information betreffend den Grossen Rat und den Parlamentsdienst können per Mausclick abgerufen werden : www.vs.ch/Parlament
- Am 1. August 2003, ist Fräulein Délia Mariétan, wohnhaft in Ardon, bei uns als kaufmännische Lehrtochter eingetreten.
- Die Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen fand am 19. & 20. September 2003 in Altdorf statt. Das Parlament wurde durch Herrn Claude Bumann, Grossrätin Margrit Picon-Furrer, Frau Fernande Melly-Fux und Frau Helen Schmid vertreten.
- Am 3. und 4. Juni 2003, nahm Herr Patrice Clivaz, Präsident der Sektion Wallis APF, an der Präsidentenkonferenz APF in Jersey teil.
- Vom 5. bis 8. November 2003 nahmen die Herren Roland Carron, Johnny Roduit und Frau Fernande Melly-Fux am 26. Treffen „Régionale Europe“ der APF in Brussel teil.

* Der Parlamentsdienst ist direkt dem Grossen Rat unterstellt



DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

FÜR DAS JAHR 2003



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: WILHELM SCHNYDER
STELLVERTRETER: JEAN-RENÉ FOURNIER**

FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

Finanzverwaltung

Steuerverwaltung

Dienststelle für Personal und
Organisation

Kantonale Dienststelle
für Informatik

Rechtsdienst

Dienststelle für Aussenange-
legenheiten und Wirtschaftsrecht

Dienststelle für Vermessung

Dienststelle für Grundbuchämter

Dienststelle für
Landwirtschaft

EINLEITUNG

Eine stagnierende Wirtschaft, die immer grösseren Defizite im öffentlichen Haushalt des Bundes und gleichzeitig immer mehr neue Leistungen, die durch den Staat gewährleistet werden sollen, prägen das Umfeld der öffentlichen Finanzpolitik. Konkret wirkt sich dies auch auf das politische Handeln und den finanzpolitischen Handlungsspielraum aus. Gerade das Jahr 2003 hat vor diesem Hintergrund in den nachstehenden Bereichen viel Bewegung gebracht:

- Neuordnung des interkantonalen Finanzausgleichs
- Sparpaket 2003 des Bundes
- Steuerreform 2003
- Ausgaben- und Schuldenbremse
- Revision des interkommunalen Finanzausgleichs
- Sanierung der Gemeinden

Revision des interkantonalen Finanzausgleichs

Die Umsetzung der NFA geschieht in zwei Etappen. In einem ersten Schritt werden die verfassungsmässigen Grundlagen und das neue Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich geschaffen. Der Bundesrat hat die Botschaft (erste Botschaft NFA) im November 2001 genehmigt. Das Parlament hat die Beratungen in der Herbstsession 2003 abgeschlossen und die obligatorische Volksabstimmung kann im Verlauf des Jahres 2004 erfolgen.

Um den Übergang von der ersten zur zweiten Botschaft der NFA zu vereinfachen, haben der Bund und die Kantone vereinbart, die Arbeiten zu den Ausführungsbestimmungen (zweite Botschaft) bereits im Jahr 2003 zu beginnen.

Die ersten Grundlagen der Ausführungsgesetzgebung sind in Form von zwölf Zwischenberichten geliefert worden. Diese wurden durch die Projektgruppen erarbeitet und durch das politische Steuerungsgremium genehmigt.

Es wird das Ziel anvisiert, dass die parlamentarischen Beratungen zu den Ausführungsbestimmungen im Jahr 2005 beginnen können. Parallel dazu wird die Konferenz der Kantonsregierungen die Fortführung der Arbeiten in den Kantonen beschleunigen.

Die erklärte Zielsetzung ist, dass die Kantone ihre Vorbereitungsarbeiten im Zeitpunkt der Inkraftsetzung der revidierten NFA abgeschlossen haben, damit letztere integral zur Anwendung gelangen kann. Aus heutiger Sicht wird dies nicht vor dem Jahr 2007 der Fall sein.

Sparpaket 2003

Im Dezember hat das eidg. Parlament das Sparpaket 2003 verabschiedet. Zur Zeit bereitet die Bundesverwaltung ein zweites Sparpaket vor. Insgesamt müssen im Bund Einsparungen von rund 5,5 Milliarden Franken erzielt werden. Die in Ausarbeitung befindenden Massnahmen werden für den Kanton empfindliche Konsequenzen nach sich ziehen, insbesondere in den sensiblen Bereichen der Bildung, des Gesundheits- und Sozialwesens. Ausserdem werden diese Massnahmen die Kantone noch weiter finanziell belasten.

Interne Schätzungen in den Departementen haben ergeben, dass die vorgesehenen Sparmassnahmen für den Kanton eine Reduktion der Bundeseinnahmen in der Grössenordnung von 25 bis 40 Mio. Franken pro Jahr verursachen könnten, dies ohne die Ertragsausfälle, die im Zusammenhang mit dem Rückgang der Anteile an den Bundeseinnahmen (40 bis 50 Mio. Franken) stehen. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die Auswirkungen des neuen Sparpaketes des Bundes, welches die kantonalen Budgets ab 2005/2006 belasten wird.

Steuerreform 2003

Erstmals in der Geschichte der Eidgenossenschaft haben die Kantone ein Referendum ergriffen. Neunzehn Kantonsregierungen haben sich gegen das Steuerpaket 2003 ausgesprochen und elf

kantonale Parlamente haben den Referendumsbeschluss gefasst. Die Annahme dieser Steuerreform hätte für die Kantone und Gemeinden einen Ertragsausfall von rund 2,5 Mia. Franken zur Folge. Für den Kanton Wallis wird der Ausfall 132 Mio. Franken betragen.

Die zur Zeit in Vernehmlassung stehende Unternehmungssteuerreform hätte einen weiteren Ertragsausfall von 700 Mio. Franken für die Kantone zur Folge.

Ausgaben- und Schuldenbremse

Der Staatsrat hat im Dezember 2003 den Gesetzesentwurf zur Ausgaben- und Schuldenbremse genehmigt. Dieses Gesetz wird zur Zeit im Grosse Rat debattiert und sollte für das Rechnungsjahr 2005 in Kraft treten. Die Bestimmungen entsprechen grösstenteils dem Artikel 25 der Kantonsverfassung, welcher vom Walliser Volk angenommen wurde und präzisieren einige Aspekte, namentlich die Ausnahmeklauseln.

Revision des interkommunalen Finanzausgleichs

Die ausserparlamentarische Kommission, welche mit der Revision des interkommunalen Finanzausgleichs beauftragt war, hat die Arbeiten im Herbst 2003 abgeschlossen. Anschliessend ist die Vernehmlassung in den Gemeinden angelaufen. Es sei daran erinnert, dass dieses Gesetz, welches sich an den interkantonalen Finanzausgleich anlehnt, zum Ziel hat, die Ungleichgewichte zwischen den Gemeinden zu vermindern, die sich aus den Unterschieden bei den Ressourcen und Lasten ergeben sowie die Solidarität zu verstärken.

Sanierung der Gemeinden

Der Grosse Rat hat in der Septembersession 2003 ein neues Dekret zur Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen verabschiedet. Das Dekret sieht die Schaffung eines Fonds mit 30 Mio. Franken vor, d.h. von je 10 Mio. Franken für die Jahre 2003, 2004 und 2005. Aus diesem Fonds hat der Grosse Rat erstmals im Herbst 2003 Geld gesprochen, dies im Rahmen der Fusion und Sanierung der Gemeinden Greich, Goppisberg und Ried-Mörel zur neuen Gemeinde Riederalp.

Gezielter Einsatz der Mittel

Alle Bereiche und staatlichen Tätigkeiten hängen im Wesentlichen von den verfügbaren Mitteln ab. Dies trifft für den Personalbereich, die Landwirtschaft und alle anderen Dienststellen im Kanton zu. Nicht nur mit Blick auf die bereits verabschiedeten Sparmassnahmen des Bundes und jener die vorbereitet werden, sondern auch im Hinblick auf die in unserem Kanton erforderlichen und unabdingbaren Sparanstrengungen ist der gezielte Einsatz der Mittel unerlässlich denn je.

**Der Vorsteher des Departementes für Finanzen,
Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten**

Wilhelm Schnyder

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Finanzverwaltung	46.50
Steuerverwaltung	136.55
Dienststelle für Personal und Organisation	9.00
Kantonale Dienststelle für Informatik	28.75
Rechtssdienst	3.50
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	5.90
Dienststelle für Vermessung	11.00
Dienststelle für Grundbuchämter	16.90
– Grundbuchämter	36.70
Dienststelle für Landwirtschaft	103.24
Total	398.04

GESETZBEGUNGSARBEITEN

Motionen

- 1.394 Motion der Finanzkommission bezüglich der teilweisen Übertragung der Befugnisse in Sachen Liegenschaftstransaktionen vom Grossen Rat auf den Staatsrat (10.09.2002)
Motion angenommen
Art. 41 Ziffer 3 der Kantonsverfassung sieht vor, dass der Grosse Rat die Ermächtigung zu Liegenschaftstransaktionen unter Vorbehalt der in der Verfassung oder im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen erteilt. Die beantragten Vereinfachungen, die der Staatsrat voll und ganz unterstützt, können also mittels einer Änderung des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (FHG) bewerkstelligt werden und erfordern keine Verfassungsänderung. Die Gewährung von neuen diesbezüglichen Befugnissen an den Staatsrat entspricht also dem Willen der Motionäre (Finanzkommission); der entsprechende Entwurf wird dem Grossen Rat in der Januarsession 2004 unterbreitet.
- 1.395 Motion von Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher, Herrn Grossrat Rolf Eggel (Suppl.) und Konsorten betreffend klare Richtlinien und bessere Koordination bei den staatlichen Immobilien (10.09.2002)
Motion mit Vorbehalt angenommen
Am 1. Juli 2003 wurde die Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie (DHDA) mit der Liegenschaftsverwaltung betraut und somit dem Wunsch der Motionäre sowie früherer Forderungen verschiedener Kommissionen entsprochen. Was die Liegenschaftstransaktionen anbelangt, so wird die Änderung des FHG (siehe Motion 1.394 der Finanzkommission) der Forderung der Motionäre gerecht.
Der Staatsrat spricht sich allerdings gegen die Erarbeitung von Richtlinien für den Unterhalt der Liegenschaften aus. Diese Frage muss verwaltungsintern geregelt werden.
- 1.407 Motion der DC-Gruppen Mittel- und Unterwallis, durch die Herren Grossräte Gègoire Luyet und Maurice Tornay, betreffend AOC+ und Revision der AOC-Verordnung (05.11.2002)
Motion angenommen
Der Entwurf zur Einführung einer aufgewerteten AOC, der den Vorschlägen des Berufsverbands der Walliser Weine Rechnung trägt, wurde bei den betroffenen Kreisen in die Vernehmlassung geschickt. Der Staatsrat wird ein neues Reglement über den Walliser Weinbau unterbreiten, das im Frühjahr 2004 in Kraft treten sollte.
- 1.378 Motion der SPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat German

Eyer, Frau Grossrätin Emmy Fux-Summermatter, Hrn. Grossrat Marc Kalbermatter und Hrn. Grossrat Rolf Eggel, betreffend Überprüfung der Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Staats- und des Lehrpersonals (22.03.2002)

Motion gegenstandslos

Die aktuellen Kontroll- und Überwachungsinstrumente (Finanzinspektorat, Aufsichtsbehörde in Sachen BVG und privater Expertise) sind ausreichend und entsprechen den Gesetzesanforderungen. Eine zusätzliche Expertise würde keine neuen Erkenntnisse bringen.

- 1.413 Motion von Hrn. Grossrat Markus Truffer und Konsorten betreffend Abschaffung der Anlaufstufen (03.12.2002)
Motion in Form eines Postulats angenommen
Die Anlaufstufen wurden ab 2002 schrittweise aufgehoben. Die Aufhebung der letzten Anlaufstufe von 2% erfolgt 2004.
- 1.414 Motion der Herren Grossräte René Imoberdorf und Thomas Imesch (Suppl.) und Konsorten betreffend Beteiligung der Gemeinden am Gehalt des Lehrpersonals (05.02.2003)
Motion abgelehnt
Artikel 235 Absatz 1 des revidierten Steuergesetzes, das am 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, sieht eine Reduktion der Gemeindebeteiligung am Gehalt des Lehrpersonals der Primarschulen von 10% auf 8% vor. Es wurde allerdings wiederholt klar gemacht, dass diese Massnahme erst nach Inkrafttreten des neuen interkantonalen Finanzausgleichs umgesetzt würde. Überdies sind die Kantonsfinanzen bereits durch die rückläufigen Bundeseinnahmen sowie das Entlastungsprogramm der Bundesfinanzen arg gebeutelt. Es gilt auch zu beachten, dass die Inkraftsetzung des fraglichen Artikels in der alleinigen Befugnis des Staatsrates liegt.
- 1.418 Motion der DC-Gruppe Mittelwallis, durch die Herren Grossräte Jean Rossier, Grégoire Luyet, Paul-André Roux, André Quinodoz und Vincent Bonvin, betreffend Subventionen (04.03.2003)
Motion in Form eines Postulats angenommen
Obwohl nicht alle mit dem Subventionsgesetz vom 13. November 1995 angestrebten Zielen vollumfänglich erreicht wurden, so konnten doch beachtliche Verbesserungen verzeichnet werden (einheitliche Gesetzesgrundlage, wirtschaftlicher und effizienter Einsatz der Ressourcen, Transparenz bei der Gewährung, Verwendung und Kontrolle der Subventionen). Der Staatsrat wird eine Überprüfung der Gesetzgebung über die Subventionen und ihrer Anwendung vornehmen.
- 1.432 Motion der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Bernard Mermoud, betreffend vorübergehende Aussetzung des Inkassos der landwirtschaftlichen Abgaben (03.06.2003)
Motion abgelehnt
Der Vorschlag widerspricht der neuen liberalen Landwirtschaftspolitik, die mehr Mittel für die Absatzförderung verlangt. Die betroffenen Berufsverbände haben nie eine Änderung oder Abschaffung der landwirtschaftlichen Abgaben gefordert. Es werden verschiedene Schritte unternommen, um unsere Landwirtschaftsstrukturen zu verbessern. Diese Massnahmen werden allerdings nur ihre Früchte tragen, wenn sie von einer gezielten und wirksamen Absatzförderung begleitet werden, welche alleine durch die landwirtschaftlichen Abgaben ermöglicht wird; die Inkassospesen belaufen sich auf gerade mal 3% der erhobenen Abgaben.
- 1.434 Motion der Herren Grossräte Georges Mariétan, Beat Abgottspon, Fredy Huber, Maurice Tornay und Grégoire Luyet betreffend Steuererleichterungen zugunsten der Familien solange die Steuermassnahmen zugunsten der Familien und der Ehepaare bei der Bundessteuer nicht in Kraft sind (04.09.2003)

Motion mit Vorbehalt angenommen

Der Staatsrat begrüsst kantonale Steuererleichterungen für Familien. Aufgrund der unsicheren Entwicklung in Bezug auf das rückwirkende Inkrafttreten der Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung auf den 1. Januar 2004 und in Bezug auf den Beschluss des Bundesparlaments betreffend den Abänderungsentwurf des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 (Inkrafttreten der Reform) sowie hinsichtlich der Möglichkeit eines erneuten Referendums und damit einer Volksabstimmung ist der Staatsrat der Meinung, dass diese Massnahmen nicht vor dem 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt werden können.

Postulate

ehem. 1.383

6.046 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Alexis Turin, betreffend Transparenz der öffentlich-rechtlichen oder privaten Gesellschaften, an denen der Staat mehrheitlich oder massgeblich beteiligt ist (23.05.2002)

Postulat mit Vorbehalt angenommen

Der Staatsrat ist der Ansicht, dass ein jährlicher Sonderbericht über die Beteiligungen des Staates nicht vonnöten ist. Um die Kontrolle über die Geschäftsführung des Staatsrates wahrzunehmen, verfügt der Grosse Rat über den Verwaltungsbericht, die Rechnung sowie der Geschäftsprüfungs- oder der Finanzkommission erteilte Auskünfte. Jede Dienststelle, der die Verwaltung von Beteiligungen obliegt, liefert in ihrem Verwaltungsbericht sämtliche Informationen bezüglich der Zweckmässigkeit, der Strategie und der Kontrolle dieser Beteiligungen.

1.366 Postulat der Herren Grossräte Thomas Lehner, Andreas Wyden, Bernhard Schwestermann (Suppl.) und Konsorten betreffend Kennzahlensystem für Gemeinden (29.01.2002)

Postulat angenommen

Unter der Vielfalt von Indikatoren und Kennzahlen, die eine Beurteilung der finanziellen Lage der Gemeinden ermöglichen sollen, hat das DFLA jene gewählt, die ihm momentan am geeignetsten scheinen. Diese Indikatoren und Kennzahlen können natürlich im Laufe der nächsten Jahre schrittweise verbessert werden. Diese Indikatoren wurden vom Staatsrat genehmigt. Eine Informatikgesellschaft wurde damit betraut, die Indikatoren ins Internet zu stellen. Die Gemeinden werden demnächst informiert und erhalten die nötigen Erläuterungen bezüglich der Anwendung der Indikatoren und der zu liefernden Informationen.

1.382 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Yves Bagnoud, betreffend Transparenz in Sachen Verpflichtungen des Staates: Beantragung eines Audits über die Gesamtverschuldung des Staates (22.05.2002)

Postulat angenommen

Das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (HöV), vertreten durch Professor Nils Soguel, wurde mit der Durchführung einer Studie zu dieser Problematik betraut. Sie befasst sich insbesondere mit der Definition der Schuld (oder des Verschuldungsindikators) aufgrund der verschiedenen Zielsetzungen. Die Ergebnisse dieser Studie werden zurzeit ausgewertet. Eine Auflistung der Verpflichtungen des Staates findet sich bereits in der jährlichen Rechnung.

1.384 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Albert Bétrisey, betreffend Transparenz in Sachen Renten im öffentlichen Dienst (23.05.2002)

Postulat angenommen

Sowohl die Vorsorgekasse für das Personal des Staates Wallis als auch die Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals des Kantons Wallis veröffentlichen alljährlich ihre Verwaltungsberichte und ihre Rechnungen, die der Prüfung durch das Finanzinspektorat unterliegen. Die Information – namentlich was die jeweiligen Deckungsgrade anbelangt – ist also verfügbar. Der Staatsrat hat einen diesbezüglichen Satz von 80% festgelegt, den es bis 2020 zu erreichen gilt.

1.397 Postulat der CSPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin (Suppl.) Maria Oester-Ammann, Steuerabzug für unheilbar kranke Personen (12.09.2002)

Postulat angenommen

Im Wallis wird unheilbar kranken Personen unter gewissen Bedingungen ein Steuerabzug gewährt. Die momentane Lösung ist in sozialer und politischer Hinsicht vertretbar, da sie lediglich Steuerzahler mit bescheidenem Einkommen begünstigt. Mehrere Kantone haben eine Überprüfung der Pauschalabzüge vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sollten abgewartet werden, bevor eine Revisi- on des kantonalen Gesetzes ins Auge gefasst wird.

1.399 Postulat von Hrn. Grossrat Marcel Mangisch und Konsorten betreffend Subventionspolitik bezüglich der Gemeinden (12.09.2002)

Postulat im Sinne der Antwort angenommen

Nachdem der Grosse Rat einen Nachtragskredit über 16 Millionen Franken für den Abbau der grössten Zahlungsrückstände gewährt hat, sind im Subventionsbereich keine bedeutenden Rückstände mehr zu verzeichnen. Der Anhang zur Staatsrechnung enthält eine Auflistung der hauptsächlichen Verpflichtungen des Kantons. Der Staatsrat will sich an die Kriterien des Subventionsgesetzes halten, die besagen, dass Finanzhilfesuche, welche nicht innert einer Frist von vier Jahren berücksichtigt werden können, abgewiesen werden.

1.404 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Alexandre Luy, und der sozialistischen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Gabriel Bender, betreffend vom Staat Wallis verwendete Betriebssysteme und Software (01.10.2002)

Postulat im Sinne der Antwort angenommen

Die Migration des Informatikparks des Staates auf Windows XP und Office XP wurde beschlossen, nachdem festgestellt worden war, dass Linux noch nicht als Ersatz für die auf den PC der Kantonsverwaltung installierten Betriebssysteme in Frage kommt. Anlässlich der nächsten ab 2006 geplanten Migration werden Linux und andere Lösungen vom Typ Terminal Server erneut geprüft.

1.411 Postulat der SVP-Abgeordneten Oskar Freysinger, Jean-Bernard Héritier (Suppl.) und Gilles Bellon (Suppl.) betreffend Förderung des Weinbaus (08.11.2002)

Postulat angenommen - bereits verwirklicht

Gestützt auf mehrere Studien hat der Staatsrat die Strategie in Sachen Weinbauförderung festgelegt. Es geht im Wesentlichen um die Schaffung einer Beobachtungsstelle für den Schweizer Weinmarkt im Jahre 2003, die Unterstützung der Absatzförderung der Schweizer Weine durch den Bund im Jahre 2004 und das Zusammenspannen der Kräfte im Bereich der Absatzförderung. Was die Synergien mit dem Tourismus anbelangt, unterstützt der Kanton die Schaffung des branchenübergreifenden Labels "Valais Excellence".

1.424 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat René Constantin, betreffend Vereinfachung / Verbesserung der Steuerformulare und bessere Aufgabenteilung Gemeinden / Kanton (07.05.2003)

Postulat angenommen

Das neue von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe erarbeitete Formular bringt eine Reihe von Vereinfachungen: Format, Zusammenfassung des Einkommens nach Kategorien und nur eine Kolonne für Einkommen und Abzüge. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden ist Gegenstand eines Pflichtenhefts. Zu regeln bleibt das Gesuch der Gemeinden um finanzielle Beteiligung.

1.421 Postulat der DC-Gruppe Mittelwallis durch die Herren Grossräte Grégoire Luyet, André Quinodoz, Vincent Bonvin, Paul-André Roux betreffend: Präsentation des Vorschlags (06.03.2003)

Postulat angenommen

Der Staatsrat ist sich durchaus darüber im Klaren, dass unsere Kommunikations-, Führungs- und Kontrollinstrumente im Bereich des Finanz- und Leistungsmanagements angepasst werden müssen. Aus diesem Grund möchte er die Definition der Leistungsstrukturen e-DIKS (elektronisches Dokumentations-, Informations- und Kommunikationssystem) sowie die Einführung der diesbezüglichen Instrumente vorantreiben, um so für eine allfällige vom Grossen Rat beschlossene Ausweitung der Verwaltungsführung über Leistungsaufträge und Globalbudgets gerüstet zu sein.

DIREKTION UND STEUERUNG DER INFORMATIONSSYSTEME

DER DELEGIERTE FÜR INFORMATIKFRAGEN

Die Tätigkeiten des Delegierten für Informatikfragen können für 2003 auf die beiden Hauptgebiete wie folgt aufgeteilt werden:

1. Begleitung von wichtigen Projekten

Das Informatikprojekt der Walliser Spitäler (INFOVAL) ist in die Schlussphase getreten. Umfangreiche Aktivitäten mussten erledigt werden, um die technische Infrastruktur (Rechenzentrum, Telekommunikation) und die Entwicklung und Parametrierung der Applikationen zu gewährleisten. Eine spezielle Herausforderung stellte das pünktlich auf den 1. Januar 2004 zur Verfügung gestellte Informationssystem des Spitals Sitten (SIAD) dar.

Das geografische Informationssystem Wallis hat seinen produktiven Betrieb aufgenommen. Das Kompetenzzentrum in der Rolle des Koordinators von geografischen Daten wird von den meisten Dienststellen anerkannt und in Anspruch genommen. Nebst der Beschaffung der zentralen Referenzdaten beim Eidgenössischen Amt für Topographie wurde der Schwerpunkt auf die Erarbeitung von Richtlinien betreffend die Verwaltung der Grundbuchrechte sowie der Naturgefahren gelegt. Die technische Infrastruktur (Daten-, File- und Kartenserver) wurde in Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle für Informatik realisiert.

Das Projekt der Informatisierung des Walliser Parlamentes wurde 1999 lanciert. Während der Entwicklungsphase wurden die Funktionalitäten dem Benutzer etappenweise zur Verfügung gestellt. Die letzten Module wurden im Jahre 2003 in Betrieb genommen. Der im September erstellte Schlussbericht wies speziell auf die erfüllten Benutzerbedürfnisse und die Einhaltung des Globalbudgets hin. Das ausbaufähige System sieht in weiteren Etappen den Ablauf von Arbeitsprozessen und die Dokumentenverwaltung vor. Die technischen Einrichtungen (Server, Telekommunikation) sind im Rechenzentrum der Dienststelle für Informatik untergebracht und werden von dieser gewartet, was zu Synergieeffekten und dementsprechenden Einsparungen führt.

2. Spezifische Dossiers für den Staatsrat

Auf Begehren der Geschäftsprüfungskommission (GEKO), alle Informatiktätigkeiten zu zentralisieren, hat der Staatsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat ihren Bericht abgegeben, der für die von der GEKO gesteckten Zielsetzungen Lösungsvorschläge aufzeigt. Mit seiner Entscheid vom 18. Juni hat der Staatsrat diesen genehmigt und für die Umsetzung grünes Licht gegeben.

Eine Analyse über die Entwicklung der Informationstechnologie in der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sollte darüber Aufschluss geben, ob es sinnvoll wäre, Informatikleistungen zu privatisieren. Weil zum heutigen Zeitpunkt noch keine definitiven Schlüsse gezogen werden können, ist eine detailliertere Studie notwendig.

Die Aktion Internet für die Schulen wurde an mehreren Anstalten des Kantons realisiert. An spezifischen Fachtagungen wurden diese Aktionen meistens mit der Installation von Fachlösungen koordiniert

und haben so zu Einsparungen auf zu bewilligenden Investitionen geführt. Dieses Projekt wurde parallel mit dem Präsidium der Gruppe Swisscom – Staat Wallis geleitet. Die Verhandlungen mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen, erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Delegierten für Wirtschaftsfragen.

Die EDV-Koordination innerhalb der kantonalen Verwaltung und der para-staatlichen Organisationen nehmen eine erhebliche Zeit in Anspruch. Im Weiteren ist der Delegierte Mitglied von mehreren Organisationen wie dem Kompetenzzentrum IS Net der HES-SO, VSNet, Schweizerische Informatikkonferenz sowie deren Sektion der Westschweiz.

FINANZVERWALTUNG HAUPTBUCHHALTUNG

Bei den durchgeführten Arbeiten im Verlauf des Jahres 2003 handelt es sich namentlich um:

- Abschluss der Rechnung 2002,
- Erstellung der Rechnung 2003,
- Beteiligung an der Erarbeitung des Budgets 2004 und des Vier-Jahresplanes,
- Verwaltung der Tresorerie,
- Verwaltung der Verwaltungsschuld,
- Interne Kontrolle und Freigabe von Zahlungsaufträgen der Dienststellen,
- Verwaltung der Kreditoren und Debitoren,
- Zahlungsverkehr,
- Verwaltung der Verpflichtungskredite und der Subventionen,
- Berichte und Vormeinungen zu Dossiers unter dem Blickwinkel der Finanzbuchhaltung,
- Entwicklung von Reformprojekten der Finanzbuchhaltung,
- Ausbildung und Betreuung der Benutzer vom Modul SAP Finanzen.

Abschluss der Staatsrechnung

Der Abschluss des Jahres 2002 wurde zum vierten Mal mit SAP gemacht. Die Einführung von Abschlussdossiers mit den aufgeführten und zu tätigenen Aufgaben brachte eine merkliche Verbesserung mit sich und stellte die fristgerechte Erarbeitung des Berichtes und der Rechnung sicher.

Verwaltung der Tresorerie

Auf dem Kontokorrent des Kantons sind im Jahr 2003 Transaktionen im Gesamtwert von 6,227 Mia. Franken ausgeführt worden.

Verwaltung der Verwaltungsschuld

22 kurzfristige Anleihen sind zu einem mittleren Satz von 0,3150 % und für einen Gesamtbetrag von rund 620 Mio. Franken abgeschlossen worden. Während des Jahres wurden 28 kurzfristige Anleihen zurückbezahlt, dies für einen Betrag von 624 Mio. Franken und zu einem mittleren Satz von 1,3567 %. Die Verwaltungsschuld am 31.12.2003 betrug 510 Mio. Franken, im Vergleich zu 514 Mio. Franken am 31.12.2002. Die Zinsen für das Jahr 2003 machten den Betrag von 1,463 Mio. Franken aus, was einem mittleren Satz von 0,67 % entspricht.

Verwaltung der konsolidierten Schuld

Im Verlauf des Jahres 2003 sind 2 Festgeldanleihen mit einem Gesamtwert von 110 Mio. Franken abgeschlossen worden. Die neuen Anleihen sind für die Dauer von 6 bis 10 Jahren zu einem mittleren Zinssatz von 2,6571 % abgeschlossen worden. Im gleichen Zeitraum wurden 3 Anleihen im Gesamtbetrag von 165 Mio. Franken zurückbezahlt. Die vertraglich festgelegten Amortisationen betragen 0,55 Mio. Franken.

Die konsolidierte Schuld ging von Fr. 1'479'900'000.-- auf Fr. 1'424'350'000.-- zurück. Die Zinsbelastung machte 55,119 Mio. Franken aus, was einem mittleren Zinssatz von 3,8539 % entspricht.

Verwaltung der Schuld der Spitäler

Es ist festzuhalten, dass dies die Anleihen für Investitionen betrifft, welche vor dem 31.12.1989 bewilligt wurden und für welche der Kanton im Sinne des Gesetzes vom 17.11.1988 über die Subventionierung der Spitäler die jährlichen Zins- und Amortisationskosten übernimmt.

Am 31.12.2003 beläuft sich der Gesamtbetrag dieser Schuld –nach Berücksichtigung der Zinsen von 8,043 Mio. Franken und der Amortisation von 11,237 Mio. Franken für das Jahr 2003– auf 197,440 Mio. Franken. Die gewährten Darlehen des Kantons an die Spitäler belaufen sich auf 197,040 Mio. Franken, was 99,8 % der vom Kanton verwalteten Schuld der Spitäler entspricht.

Zahlungsverkehr

Die Sektion Zahlungen nahm die interne Kontrolle und die Validierung von rund 198'000 Zahlungsaufträgen im Betrag von mehr als 1,659 Mia. Franken vor. Mit einbezogen ist die Bearbeitung von Zahlungsaufträgen für Gehälter und andere Honorarleistungen, die Zahl der Transaktionen mit DTA belaufen sich auf 311'917 im Betrag von 2,235 Mia. Franken.

Reformprojekte der Finanzbuchhaltung

Die Implementierung von Bereichseinheiten in die SAP-Umwelt ist fortgeführt worden, insbesondere die Verwaltung der Finanzen beim Zivilstandswesen und der internen Buchhaltung der Höheren Handelsschule von Martigny. Um Doppelerfassungen zu vermeiden, ist eine Schnittstelle zur Wiederverwendung der Daten bei der Software der Verwaltung des Unterhalts der Nationalstrassen eingerichtet worden. Im Rahmen des Anstiegs der Version der Software SAP ist ein vollständiger Wechsel des Budget-Moduls vorgenommen worden.

Die Hauptbuchhaltung hat die Einführung der elektronischen Dokumentenverwaltung der Belege fortgesetzt. Diese Dokumentenverwaltung wird mit der Software iXOS realisiert. Das Hilfsmittel erlaubt die Belege zu scannen und aufzubewahren. Dieses Instrument bietet die Möglichkeit, die Dokumente von jedem Arbeitsplatz aus zu konsultieren. Nachdem in einer ersten Etappe die Belege des Hauptbuches 2002 eingesehen wurden, werden die Belege des Zahlungsverkehrs des Rechnungsjahres 2003 erfasst (im Gang).

Verwaltung der Schuld der Gesellschaft Sanag Leukerbad AG

Die Hauptbuchhaltung hat einerseits in der Arbeitsgruppe, welche mit der Erarbeitung des Entwurfs und der Botschaft betreffend die Sanierung der Munizipalgemeinde Leukerbad beauftragt wurde, teilgenommen, andererseits in der Arbeitsgruppe, welche beauftragt war die Fortsetzung des Aktionsplans zu koordinieren, dies im Hinblick auf den Abschluss des Sanierungsvertrages und die Zurverfügungstellung des Fonds zur Zahlung der Dividende vor dem 31. Dez. 2003. Aufgrund des Beschlusses des Grossen Rates vom 4. Dez. 2003 hat der Staat die Verhandlungen geführt und auf Rechnung der Gesellschaft Sanag Leukerbad AG zwei langfristige Anleihen im Betrage von Total 17 Mio. Franken und einem mittleren Zinssatz von 2,9792 % und einer kurzfristigen Anleihe von 7 Mio. Franken zu einem Zinssatz von 0,57 % abgeschlossen. Die Garantie des Staates beträgt 28,8 Mio. Franken.

AMT FÜR STATISTIK

Wie jedes Jahr hat das Amt für Statistik im Verlauf des Jahres 2003 verschiedene Dokumente erarbeitet: das quartalsweise erscheinende Bulletin Statistische Berichte sowie das Wallis in Zahlen, welches durch die Walliser Kantonalbank finanziert wird. Die Arbeiten zur Vorbereitung des Statistischen Jahrbuchs 2004 sind angefallen. Das Amt beteiligte sich auch an der Erarbeitung des quartalsweise veröffentlichten Memento des Conseil du Léman mit dem Titel Chiffres clefs de l'Espace lémanique, dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen Waadt und Genf sowie mit der INSEE Rhône Alpes, ebenso beteiligte sich das Amt an der monatlichen Publika-

tion der Wirtschaftsindikatoren der Walliser Kantonalbank und der quartalsweise erscheinenden Publikation des Créa der Universität Lausanne. Zudem stellte das Amt die Aufarbeitung der Internetseite des Espace-Mittelland sicher, zusammen mit den anderen Mitgliederkantonen und Organisationen.

Die Schwerpunkte im 2003 waren die Prüfung der komplexen Resultate der eidg. Bevölkerungszählung 2000 einerseits sowie der eidg. Betriebszählung 2001 andererseits. Aufgrund der fehlenden Zeit im 2003 konnten noch keine statistischen Daten auf die Internetseite geladen werden. Die Aufarbeitung dieser Site wird eine der Prioritäten des Amtes im Jahr 2004 sein.

Das Amt wird oft von der Kantonsverwaltung, den Banken, Versicherungen und insbesondere von Studenten und Schulen um Dokumentationen, Daten und Graphiken ersucht. Es macht auch in verschiedenen Sitzungen und Arbeitsgruppen mit, welche durch das Bundesamt für Statistik (BFS), den Verband Schweizerischer statistischer Ämter (VSSA) und der Gruppe der statistischen Ämter der Romandie und des Tessins (CORT) organisiert werden. Das Amt präsentiert jeweils an den Sitzungen des Centre romand d'observation et d'information sur la situation économique (CROISE) die Lage der Walliser Konjunktur.

GEMEINDEFINANZEN

Interkommunaler Finanzausgleich

Es sei daran erinnert, dass der Grosse Rat im Mai 2003 erneut beschlossen hat den Fonds des interkommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2003 und 2004 auf 18 Mio. Franken zu begrenzen. Auf Vorschlag des Staatsrates hat der Grosse Rat gleichzeitig beschlossen, den ordentlichen Beitrag pro Gemeinde auf maximal Fr. 325'000.-- festzulegen.

Im Jahr 2003 sind 53 Gemeinden in den Genuss eines Beitrages aus dem ordentlichen Finanzausgleichsfonds im Gesamtbetrag von 14.1 Mio. Franken gekommen. Der Spezialfonds ist bestimmt für Gemeinden mit misslichen Finanzverhältnissen und beträgt 3.9 Mio. Franken (inklusive die Zahlungen für Gemeindefusionen und Finanzcoachings von Gemeinden). Diese Spezialhilfe ging an 42 Gemeinden und werden nachfolgend auf Ersuchen der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates veröffentlicht:

Goms	:	Ernen – Fiesch – Graftschäft – Lax – Obergesteln – Oberwald - Ulrichen
Oestlich Raron	:	Filet – Mörel
Brig	:	Ergerberg – Ried-Brig
Visp	:	Grächen – Saas-Almagell – Saas-Balen – Saas-Grund – Staldenried
Westlich Raron	:	Ausserberg – Eischoll – Ferden – Kippel – Niedergesteln – Unterbäch
Leuk	:	Bratsch – Guttet-Feschel
Sierre	:	Ayer – Chandolin – Grimentz – St-Jean – St-Luc – Vissoie
Hérens	:	Vernamiège
Sion	:	Grimisuat – Salins
Conthey	:	Nendaz
Martigny	:	Bovernier – Saxon – Trient
Entremont	:	Bourg-St-Pierre
St-Maurice	:	Collonges
Monthey	:	Champéry – St-Gingolph – Val d'Illeaz

Revision des interkommunalen Finanzausgleichs

Am 24. April 2002 hat der Staatsrat die Schaffung einer ausserparlamentarischen Kommission, unter der Leitung von Herrn Edouard Delalay beschlossen, welche mit der Revision des interkommunalen Finanzausgleichs beauftragt wurde. Die Kommission und die Unterkommissionen, für welche die Sekretariatsarbeiten durch unsere Sektion gewährleistet wurden, hatten sich im Verlauf der Jahre 2002 und 2003 mehrfach getroffen. Die Arbeiten wurden fristgerecht abgeschlossen und die Kommission hinterlegte anfangs Oktober dem Staatsrat den Entwurf zur Revision des interkommunalen

Finanzausgleichs. Der Staatsrat hat diesen Revisionsentwurf in seiner Sitzung vom 15. Oktober 2003 zur Kenntnis genommen und beschlossen, diesen den Municipalgemeinden und Interessierten zur Vernehmlassung zu unterbreiten. Nach der Aufarbeitung des Revisionsentwurfes anfangs 2004 wird die Vorlage durch den Staatsrat geprüft und alsdann in den Grossen Rat zur Beratung weitergeleitet.

Dekret betreffend die Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen

Aufgrund der sehr schwierigen finanziellen Situation von gewissen Walliser Municipalgemeinden und der Angelegenheit der Gemeinde Leukerbad hat der Staatsrat beschlossen ein Dekret zu erarbeiten, welches der Grosse Rat am 4. Sept. 2003 genehmigte. Das Dekret ermöglicht die Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen. Das Dekret erlaubt die gerechte und rationale Verwendung von 30 Mio. Franken, die dem Staatsrat von 2003 bis 2005 (10 Mio. Franken pro Jahr) zur Sanierung der Finanzen von Walliser Gemeinden zur Verfügung stehen und ermöglicht gleichzeitig die Förderung von Fusionen von Gemeinden mit finanziellen Schwierigkeiten.

Neues Gemeindegesetz

Die Mitarbeiter der Gemeindefinanzen haben sich an der Erarbeitung des neuen Gemeindegesetzes beteiligt, welches ab dem 1. Juli 2004 das Gesetz über die Gemeindeordnung vom 13. Nov. 1980 ersetzt. Die Arbeiten bezogen sich hauptsächlich auf den finanziellen Bereich des neuen Gesetzes, insbesondere auf die Erarbeitung der neuen Vorgaben zur Führung des Finanzhaushalts einer Gemeinde. Die zweite Lesung dieses Gesetzes ist für den Februar 2004 traktandiert.

Gemeinderechnungen

Die Erfassung der Verwaltungsrechnungen 2002 erlaubt wie jedes Jahr die Erstellung einer Finanzanalyse nach Gemeinden, nach sozio-ökonomischen Regionen, nach Gemeindegrössen und nach der Gesamtheit aller Walliser Gemeinden. Aufgrund der Prioritäten im Jahr 2003 in diesem Bereich wird die Erfassung der Verwaltungsrechnungen nicht vor Ende des ersten Quartals 2004 erfolgen. Es ist festzuhalten, dass diese Daten eine Finanzanalyse für jede Gemeinde mit rund dreissig Kennziffern ermittelt, welche auf eidg. und kantonale Anforderungen in diesem Bereich Auskunft geben.

Abgestufte Subventionierung

Aufgrund der neuen Fiskalperiode sind die abgestuften Subventionen für die Investitionen und die laufenden Verwaltungsausgaben im Jahr 2003 gemäss dem Reglement vom 3. Mai 1978 neu berechnet worden. Auch wenn dieses System noch einige Jahre angewendet wird, sei an dieser Stelle festgehalten, dass die Revision des interkommunalen Finanzausgleichs vorsieht, die abgestufte Subventionierung zu Gunsten der Verstärkung des direkten Finanzausgleichs an die Gemeinden zu streichen.

FINANZPLANUNG UND VERPFLICHTUNGSKREDITE

Gegenüber 2002 hat die Zahl der Dossiers, die aufgrund von Art. 34 des FHG geprüft wurden (Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Reglemente und andere dem Grossen Rat und dem Staatsrat unterbreitete Projekte) leicht zugenommen.

Die überprüften Dossiers verteilen sich wie folgt:

	<u>2002</u>	<u>2003</u>
- Behörden und Staatskanzlei	28	42
- Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten	168	276
- Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	117	87
- Departement für Erziehung, Kultur und Sport	229	235

- Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit	118	137
- Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	578	503
Total	1'238	1'280

IH-Darlehen und Anleihen

Rund 90 Dossiers von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder von Privatunternehmungen sind zu Händen des Vorstehers des Departementes für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit gemäss Art. 3 des FHG geprüft worden. Gleichzeitig wurde zu rund siebenzig Gesuchen von Gemeinden und Burgerschaften zu Anleihen, Bürgschaften, Garantieleistungen oder Darlehen die Vormeinung zu Händen des Staatsrates unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Lage abgegeben.

IMMOBILIENVERWALTUNG, VERSICHERUNGEN UND ÖKONOMAT

Die wichtigsten Aktivitäten dieser Sektion im Verlaufe des Jahres betrafen:

- im Bereich der Immobilientransaktionen; es ist der Erwerb des Contact-Centers der SBB in Brig durch den Kanton im Miteigentum mit der Stadtgemeinde Brig-Glis hervorzuheben. Das Gebäude war Eigentum der Swisscom Immobilien AG. Der Grosse Rat hat beschlossen, dass der Staat Wallis zur Hälfte mit der Stadtgemeinde Brig-Glis diese Immobilie erwirbt. Die Eigentumsübertragung erfolgte am 1. Okt. 2003;
- im Bereich der Reorganisationen; dass die Aktivitäten der Immobilienverwaltung des Verwaltungsvermögens zusammen mit einem Teil des verantwortlichen Personals in die Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie transferiert wurden. Diese Restrukturierung wurde vom Staatsrat an der Sitzung vom 26. März 2003 beschlossen und trat am 1. Juli 2003 in Kraft.

Es ist zu bemerken, dass das Finanzvermögen, dessen Verwaltung mit dem Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle vom 24. Juni 1980 dem Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten übertragen ist, nicht von dieser Reorganisation betroffen ist. Diese Vermögenswerte, insbesondere die beiden Gebäude von der Swisscom Immobilien AG in Sitten und Brig-Glis bleiben bei der Sektion Immobilienverwaltung, Versicherungen und Ökonomat.

SEKTION GEHÄLTER

Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende Dezember 2002 den Stand von 102.2 Punkten, was einer Zunahme von 0.9 Punkten gegenüber der gleichen Periode im vorhergehenden Jahr entsprach. Die effektive Teuerung belief sich demnach auf 0.9%. In seiner Sitzung vom 15. Jan. 2003 entschied der Staatsrat die effektive Teuerung von 0.9% auszus zahlen.

Die durch die Sektion Gehälter im verflorenen Jahr ausbezahlten Bruttogehälter betragen Fr. 663'306'220.85 was einer Erhöhung um Fr. 12'464'260.40 gegenüber 2002 entspricht. Die Massnahmen zur Förderung der Vorpensionierung wurden weitergeführt. Die Kapitalabfindung wurde jedoch von Fr. 30'000.-- im Jahre 2002 auf Fr. 28'000.-- ab dem 1.1.2003 pro Jahr gesenkt. Von dieser Massnahme haben 52 Personen, 11 Beamte und 41 Lehrpersonen Gebrauch gemacht. Der Totalbetrag beläuft sich auf Fr. 2'552'020.--

Zusätzlich sind noch die 8'434 Zahlungen an die Mandatsträger für einen Bruttobetrag von Fr. 8'482'555.-- (8'354 Zahlungen für Fr. 8'383'784.-- im Jahre 2002) zu erwähnen.

Im verflorenen Jahr wurde ferner ein Versionswechsel des SAP-System vorgenommen, was zusätzliche umfangreiche Tests und Kontrollen zur Folge hatte.

STEUERVERWALTUNG

DIREKTION

Die Direktion bereitete für den Staatsrat folgende Entwürfe vor:

- Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Steuerpaket 2001 der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Einreichung einer Ständesinitiative zur Ehepaar- und Familienbesteuerung bei der direkten Bundessteuer;
- Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer und zur eidgenössischen Verordnung über die pauschale Steueranrechnung;
- Änderung des Reglements über die Katastertaxen (Anpassung der Steuerwerte);
- Änderung des Beschlusses betreffend den Gebührentarif der kantonalen Steuerverwaltung.

Für die Treuhänder, die Vertreter der kommunalen Steuerverwaltungen und das Personal der kantonalen Steuerverwaltung erarbeitete sie allgemeine Hinweise und praktische Anwendungsfälle zur einjährigen Postnumerandobesteuerung. Zuhanden der Gemeindeverwaltungen erstellte sie Weisungen zur einheitlichen Vornahme des Steuerbezuges (Anzahlungen und Zinsen).

Sie bereitete für den Staatsrat nachfolgende eidgenössische Vernehmlassungen vor oder unterstützte andere Departemente dabei:

- Vereinfachung des Nachsteuerverfahrens bei Erbschaft und Selbstdeklaration;
- Besteuerung der Mitarbeiterbeteiligungen;
- Verordnung über den Abzug der Prämien für die obligatorische Krankenversicherung und zur Verordnung über den Abzug der Kosten für die Kinderbetreuung durch Dritte;
- Vorentwurf zur Revision des Stiftungsrechts (parlamentarische Initiative Fritz Schiesser).

PERSONAL

Die kantonale Steuerverwaltung hat gemäss Organigramm einen Personalbestand von 136,55 Einheiten, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von sieben Einheiten entspricht. Es handelt sich dabei um Verschiebungen innerhalb der Kantonsverwaltung. Anlässlich der Umwandlung der Sektion Inkasso in das kantonale Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren wurden 2,5 Einheiten umgeteilt, weitere 4,55 Einheiten erhielt die KSV von der Dienststelle für Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Haushaltungsschule.

Vier Personen haben uns im Laufe des Jahres verlassen. Sie arbeiten jedoch weiterhin bei der öffentlichen Hand.

Zwölf Personen wurden als Aushilfen beschäftigt, was, auf das ganze Jahr gesehen, 3,5 Vollzeitstellen entspricht.

Bei einer Reorganisation wurde eine Sekretärinnenstelle in einen Posten Einschätzerin II umgewandelt.

KATASTERSCHÄTZUNGEN

Die Katasterschätzungen haben wie folgt zugenommen :

Bebaute Liegenschaften (ohne die öffentlichen Bauten)

	2001	2002	2003
Oberwallis	161'417'800.-- (24,64 %)	142'396'800.-- (23,05 %)	173'505'900.-- (23,50 %)
Unterwallis	493'530'000.-- (75,36 %)	475'314'300.-- (76,95 %)	564'706'600.-- (76,50 %)
Total	654'947'800.--	617'711'100.--	738'212'500.--

Industrielle Gebäude und Anlagen

	2001	2002	2003
Oberwallis	154'917'146.--	110'719'000.--	94'795'300.--
Unterwallis	184'114'460.--	109'706'000.--	105'435'500.--
Total	339'031'606.--	220'425'000.--	200'230'800.--

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER NATÜRLICHEN PERSONEN

2003 ist das Jahr der Bemessungslücke und des Übergangs vom System der zweijährigen Vergangenheitsbemessung zum System der einjährigen Gegenwartsbemessung. In diesem Übergangsjahr hatten die Veranlagungsbehörden vor allem folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Erfassung und Veranlagung von ausserordentlichen Einkommen;
- Überprüfung der ausserordentlichen Aufwendungen;
- Zwischenveranlagungen 2001/2002 unter Anwendung des für den Steuerpflichtigen vorteilhafteren Rechts.

Ausgeführte Veranlagungen per 31. Dezember 2003:

- 132'059 unselbständig erwerbende Steuerpflichtige von total 144'429 oder 91,43 %
- 10'805 selbständig erwerbende Steuerpflichtige von total 17'179 oder 62,59 %

Die Situation bei den Beschwerden und den provisorischen Veranlagungen der 1999/2000 vorangegangenen Perioden sieht wie folgt aus:

- Beschwerden 238
- provisorische Veranlagungen 157

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN

Von den der Sektion zur Verfügung stehenden elf Arbeitskräften befassen sich deren neun mit Veranlagungs- und zwei mit Sekretariatsarbeiten.

Sie überprüfen und veranlagten rund 12'100 Steuerpflichtige, davon 7'900 Kapitalgesellschaften.

Die Zahl der juristischen Personen nahm um 620 zu. Während der gleichen Zeitperiode wurden 228 Gesellschaften im Handelsregister gelöscht. Die Nettozunahme beträgt somit rund 400 Gesellschaften.

SEKTION SPEZIALSTEUERN

Die Bruttoeinnahmen bei der Quellensteuer beliefen sich auf 47,8 Mio. Franken. Von diesem Betrag kommen der Gemeindeanteil und einige Umbuchungen in Abzug. Die Zahl der unterstellten Arbeitgeber ist von 5'680 im Jahr 2002 auf 6'057 im Jahr 2003 gestiegen.

Im Bereich Grundstücksgewinnsteuer überprüfte die Sektion 14'848 Immobilientransaktionen (14'232 im Jahr 2002). Sie eröffnete 6'463 Veranlagungen (6'133 im Jahr 2002) und erzielte dabei Steuereinnahmen von gesamthaft 10,9 Mio. Franken (11,5 Mio. Franken im Jahr 2002).

Im Bereich Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden 491 Veranlagungen eröffnet, d.h. 257 für die Erbschaftssteuer und 234 für die Schenkungssteuer. Die Steuereinnahmen betragen gesamthaft 14,6 Mio. Franken.

SEKTION VERRECHNUNGSSTEUER

Diese Sektion überprüfte 89'042 Wertschriftenverzeichnisse und erstellte 29 Gutschriften betreffend den Steuerrückbehalt USA und die pauschale Steueranrechnung. Das Total der angerechneten oder zurückerstatteten Verrechnungssteuern ist auf 94,7 Mio. Franken angestiegen.

Die Sektion eröffnete 75 Steuerbussen für ungefähr 1,4 Mio. Franken, d.h. 0,6 Mio. für den Kanton, 0,5 Mio. für die Gemeinden und 0,3 Mio. für die direkte Bundessteuer.

Die Sektion bewertete die Aktien von 1'843 Aktiengesellschaften.

KANTONALES INKASSOAMT FÜR BETREIBUNGS- UND KONKURSVERFAHREN

Die Sektion Steuerinkasso übernahm die Betreibungs- und Konkursverfahren für eine Anzahl weiterer Dienststellen, die bisher von diesen selbst oder vom Rechtsdienst des Finanzdepartements behandelt wurden. Diese Übernahme führte auch zur Umbenennung in das kantonale Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren.

Die Zahl der Betreibungen für die Kantonssteuern und die direkten Bundessteuern nahm um rund 7 % zu. Sie stieg von 19'773 auf 21'249. Die Rechtsöffnungs-, Fortsetzungs- und Verwertungsbegehren nahmen ebenfalls zu.

Die Verluste (wertlose Ausstände, Erlasse, Verlustscheine) stiegen bei den natürlichen Personen auf 9,8 Mio. Franken (8,9 Mio. Franken im Jahr 2002) und gingen bei den juristischen Personen auf 1,9 Mio. Franken zurück (2,1 Mio. Franken im Jahr 2002).

RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst erstellte 170 Vormeinungen zuhanden der Beschwerdeinstanzen (KRK, KG und BG).

Es wurden ebenfalls 141 Einspracheentscheide betreffend Ordnungs- und Steuerbussen eröffnet sowie 136 Steuermannschaften festgesetzt.

SEKTION INFORMATIK

Die Stabsstelle für Informatik hat sich insbesondere mit folgenden Aufgaben befasst:

- Detailanalyse und Anpassung der Programme für den Übergang zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung;
- Migration des Netzwerkes von Token Ring auf Ethernet und Anpassung der Arbeitsplätze;

- Migration sämtlicher Arbeitsplätze von Windows 95 auf Windows XP;
- Vernetzung der Drucker;
- Start des Projektes Fristenverlängerung über Internet in Zusammenarbeit mit der KDI;
- Detailanalyse zum Einscannen der Wertschriftenverzeichnisse und deren elektronische Archivierung;
- Anpassung der Internet-Seite der Steuerverwaltung mit der neuen Software VS-Plattform;
- Archive: Vernichtung von 18,5 Tonnen Papier.

STEUERINSPEKTORAT

Das Steuerinspektorat nahm 336 Buchprüfungen vor, die zu folgenden Aufrechnungen führten:

- Aufrechnungen steuerbare Einkommen 42,3 Mio. Franken
- Aufrechnungen steuerbare Vermögen 16,8 Mio. Franken

DIENSTSTELLE FÜR PERSONAL UND ORGANISATION

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist verantwortlich für die tägliche Personalverwaltung von rund 10'000 Lohnbezüger. Neben dem operativen Tagesgeschäft wurden im Jahre 2003 die im Rahmen der Verwaltungsreform (Teilprojekt 4: Personal, Organisation und Unternehmenskultur) neudefinierte Personalpolitik mittels diverser Projekte und Massnahmen umgesetzt und weitergeführt. Anschliessend wird kurz der Stand einiger Arbeiten aufgezeigt:

UMSETZUNG DER NEUDEFINIERTEN PERSONALPOLITIK

Modernisierung der Arbeitszeiten

Das Reglement über die Arbeitszeit, welches am 1. Januar 2002 eingeführt wurde, wird weiterhin unverändert angewendet. Vermehrt wählen Dienststellen, Büros/Sektionen die Jahresarbeitszeit. Diese Variante ermöglicht eine noch grössere Flexibilität und Anpassung der Arbeitszeiten an das Arbeitsvolumen.

Aus- und Weiterbildung Seminarangebot und Teilnahme

Im Verlaufe des Jahres 2003 wurden 82 Seminare mit einer Dauer von einem, zwei oder drei Tagen angeboten. Die Dienststelle für Personal und Organisation arbeitet für die Durchführung des internen Aus- und Weiterbildungsangebotes mit 46 Trainerinnen und Trainern zusammen. Gesamthaft (ohne Informatikausbildung) machten mehr als 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom internen Angebot Gebrauch. Es wurden für die Abdeckung der Nachfrage 147 Kurstage durchgeführt. Die Organisation der internen Aus- und Weiterbildung ist mit einem hohen organisatorischen und administrativen Aufwand verbunden.

Sprachenlernen

Projekt: Espace-Mittelland - Tandem

Das im Herbst 2002 gestartete Pilot-Projekt stiess bei den 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung auf ein reges Interesse und konnte im Verlaufe des Jahres 2003 positiv abgeschlossen werden. Dieses Sprachausbildungsprogramm wurde mit Hilfe einer externen Person, zusammen mit den teilnehmenden Personen evaluiert. Bei der definitiven Einführung, welche im Anschluss an die positiven Rückmeldungen zu diesem Pilotprojekt entschieden wurde, werden kleinere Anpassungen vorgenommen.

um den Sprachlernfortschritt noch zu verbessern.

Dank der Auswertung des Projektes Tandem I wurde auf den Bedarf nach einer Fortführung und Weiterentwicklung dieser Sprachlernmethode aufmerksam gemacht.

Die Dienststelle für Personal und Organisation erarbeitete ein neues Konzept für ein Pilotprojekt Tandem II, welches modernste Informationstechnologie mit dem Sprachlernmodell Tandem verbindet. In diesem Sprachlernmodell, für welches sich wiederum 18 Personen eingeschrieben haben, werden die Pilotprojektteilnehmer mit Hilfe eines Computer-unterstützten Sprachlernprogramms ihre aktiven und passiven Sprachkenntnisse verbessern und diese zusätzlich im Tandem-Modell mit ihrem Sprachlernpartnern verfeinern.

Zusätzlich werden die Lernenden pädagogisch-didaktisch von einer auf Sprachenlernen spezialisierten Trainerin begleitet.

Ebenfalls dieses Projekt wird im Rahmen des Espace Mittelland durchgeführt werden.

Intensiv-Sprachkurse

Zusätzlich zu den obigen Projekten hat die Dienststelle für Personal und Organisation die bisherige Form der Sprachausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung überprüft und ein neues Sprachenlernkonzept erstellt. Anstelle der bisherigen Abendkurse werden durch einen privaten Anbieter, welche über grosse Erfahrung im Sprachenlernen verfügt, Intensivkurse angeboten. Damit sollen die Lernenden schnellere Fortschritte erzielen und motivierter werden.

Projekt: Bonus-Plus

Seit der Einführung des Projektes Bonus Plus, welches darauf abzielt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung vermehrt vom Ausbildungsangebot der Walliser Berufsschulen Gebrauch machen, haben sich 25 Personen für die Absolvierung eines Kurses eingeschrieben.

Projekt: Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Walliser Gemeinden und Burgerschaften

Dank einer Vereinbarung zwischen der Dienststelle für Personal und Organisation sowie den Walliser Gemeinden und Burgerschaften konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derselben seit dem vergangenen Jahr dieselben Seminare wie die Staatsangestellten besuchen. Gesamthaft machten 71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Walliser Gemeinden und Burgerschaften vom Seminarangebot der kantonalen Verwaltung Gebrauch.

Qualität in der Rekrutierung - Personalselektion

Der Selektionsprozess, wie er im Personalmanagement-Handbuch beschrieben ist, wurde vom Staatsrat genehmigt und als Richtlinie erklärt. Auch im Jahre 2003 wurden eine steigende Anzahl an Dienststellen (rund 60%) bei der Personalrekrutierung methodisch unterstützt um alle Kandidaten denselben Bedingungen zu unterstellen und ein Maximum an Objektivität zu gewährleisten.

Lohnpolitik

Am 6. November 2002 hat der Staatsrat unter anderem entschieden, die Löhne für die öffentlich Bediensteten an die Teuerung (0,6 %) anzupassen, einen Koeffizienten von 1,1 bzw. 1 anzuwenden, die Anlaufstufen um 2% zu reduzieren, den 13. Monatslohn zu 100% zu bezahlen sowie die Kapitalabfindung bei 28'000.— festzulegen.

Personalinformationssystem (SAP HR)

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet durch einen SAP R/3-Systemwechsel von der Version 4.6 zur Version Enterprise (4.7). Ansonsten gab es für die Anwender keine grossen Änderungen. Neue Programmöglichkeiten werden zurzeit geprüft und sollen in naher Zukunft entwickelt werden.

Im Bereiche der Organisationsverwaltung konnten verschiedene Programme entwickelt werden, welche die Daten bei Personalmutationen automatisch à jour halten.

Qualitätsmanagement und eDIKS

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat im Jahre 2003 die ersten Vorbereitungen unternommen, um ein Qualitätsmanagementsystem einzuführen, welches eine qualitative Anwendung sämtlicher Personalmanagementprozesse durch die Kantonsverwaltung garantieren soll. Die Leistungen und deren Nutzniesser wurden definiert und anschliessend die Leistungsstruktur vervollständigt. Die entsprechenden Arbeitsprozesse wurden teilweise erarbeitet und die ersten Schritte in Richtung elektronischem Dokumentations-, Informations- und Kommunikationssystem (e-DIKS) wurden ebenfalls bereits unternommen.

Personalmarketing

Im Jahre 2003 konnte die Dienststelle für Personal und Organisation rund 170 profilgerecht strukturierte Stellenausschreibungen erstellen und die Publikation im Amtsblatt, Walliser Boten, Nouvelliste, in weiteren Zeitungen sowie in der Stellenbörse im Internet www.vs.ch fristgerecht gewährleisten. Dank einem neuen Layout in den Stellenausschreibungen im Nouvelliste, im WB und im Amtsblatt sowie dank der Auflistung der Vorzüge des Arbeitgebers Staat Wallis konnte das Image der Walliser Kantonsverwaltung und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Mit diesen Massnahmen sollen ebenfalls mehr potentielle Kandidaten zur Bewerbung aufgefordert werden.

Personaleinführung

Die Personaleinführung ist äusserst wichtig, damit sich der neue Mitarbeiter rasch in die Struktur und Kultur seiner neuen Arbeitstelle eingliedern kann. Auf diesem Hintergrund wurde der ganze Prozess der Personaleinführung analysiert und gegliedert. Seit Januar 2003 hat die Dienststelle für Personal und Organisation jedem neuen Mitarbeiter schon vor dem Stellenantritt ein Merkblatt und die gesetzlichen Grundlagen zugesendet und damit ihren Beitrag für eine optimale Information und Einführung sichergestellt.

Lehrlingsmanagement und KBM-Praktikanten

Mit dem Beginn des Schuljahres 2003/2004 konnten 33 Schulabgängerinnen und 20 Schulabgänger (41 französisch- und 12 deutschsprachig) ihre Lehre in den verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung aufnehmen. Seit August 2003 werden die kaufmännischen Lehrlinge gemäss der neuen KV-Reform ausgebildet. Die Dienststelle für Personal und Organisation in ihrer Rolle als Lehrlingskoordinatorin und Lehrlingsausbilderin hat im Laufe des Jahres 2003 verschiedenste Massnahmen ergriffen, damit diese KV-Reform in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen optimal in der Walliser Kantonsverwaltung umgesetzt werden kann.

Die Walliser Kantonsverwaltung bietet neben 160 Lehrstellen auch viele Praktikumsmöglichkeiten an. So können unter anderem jährlich 15 junge Leute ein KBM-Praktikum absolvieren.

Mitarbeiterumfrage

Gemäss Staatsratsentscheid vom 18. Dezember 2002 hat die Dienststelle für Personal und Organisation eine zweite Mitarbeiterumfrage durchgeführt um die Mitarbeiterzufriedenheit zu überprüfen und zu verbessern. Diese Umfrage erlaubt ebenfalls: eine Überprüfung der Wirksamkeit der seit der ersten Umfrage eingeführten Massnahmen; eine Einführung bzw. Anpassung bestehender Massnahmen im Personalmanagement; Kenntnis der aktuellen Trends beim Einsatz des Führungsinstruments der Mitarbeiterbefragung; Institutionalisierung der Mitarbeiterumfrage als Führungsinstrument in der kantonalen Verwaltung sowie Erfahrung zu gewinnen in der Anwendung neuer Umfrageverfahren (Online-Evaluation)

Telearbeit

In Anbetracht der Entwicklung der Informationstechnologien in der heutigen Arbeitswelt und dem vermehrten Wunsch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen, entschied der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle für Personal

und Organisation ein Pilotprojekt zu lancieren, welches alle notwendigen Elemente berücksichtigt, um eine Einführung der Telearbeit in der kantonalen Verwaltung zu ermöglichen. Ein Steuerungsausschuss unter der Leitung der Dienststelle für Personal und Organisation erarbeitet zurzeit in Begleitung von externen Spezialisten und einem Projektteam an verschiedenen Fragestellungen. Es ist vorgesehen, dass im Frühjahr 2004 ca. 10 Telearbeitsplätze als Pilotversuch in der kantonalen Verwaltung eingeführt werden können.

Chancengleichheit

Ebenfalls im Bereiche der Chancengleichheit blieb die Dienststelle für Personal und Organisation nicht tatenlos. Insbesondere konzipierte sie zusammen mit dem Gleichstellungsbüro im Verlaufe des Jahres 2003 ein Weiterbildungsprogramm, welches es interessierten Frauen ermöglichen sollte, ihrer beruflichen Laufbahn neue Impulse zu geben.

Des Weiteren arbeitet eine Arbeitsgruppe an einem Bericht zuhanden des Staatsrates, welcher die Situation bezüglich der möglichen Einführung einer Kinderkrippe in Anbetracht der bereits bestehenden Institutionen, überprüfen soll.

Mitarbeit im Rahmen der übrigen Teilprojekte der Verwaltungsreform 2003

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist auch in den übrigen Teilprojekten in verschiedenen Bereichen zur Umsetzung der neuen Verwaltungsführung und -kultur tätig. Insbesondere ist an dieser Stelle die Mitarbeit am Projekt e-DiKs, welches die neuen Führungs- und Verwaltungsinstrumente des Kantons Wallis systematisiert und integriert sowie die Evaluation der Verwaltungsreform zu erwähnen.

PERSONALVERWALTUNG UND ORGANISATION

Im Bereiche der Personalverwaltung und Organisation wurden im Jahre 2003, 5033 Bewerbungs-Bestätigungsschreiben erstellt, 1920 Vormeinungen zu Händen des Staatsrates abgegeben und 1612 schriftliche Anfragen behandelt. Für das Jahr 2003 können noch folgende Tätigkeiten vermerkt werden:

Klassifizierungskommission

In 10 Sitzungen hat die Klassifizierungskommission mehr als 170 Gesuche zu Händen des Staatsrates geprüft und ihre Vormeinung abgegeben. Als Grundlage für diese Analysen dienen die Kriterien, welche im Gesetz vom 12. Nov. 1982 betreffend die Besoldung definiert sind, die überarbeiteten Pflichtenhefte, die Stellungnahmen der Vorgesetzten, die Endergebnisse der Funktionsbewertung, die Begutachtungen des Arbeitsplatzes, die vergleichenden Lohnstudien und die Endergebnisse der Arbeitsgruppe.

Vergleichbare Lohnstudie

Mit der immerwährenden Sorge, ein attraktiver Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, hat sich der Staat Wallis, in Zusammenarbeit mit einer spezialisierten Unternehmung, an einer ausgedehnten Lohnvergleichsstudie in den öffentlichen Kantonsverwaltungen und der Bundesverwaltung beteiligt. Diese Studie wurde erstmals im Jahre 2002 durchgeführt und wurde im Jahre 2003 noch verfeinert. Die Dienststelle für Personal und Organisation nimmt weiterhin an diesen Lohnvergleichen teil. Es ist zu erwähnen, dass das Resultat dieser Umfrage eine wertvolle Informationsquelle für die Lohnpolitik des Staates darstellt.

Arbeitsgruppen und Kommissionen

Die Mitarbeiter/innen der Dienststelle haben unter anderem in folgenden Arbeitsgruppen und Kommissionen mitgewirkt: Überprüfung der Situation der beiden Pensionskassen; Anpassung und Harmonisierung verschiedenster Entschädigungen; Massnahmen zur Chancengleichheit; Anwendungsbedingungen und Harmonisierung des Personals der kantonalen Spitäler und des Walliser Gesundheitsnetzes; Evaluation der Reformen; Anpassung des

Gesetzes über das Messwesen; Überprüfung einer möglichen Berücksichtigung der Freiwilligenarbeit bei der anfänglichen Lohnfestlegung; Gruppe „Lokalitäten“; Disziplinarkommission und die Klassifizierungskommission für das Lehrpersonal.

Organisation

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat in den Organigrammen/ Organisationseinheiten der verschiedenen Dienststellen verschiedenste Änderungen vollzogen. Insbesondere wurden Stellen geschaffen, Stellen umgewandelt, Stellen aufgehoben sowie mehrere Transfers durchgeführt. Im weiteren wurden im Bereich der Organisations-, Arbeits- und Teamentwicklung verschiedenste Dienststellen methodisch bei deren Reorganisation unterstützt, damit die Aufbau- und Ablauforganisation optimal gestaltet werden kann.

DAS BÜRO FÜR SOZIALBERATUNG

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet durch die Kündigung von Frau Eva-Maria Millius-Imboden. Für die Sozialberatung des deutschsprachigen Teils der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kantons wurde neu Frau Hilda Theler zu 40% angestellt.

Die Problemkreise im persönlichen Bereich beinhalteten im Jahr 2003 vor allem gesundheitliche und finanzielle Schwierigkeiten. Im beruflichen Bereich waren es Arbeitskonflikte und Stress am Arbeitsplatz.

Die Sozialberatungsstelle richtete ihr Augenmerk im 2003 vermehrt auch der Vorbeugung von sozialen Problemen in Zusammenarbeit mit internen und externen Fachstellen. So wurde beispielsweise ein Handbuch für die halbgeschützten Arbeitsplätze beim Staat Wallis erstellt. Zudem wurde über die Ausarbeitung von erklärenden Dokumenten betreffend psychische und physische Belästigung am Arbeitsplatz sowie Alkohol am Arbeitsplatz reflektiert.

KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR INFORMATIK

Mit dem Jahr 2003 hat die kantonale Dienststelle für Informatik ihr Jugendalter erreicht. Vieles ist im Fluss und es ist unabdingbar, diese vorhandene Energie zu bündeln und die bewährten Arbeitsprozesse zu konsolidieren und in zukunftsweisende Wege zu lenken.

Das prägende Ereignis des Jahres für die Dienststelle war sicher die Gewährung eines Zusatzkredites durch den Grossen Rat, der die Weiterführung der Arbeiten an den Dienstlokalen ermöglichen wird. Mit grosser Befriedigung haben die Mitarbeiter diesen Entscheid zur Kenntnis genommen, der es ihnen ermöglichen wird, in Zukunft in Lokalen zu arbeiten, die den heutigen Standards in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Sicherheitsvorschriften genügen.

Mit der Realisierung des kantonalen Kommunikationsnetzes konnte ein wichtiges Projekt beendet werden, das es künftig den Gemeinden erlauben wird, mit den kantonalen Dienststellen zu kommunizieren. Diese Datenautobahn der öffentlichen Verwaltungen ist mit derjenigen unseres Kantonsnachbarn Waadt verbunden. Die Koordination und die Information erfolgt über den Verband der Walliser Gemeinden.

Fast unbemerkt für die Benutzer ging die Migration des Betriebssystems Windows 95 auf Windows XP für ungefähr 1800 Arbeitsplätze vor sich. Dieser Quantensprung wurde mehrheitlich mit internen Ressourcen und unter Einhaltung der vorgegebenen Zeit durchgeführt. Im Rahmen dieses Projektes wurde der Maschinenpark weitgehend vereinheitlicht, was eine effizientere Administration gewährleisten wird.

Die hauptsächlichsten Aktivitäten können nach Sektionen wie folgt zusammengefasst werden:

ADMINISTRATION

Die Informatik ist nach wie vor eine Lieblingsbeschäftigung bei den Jungen. So wundert es nicht, dass die Dienststelle ihrem ersten Mediamatiker-Lehrling zum Abschluss gratulieren konnte. Im Weiteren haben 3 Studenten der Berufsfachschule Wallis im Rahmen ihrer Ausbildung bei unserer Dienststelle eine Stage absolviert.

Die Haupttätigkeit im Jahre 2003 betraf die Vorbereitung der Dossiers im Zusammenhang mit den neuen Lokalitäten der Dienststelle, die 2004 zur Verfügung stehen sollten.

INFORMATIKSICHERHEIT

Die wichtigsten Tätigkeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Empfehlungen betreffend die Viren Sobig.F und Nachi (vor allem laufende Mutationen der Unterschriftenverzeichnisse sowie die automatischen Installationen der kritischen Korrekturen auf den PC, Netzwerkservern und portablen PC).
- Grundsätzliche Vorschriften der Informatiksicherheit gemäss ISO 17799, hinsichtlich der Erarbeitung von Benutzerrichtlinien.
- Audit betreffend Hackerangriffe via Internet sowie Empfehlungen zur Verbesserung von potenziellen Schwachpunkten.
- Umwandlung der „Internetkoordinationsgruppe“ in „Internetkoordination und Informatiksicherheit“ mit monatlichen Sitzungen.

SEKTION DPSI (Direktion und Steuerung der Informationssysteme)

Projektleiter Normen und Standards

- Führen verschiedener Gruppen und Ausschüsse (Ausschuss für Sicherheit der Informationssysteme, Internet Koordination und operationelle Sicherheit, ...)
- Schaffung einer Gruppe für Normen und Standards in der Mikro-Informatik
- Koordination Informatikprojekte, Teilnahme und Beratung an verschiedenen Projekten für Projekt-Management.
- Redaktion von 70 Vormeinungen
- Teilnahme in der neu geschaffenen Arbeitsgruppe "ICT Planer" der SIK (Schweizerischen Informatikkonferenz)
- Sekretariat des Ausschusses "Regroupement des affaires informatiques"

Projektleiter "Filières"

- Administrative und logistische Führung der "Filière" SAP
- Projektleiter des Releasewechsels zu SAP 6.20 Enterprise
- Schaffung des Steuerungsausschusses SAP
- Studie für die Zentrale Verwaltung der Adressen (mit CC SAP und Finanzverwaltung)
- Start der Projekte "Verwaltung der Werkstatt Ronquoz" und "Begleitmandat ECM (Enterprise Content Management)"

CC SAP

- Schnittstellen SAP für LISA, OPALE, e-DICS, AS400
- Anwendungsentwicklungen : Verwaltung der Zuschüsse für Jagd und Fischerei, Abrechnung der Vorauszahlungen und Zahlung der Subventionen für die Schuldirektoren
- Entwicklung neuer Funktionalitäten: Abschluß der Zahlungsaufträge für die Verpflichtungs-ermächtigungen, Abrechnung der provisorischen Pässe usw..
- Elektronische Verwaltung der Dokumente für die Bestellung und Zahlung von Informatik-material

SEKTION ENTWICKLUNG

Nebst den täglichen Support- und Wartungsaufgaben können die hauptsächlichsten Tätigkeiten nach den Entwicklungsplattformen wie folgt zusammengefasst werden:

Client/Serveur

Erweiterung der Entwicklungsstandards; Anpassung der Datenbanken betreffend die Migration Netware; Verwaltung der Dossiers der Staatsanwaltschaft; Anpassung der Dossierverwaltung bei der Kantonalen Baukommission; Ersatzlösung für die Eidgenössischen Wahlen; Kontrolle der Weinernte; E-DICS; Straf- und Massnahmen-vollzug; Arbeitnehmerschutz.

BS2000

Zentrales Inkasso der Quellensteuer; Kantonale Subvention im Wohnungswesen; Kontingentsverwaltung für ausländische Arbeitskräfte; Verwaltung der Patente; Landwirtschaftliche Direktzahlungen; Einjährige Steuereinschätzung mit Gegenwartsbemessung; Ausserordentliche Aufwände und Erträge der Bemessungslücke; Zentrale Verwaltung des Eingangs und der Fristen der Steuererklärung über das Internet; Anpassungen für die Projekte CARL und FABER der Automobilkontrolle; Verwaltung der Fahrausweiszüge.

SEKTION BENUTZERSUPPORT

Am 1. Januar 2003 wurde SAP für die Verwaltung des Bestellwesens eingeführt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1174 Bestellungen getätigt. Diese Bestellungen generierten bei unseren Lieferanten einen Umsatz von CHF 7.932 Mio. 568 neue PC's und 79 neue Notebooks wurden letztes Jahr im Rahmen der Migration des neuen Betriebssystems Windows XP installiert. Für Toner und Tintenpatronen wurden letztes Jahr CHF 418'783.- ausgegeben.

2003 wurden insgesamt 128 Informatikkurse organisiert. Diese Kurse fanden an 224 Halbtagen statt. 32 dieser Kurse mussten als Folge fehlender Einschreibungen annulliert werden. Insgesamt haben sich 811 Mitarbeiter für einen oder mehrere Kurse eingeschrieben.

Die Zusammenarbeit mit der Höheren Fachschule für Wirtschaftsinformatik im Bereich Informatikausbildung wurde per Anfangs Juni um ein weiteres Jahr verlängert.

SEKTION RZ und Systeme

1. Neuinstallationen Hardware

- Installation von 2 WebTA Servern Solaris Primepower 250 mit 2 CPU à 1.1 GHz und 4 GB Speicher.
- Speichererweiterung für SX130; Partition für SAP.
- Installation von 300 Lizenzen für WebTA für die Kantonale Steuerverwaltung
- Installation Solaris Primepower 450 als Ersatz für den älteren Oracle Datenbankserver
- Installation Solaris Primepower 450 als Ersatz für den älteren Entwicklungsserver
- Installation Server RX450 mit VMware für die einfachere Handhabung und Administration der Windows-Server. (Mehrere virtuelle Server auf einem Server)
- Installation Windows Server für Projekt SIT Valais
- Beschaffung einer neuen zentralen Datenhaltungsanlage (DMZ1000) mit dem Ziel der Spiegelung der Daten zwischen dem alten Rechenzentrum ("Palais" mit Symmetrix 8530) und dem neuen Rechenzentrum ("Les Mayennets" mit DMX1000).

2. Haupttätigkeiten

- Administration und Überwachung der Betriebssysteme SAP; Windows; UNIX/SOLARIS und BS2000
- Upgrade SAP auf die neue Enterprise Version
- Upgrade div. Oracle Tabellen von Version 8 auf Version 9
- Installation Dprint für die Plattformen SAP; BS2000 und UNIX/SOLARIS
- Administration und Überwachung sämtlicher Oracle und Sesam Datenbanken
- Integration neuer Tabellen in Oracle und Sesam
- Administration und Überwachung der zentralen Sicherungen sämtlicher Plattformen mit Hilfe der Software Networkers

- Planungsarbeiten für neues RZ
- Umstellen auf Gross-/Kleinschreibung im BS2000
- Vorbereiten und Testen auf neues Portal WebTA für den Zugriff der Gemeinden und Treuhandbüros auf die Applikationen der Kantonalen Steuerverwaltung
- Ausbildung auf Lasersoft
- Mithilfe Operating
- Support an Entwicklung und Endbenutzer
- Upgrade auf neue SESAM/SQL Version 3.1
- Pikett-Dienst und dessen Überwachung; Planung der Produktionsarbeiten im RZ

3. Druck und Versand

- Drucken 7 Mio. Formulare / Kuvertieren und Versand von 1'800'000 Formularen

SEKTION TELEKOM

Die wichtigsten Aktivitäten des Jahres waren die folgenden:

- Installation des Switch Giga-Ethernet in den POP Monthey und StMaurice und Inbetriebnahme des FO-Netzes (11 Gebäude);
- Installation und Inbetriebnahme der VPN Technologie;
- Vorbereitung und Inbetriebnahme der Konfiguration der 7 POPs auf dem kantonalen Netzwerkbackbone für die Erschliessung der Gemeinden;
- Inbetriebnahme und Netzwerkverbund der neuen Standesämter (13 von 15); Projekt INFOSTAR;
- Netzwerkverbund via CWDM Technologie der POPs Monthey; St. Maurice und Siders;
- Transport und Versand von 20'000 SMS; 31'000 Fax; Internet 3.5 TByte

Analyse und Überarbeitung der internen Firewall-Architektur.

SEKTION MICRO INFORMATIK

Die Zahlen und die wichtigsten Ereignisse

- Migration des Informatikparks auf Windows XP
- Unterhalt des Informatikparks von 1700 PCs und 2800 Benutzern; welcher sich auf den ganzen Kanton erstreckt.
- 2600 Interventionen (Reparaturen und Installationen) von unseren Technikern.
- Zentralisierung und Konsolidierung der Novell Netware Server. Die Zahl der Server hat sich von 76 nach 52 verringert.

Die neuen informatisierten Standorte

- Zivilstandsämter in 11 Bezirken des Kantons
- Gefängnis von Martigny; Sion; Pramont und Brig
- Denkmalpflege und Archäologie in Martigny
- Crealp Sitten (Zentrum für Alpine Umweltforschung)

Die wichtigsten Netzwerk Projekte

- Zentralisierung der Server dank Glasfaserverbindungen.
- Migration der Server von Netware 4.11 und 5.1 auf die Version 6.
- Migration der Mail-Server Groupwise auf die Version 6.5
- Konsolidierung der Verzeichnisdienste Novell (eDirectory)
- Komplette Entfernung des IPX Kommunikations Protokolls. Wir sind nun auf „IP-Only“.
- Installation eines Clusters von 2 Servern in Siders.
- Anbindung der Server an das Speichersystem EMC2.
- Installation eines SUS Servers (Microsoft Software Update Services).

Die anderen Projekte

- Projekt CUT2002 (Examens-Räume für die DSUS in St-Maurice; Sitten und Visp)
- Teilnahme und Support der Abstimmungen und Wahlen.
- Piquetdienst.

RECHTSDIENST

Die Tätigkeit des Rechtsdienstes gliedert sich in drei Hauptgebiete, nämlich den eigentlichen Rechtsdienst des Departementes, das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission und die Inkassoabgaben.

RECHTSDIENST DES DEPARTEMENTES

Der Rechtsdienst ist beauftragt, die allgemeinen Aufgaben und Rechtsprobleme zu behandeln, sich an der Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, schriftliche und mündliche Gutachten zu erstellen, Rechtsauskünfte zu erteilen, die vom Departement anzuwendende Gesetzgebung zu studieren und auszulegen, den Staat mit oder ohne Beizug von Anwälten vor Gericht zu vertreten usw. Dabei arbeitet der Rechtsdienst insbesondere mit der Dienststelle für Personal und Organisation sowie mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammen.

Die wesentlichen Aufgaben, welche die Dienststelle ausführte, oder an deren Ausführung sie eng mitwirkte, sind folgende:

Staatspersonal

- * Änderung vom 29. April 2003 der Verordnung über die Besoldung des Lehrpersonals der Primar-, Orientierungs- und Mittelschulen. Diese Änderung betrifft die Gewährung von Spezialurlaub an Lehrpersonen, welche eine öffentliche Funktion ausüben.
- * Bericht vom 28. März 2003 zur Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals (RVKL). Dieser Bericht behandelte aus rechtlicher Sicht im wesentlichen folgende Fragen:
 - Identität des Arbeitgebers des Personals, dass der RVKL angeschlossen ist,
 - Identität des Garanten für die Verpflichtungen der RVKL,
 - Umfang der Garantie dieser Verpflichtungen.
- * Analyse der verschiedenen Spesenentschädigungen der kantonalen Verwaltung und Erarbeitung von Anpassungsvorschlägen.
- * Mitarbeit in der interdepartementalen Arbeitsgruppe (DFLA/DEKS) zur Überprüfung der Situation in den beiden kantonalen Vorsorgekassen des öffentlichen Dienstes (VPSW und RVKL). Der Auftrag dieser vom Staatsrat am 25. Juni 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe geht insbesondere dahin, einen Synthesebereicht zu erstellen zu den notwendigen Massnahmen zur Verbesserung des Deckungsgrades der beiden Vorsorgekassen und Massnahmen zuhanden des Staatsrates vorzuschlagen.
- * Entwurf der Richtlinien über die Einführung der Telearbeit in der kantonalen Verwaltung als Pilotversuch.
- * Eingehende Untersuchung sowie Erarbeitung der Entwürfe zum Staatsratsentscheid und zur Vernehmlassung ans Kantonsgericht betreffend zwei Mobbing-Fälle (psychologische Belästigung).
- * Erarbeitung von über 40 Gutachten, Berichten oder Entscheiden zuhanden des Staatsrates, der Dienststelle für Personal und Organisation oder anderen Dienststellen.

Sozialberatung

- * Mitwirkung im Beratungsteam der Sozialberatung.
- * Erarbeitung eines Präventionskonzeptes „Alkohol und andere Drogen am Arbeitsplatz“.

Walliser Kantonalbank

- * Prüfung des spezifischen Berichtes des Bankrevisors vom 2. April 2003.
- * Bericht des Staatsrates vom 29. April 2003 zum Geschäftsjahr 2002 der WKB. Dieser Bericht enthält die Beurteilung des Staatsrates zur Strategie des Staates als Aktionär und Garant, sowie die Beurteilung zum spezifischen Bericht des Bankrevisors.
- * Informationen an die Geschäftsprüfungskommission über juristische Aspekte im Zusammenhang mit der Rolle des Grossen Rates gegenüber der WKB.

Affäre Leukerbad

- * Mitwirkung in der juristischen Arbeitsgruppe, welche die verwaltungsexternen Vertreter bei der Interessenwahrung im Rahmen der beim Bundesgericht eingeleiteten zivilrechtlichen Verfahren unterstützte. Diese Mitwirkung endete mit den Urteilen des Bundesgerichts vom 3. Juli 2003, mit denen die Klagen abgewiesen wurden.
- * Beschluss des Grossen Rates vom 4. Dezember 2003 zur Sanierung der Munizipalgemeinde Leukerbad. Die Dienststelle hatte das Präsidium der Arbeitsgruppe inne, welche den dem Staatsrat und dem Grossen Rat unterbreiteten Entwurf erarbeitete.

Finanz- und Immobilienangelegenheiten sowie Haftungsfälle

- * Dekret vom 4. September 2003 betreffend die Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen.
- * Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons, der dem Grossen Rat in der Januarsession 2004 in erster Lesung unterbreitet wurde.
- * Gesetzesentwurf über Ausgaben- und Schuldenbremse, der dem Grossen Rat in der Februarsession 2004 in erster Lesung unterbreitet wird.
- * Gesetzesentwurf über den interkantonalen Finanzausgleich.
- * Erstellung von mehr als 50 Gutachten und schriftlichen Berichten zuhanden des Departementsvorstehers, der kantonalen Finanzverwaltung und anderen Dienststellen.
- * Behandlung von rund 15 zivilrechtlichen Haftungsfällen des Staates, in Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Departementen, dem Haftpflichtversicherer des Staates und gegebenenfalls den Berufsvertretern (Advokaten).
- * Vertretung der Interessen des Staates Wallis in zwei Erbschaftsfällen ohne gesetzliche Erben, bei denen es um hohe Beträge ging.

Verfahren im Bereich der Opferhilfe

- * Vertretung des Staates vor den Gerichten im Rahmen von 23 Verfahren um Schadenersatz und Genugtuung im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG).

SEKRETARIAT DER KANTONALEN STEUERREKURSKOMMISSION

Die Dienststelle gewährleistet das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission. Da es sich bei dieser Kommission um eine Gerichtsinstanz handelt, sind die Daten zur Tätigkeit dieser Kommission und ihres Sekretariats seit 2001 nicht mehr im Verwaltungsbericht des Staatsrates enthalten, sondern in einem eigenen Tätigkeitsbericht der Kommission, der dem Grossen Rat zur Verfügung gehalten wird.

INKASSO

Die Dienststelle tätigt die Rechnungstellung sowie die Fortsetzung des Inkassos für die Gerichtskosten, die den Gerichten nicht bezahlt wurden.

Die nachfolgende Statistik ergibt einen Überblick über die ausgeführten Inkassoarbeiten:

Art der Rechnungen	Anzahl	Betrag
Eintreibung von Gerichtskosten	1'388	927'002.40

Dienststelle für Aussonderungen und Wirtschaftsrecht

Gesetzesvorbereitung

Die Dienststelle hat die Botschaft und die Revision des Gesetzgebungspaketes zur Umsetzung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vorbereitet und das Projekt bis zu seiner Verabschiedung durch den Grossen Rat begleitet. Es handelte sich hierbei um das Gesetz betreffend die Anerkennung von Berufsausbildungen von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das Gesetz über den Beitritt des Kantons Wallis zur Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen und das Beitrittsgesetz des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung zum Abbau technischer Handelshemmnisse.

Anwendung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht und des landwirtschaftlichen Pachtrechts

Im Jahre 2003 sind 2104 Gesuche (2002 waren es 2103 Fälle, 2001 waren es 1902 Fälle, 2000 waren es 1'858 Fälle, 1999 waren es 2014 Fälle) in Form von Bewilligungen oder Feststellungsverfügungen im Sinne von Art. 83 und 84 BGG behandelt worden. Regional verteilen sich die behandelten Fälle in 866 Entscheide auf das Oberwallis (888 Fälle in 2002, 796 Fälle in 2001, 732 Fälle in 2000, 808 Fälle in 1999) und 1238 Entscheide auf das Unterwallis (1215 Fälle in 2002, 1106 Fälle in 2001, 1126 Fälle in 2000, 1006 Fälle in 1999). Es kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Dossiers von Jahr zu Jahr nur ganz minimalen Schwankungen ausgesetzt ist und der jährliche Durchschnitt der zu behandelnden Dossiers bei zweitausend liegt.

Die Dienststelle führt eine Datenbank über die bezahlten Bodenpreise der letzten fünf Jahre aufgeteilt nach Gemeinden und Natur des Bodens. Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Kantonsgerichts müssen diese Daten verfeinert erhoben und erfasst werden und bilden eine zuverlässige Quelle für die Festlegung der höchstzulässigen Erwerbspreise für den Kauf von landwirtschaftlichem Boden und Gewerbe.

Die Dienststelle hat als zuständige kantonale Behörde gemäss Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht 7 Einsprachen der landwirtschaftlichen Kammer behandelt.

Rechts- und Beschwerdeinstanz

Die Dienststelle hat im Jahre 2003 53 Beschwerden an den Staatsrat im Bereiche des Wirtschaftsrechts instruiert (33 Beschwerdedossiers in 2002, 51 Beschwerdedossiers in 2001) sowie 12 Homologationssentscheide von Genossenschaftstatuten vorbereitet. Als Rechtsdienst für Wirtschaftsfragen hat die Dienststelle eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Beschwerden erarbeitet und andere Dienststellen bei besonders schwierigen Einzelfällen und in Gesetzgebungsfragen unterstützt.

Die Dienststelle beriet die Gemeinden und die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Bereiche des öffentlichen Beschaffungswesens.

Die Dienststelle ist mit der juristischen Betreuung des kantonalen Veterinäramts beauftragt und hat im Zusammenhang mit der Anwendung des Tierseuchen- und Tierschutzgesetzes eine Vielzahl von Rechtsfragen geprüft und die nötigen Massnahmen eingeleitet.

Die Dienststelle hat Strafuntersuchungen in Anwendung des Reglements über die Weinstatistik durchgeführt, deren Verwaltungskompetenz beim Kantonschemiker liegt.

Die Dienststelle stellt ebenfalls das Sekretariat für die kantonale Rekurskommission für landwirtschaftliche Beiträge sicher und hat 61 Beschwerdefälle instruiert (26 Beschwerdedossiers in 2002, 33 Beschwerdedossiers in 2001).

Interkantonale Zusammenarbeit

Die Dienststelle bildete 2003 die Verbindungsstelle zur interkantonalen Region „Espace Mittelland“ und sicherte in dieser Funktion die Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Solothurn, Neuen-

burg, Freiburg, Waadt und Jura. Mitarbeiter der Dienststellen arbeiten in der Chefbeamten-, Kommunikations-, Eurodelegierten- und öffentliches Beschaffungswesen-Gruppe mit. Die Regierungen der Mitgliedskantone des Espace Mittellands haben beschlossen, die Zusammenarbeit intensivieren.

Die Dienststelle vertritt den Kanton im interkantonalen Forum für öffentliches Beschaffungswesen und in der Westschweizer Konferenz zum öffentlichen Beschaffungswesen, welches das elektronische Informationssystem SIMAP entwickelt hat und dem praktisch alle Schweizer Kantone und der Bund als Betriebsorganisation beigetreten sind.

Die Dienststelle sichert die Interessenwahrung der Nichtuniversitätskantone in der Kommission Interkantonale Universitätsvereinbarung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.

Gemeinschaftliche Initiative „INTERREG“

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit folgt das Programm INTERREG IIIA seinen Lauf. Ende des Jahres war der verfügbare Bundeskredit in der Höhenordnung von 85,5% eingesetzt. Auf der französischen Seite (INTERREG-Programm IIIA Frankreich-Schweiz) wurde hingegen 50% des verfügbaren Bundeskredits bereits verpflichtet und nur 24% des Gemeinschaftsfonds gebraucht.

Auf Stufe der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IIIB Alpenraum) sind die Walliser Partner aktiv im Bereiche der natürlichen Risiken, der Sportereignisse im Alpenraum und in der Stiftung Walser.

Die Programmierung INTERREG IIIC (interregionale Zusammenarbeit) beginnt. Das Wallis beteiligt sich am Projekt RISE, welche durch das Espace Mittelland gesteuert wird.

Grenzüberschreitende institutionelle Beziehungen

Im Rahmen der Versammlung der Regionen Europas (VRE) ist der Staatsrat und Vorsteher des DFLA, Herr Wilhelm Schnyder zum Vizepräsidenten und Schatzmeister gewählt worden. Seine Aktivität konzentrierte sich auf die Erhaltung der höchst möglichen Anzahl von Regionsmitgliedern und einer konsequenten Ausgabenverwaltung.

Ende 2003 hat der Kanton Wallis das Präsidenschaftsmandat des Genferseerats abgegeben. Während den vergangenen zwei Jahren der Präsidenschaft hat Herr Claude Roch, Staatsrat und Chef DEKS, Anstrengungen unternommen, um Aktionen zugunsten der Jugend zu lancieren.

Als Verlängerung des internationalen Jahres der Berge und des Austausches mit dem Königreich Butan hat der Kanton Wallis zwei butanische Wanderbegleiter während zweier Monate in unserem Kanton empfangen. Diese Austausche sollten durch den Abschluss einer Zusammenarbeitsvereinbarung und engeren Kontakten zwischen dem Gite de Staint-Jean und dem Tourismusdepartement des Butans formalisiert werden.

Die Delegierte für grenzüberschreitende und europäische Angelegenheiten verfolgt ebenfalls die Aktivitäten, die im Rahmen der Rats Wallis-Aostatal entwickelt werden. Die Arbeitsgruppen behandeln Bereiche wie die Raumplanung, den Verkehr, die Wirtschaft und die Kultur.

DIENSTSTELLE FÜR VERMESSUNG

Allgemeines

Das Jahr 2003 brachte unserer Dienststelle wieder viele Veränderungen und damit verbunden auch leider Verzögerungen im Abschluss mehrerer Arbeiten.

Ersterhebungen, Erneuerungen, Erhaltung (prov. Numerisierung)

Die in der Leistungsvereinbarung mit dem Bund festgelegten Ziele

für die Ersterhebungen konnten vollständig erreicht werden.

Die Arbeiten für das Projekt „Landwirtschaftliche Nutzflächen“ LVN wurden öffentlich ausgeschrieben und konnten bereits im Sommer vergeben werden. Das Ziel dieses Projektes ist es, die Grundlagen für die Überprüfung der Direktzahlungen in der Landwirtschaft zu erarbeiten.

Um die Homogenität der Daten der amtlichen Vermessung im Kanton zu verbessern, wurden wir durch die Oberaufsicht des Bundes aufgefordert, Richtlinien zu erarbeiten. Mit der Umsetzung dieser Richtlinien sollen die strukturellen und inhaltlichen Inhomogenitäten verschwinden, damit einem Benutzer, der Daten über mehrere Gemeinden benötigt, die Nachbearbeitung der Daten entfällt.

Diese Richtlinien wurden den betroffenen Geometern im Februar vorgestellt. Alle bestehenden und laufenden Arbeiten müssen jetzt angepasst werden. Verzögerungen in der Ablieferung der Arbeiten gab es aber nicht nur wegen der Einführung der Richtlinien, sondern auch deshalb, weil unsere Dienststelle auf ein neues Informatiksystem gewechselt hat. Dieses System konnte leider erst auf Mitte Jahr eingeführt werden, weil gegen die Arbeitsvergabe Einsprache erhoben wurde. Diese Einsprache wurde nach einigen Monaten zurückgezogen. Die ersten Erfahrungen mit den neuen Richtlinien und dem neuen Informatiksystem sind sehr positiv, so dass man sagen kann, dass in Zukunft die Verifikationen schneller und effizienter ausgeführt werden können.

Im Verlaufe des Jahres konnten die Erneuerungsarbeiten in 146 der 186 teil- und vollnumerischen Operate begonnen werden. Dadurch werden bereits im Jahr 2004 sehr viele Daten im neuen Datenmodell DM01-VS verfügbar sein.

Die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene und die notwendigen Anpassungen der Verfahren an die heutigen Gegebenheiten zwingen uns, dass heute geltende Gesetz über die Amtliche Vermessung vom 16. November 1994, vollständig zu revidieren. Die Vorbereitungsarbeiten wurden im Verlaufe des Jahres in Angriff genommen und das revidierte Gesetz kann im Jahr 2004 an den Grossen Rat zur Beratung weitergeleitet werden.

Nachführung der Amtlichen Vermessung

Z.Z. werden noch alle Mutationen, die innerhalb der Perimeter der amtlichen Vermessung ausgeführt werden, zur Kontrolle und Unterschrift an unsere Dienststelle gesandt. Diese Form der Kontrolle ist nicht mehr zeitgemäss und soll, auf Wunsch des Bundes, überdacht und geändert werden. Die teilweise dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen müssen zuerst geschaffen werden.

Bei der Abgabe von Daten der amtlichen Vermessung in elektronischer Form müssen die Gebühren auf einem tieferen Niveau vereinheitlicht werden. Im Moment wird durch eine Arbeitsgruppe das Modell einer neuen, gesamtschweizerischen Gebührenordnung erarbeitet. Die jetzt gültige Gebührenordnung vom 11. Oktober 1995 gibt einige Schwierigkeiten in der praktischen Anwendung.

GIS-Stelle (Geografisches Informationssystem)

Bereits die ersten Kontakte mit den Dienststellen, die mit geographischen Daten arbeiten, haben gezeigt, dass ein grosser Koordinationsbedarf vorhanden ist. Das grösste Problem ist, dass die Daten nicht zentral verwaltet werden und nicht in einem einheitlichen Standard vorliegen.

Das Ziel wird sein, dass die Daten zentralisiert werden und dass den Benutzern auch geeignete Programme für die Bearbeitung zur Verfügung stehen.

Bis die Daten vollständig und in einem einheitlichen Standard zur Verfügung stehen, wird noch einige Zeit verstreichen.

Damit die gesamten Aufgaben der GIS-Stelle erfüllt werden kön-

nen, müsste mehr Personal vorhanden sein und die gesetzlichen Grundlagen müssen in einem Geoinformationsgesetz neu geregelt werden.

Fixpunkte

Im Verlaufe des Jahres konnten die Berechnungen für die neuen LV95-Punkte abgeschlossen werden und die Koordinaten wurden durch den Bund anerkannt.

Alle laufenden Vermessungen werden bereits an diese Punkte angeschlossen und im neuen Bezugsrahmen berechnet. Dieses Vorgehen erlaubt uns, Fixpunktnetze ohne Spannungen zu erstellen und somit können auch die Vorteile neuer Messinstrumente (GPS) voll genutzt werden.

Übersichtsplan

Der Übersichtsplan liegt als flächendeckende Pixelkarte vor und wird in den Massstäben 1 : 5'000 und 1 : 10'000 ausgegeben. Die Nachführung dieser Produkte muss neu geregelt werden, weil der Aufwand mit der jetzigen Methode zu teuer und zu schwerfällig ist.

Planzentrale

Die Nachfrage für Planauszüge des Übersichtsplanes in Papierform lässt immer mehr nach. Es wurden 49 Pläne in Papier und 186 in digitaler Form abgegeben.

LWN (Landwirtschaftliche Nutzflächen)

Für die Durchführung des Projektes musste mit dem Bund eine Vereinbarung abgeschlossen werden. Anschliessend konnten die Gemeinden über das Projekt informiert werden.

Im Dezember 2002 wurde der Bildflug für die photogrammetrische Auswertung der Bodenbedeckung und Einzelobjekte öffentlich ausgeschrieben. Im Frühling 2003 wurden die Bildflüge im Unterwallis ausgeführt und im Frühling 2004 werden die Bildflüge im Oberwallis ausgeführt.

Tätigkeiten der Kommissionen

Kantonale Nomenklaturkommission

Die Kommission kam in den Gemeinden zum Einsatz, in denen amtliche Vermessungen in Arbeit sind.

Vorvereinungskommission im Falle von Grenzstreitigkeiten zwischen Gemeinden

Diese Kommission wurde nicht erneuert, da im Moment kein Handlungsbedarf gegeben ist und die Aufgaben neu definiert werden müssen.

DIENSTSTELLE FÜR GRUNDBUCHÄMTER

1. Grundbuchämter

Kennzeichnend für die Dienststelle war für das Jahr 2003 eine Zunahme bei den Grundstücksgeschäften. Wenn man bis zum Sommer noch eine moderate Zunahme verzeichnete, nahmen die Grundstücksgeschäfte bis zum Jahresende stärker zu, so dass sich im Vergleich zum Vorjahr, eine Steigerung von ungefähr 3,5% ergibt.

1.1 Tätigkeit der einzelnen Grundbuchämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHHEY	TOTAL
<i>Eintragungen im Tagebuch</i>	11'183	4'506	11'181	17'838	* 9'517	7'457	61'682
<i>Eigentumsübertragungen</i>	3'473	1'982	3'245	4'707	3'810	2'015	19'232
<i>Hypothekareinschreibungen</i>	1'845	1'079	1'630	2'223	2'026	1'536	10'339
** <i>Grundbuchauszüge</i>	9'490	4'824	5'823	5'889	6'963	8'195	41'184
<i>Erhobene Grundbuchgebühren</i>	2'430'237	995'349	2'420'535	2'466'628	2'725'154	1'626'908	12'664'811

* Die relativ tiefe Anzahl Tagebucheintragungen im Grundbuchamt Martigny rührt daher, dass dieses Grundbuchamt, als Pilotprojekt, das Tagebuch informatisiert führt. Beim Grundbuchamt Martigny erklärt sich der Zuwachs durch die starke Zunahme der Grundstücksgeschäfte in der Region Verbier.

** Die relativ tiefe Anzahl Grundbuchauszüge in den Grundbuchämtern Sitten, Siders, Leuk und Brig, im Verhältnis zu den Eigentumsübertragungen und Hypothekareinschreibungen, erklärt sich dadurch, dass das eidgenössische Grundbuch in deren Kreisen nur für ein kleines Gebiet eingeführt ist; man müsste diesen Zahlen mehr als 15 000 Lastenverzeichnisse hinzufügen betreffend diejenigen Gemeinden, in welchen das eidgenössische Grundbuch noch nicht eingeführt ist.

1.2 Tätigkeit der (den Grundbuchämtern zugewiesenen) Einregistrierungsämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHHEY	TOTAL
Anzahl Einregistrierungen	7'214	2'995	5'871	8333	6'217	4'425	14'204
Erhobene Einregistrierungsabgaben	8'115'341.-	2'325'355.-	8'625'055.-	8'221'660.-	10'062'780.-	5'915'271.-	43'265'462.-

Die Zunahme bei den Geschäften im Immobilienbereich im Jahre 2003 hat im Vergleich zum Jahre 2002 mehr Fiskaleinnahmen bei den Einregistrierungsabgaben (ungefähr +5,5%) mit sich gebracht. Der Einnahmewachstum im Grundbuchamt Martigny ist wesentlich auf die sehr hohe Anzahl von Transaktionen in der Region Verbier zurückzuführen.

1.3 Situation auf dem Immobilienmarkt im Jahre 2003

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHHEY	TOTAL
Anzahl Eingetumsübertragungen	3'473	1'982	3'245	4'707	4'792	2'015	20'214
Beträge	541'471'000.-	166'510'000.-	619'007'000.-	563'120'000.-	686'299'000.-	357'518'000.-	2'933'925'000.-

Der Gesamtbetrag beläuft sich im Jahre 2003 auf schätzungsweise über 3 Milliarden Franken, wenn man die Beträge aus den Übertragungen von Anteilen an Gesellschaften, welche Grundstücke eignen, und welche nicht in den Statistiken der Grundbuchämter figurieren, hinzuzählt.

1.4 Minuteninspektion bei den Walliser Notaren und Archive der Notariatsminuten

Die Grundbuchverwalter haben bei ungefähr 250 Notaren Minuten- und Schreibstufeninspektionen vorgenommen. Die Grundbuchverwalter führen, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarchiv, die Archive der Notariatsminuten.

2. Grundbucheinführung

Grundbucheinführungsarbeiten sind in den Gemeinden St-Niklaus, Zermatt, Gampel, Grächen, Eischöll, Varen, Montana, Chermignon, St-Léonard, Nendaz, Ayent, Conthey, Isérables, Riddes, Martigny-Combe, Leytron, Fully, Bovernier, Orsières, Liddes, Finhaut, Salvan und St-Gingolph im Gange.

Das Grundbuch wurde in der Gemeinde Bürchen (teilweise) eingeführt.

Die Zahl der zur Grundbucheinführung bereiten Grundbuchvermessungslose ist sehr gross. Ohne bedeutende, zusätzliche finanzielle Mittel für Personal und Informatik wird dieser Rückstand nicht kleiner.

3. Informatisierung der Grundbuchämter

Capitastra Martigny

Im ersten Semester 2003 wurden die im Jahre 2002 erfassten Einträge der Gemeinde Martigny verifiziert. Es handelte sich hierbei um ca. 40 000 Einträge (Anmerkungen, Vormerkungen, Dienstbarkeiten und Grundpfandrechte) auf ungefähr 15 000 Grundstücken. In zweitem Semester 2003 wurde mit der Informatisierung der Gemeinde Riddes (ungefähr 9000 Grundstücke) begonnen.

Capitastra Sierre

Die Einträge der Gemeinde Veyras (2'750 Grundstücke) wurden verifiziert. Die Ersterfassung der Gemeinde Venthône (2'200 Grundstücke) ist abgeschlossen; gegenwärtig wird sie verifiziert. Mit der Informatisierung der Gemeinde Chippis (2'150 Grundstücke) wurde begonnen.

Capitastra Brig

Die Gemeinde Zwischbergen (400 Grundstücke) ist informatisiert. In den Gemeinden Erbd (1'000 Grundstücke) und Simplon (2'500 Grundstücke) läuft die Informatisierung.

Die Informatisierung muss gegenwärtig mit dem verfügbaren Personal vorrangig gebracht werden. Wenn allerdings die Informatisierung gelingen soll, muss unbedingt, vorübergehend, zusätzliches Personal angestellt werden, damit man schneller vorwärts kommt und so von den Vorteilen der teuer angeschafften Informatik profitieren kann.

SAP

Das Grundbuchamt Martigny verwendet seit April 2003 SAP für die Fakturierung und die Buchhaltung. Gegenwärtig warten wir auf die technische Verbindung, damit auch das Grundbuchamt Monthey mit SAP geführt werden kann.

4. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Das kantonale Grundbuchinspektorat, als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde, hat den Eingang vom 909 Gesuchen zu verzeichnen und es hat 932 Verfügungen über Erwerbe von Grundstücken durch Personen im Ausland im Gesamtwert von Fr. 320'400'704.- erlassen. Die diesbezüglich erhobenen Kanzleigebühren beliefen sich auf Fr. 556'520.-.

Die Gesuche haben insgesamt im Jahre 2003 leicht zugenommen; in der Region Martigny (Verbier) haben die Gesuche wieder spürbar zugenommen.

Das Inkrafttreten der Motion Epiney bewirkte, dass die 2-jährige Frist zwischen Gesucheinreichung und Grundbucheintrag erheblich gesunken ist; somit ist die Situation wesentlich besser als im Jahre 2001.

5. Walliser Testamentszentrale

Die Walliser Testamentszentrale hat im Jahre 2003 1289 Testamente angezeigt erhalten.

Sie selber hat 519 Anzeigen an Gemeinderichter und 610 an Notare

vorgenommen.

Die Zivilstandsbeamten haben der Zentrale 2525 Todesmitteilungen gemacht.

Die Testamentszentrale hat Fr. 28'065.- an Kanzleigebühren erhoben. Dieser Betrag deckt die Kosten dieser Zentrale.

6. Schlussbemerkungen

Die Informatisierung des Grundbuches wurde im Jahre 2000 in Gang gesetzt und im Jahre 2003 fortgesetzt. Diese Weiterentwicklung wird allerdings dadurch, dass nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, gebremst. Dies betrifft somit ebenfalls die zur Grundbucheinführung bereit stehenden Vermessungslose.

Es ist immerhin festzuhalten, dass sich der Betrag der von der Dienststelle erhobenen Gebühren auf über Fr. 12'664'000.-- beläuft, so dass die Gesamtkosten der Dienststelle bei weitem gedeckt sind.

Das Total der im Jahre 2003 erhobenen Abgaben (inklusive Wertstempel) erreicht die Summe von Fr. 56'000'000.-.

Dienststelle für Landwirtschaft

Die wichtigsten Tätigkeiten der Dienststelle für Landwirtschaft haben sich auf folgende Bereiche konzentriert:

- Wahrung der Kantonalen Interessen bezüglich der neuen Landwirtschaftspolitik (LP 2007)
- Weiterführung der empfohlenen Strategiestudien welche durch den Staatsrat in Auftrag gegeben worden waren (insbesondere Institut für Agrarwirtschaft an der ETH Zürich und Weinbau 2006)
- Anwendung der Eidgenössischen Gesetzgebung in der Landwirtschaft

Der Auftrag der Dienststelle ist die Förderung einer nachhaltigen und hochwertigen Walliser Landwirtschaft, welche den Bedürfnissen des Marktes und der Umwelt Rechnung trägt. Die Tätigkeiten der Dienststelle folgen den Grundzügen der Regierungspolitik 2002-2005. Gezeichnet haben das Jahr 2003 diesbezüglich folgende Tätigkeiten:

- Enge Zusammenarbeit mit den Bundesparlamentariern, den anderen Kantonen und den Berufsverbänden im Hinblick auf die Interessenwahrung des Kantons Wallis bezüglich der neuen Bundesgesetzgebung über die Landwirtschaft (LP 2007).
- Stellungnahme zu 38 Verordnungen welche die Änderung der LP 2007 mit sich bringt. Wahrung der für unseren Kanton wichtigen Punkte wie Zulassungsbedingungen zum Erhalt von Direktzahlungen und bei Strukturhilfen.
- Entwurf von Leistungsverträgen mit der Walliser Handelskammer und der Walliser Obst- und Gemüsebranchenorganisation.
- Entwurf und Vernehmlassung des neuen Reglements über den Rebbau und den Wein (vollumfängliche Änderung und Anpassung der Kantonalen Gesetzgebung im Weinbau), mit einem zukünftigen Schwerpunkt auf die Qualität der Walliser Weine.
- Erhöhung der Direktzahlungen, welche einen Betrag von 105 Millionen Franken erreicht haben (104 Millionen Franken im 2002).
- Umsetzung der Massnahmen in Zusammenhang mit der Trockenheit, mit dem Ziel mögliche, negative Auswirkungen zu verhindern (Unterstützung für den Verkaufspreis beim Fleisch und Viehmarkt).
- Realisation der Kampagne zur Umstellung der Weinberge.
- Weiterführung der Kampagne betreffend die Erneuerung der Obstgärten mit Sorten, welche ein starkes Marktpotential haben.
- Definitive AOC-Zusage für das Walliser Roggenbrot und positiver Entscheid des Bundesamtes für ein Raclette AOC.
- Gemeinsam mit den anderen Weinbaukantonen der Romandie organisierte Intervention beim Bundesamt, gegen eine übermäs-

sige Liberalisierung der Weißweine seit der Abschaffung des spezifischen Kontingents.

- Einführung einer Beobachtungsstelle des Schweizer Weinmarktes im Wallis.

Die nachfolgenden Kapitel umfassen die Berichte der einzelnen Ämter der Dienststelle und vervollständigen die oben aufgeführten Punkte.

AMT FÜR BETRIEBSBERATUNG

Das kantonale Amt der landwirtschaftlichen Beratung übernimmt die Weiterbildung der bäuerlichen Familien. In enger Zusammenarbeit zwischen Beratern und bäuerlichen Familien werden Lösungen betreffend Nachhaltigkeit und Rentabilität des Betriebes gesucht, immer unter Berücksichtigung der Anforderungen des ökologischen Leistungsnachweises.

Zudem nimmt die Beratungsstelle am Projekt der dritten Rhonekorrektur teil, engagiert sich für die Schaffung von ökologischen Netzwerken und für die Bereitstellung eines Instrumentes zur Beobachtung der wirtschaftlichen Situation der Walliser Bauernbetriebe nach den Erkenntnissen der Studie Lehmann.

AMT FÜR VIEHWIRTSCHAFT

Sektion Tierzucht

Der Versuch über Schafweiden auf den beiden Alpen Niven und Vasevay wurde abgeschlossen. Die Resultate wurden publiziert und den Schafzüchtern präsentiert. Die Versuchsergebnisse zeigen, dass die Situation auf den Schafalpen keineswegs so problematisch ist, wie es oft dargestellt wird. Der Besatz pro Hektare liegt im vorgegebenen Rahmen und die oft zitierten Erosionsprobleme sind praktisch nicht festgestellt worden.

Eine weiterführende Studie wurde dieses Jahr auf 6 Schafalpen, auf welchen die Schafherden durch einen Hirten geführt wurden, durchgeführt.

Der Schafbestand im Wallis entwickelte sich seit 1995 folgendermassen:

	1995	2000	2002	2003
Schafbestand (Mai)	71'671	69'155	69'712	70'909
Gealpte Tiere	59'832	55'224	55'457	56'000

Sektion Milch

Die Zahl der Verkehrsmilchproduzenten liegt 2003 bei 799. Seit dem Jahr 2000 kann eine durchschnittliche Abnahme der Anzahl Produzenten von 4,5 % pro Jahr festgestellt werden.

Seit der Einführung der Qualitätssicherung in der Milchwirtschaft im Jahr 1995 unternahmen die Beteiligten grosse Anstrengungen, um ihre Einrichtungen den Vorgaben entsprechend anzupassen. Heute erfüllt ein einziger Alpbetrieb die Minimalanforderungen zum Erhalt der Zulassungsnummer noch nicht.

Das Amt entwickelte für die Käsereien, die Alpbetriebe eingeschlossen, ein Qualitätssicherungskonzept, welches bei korrekter Anwendung eine Verbesserung der Qualität der Endprodukte erlaubt. Angesichts der Abnahme der Anzahl Milchwirtschaftsbetriebe und der vom Gesetz bewilligten Verlängerung der Frist zwischen zwei Inspektionen wurde der MIBD-Wallis im Frühling 2003 stark restrukturiert und die Anzahl Stellen von 5,0 auf 3,5 abgebaut.

AMT FÜR AGRARKREDITE

Die eingesetzten Geldmittel zu Gunsten von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen belaufen sich auf 132 Mio Franken. Im Jahr 2003 wurden 52 Investitionskredite mit einem Gesamttotal von Fr. 9.9 Mio. gewährt, sowie 9 Betriebshilfedarlehen für Fr. 1.4 Mio. Die Rückzahlungen belaufen sich auf Fr. 20.8 Mio. Der aktuelle Kassa-Saldo per 31.12.2003 beläuft sich auf Fr. 37 Mio. für die Investitionskredite und auf Fr. 7 Mio. für die Betriebshilfedarlehen. Um vermehrt Geld für Umschuldungen zur Verfügung zu haben, wurden

Fr. 5 Mio. vom Konto Investitionskredite aufs Konto Betriebshilfendarlehen transferiert. Im Buchhaltungsjahr 2003 musste kein Verlust auf bestehende Kreditpositionen verbucht werden.

AMT FUER DIREKTZAHLUNGEN

Die Anwendung der Verordnungen betreffend der Direktzahlungen, der Sömmerungsbeiträge, der ökologischen Qualität (ÖQV) und Anbauprämien, sowie die Einführung des LN-Projektes, bildeten einen wichtigen Bestandteil der ausgeführten Arbeiten durch die Mitarbeiter des Amtes.

Die verschiedenen Verordnungen wurden auch als Grundlagen bei der Vorbereitung der Informationssitzungen der Ackerbaustellenleiter der Gemeinden, der Bewirtschafter und der verschiedenen Kontrollen in den Gemeinden herangezogen.

Die Verwaltung des Rebregisters beinhaltet die Mutationen für 120'000 registrierte Parzellen mit Weinbau, aufgeteilt auf 21'000 Eigentümer.

Für die Ausrichtung der Direktzahlungen mussten 330'000 Parzellen, aufgeteilt auf 4'500 Betriebe, geprüft werden, davon waren 3'775 Betriebe berechtigt Direktzahlungen zu beziehen.

Prämien und Beiträge 2002/2003

	2002	2003
Pflanzenbau	Fr. 166'030.-	Fr. 178'870.-
Hangbeiträge	Fr. 5'594'866.-	Fr. 5'521'925.-
Sömmerung	Fr. 7'258'601.-	Fr. 7'649'330.-
RGVE Beiträge	Fr. 13'672'951.-	Fr. 13'933'885.-
TEP Beiträge	Fr. 21'093'409.-	Fr. 21'178'505.-
Rebbau in Steillagen	Fr. 5'866'925.-	Fr. 5'916'093.-
Flächenbeitrag	Fr. 46'078'686.-	Fr. 45'780'326.-
Oekologischer Ausgleich		
+extenso	Fr. 3'195'731.-	Fr. 3'106'864.-
BIO	Fr. 1'048'031.-	Fr. 1'156'308.-
RAUS	Fr. 2'129'608.-	Fr. 2'365'091.-
BTS	Fr. 199'326.-	Fr. 220'431.-
ÖQV	Fr. 324'730.-	Fr. 362'405.-
Kürzungen – Nachzahlungen	Fr. - 2'025'100.-	Fr. -1'595'458.-
Total	104'603'794.-	105'774'575.-

AMT FUER OBSTBAU

Die im Jahr 2002 eingeführte Diversifizierung der Kulturen wurde auch im Jahr 2003 fortgesetzt. Bisher haben 27 Produzenten die finanzielle Hilfe des Kantons (festgelegter Betrag von Fr. 650'000.--) in Anspruch genommen. Dies hat mitgeholfen die Pflanzung von 13 Ha Pflaumen- und 4 Ha Kirschenbäume zu unterstützen. Für diese Arten hat unser Amt auch Demonstrationen organisiert.

Die schorffresistente Apfelsorte Golden Orange ist durch unser Amt im Rahmen einer Zusammenarbeit mit den italienischen Forschungsinstituten (ISF) und dem FVPFL eingeführt worden. Die ersten im Jahre 2002 gepflückten Früchte haben einige Produzenten ermutigt, diese Vielfalt zu pflanzen, welche den Methoden biologischer und integrierter Produktion angepaßt ist.

Aufgrund der aufgetretenen Frostschäden an Aprikosenbäumen in den Jahren 1997 und 2003 sind Literaturforschungsarbeiten durchgeführt worden. Ein Frostschutzmittel, das mit Gas betrieben wird, ist in Frankreich entdeckt worden. Ab dem Jahr 2004 werden im Wallis entsprechende Versuche durchgeführt.

Mit der Uni Bologna wurde eine Vereinbarung über eine künftige Zusammenarbeit unterzeichnet. Diese hat ein portables, zerstörungsfreies Messgerät zur Qualitätskontrolle der Früchte entwickelt. Diese Vereinbarung ist die Folge von zwei, gemeinsam durchgeführten Versuchen in den Jahren 2002 und 2003.

WEINBAUAMT

Weinberg und Wein

Seit Einführung des kantonalen Rebregister im Jahre 1990 ist es möglich die Entwicklung der Rebbaupflanzung im Walliser Rebberg zu verfolgen. Der Pinot Noir (34%) der Chasselas (Fendant) (30%), der Gamay (17%) und der Rhin (Johannisberg) (4%) belegen 85% der kantonalen Rebfläche (5209 ha). Die Mehrheit der Rebsorten sind weisse, aber die roten Sorten belegen die grössere Fläche (58% oder 3032 ha).

Rebkataster

Wie im Bundesgesetz vorgesehen ist der Kanton für den Rebkataster verantwortlich. Dieses Jahr wurden 3 Gesuche mit einer Fläche von 20'576 m2 bewilligt.

Umstellung im Weinbau

Der benötigte Subventionsbetrag für die im Jahr 2003 eingereichten Anträge belief sich auf Fr. 3'200'000.--. Der vom Bund bereitgestellte Betrag war auf Fr. 2'059'000.-- begrenzt. Der Kantonsbeitrag beläuft sich somit auf Fr. 1'200'658.--, dies erlaubt die Unterstützung von 423 Eingaben bei der Umstellung im Weinbau. Die Total umgestellte Fläche im Jahre 2003 beträgt 1'162'625 m2. Die Kampagne für die Umstellung 2004 ist eröffnet, die angemeldet Fläche beläuft sich auf 698'565 m2.

Erhalt von Walliser Erbgut

Ersatz von Selektionen (1'035 Selektionen) in den Reben für Edelreiser und Anpflanzung von 33 Selektionen Resi auf der Domaine du Grand-Brûlé, Selektionen die den virologischen Test nicht bestanden haben. Beobachtung und Markierung von Lafnetscha Selektionen im Hinblick einer möglichen Verwandtschaft mit dem Komplexer oder das auffinden seiner Herkunft. Beobachtung und Markierung von 119 Selektionen von Sylväner-Rhin (Johannisberg).

Beratung und Versuche im Weinbau

Studie über das Verhalten des Pinot noir in 10 repräsentativen Lagen des Walliser Rebberges. 4. Vinifizierung der verschiedenen Parzellen. Versuch -Vinifizierung zur optimalen Reifebestimmung der Rebsorte Pinot Noir in Salgesch bei drei verschiedenen Lesedaten in Zusammenhang des natürlichen Zuckergehaltes bei(88°OE, 95°OE und 100°OE). Kontrolle der Wüchsigkeit und der Gelbsucht beim Chasselas-Fendant und Pinot Noir auf 15 Unterlagen in 5 Parzellen in der Region von Siders-Salgesch bei denen die Böden stark Chlorose empfindlich sind. Interpretation der Bodenanalysen bei den Vitalmitgliedern, sowie Düngeberatung. Mitarbeit bei der Renovation des didaktischen Rebweges beim kantonalen Reb- und Weinmuseum.

Landgut und Staatskellerei Grand-Brûlé

Die kultivierte Fläche des Landgutes beträgt 127'062 m2 (2'550 m2 Jungreben). Die im Ertrag stehenden Reben ergaben mit einem Gewicht von 77'420 kg, 0.662 kg/m2 Trauben. Dies entspricht 72.1 % des 10-Jahres Durchschnitts und war der geringste Ertrag der letzten 20 Jahre. Der Gutsbetrieb beteiligte sich an der Bewirtschaftung der Parzellen für die Edelreiser zur Erhaltung einer genetischen Vielfalt der Rebsorten im Walliser Weinberg. Ebenfalls beteiligt er sich beim Unterlagenversuch der Rebsorten Cornalin und Syrah sowie der Studie über das Verhalten des Pinot Noir und der interspezifischen Rebart (Regent, Bianca, und Seyval).

AMT FÜR AGRO-OEKOLOGIE

Quarantäneschädlinge

Keine neuen Feuerbrand-Herde wurden dieses Jahr im Wallis entdeckt. Das Inventar der anfälligsten Wirtspflanzen in hohen Lagen wurde trotzdem weitergeführt.

Zehn befallene Aprikosenbäume Sharka wurden erneut in Gröne entdeckt und sofort vernichtet.

Andere Schädlinge und Krankheiten

Im Allgemeinen war 2003 ein leichtes Jahr, ausgenommen für - die Resistenz des Apfelwicklers gegen Insektizide

- Krautfäule der Tomate
- Cercospora-Blattflecken der Zuckerrüben
- Blattkrankheiten der Gemüse im Chablais

Integrierte Produktion und biologische Produktion bei den Spezialkulturen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen (Vital, Cultival, Biovalais) weiterhin unterstützt. Zunahme vor allem im Weinbau.

Vital: 880 Mitglieder, die 2'700 ha Reben bewirtschaften

Cultival: 330 Mitglieder, die 1'700 ha Apfel-, Birn- und Aprikosenanlagen bewirtschaften

Biovalais: 22 Mitglieder, die 150 ha Apfel-, und Birnanlagen bewirtschaften

Umweltfreundliche Bekämpfungsmassnahmen

- Im Weinbau wurden 3'500 ha mit der Verwirrungsmethode gegen den Traubenwickler behandelt. Mehr als 9000 Winzer sind jetzt von dieser kollektiven Bekämpfung betroffen. Die Resultate sind ausgezeichnet. Der Kanton subventioniert durch Fr. 316'000.- diese umweltfreundliche Methode.

- Die Verwirrungsmethode gegen den Apfelwickler wurde ebenfalls auf 1430 ha angewandt, mit einer kantonalen Subvention von Fr. 219'000.-. Der Erfolg ist hier kleiner, weil bei 70% der Parzellen eine zusätzliche chemische Bekämpfung nicht vermieden werden konnte.

MELIORATIONSAMT

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die von Kanton und Bund zugesicherten Beiträge für das Jahr 2003 und bedarf folgender Bemerkungen :

a) Kantonszusicherungen

An neue Strukturverbesserungsprojekte wurden im Jahre 2003 Beiträge von insgesamt Fr. 4'117'182,60 gewährt.

Dabei sind Projekte mit Bundesunterstützung von solchen mit ausschliesslich kantonaler Hilfe zu unterscheiden.

An Projekte mit Bundesunterstützung wurden Beiträge von beinahe 3,5 Mio. Franken ausgerichtet. Nach Abzug der Folgemaassnahmen zu den Unwetterschäden vom Oktober 2000 sind für den Tiefbau wie für den Hochbau inklusive Alpen in etwa gleich hohe Beiträge ausgeschüttet worden.

Die Projekte mit ausschliesslich kantonaler Unterstützung dienen hauptsächlich der Anpassung landwirtschaftlicher Hochbauten an die Tier- und Gewässerschutzgesetzgebung als Voraussetzung zur weiteren Auszahlung der Direktzahlungen.

2003 betragen die zur Sanierung land- und alpwirtschaftlicher Gebäude zugesicherten Beiträge Fr. 557'181.--.

b) Bundeszusicherungen

Die Bundesbeiträge für die Strukturverbesserungen beziffern sich für das Jahr 2003 auf Fr. 4'528'87.--.

Das Zusicherungskontingent auf Bundesebene konnte nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden (./1 Mio. Franken).

Die Nichtausschöpfung des Kontingents betrifft fast ausschliesslich die land- und alpwirtschaftlichen Gebäude mit folgender Begründung:

- Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Projekte: Die Bauherren bekundeten Mühe bei der Finanzierung der Restkosten (Bankdarlehen, Einbusse beim landwirtschaftlichen Einkommen);
- Verfahrensverzögerungen: häufigere Beanspruchung der Rechtsmittel;
- immer einschneidendere Auflagen bezüglich Natur-, Landschaft- und Gewässerschutz.

Zusicherungen 2003								
Kanton								
Leistungs- & Finanzierungsprogramm (LFP) und Produkte (P)	Anzahl	Kosten-voranschlag	Zusicherungen zu Gunsten				Total	%
			Gemeinden	Genossensch.	Private	Burgerschaft		
LFP 11 : Konzept								
P 1101 Konzeptstudien und Planung des ländlichen Raumes			0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
P 1102 Erhaltung des ländlichen und alpwirtsch. Kulturgutes	0	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
P 1103 Angewandte Forschungsarbeiten	0							
P 1104 Vormeinungen und Stellungnahmen								
Total LFP 11	0	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
LFP 12 : Produktionsstrukturen								
P 1201 Güterzusammenlegungen	1	26'000.00	0.00	5'700.00	0.00	0.00	5'700.00	0.14
P 1202 Ausstattung der landwirtschaftlichen Nutzflächen	25	5'771'641.00	1'180'001.00	478'692.00	51'350.00	0.00	1'710'043.00	41.53
P 1203 Alpverbesserungen	14	3'911'521.00	0.00	646'125.00	0.00	61'608.00	707'733.00	17.19
P 1204 Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	29	5'752'500.00	0.00	94'530.00	1'105'223.00	0.00	1'199'753.00	29.14
P 1205 Einrichtungen für die Verwertung landw. Produkte	12	77'366.00	0.00	0.00	15'471.00	0.00	15'471.00	0.38
P 1206 Unwetterschäden & Ereignisse höherer Gewalt	14	1'476'820.60	478'482.60	0.00	0.00	0.00	478'482.60	11.62
Total LFP 12	95	17'015'848.60	1'658'483.60	1'225'047.00	1'172'044.00	61'608.00	4'117'182.60	100.00
Total 11 + 12	95	17'015'848.60	1'658'483.60	1'225'047.00	1'172'044.00	61'608.00	4'117'182.60	100.00
Bund								
Leistungs- & Finanzierungsprogramm (LFP) und Produkte (P)	Anzahl	Kosten-voranschlag	Zusicherungen zu Gunsten				Total	%
			Gemeinden	Genossensch.	Private	Burgerschaft		
LFP 11 : Konzept								
P 1101 Konzeptstudien und Planung des ländlichen Raumes	1	48'000.00	17'300.00	0.00	0.00	0.00	17'300.00	0.38
P 1102 Erhaltung des ländlichen und alpwirtsch. Kulturgutes	0	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
P 1103 Angewandte Forschungsarbeiten								
P 1104 Vormeinungen und Stellungnahmen								
Total LFP 11	1	48'000.00	17'300.00	0.00	0.00	0.00	17'300.00	0.38
LFP 12 : Produktionsstrukturen								
P 1201 Güterzusammenlegungen	3	673'000.00	0.00	330'800.00	0.00	0.00	330'800.00	7.30
P 1202 Ausstattung der landwirtschaftlichen Nutzflächen	26	5'788'910.00	1'304'985.00	765'851.00	0.00	0.00	2'070'836.00	45.73
P 1203 Alpverbesserungen	11	2'862'522.00	0.00	643'500.00	0.00	63'000.00	706'500.00	15.60
P 1204 Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	9	3'541'200.00	0.00	112'000.00	632'500.00	0.00	744'500.00	16.44
P 1205 Einrichtungen für die Verwertung landw. Produkte	0	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
P 1206 Unwetterschäden & Ereignisse höherer Gewalt	14	1'476'820.60	658'937.00	0.00	0.00	0.00	658'937.00	14.55
Total LFP 12	63	14'342'452.60	1'963'922.00	1'852'151.00	632'500.00	63'000.00	4'511'573.00	99.62
Total 11 + 12	64	14'390'452.60	1'981'222.00	1'852'151.00	632'500.00	63'000.00	4'528'873.00	100.00

LANDWIRTSCHAFTLICHE SCHULE CHATEAUNEUF

Bei Schulbeginn am 20. Oktober 2003 zählte man 109 Landwirtschaftsschüler und 18 Schüler besuchten die Lehrausbildung als Weinküfer (caviste).

Der Schülerbestand hält sich konstant auf einem guten Niveau. In Bezug der Umbau- und Renovationsarbeiten der Anlage wurde mit dem Einbau der Zentralküche eine grössere Etappe durchgeführt. **BERUFSSCHULE FÜR PFLEGE UND HAUSWIRTSCHAFT**

Diese Schule mit ihren 3 gemeinsamen Ausbildungen, der familiären Hauswirtschaftsschule, der Hauspflegerinnenschule und der Schule für Pflegeassistenten erfreut sich einer grossen Nachfrage und ist bei Schulbeginn mit 280 Schülern im Jahre 2003 voll belegt.

Durch Staatsratsbeschluss vom 25. Juni 2003 wurde die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft unter eine einzige Direktion gestellt und dem DEKS zugeteilt.

Die Führung des Hauses, der Küche sowie des Aufenthaltsraumes werden durch die landwirtschaftliche Schule sichergestellt.

GUTSBETRIEBE

Das Landwirtschaftsjahr 2003 war durch eine Hitzewelle und grosse Trockenheit gekennzeichnet. Die aussergewöhnlichen klimatischen Verhältnisse haben sich vor allem durch eine Verminderung bei den Erträgen ausgewirkt. Glücklicherweise und dank der Möglichkeit der Bewässerung war die Situation bei uns nicht so gravierend wie in anderen Regionen unseres Landes.

Die Weinernte war um 25% geringer als in einem Durchschnittsjahr (0.750 kg/m²), aber von guter Qualität.

Die Obsternte befand sich quantitativ auf einem durchschnittlichen Niveau aber von guter Qualität. Zwei günstige Elemente zu einer gerne gesehenen Preiserhöhung.

Der Milchwirtschaftssektor bekundet wie immer Mühe während die Fleischproduktion momentan eine günstigere Konjunktur mit interessanten höheren Preisen als in den vergangenen Jahren erlebt.

Zum besseren Verständnis der Schafhaltung und angesichts der grossen Bedeutung derselben, hat sich der Gutsbetrieb von Châteauneuf mit einem Modellschafstall mit 14 Auen (Mutterschafe) und einem Widder ausgestattet.

Die zur Schule gehörenden Domänen von Châteauneuf und les Barges, erfüllen zur Zufriedenheit ihre Rolle als praktische Betriebe im Dienste der Ausbildung wie auch mit ihrer Durchführung von Versuchen als Referenzstelle für die Praktiker.

LANDWIRTSCHAFTSZENTRUM VISP

Sektion Bildung

Unterricht und Internat

In guter Zusammenarbeit mit der Schule in Châteauneuf und der Dienststelle für Landwirtschaft sind wir in der Lage, die Bedürfnisse der Oberwalliser Landwirtschaft in Fragen der Aus- und Weiterbildung abzudecken.

In der Landwirtschaftlichen Orientierungsschule wird eine grosse Zahl von künftigen Haupt- und Nebenerwerbslandwirten angesprochen und für die zukünftigen Aufgaben in Landwirtschaft, Landschaftspflege und Tourismus vorbereitet. Erfreulich ist die Tatsache, dass 6 Schülerinnen und Schüler aus dem Welschwallis in Visp die landwirtschaftliche Orientierungsschule besuchen. Dies trägt zu einem besseren Verständnis der beiden Sprachregionen bei. Die ersten Erfahrungen und die sprachlichen Fortschritte sind erfreulich. In der Berufsschule für Landwirte inkl. Zweitausbildung ist ein Aufwärtstrend feststellbar. Gegenwärtig besuchen 19 Schüler die landwirtschaftliche Ausbildung. Der Unterrichtsstoff wird laufend den Neuerungen in der Agrarpolitik und Erkenntnissen der Forschung angepasst und in Etappen (Modulen) vermittelt. Dies ermöglicht die problemlose Integration der Zweitausbildung in die bestehende Berufsschule. Dadurch werden Lehrkräfte eingespart. Für den landwirtschaftlichen Fachunterricht haben wir qualifizierte Lehrkräfte, welche durch ihre Beratungstätigkeit einen direkten

Bezug zur Praxis aufweisen können. Dies ist eine Stärke unserer Schule.

Im Rahmen der Betriebsleiterschule haben wir mit Erfolg die Module Landwirtschaft und Tourismus, Landtechnik - Arbeitssicherheit, agri-TOP-Trainer, Agrarrecht, Volkswirtschaft und Agrarpolitik, Marketing und Versicherungen, Steuern durchgeführt. 5 Kandidaten haben die Berufsprüfung geschafft. Der modulare Aufbau der Betriebsleiterschule ermöglicht den Teilnehmern laufend Neueinstieg und Abschluss.

Die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft bietet ab Herbst 2001 in einem Pilotprojekt die drei Ausbildungsgänge zur(m) Fachangestellte/m Gesundheit, Hauspfleger/in und Hauswirtschaftler/in an. Dies sind dreijährige Lehren mit Vollzeitschulbesuch in den ersten zwei Jahren und mit 8 Wochen Praktikum im Sommer. Das dritte Jahr wird nach dem Dualsystem geführt. Die erste Klasse besuchen 20, die zweite Klasse 20 und die dritte Klasse 19 Schüler. Ab 1.1.04 ist diese Abteilung dem Departement Erziehung, Kultur und Sport unterstellt.

Zusätzlich besuchen 12 Frauen die zweijährige berufsbegleitende Ausbildung zur Hauspflegerin. Sie schliessen mit dem Eidg. Fähigkeitszeugnis ab.

Für die Erwachsenenbildung organisierte das Landwirtschaftszentrum wiederum ein umfangreiches Programm. Im Angebot standen 48 Kurse zur Auswahl und 973 Teilnehmer belegten einen Kurs. Das Pilotprojekt Nebenerwerbslandwirtschaft verläuft erfolgreich. 28 Teilnehmer besuchen den ersten Kurs, 33 den zweiten. Der Besuch von mindestens 90 Lektionen ist Pflicht zur Erlangung eines kantonalen Ausweises.

Der dreitägige Kurs für Kleinviehhirt wurde mit Erfolg durchgeführt. Die gründliche Kursevaluation dient als Grundlage für den neuen Kurs im Frühling 2003.

Als erste berufsbildende Schule im Oberwallis wurde das LZV in Visp am 17. Januar 2003 ISO 9001:2000 zertifiziert. Der lange Weg der Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung dauerte 2 Jahre und 4 Monate. Am 28. Januar 2003 fand die Zertifikatsübergabe in Form einer kleinen Feier statt. Staatsrat Wilhelm Schnyder war vor Ort und gratulierte der Belegschaft.

Gutsbetrieb

Der Betrieb dient als Übungs- und Demonstrationsobjekt in der landwirtschaftlichen Grund- und Weiterbildung. 1996 stellte der Betrieb auf integrierte Produktion um. Die Milchkuhe und die Jungtiere wurden mit Erfolg auf dem Simplon gesömmert. Die Schweinehaltung ist voll auf Zucht ausgerichtet. Die Mastjäger werden im Coop Naturaplan abgesetzt. Die Preise waren 2003 recht gut.

Die Bodenhaltung der Hühner wirkt sich positiv auf den Eierabsatz aus. 35% der Eierproduktion konnte im Direktverkauf abgesetzt werden.

Die Erträge im Pflanzenbau waren unterschiedlich. Die Roggenernte war mässig, die Silomaisenernte normal hoch. Im Weinberg Sonnenmatte betrug die Ernte rund 750 gr / m².

Das Traubengut war von guter Qualität. (22.6 - 23.4 % Brix)

Im Gartenbau bestätigte sich der Erfolg beim Direktverkauf von Blumen, Gemüsesetzlingen und Jungbäumen im neuen Verkaufsladen. Die Obsternte war im Herbst 2003 sehr gering.

Die getätigten Investitionen in der Gärtnerei bewährten sich. Die letzte Umbau-Etappe „Umgebung Süd mit Bewässerungseinrichtung“ konnte 2003 abgeschlossen werden.

Das Eindecken der Gewächshäuser mit neuen Plastikfolien erfolgt planmässig und im Rahmen des Budgets.

Die Ställe und Einrichtungen auf dem Gutsbetrieb entsprechen der gegenwärtigen Tier- und Gewässerschutzvorschriften. Die Aufzucht der Küken erfolgt in Absprache mit den Verantwortlichen ab Ende 2003 auf dem Gutsbetrieb in Châteauneuf.

Gegenwärtig arbeitet eine Arbeitsgruppe im Auftrag der Dienststelle ein Konzept aus für die Umgestaltung und Weiterführung des Gutsbetriebes. Das Landwirtschaftszentrum soll gemäss Vorgabe ein Kompetenzzentrum für Mutterkuh- & Kleinviehhaltung werden.

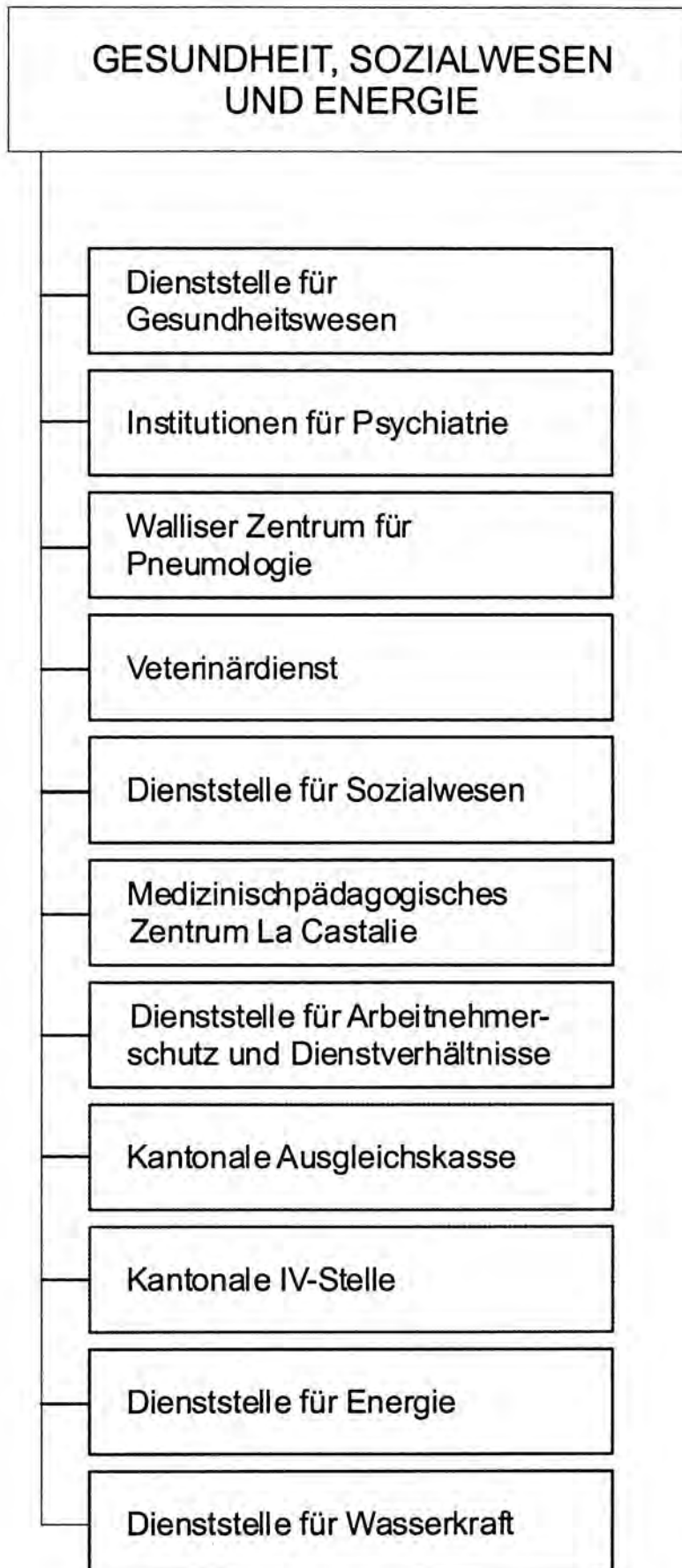


DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

FÜR DAS JAHR 2003



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: THOMAS BURGNER
STELLVERTRETER: WILHELM SCHNYDER**



EINLEITUNG

GESUNDHEITSWESEN

Spitalbereich

Ab Beginn des Jahres 2003 hat der Staatsrat einen Entwurf zur Abänderung des Dekretes vom Februar 2002 über das Gesundheitsnetz einer Vernehmlassung unterzogen. Dieser Entwurf bezog sich hauptsächlich auf die Aufhebung der finanziellen Beteiligung der Gemeinden an die Ausgaben der Spitäler einerseits, auf den Transfer der Kompetenzen der Spitalverbände an das GNW sowie die unentgeltliche zur Verfügungstellung der Spitalinfrastrukturen andererseits. Diese beiden Bestandteile der Reform standen im engen Zusammenhang, indem ein Transfer der Kompetenzen von den Spitalverbänden zum GNW gleichzeitig eine Aufhebung der finanziellen Beteiligung der Gemeinden an die Spitäler erforderte.

Infolge der Annahme dieser Abänderungen durch den Walliser Grossen Rat, hat der Staatsrat im Oktober 2003 beschlossen, drei Spitalzentren (im Ober-, Mittel- und Unterwallis) zu schaffen, welche alle das gesamte Leistungsangebot im Spitalbereich anbieten. Im selben Zusammenhang haben der Staatsrat und der Verwaltungsrat des GNW im Dezember 2003 eine neue Organisationsstruktur beschlossen, welche die Spitäler ab dem 01.01.2004 leitet und verwaltet.

Überdies ermöglichten es die im Rahmen des Projektes zur Informatisierung der Spitäler geführten Arbeiten, in allen Spitalern auf den 01.01.2004 das einheitliche Informationssystem einzuführen. Im gleichen Sinne hat eine Arbeitsgruppe die Modalitäten für die Einführung der Fakturierung pro Pathologie (APDRG) in allen Walliser Spitäler untersucht.

Übrige Tätigkeitsbereiche

Im Bereich der Pflegeheime für Betagte wurden gemäss den Staatsratsentscheiden vom 4. Juli 2001 sowie vom 29. März 2003, welche den Bau von insgesamt 232 neuen Pflegeheimbetten (davon 132 Betten im Oberwallis, 70 im Mittelwallis sowie 30 im Unterwallis) vorsehen, mehrere Projekte für den Bau von Pflegeheimen initiiert, insbesondere im Oberwallis (Ried-Brig und Naters).

Schliesslich hat die interdepartementale Arbeitsgruppe, welche mit der Ausarbeitung eines Entwurfes des Gesetzes über die Organisation im Katastrophenfall sowie des Gesetzes über die Organisation des Rettungswesens beauftragt wird, mit seinen Arbeiten im Juni 2003 begonnen. Dabei besteht die Zielsetzung darin, mögliche Varianten für die Erstellung eines globalen Einsatzkonzeptes vorzuschlagen.

SOZIALWESEN

Auf dem Gebiet des Sozialwesens war das Jahr 2003 durch die ersten Auswirkungen der Sparmassnahmen des Bundes gekennzeichnet, die Folgen für verschiedene Bereiche hatten, in denen die Kantone für die Ausführung zuständig sind:

Das Departement und die Dienststelle für Sozialwesen haben 2003 den Schwerpunkt auf strukturelle Massnahmen gelegt, mit denen die Bedürfnisse befriedigt und das Niveau der Sozialleistungen des Kantons aufrechterhalten werden können. Die Schwerpunkte lagen auf mehreren Gebieten:

- Mit der nicht ständigen parlamentarischen Kommission wurde ein Gesetzesentwurf über die Harmonisierung der Aufteilung der Sozialausgaben zwischen Kanton und Gemeinden vorbereitet, der wirksamere Massnahmen und eine gerechte Aufteilung der Ausgaben zwischen den verschiedenen Gemeinwesen bringen soll. Wenn der Gesetzesentwurf vom Grossen Rat gutgeheissen wird, verfügt der Kanton über ein echtes Instrument zur Steuerung der

Finanzflüsse zwischen Kanton und Gemeinden; der Gesetzesentwurf fördert auch die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen.

- Entwicklung: Es wurde mit dem Bau eines neuen Gebäudes für die Asylbewerber im Berufsbildungszentrum Botza in Vétroz begonnen. Um die negativen Auswirkungen der Kürzung der Bundespauschalen im Asylbereich zu mindern, müssen Möglichkeiten zur beruflichen Eingliederung der Asylbewerber in geeigneten Wirtschaftsbereichen entwickelt werden.

- Auch im Bereich der beruflichen Eingliederung der Behinderten müssen neue Wege gesucht werden, damit die Qualität der Leistung mit der Kosteneffizienz in Einklang gebracht werden kann. Diese Eingliederung soll insbesondere dank der Suche der sozialen Einrichtungen nach Zusammenarbeit mit den Unternehmen des Primärmarkts zustande kommen. Über die Gruppe «Passerelles» wurden verschiedene Projekte in allen Regionen des Kantons lanciert. Die ersten Resultate sind ermutigend.

Wie in anderen Kantonen, ist die Lage der sozialen Einrichtungen im Wallis angespannt. Sie wird in den kommenden Jahren noch schlimmer werden. Um dieser Situation zu begegnen, muss das Wallis sich auf seine eigenen Qualitäten besinnen, nämlich auf den Pragmatismus, die Solidarität und die Innovationsfähigkeit.

ENERGIE

Bei der Elektrizitätsnachfrage war das Jahr 2003 einerseits gekennzeichnet durch einen europaweiten hohen Stromverbrauch und andererseits durch Produktionsminderungen bei thermischen Kraftwerken. Die damit verbundene grosse Elektrizitätsnachfrage hat die Bedeutung und den Wert der sicheren Wasserkraft einmal mehr klar aufgezeigt. Diese Tatsache wirkt sich auch positiv auf die im Kanton Wallis produzierenden Wasserkraftgesellschaften und die Zukunft der Wasserkraft aus.

Die internationale Stellung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft ist im Hinblick auf die vollständige Öffnung des EU-Strombinnenmarktes im Jahr 2007 zu sichern.

Bedingt durch die veränderten Marktbedingungen verfolgt die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) weiterhin die notwendigen Anpassungen. In diesem Zusammenhang wurde vom Departement der Entwurf zu einem Gesetz über die WEG erarbeitet, welches die Position der Gesellschaft weiter verbessern wird.

Bei der Wasserkraft, wurden im Rahmen von Konzessionserneuerungen verschiedene Werke Gegenstand einer öffentlichen Auflage, im weiteren wurden provisorischen Massnahmen erteilt und ein Vorverfahren eingeleitet. Die Anwendung der Richtlinien für Gewässersanierungen und für Spülungen/Entleerungen wurde eingeleitet und ein entsprechender Pilotbüroauftrag erteilt. Zwei wichtige Projekte („Minerve“ und „Synergie zwischen dritter Rhonekorrektur und hydroelektrischer Produktion“) sind in Bearbeitung. Ein „Interreg Projekt“ befasst sich mit der Sedimentbildung bei Stauanlagen in Alpingebieten.

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm „EnergieSchweiz“ im dritten Jahr. Die breite Umsetzung des „Minergie-Standards“ steht dabei im Vordergrund. Die „Minergie-Strategie“ kann als Erfolg gewertet werden. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung. Ein neues kantonales Energiegesetz wurde in erster Lesung im Grossen Rat behandelt.

**Der Vorsteher des Departements für Gesundheit,
Sozialwesen und Energie**

Thomas BURGNER

PARLAMETARISCHE INTERVENTIONEN

Motionen

- 2.242 Motion des Grossrates André Quinodoz und Konsorten betreffend die Vereinheitlichung der Arbeits- und Lohnbedingungen im Gesundheitswesen.
Der Staatsrat nimmt die Motion an, indem er Arbeiten mit den betreffenden Instanzen und Verbänden einleiten wird, womit eine Vereinheitlichung ermöglicht wird.
- 2.236 Motion der DC-Abgeordneten des Bezirks Sitten, durch Herrn Großrat (Suppl.) Pascal Bridy betreffend Heizkostenabrechnung: wann und wie lange muss man warten.
Die Motion wird vom Grossen Rat in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat wird unter dem Hinweis angenommen, dass dieses Mietrecht betrifft und dass es keine kantonale Bestimmung gibt, welche in diesem Bereich Termine festlegt.

Postulate

- 2.235 Postulat der SPO-Fraktion und der sozialdemokratischen Fraktion des Unterwallis, durch Herrn Grossratsuppleant Joël Delacrétaz, betreffend ein globales Konzept damit den Problemen im Zusammenhang mit der Prostitution gerecht werden kann: für einen echten Schutz und eine echte Prävention.
Der Staatsrat nimmt das Postulat an, indem die Regierung eine Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Dienststellen und Instanzen vorsieht.
Postulat der 2. parlamentarischen Kommission (durch Herrn Grossrat Thomas Lehner), welche mit der Untersuchung des Gesetzesentwurfes beauftragt wird, welcher das Gesetz betreffend die gerichtspolizeilichen Dossiers abändert.
Der Staatsrat nimmt das Postulat an, indem die Regierung eine Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Dienststellen und Instanzen vorsieht.
- 2.238 Postulat der SPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher betreffend Förderung des Ökostroms.
Das Postulat wird angenommen. Die Förderung von qualitativ guten Ökostromprodukten und Produktionsanlagen im Kanton Wallis wird als sinnvoll beurteilt.
- 2.231 Postulat von Herrn Grossrat Norbert Brenner (CSPO) und Konsorten betreffend Energieversorgung in unserem Kanton.
Das Postulat wird angenommen. Im Hinblick auf die Öffnung der Energiemärkte ist eine sichere Stromversorgung auch in kleineren Gemeinden und abgelegenen Orten unabdingbar.

- 2.233 Postulat der DC-Gruppe Unterwallis, durch Herrn Grossrat (Suppl.) Georges Darbellay, betreffend „Hydrogen Valley“.
Das Postulat wird in dem Sinne angenommen, dass die Entwicklung im Bereich des Wasserstoffs und der Brennstoffzellen aufmerksam verfolgt wird und die von der Wirtschaft und der HEVs unterbreiteten Projekten wohlwollend aufgenommen werden.

DIENSTSTELLE FÜR GESUNDHEITSWESEN

Gemäss den Anweisungen des Staatskanzlers vom 2. Dezember 2003, welche für die Pileteinheiten die Zusammenfassung des Finanzberichts 2003 sowie des Verwaltungsberichts 2003 in ein einziges Dokument vorsehen, wird der entsprechende Bericht der Dienststelle für Gesundheitswesen im Rahmen des Controllings der Regierung präsentiert werden.

KANTONALE ANSTALTEN

PSYCHIATRISCHE INSTITUTIONEN DES UNTERWALLIS

Spital Malévoz

Allgemeines

Im Verlaufe dieses Jahres ist die Zahl der aufgenommenen Kranken wieder stark angestiegen (+14%). Die Zunahme ist sogar noch beeindruckender im Ambulatorium (+23%), wo die Anzahl der Konsultationen sich in 4 Jahren verdoppelt hat.

Diese massive Leistungszunahme hat uns in eine noch schwierigere Lage gebracht, als wir es in den letzten Jahren angekündigt hatten, in Bezug auf Qualitätserhalt in der Pflege aber auch der Sicherheit der Kranken, des Personals und der Bevölkerung. Ohne das angestellte Hilfspersonal hätten wir verschiedene Stationen schliessen müssen.

Trotz drastischer Sparmassnahmen mussten wir für den Ausgleich des Budget 2003 einen Zusatzkredit für die dezentralisierten Alterspsychiatriestationen von Brig, Siders, St. Maurice und die IPVR beantragen; dieser Kredit wurde am 15.1.2004 vom Grossen Rat, dem hiermit gedankt sei, genehmigt.

Seit dem 1.1.2003 werden die Pflegeleistungen mit dem informatisierten System LEP erfasst. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Aerzte wurden die Anstrengungen in Bezug auf die Richtlinien der FMH mit der Anerkennung der IPVR in der Kategorie A1 gekrönt. Dies ist ein beträchtlicher Vorteil beim Ausheben von Assistenzärzten, deren Mangel überall bekannt ist.

Bettenbelegung

	2000	2001	2002	2003
Freie Betten	120	122	122	120
Bettenbelegung in Prozenten	88 %	97 %	91 %	97 %
Aufgenommene Kranke	898	891	976	1108
Krankentage Klinik	39176	43313	40494	42511
Tagesklinik	22	76	78	94
Krankentage in Tagesklinik	2137	4448	7010	8597
Total aufgenommene Kranke	920	967	1054	1202
Total Krankentage	41313	47761	47504	51108

Finanzierung

	2000	%	2001	%	2002	%	2003	%
Kosten eines Tages	442.-	100	452.-	100	550.-	100	583.-	100
Kostenentschädigung durch Patient /Krankenkasse	221.-	50	226.-	50	275.-	50	309.-	53
Kostenentschädigung durch den Kanton	221.-	50	226.-	50	275.-	50	274	47

Ambulatorium

Alte Fälle	Neue Fälle	Total	Konsultationen und Psychotherapien	Interventionen in den Institutionen	Total der ärztlichen Leistungen
1421	1165	2586	12484	513	12997

OBERWALLISER PSYCHIATRIEZENTRUM VON BRIG (PZO)**Allgemeines**

Das Jahr 2003 war das Jahr des 25-jährigen Bestehens des PZO. Aus diesem Anlass wurde das Forum „Psychische Gesundheit im Oberwallis“ ins Leben gerufen und mit einer öffentlichen Podiumsveranstaltung mit Experten, Patienten und Angehörigen auf die Anliegen der Psychiatrie hingewiesen. Weitere Veranstaltungen waren ein „Tag der offenen Tür“, Weiterbildungsveranstaltungen, mehrere Kinoabende sowie die Ausstellung „Irr-Wege – 100 Jahre Geschichte der Psychiatrie im Wallis“.

Auch im Jahre 2003 setzte sich die steigende Inanspruchnahme psychiatrischer und psychotherapeutischer Leistungen in den Bereichen Bettenstation, Tagesklinik und Ambulatorium fort. Im stationären Bereich machte sich das Fehlen einer Rehabilitations- und einer Psychotherapie-Station immer stärker bemerkbar, indem Patienten in einem instabilen psychischen Zustand aufgrund mangelnder Bettenkapazitäten entlassen werden mussten, was teilweise zu vermehrten Re-Hospitalisationen führte. Im Bereich der Gerontopsychiatrie konnten wir erste Schritte zum Aufbau einer psychogeriatrischen Tagesklinik unternehmen; ein Angebot, welches die Station entlastet und von Angehörigen sehr gern angenommen wurde. Im Bereich Ambulatorium konnte neu eine Angehörigen-Gruppe gemeinsam mit der EMERA aufgebaut und gestartet werden.

Zunehmend problematisch zeigt sich die Rekrutierung von Fachpersonal sowohl im ärztlichen wie im pflegerischen Bereich. Insbesondere das Interesse Schweizer Ärzte an einer Tätigkeit in der Psychiatrie scheint weiter zu sinken. Auf Ende 2003 waren im Bereich des PZO ausschliesslich ausländische Assistenzärzte angestellt.

Die traditionell gute Zusammenarbeit mit den Netzpartnern wurde im 2003 weiter ausgebaut und vertieft. Besonders hervorzuheben sind die Kooperation mit der EMERA, mit dem St. Joseph-Heim in Susten, mit Via Gampel und dem Martins-Heim in Visp, mit dem uns das Projekt des Aufbaus und der fachlichen Begleitung einer Demenz-Station verbindet.

Im Rahmen der Integration des Psychiatrie-Zentrums Oberwallis (PZO) in das ab 1.1.2004 bestehende Spitalzentrum Oberwallis (SZO) haben die definitive Platzierung der Psychogeriatric-Abteilung sowie der Aufbau einer Rehabilitations- und Psychotherapie-Station aus Sicht des PZO absolute Priorität, um den Leistungsauftrag einer vollumfänglichen psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung weiterhin gerecht werden zu können.

Zum Ende des Jahres haben wir erfolgreich intensive Bemühungen unternommen im Hinblick auf die Einführung des TAR MED auf den 1.1.2004 und damit notwendigen Umstellungen im Bereich der Informatik sowie einer Schulung des therapeutischen Personals.

Auswahl aus der Leistungsstatistik

Bereich	2003	2002	2001
Anzahl Patienten Akustation	323	282	297
Anzahl Patienten PGD-Station	109	89	38
Mittlere Verweildauer Akustation	27,8	29,3	30,6
Mittlere Verweildauer PGD-Station	41,4	39,2	-
Anzahl Pfl egetage Akustation	8'979	8'271	8'901
Anzahl Pfl egetage PGD-Station	4'276	3'685	2'086
Anzahl Pfl egetage gesamt	13'255	12'086	10'995

WALLISER ZENTRUM FÜR PNEUMOLOGIE

CVP, Spezialisierte Klinik für Lungenkrankheiten und Thoraxchirurgie

Folgende medizinische Leistungen wurden auf dem Gebiet der Pneumologie und der Thoraxchirurgie erbracht:

- Thoraxchirurgie	36
- Thorakoskopie	12
- Pleurapunktionen + Pleuradrainage	58
- Bronchoskopien	224
- Polysomnographien	274
- Nächtliche Pulsoxymetrien	620
- Spirometrien	3399
- Volumenuntersuchungen Respiratorische oder kardiologische	204
- Ergometrien	433
- Plethysmographien	967

Im Rahmen der mit den Genfer Universitätsspitalern getroffenen Konvention von 1997, die 2002 vervollständigt wurde, hat sich die medizinische Leistungsbilanz, sowie der spezialisierte Technologietransfer im Kanton Wallis erfolgreich fortgesetzt. Dank der Unterstützung der Universitätsspitaler von Genf funktioniert die Thoraxchirurgie als Einheitsservice an zwei Standorten. Dies hat zahlreichen Walliser Patienten erlaubt im Kanton Wallis behandelt zu werden und so einen kostspieligen Spitalaufenthalt ausserhalb des Kantons vermeiden können. Ausserdem wird der wissenschaftliche und qualitative Vorstoss auf dem Gebiet der operativen und anästhetischen Prozesse durch wissenschaftlichen Publikationen von internationalen Niveau fortgesetzt. Das Wallis kann durch diese interkantonale Zusammenarbeit tatkräftig seinen Beitrag zu der dynamischen, medizinischen Forschung in der Schweiz beisteuern. Auf dem Gebiet der Pneumologie wurde 2003 das hundertjährige Bestehen der Schweizer Lungenliga begangen. Dies gab uns Gelegenheit einen Blick auf die Behandlungsweise respiratorischer Kranken zu werfen. Diese hat im Laufe des 20. Jahrhunderts eine interessante Entwicklung durchgemacht. Die Schweizer Lungenliga und die Pneumologen haben als Antwort auf die Herausforderung der Tuberkulose des 19. Jahrhunderts, mit Hilfe ihrer langen Arbeitserfahrung, den ateminsuffizienten Patienten ein Pflegenetz entgegenstellen können, das über hochentwickelte und ständig verbesserte Technologien verfügt. Dadurch werden kostspielige Spitalaufenthalte bei chronisch erkrankten Patienten vermieden. Eine solche therapeutische, ständig erneuerte Behandlung kann nicht ohne eine lokale Liga durchgeführt werden. Die Walliser Liga für Lungenkrankheiten und Prävention verfügt über eine lange Erfahrung ihre Patienten an Ort und Stelle, sei in den Städten oder Dörfern des Kantons Wallis, zu unterstützen.

Im Jahr 2002 wurde die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten dem Walliser Gesundheitsnetz eingegliedert. Diese kleine spezialisierte, kantonale Krankenanstalt wird auch hier, der von den Behörden erstrebten Entwicklung zur Verbesserung der medizinischen Synergien im Kanton Wallis Folge leisten können.

Die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten, eine Krankenanstalt der Rehabilitation

Im Rahmen des Abkommens zwischen der Clinique Romande de Réadaptation (SUVA-Care) und der Walliser Klinik für Lungenkrankheiten sind Synergien geschaffen worden, sowie eine sinnvollere Verwaltung der durch das KVG versicherten Patienten, eingeführt worden. Dadurch können die bewilligten Budgetentwürfe respektiert werden. Das erste Resultat fällt positiv aus, sowohl in medizinischer als auch in administrativer Hinsicht. Das Wallis ist gut beraten auch hier seine Kompetenzen, im Hinblick auf den nutzbringenden Beitrag der SUVA, zu koordinieren.

Andere Tätigkeiten

Das Team der Walliser Klinik fördert aktiv die postgraduierte Weiterbildung der Berufstätigen im Gesundheitswesens. Der

Walliser Pneumologentag vom 30.10.2003 hat einen grossen Erfolg bei den Walliser Ärzten verzeichnen können. Der Kongress Quadrimed, von den 4 Kliniken in Montana organisiert, konnte zum ersten Mal die Marke von 900 Ärzten aus der ganzen Schweiz überschreiten. Humor und Philosophie fehlten ihnen nicht, wurde doch die Schlusskonferenz folgendermassen betitelt: „Sind die Ärzte politische Zwerge?“ In der Tat kann die politische und soziale Dimension des Gesundheitswesens nicht vergessen werden, wenn man die Überalterung der Bevölkerung, die Kostenerhöhung des Gesundheitswesens in Betracht zieht. Ein Tatbestand, derzeit in allen entwickelten Ländern auftritt.

Auf dem Gebiet der Forschung hatte die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten die Ehre einen Preis der Gesellschaft für Pneumologie französischer Sprache, für Arbeiten auf dem Gebiet der Schlafmedizin, zu erhalten.

Wie eine lokale Tageszeitung berichtet hat, haben Kranke und Mitarbeiter der Walliser Klinik für Lungenkrankheiten das Bishorn (4150m) erklommen. Sie haben so die Objektivität, der initiativen Gesundheitsspitäler der Weltgesundheitsorganisation umgesetzt. Wie auch andere Walliser Spitäler hat die Walliser Klinik für Lungenkrankheiten die Teilnahme an dieser wichtigen Initiative der WHO akzeptiert, um so nicht nur das Wohlbefinden der Patienten, sondern auch das der Mitarbeiter der Klinik zu fördern.

Patientenstatistiken	2003
Verfügbare Betten	75
Patientenanzahl	1'588
Pflegetage	26'770
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	17

MEDIZINISCH-PAEDAGOGISCHES ZENTRUM «LA CASTALIE»

Das Medizinisch-pädagogische Zentrum La Castalie zählte am 31.12.2003 einen Bestand von 184 Pensionäre, 5 davon zwecks regelmässigen Wochenend- und Ferienaufenthalten. Unter Berücksichtigung der registrierten Aufnahmen und Abgänge während des Jahres, beträgt die betreute Personenzahl vom 1. Januar bis 31. Dezember 197, 83 Kinder (42%) und 114 Erwachsene (58%).

Das Internat stellt auf Betreuungsebene 70% dar und das Externat 30%. Während des ganzen Jahres erhielten 55 Kinder eine angepasste, schulische Förderung, 21 Jugendliche besuchten eine Ausbildung der Struktur für die 18-23 jährigen und 64 Erwachsenen eine regelmässige Beschäftigung in einer Werkstatt. Was die restlichen 41 Personen betrifft, deren Behinderung jegliche schulische Ausbildung oder Werkstattarbeit ausschliesst, wird eine globalere Betreuung, die sich mit Pflege, basaler Stimulation und Sozialisierung befasst, umgesetzt. Ausserdem haben sechszehn Personen eine oder mehrere Wochenend- oder Ferienaufenthalte gemacht. Zu guter letzt haben 77 Personen Physiotherapie, 82 Ergotherapie, 26 Psychotherapie, 40 Psychomotorik, 32 Logopädie und 50 Musiktherapie erhalten.

Ambulant wurden 2 Kinder aus der Umgebung mit Physiotherapie gepflegt und 3 wurden im therapeutischen Kindergarten betreut. Dieser therapeutischen Kindergarten befindet sich in der Villa les Mangettes ganz in der Nähe des La Castalie und ist ebenfalls offen für die Kinder aus dem Quartier um den Integrationsprozess zu fördern.

Was die Investitionen betreffen, basierend auf den Studien die in den Jahren 2001 und 2002 gemacht wurden, hat der Grossrat anlässlich der Sitzung vom 5. Februar 2003 einen Kredit in der Höhe von 2'771'600.- für den Bau eines Werkstattgebäudes genehmigt, anhand eines Kostenvoranschlags von Fr. 3'73'0'000.- davon Fr. 958'400.- zu Lasten der BSV. Mit dem Bau wurde am 7. Juli begonnen und kurz vor Weihnachten konnte das Gebäude überdacht werden. Das Ende der Arbeit ist für den 30. Juli 2004 vorgesehen und die Betriebsaufnahme ist für Mitte August vorgesehen.

La Castalie - Alter der betreuten am 31.12.2003

	M	F	Total
00 - 05 ans / Jahre	5	2	7
06 - 11 ans / Jahre	15	7	22
12 - 17 ans / Jahre	29	18	47
18 - 23 ans / Jahre	21	12	33
24 - 29 ans / Jahre	4	8	12
30 - 35 ans / Jahre	11	7	18
36 - 41 ans / Jahre	16	11	27
42 - 47 ans / Jahre	4	3	7
48 - 53 ans / Jahre	2	3	5
54 - 59 ans / Jahre	1	3	4
60 - 65 ans / Jahre	1	1	2
Total	109	75	184

DIENSTSTELLE FÜR SOZIALWESEN

Sozialhilfe

2003 waren bei der Sozialhilfe keine besonderen Entwicklungen zu verzeichnen, sie ist stabil geblieben. Die Konsolidierung und Vereinfachung der Ausführungsverfahren für -Rettungseinsätze und Krankentransporte - uneinbringliche Spitalkosten - Genehmigungen zur Aussetzung und zur Aufhebung der Krankenversicherung sind heute Teil der üblichen Verwaltungspraktiken der Dienststelle.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Gesundheitswesen wurde eine neue Weisung des Departements über die Regelung von Streitfällen der Krankenversicherung mit den Partnern ausgehandelt und umgesetzt. Seit dem 1. Januar 2003 bedarf die Aussetzung der Versicherung systematisch der Genehmigung durch die Dienststelle für Sozialwesen, und die Praxis der Aufrechnung wurde klar ausgeschlossen. Durch diese beiden Massnahmen werden die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltung der Krankenversicherungsbeiträge beträchtlich erleichtert.

Die ausserparlamentarische Kommission mit dem Auftrag, ein Modell zur Harmonisierung der Aufteilung der Sozialausgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden vorzuschlagen, hat ihren Bericht im Juni 2003 dem Staatsrat abgegeben. Der Bericht ist bei den Gemeinden und den betreffenden Partnern in die Vernehmlassung gegangen. Der Staatsrat hat am Ende des Jahres den Vernehmlassungsbericht zur Kenntnis genommen und wird dem Grossen Rat Anfang 2004 einen Gesetzesentwurf vorlegen.

Asylwesen

Im Jahr 2003 wurden dem Wallis 827 Asylbewerber zugeteilt; das bedeutet gegenüber 2002 einen Rückgang in der Grössenordnung von 20%. Ende Dezember hielten sich 2406 Asylbewerber im Wallis auf, 46% im Mittelwallis, 34% im Oberwallis und 20% im Unterwallis.

Vom Standpunkt der Sozialhilfe besteht die grösste Schwierigkeit darin, den Asylbewerbern eine materielle Betreuung zu sichern, die ihrer Lage als Hilfeempfänger oder Arbeiter angemessen ist. Dank der kantonalen Organisation wirkten sich die sukzessiven Kürzungen der Fürsorgepauschalen, die vom Bund ausgerichtet werden, nicht auf die gewährten Finanzhilfe-Leistungen aus.

Bei der Einschulung der Kinder der Asylbewerber bestanden die wichtigsten Aufgaben in der Schaffung von Stützkursen in den Schulen, in der Betreuung des Programms der Aufgabenhilfe zuhause für gemeldete Schüler mit Schwierigkeiten und in der Organisation von Unterrichts- und Betreuungsstrukturen für die Kinder in den Aufnahmezentren.

Um den Asylbewerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, wurden die administrativen Verfahren zur Erlangung einer Arbeitsbewilligung vereinfacht. Beschäftigungsorientierte Ausbildungsprogramme wurden entwickelt, Sprachkurse, die auf die Fachbegriffe der einzelnen Berufe ausgerichtet sind, wurden geschaffen, und in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Industrie, Handel und Gewerbe wurden spezielle Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für arbeitslose Asylbewerber organisiert.

Mit dem Ziel, gewalttätiges Verhalten und das Gefühl der Unsicherheit zu verhindern, wurde im Sinne der Prävention eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Problemsituationen befasst und neue Wege vorschlägt, die man erkunden könnte.

Die wichtigsten Ziele sind weiterhin, die Aufnahmekapazität und -qualität aufrechtzuerhalten, die Selbstverantwortung und die Autonomie der Asylbewerber zu verstärken, die Organisation den gesetzlichen, sozialen und finanziellen Anforderungen anzupassen, die Verwaltungsregeln und -instrumente zu vereinfachen und zu vereinheitlichen und schliesslich die personellen Ressourcen und die Kommunikation zu fördern.

Koordinationsstelle für Betagte und Behinderte

Tätigkeitsgebiet

- Förderung der sozialen und beruflichen Integration
- Bereitstellung von Beherbergungs- und Beschäftigungsstrukturen für behinderte Personen, die ein geschütztes Milieu benötigen
- Koordination der Aktivitäten der privaten und öffentlichen Institutionen
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)

Halbgeschützte Beschäftigung

Die halbgeschützte Beschäftigung innerhalb der Kantonsverwaltung ermöglicht es behinderten Personen, sich auf eine berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung vorzubereiten.

	01.01.2003	Eintritte	Austritte	31.12.2003
Anzahl Beschäftigte	25	15	17	23

Förderung der sozialen und kulturellen Integration behinderter Menschen

Um die Pflege und Betreuung zu Hause zu fördern, wurde 180 behinderten Personen eine finanzielle Unterstützung gewährt. Diese Hilfe wird je länger, je mehr beansprucht. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der jährlichen Ausgaben.

Jahr	Beiträge
1998	280'000.00
1999	387'000.00
2000	538'000.00
2001	834'000.00
2002	1'080'000.00
2003	1'137'000.00

Institutionen

Der Kanton gewährt den Institutionen, mit denen er einen Vertrag abgeschlossen hat, Betriebs- und Baubeiträge.

Im Jahr 2003 haben verschiedene Sparmassnahmen im Rahmen der kollektiven Leistungen der Invalidenversicherung Auswirkungen auf die Walliser Institutionen für behinderte Personen gehabt. Das vom Kanton finanzierte Defizit dieser Institutionen hat deshalb stark zugenommen und führte dazu, dass der Staatsrat dem Grossen Rat zwei Gesuche um Nachtragskredite unterbreiten musste:

- Einen Nachtragskredit von 1,4 Millionen für die Subventionierung der Betriebskosten von Institutionen für erwachsene Behinderte

und für die Finanzierung von Platzierungen ausserhalb des Kantons

- Einen Nachtragskredit von 3,2 Millionen für die Finanzierung der Heime für Suchtabhängige der LVT/WSPBS
Diese Kredite sind vom Grossen Rat genehmigt worden.

Der Ausbau der Institutionen erfolgt im Rahmen der vom Staatsrat und vom Bundesamt für Sozialversicherung genehmigten Bedarfsplanung. Für die Periode 2001 - 2003 sieht die Situation folgendermassen aus:

	Bewilligte Plätze am 31.12.2003	Realisierte Plätze au 31.12.2003	In der Realisierungs- Phase
Heime	758	699	59
Werkstätten	1049	1016	33

Ausserkantonale Platzierungen	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2003
Anzahl behinderte Personen	41	38	49	56

Amt für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Die Anzahl Dossier, welche das Amt zu bearbeiten hat, ist erneut angestiegen.
Die Beträge, die im Jahre 2003 bevorschusst wurden, sind gegenüber 2002 auch gestiegen.

Die Zahlungsmoral der Alimentenschuldner hat sich wegen der ungünstigen Wirtschaftslage verschlechtert.

Was das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen betrifft, hat das Amt dank seiner Bemühungen den Betrag von Fr. 5'251'429,89 einkassiert.

Anzahl der Dossiers	2002	2003
Offen	2'310	2'407
Inkasso	2002	2003
Eingetriebene Beträge	5'089'395.67	5'251'429.89
Vorschüsse	2002	2003
Vorgeschossene Beträge	1'609'362.55	1'879'663.60
Eingezogene Beträge	909'796.85	885'877.62
Sozialhilfe	2002	2003
Ausbezahlte Beträge	51'863.60	39'121.20
Eingezogene Beträge	21'945.—	15'000.85
Unkosten	2002	2003
Vorgeschossene Beträge	117'436.65	110'282.80
Eingezogene Beträge	54'905.20	44'371.05

KANTONALE AUSGLEICHKASSE DES WALLIS

Die Kantonale AHV-Ausgleichskasse wurde in Anwendung des Artikels 61 des AHVG und des Artikels 1 des kantonalen Ausführungsgesetzes (AGAHVG) als **selbständige öffentliche Anstalt** errichtet. Die Kantonale Ausgleichskasse ist mit der Durchführung **mehrerer Bundesgesetze**, die Sozialversicherungen betreffend, betraut. In Anwendung der Artikel 63, Absatz 3 AHVG und 131, Absatz 2 AHVV haben die Bundesbehörden den Kanton ermächtigt, der Kantonalen Ausgleichskasse verschiedene kantonale Aufgaben zu übertragen. Für die Durchführung der kantonalen Aufgaben gewährt der Staat

der Kantonalen Ausgleichskasse Entschädigungen für die Verwaltungskosten.

TÄTIGKEITSBERICHT

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV)

Die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf den 1. Januar 2003 erfolgte ohne Probleme. Nach einem Jahr kann man feststellen, dass sich die Anzahl der Beschwerden beim kantonalen Versicherungsgericht stark vermindert hat. Andererseits benutzt eine bedeutende Anzahl von Versicherten und Beitragspflichtigen das Einsprachverfahren um zusätzliche Auskünfte zu fordern oder zu verlangen. Dies bewirkt eine bedeutende Zunahme der Verwaltungsarbeit für die Mitarbeiter.

Erwerbsausfallentschädigung für Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst (EO)

Die Kantonale Ausgleichskasse entrichtet Erwerbsausfallentschädigungen an Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst sowie an Jugend und Sport-Kursteilnehmer.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung (ALV)

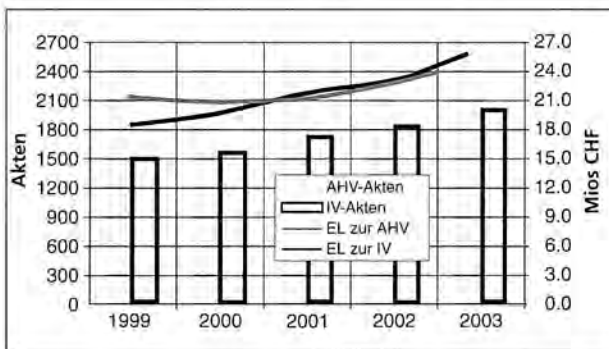
Die Ausgleichskasse beschränkt sich auf die Erhebung der ALV-Beiträge bei ihren Versicherten. Die Erhebung erfolgt gleichzeitig mit den anderen Sozialversicherungen, die sie verwaltet.

Berufliche Vorsorge (BVG) - Unfallversicherung (UVG)

Die Ausgleichskasse wirkt gemäss BVG und UVG bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht durch die Arbeitgeber mit.

Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (EL)

Rubriken	Anzahl Fälle		Veränderung	
	31.12.2002	31.12.2003	absolut	%
AHV-Fälle	2'553	2'654	101	4.0
IV-Fälle	1'845	2'020	175	9.5
Total	4'398	4'674	276	6.3



Entwicklung der Dossiers und der ausbezahlten Leistungen

Die Zunahme der Anzahl AHV- und IV-Rentner, sowie die Erhöhung der Tagespauschalen der Institutionen hatten eine starke Erhöhung der ausbezahlten Leistungen zur Folge. Trotzdem ist die proportional ausbezahlte Leistung und die Anzahl EL-Bezüger im Kanton Wallis weniger hoch als in allen anderen Kantonen der Schweiz.

Zusätzliche kantonale Zulagen (ZKZ)

Die zusätzlichen kantonalen Zulagen bringen den Versicherten einen finanziellen Zuschuss, meistens dann, wenn die Ergänzungsleistungen und die weiteren Einkommen die Bedürfnisse nicht vollständig decken.

Rubriken	Anzahl Fälle		Leistungen	
	31.12.2002	31.12.2003	2002	2003
AHV-Fälle	31	41	149 570.-	142'841.-
IV-Fälle	6	93	33 350.-	116'326.-
Total	37	134	182 920.-	259'167.-

Die bedeutende Erhöhung des Betrages der ZKZ zur IV ergibt sich aus der Anpassung von CHF 5.- bei den Tagespauschalen der Institutionen für invalide Personen.

Familienzulagen des Bundes

Es gab keine Änderung in der Bundesgesetzgebung betreffend die Entrichtung der Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und für Kleinbauern.

Kantonales Amt für Familienzulagen (KAFZ)

Das KAFZ prüft die Probleme der zuständigen Kassen hinsichtlich der Zugehörigkeit der neuen Mitglieder und informiert die Familienzulagekassen über die Entwicklung der Gesetzgebung.

Familienzulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer - Familienzulagen an die nichterwerbstätigen Personen - Zulagen an die alleinerziehenden Personen

Die entrichteten Leistungen sind im Vergleich zum Jahre 2002 ziemlich stabil geblieben.

Kantonaler Familienfonds

Die jährliche Haushaltszulage, die für im Kanton wohnsässige, alleinstehende Personen oder Ehepaare mit niedrigem Einkommen und Kinderlasten ausbezahlt wird, erhöht sich auf Fr. 1'260.-

Ausgleichsfonds

Die Anpassung der Akonto-Zahlungen 2002 wurde ohne Probleme durchgeführt. Der durchschnittliche Finanzierungssatz der Familienzulagekassen für das Jahr 2002 betrug 3.47 % obwohl in der Botschaft bezüglich der Revision von Familienzulagen einen Ansatz von 3.77 % vorgesehen war.

Familienzulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte (FZS)

Die an die selbständigerwerbenden Landwirte entrichteten zusätzlichen Zulagen sind im Vergleich zum Jahre 2002 ziemlich stabil geblieben.

Subventionen an die Krankenkassenbeiträge

Die Ausgleichskasse ist verantwortlich für die administrative Durchführung der Subventionen, die sich im Jahre 2003 auf 130 Mio Franken belaufen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die untenstehende Tabelle zeigt die einkassierten Beiträge und die entrichteten Leistungen in den Jahren 2002 und 2003:

	Einkassierte Beiträge in CHF		Entrichtete Leistungen in CHF	
	2002	2003	2002	2003
AHV/IV/EO	336 767 921.-	348 299 145.-	AHV	571 543 642.-
ALV	82 419 732.-	79 461 014.-	IV	166 778 727.-
FZ des Bundes	1 548 396.-	1 560 918.-	EO	10 457 046.-
FZSG	1 758 603.-	1 770 525.-	EL AHV/IV	46 267 447.-
Familienfonds	9 528 157.-	9 812 874.-	ZKZ AHV/IV	182 920.-
Familie	971 1800.-	9 664 999.-	FZ des Bundes	5 231 100.-
Ausgleichsfonds			FZ des Kantons	3 717 614.-
			Familienfonds	8 205 120.-
			Subventionen an die Krankenkassenbeiträge	124 000 000.-
			Ausgleichsfonds	9 406 400.-
Total	441 734 609.-	450 569 475.-	Total	945 790 016.-
Variation		+ 2.1 %	Variation	+ 5.3 %

Die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV registrieren wieder eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben infolge der Bevölkerungsveralterung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentner.

DIENSTSTELLE FÜR ARBEITNEHMERSCHUTZ UND DIENSTVERHÄLTNISSE

Daten über die Leistungen der Dienststelle

ARBEITSINSPEKTION

Sicherheit / Gesundheit

Genehmigungen/Bewilligungen **Anzahl** **Einnahmen**

Plangenehmigungen für
nichtindustrielle Betriebe 161 Fr. 0.00

Verhütung von Störfällen

Unternehmen	Objekt	Grund
<u>Abgeschlossene Dossiers</u>		
Gemeinde Siders	Eisbahn Graben	Saniert
SATOM	Denox	Kurzbericht
Aquaparc	Schwimmbad	Kurzbericht
Swisscom	Batterieladestationen	Genereller Kurzbericht
Alcan	Siders, Chippis, Steg	Kurzbericht
Lonza AG	Denon IMZA AKO, BioPM, Beladecenter	Kurzbericht
Lonza AG	Ergänzung Phosgen	Risikoermittlung
Kantonsstrassen	Evouettes – Bouveret	Kurzbericht
	Monthey - Collombey	Kurzbericht
	Galerie Gd. St-Bernard	Kurzbericht
	Brig - Furkapass	Kurzbericht

Plangenehmigungen für für industrielle Betriebe	49	Fr. 15'750.00
Betriebsbewilligungen für industrielle Betriebe	47	Fr. 5'700.00
Bewilligungen für Druckbehälter	119	Fr. 12'200.00
TOTAL	376	Fr. 33'650.00

Inspektionen	Anzahl	Einnahmen
Industrielle Betriebe	29	EKAS
Nichtindustrielle Betriebe	151	
TOTAL	180	Fr. 237'115.00

Arbeitsbedingungen

Bewilligungen auf Grund des eidgenössischen Arbeitsgesetzes

Art der Bewilligung	Anz.	Art der Bewilligung	Anz.
Bewilligung für vorübergehende Nachtarbeit	72	Bewilligung für vorübergehende Sonntagsarbeit	112
Bewilligung für drei- und mehrschichtige Tagesarbeit	2	Bewilligung für ununterbrochenen Betrieb	1
		TOTAL	187

Von den 112 Arbeitszeitbewilligungen für Sonntagsarbeit wurden 35 für die Beschäftigung von Arbeitnehmenden im Zusammenhang mit dem Weihnachtsverkauf erteilt. Zurzeit sind zwei Einsprachen betreffend Rechtmässigkeit dieser Abweichungen hängig. Auf nationaler Ebene haben überdies Gespräche für eine einheitliche Praxis in der Erteilung von Bewilligungen stattgefunden.

Bewilligungen für die Beschäftigung Jugendlicher über 14 Jahren

Art der Bewilligung	Anz.	Art der Bewilligung	Anz.
Beschäftigung während der Schulferien	9	Aufnahme der Lehre vor dem 15. Altersjahr	37
Nachtarbeit ab dem 16. Altersjahr zum Erlernen des Berufes	1	Sonntagsarbeit zum Erlernen des Berufes	4
		TOTAL	51

Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer/Innen

Kontrollen	Anz.	Anzeigen	Anz.
Kontrollierte Unternehmen	382	Inspektionsberichte	382
Kontrollierte Fahrzeugführer/Innen	1026	Angezeigte Unternehmen	64

Die im Jahr 2003 durchgeführten Kontrollen dienten hauptsächlich der Aufklärung, Information und Instruktion. So wurden 178 der 382 kontrollierten Unternehmen zu einem Informations- und Aufklärungsgespräch eingeladen. Für die Fahrzeugführer/Innen wurden, in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem Walliser Baumeisterverband, an sechs Abenden Informationskurse über die ARV abgehalten.

Öffentliches Beschaffungswesen

	Anz.	Ständige Listen	Anz.
Ständige Listen			
Eingetragene Unternehmen	944	Eingetragene Büros	491
Eintragungsgesuche	9	Verlängerungsgesuche	126
Gelöschte Unternehmen und Büros	20	Rekurse	0
Organisationen und Unternehmen	Anz.		
Unterstellte Unternehmen und Organisationen	175		

Einem Gesuch des schweizerischen Verbands für visuelle Kommunikation (VISCOM) wurde durch die Schaffung von drei neuen Registern im graphischen Gewerbe für die Bereiche Druckvorstufe, Druck und Weiterverarbeitung stattgegeben.

ARBEITSGERICHT

	Gerichtskreis Oberwallis	Gerichtskreis Unterwallis
Anzahl Sitzungen	12	28
Judikata	12	36
Urteilsbegründungen	15	37
Vergleiche	2	8
Andere Erledigungen	19	14
Berufungen KG	1	10
Beschwerden BG	-	1

Tätigkeit der Rekurskommission

Anzahl Sitzungen	Behandelte Fälle	Eröffnete Entscheide	Beschwerden EVG
29	326	295	7

Ab dem 1. April 2003 wurden uns zwei Juristinnen mit je einem Beschäftigungsgrad von 50 % für eine befristete Dauer zugestanden, damit der Rückstand bei der Rekurskommission i. S. Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Eine Analyse Ende Jahr 2003 hat gezeigt, dass auf eine dieser beiden Juristinnen mit Wirkung ab dem 1. Januar 2004 verzichtet werden kann.

GESAMTARBEITSVERTRÄGE (GAV) UND NORMALARBEITSVERTRÄGE (NAV)

Folgende GAV wurden 2003 im Kanton Wallis, gemäss Beschluss des Staatsrats und nach Genehmigung durch das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, allgemeinverbindlich erklärt: GAV für Unternehmen des Gartenbaugewerbes (nur Unterwallis), GAV für Apotheken, GAV für Garagen, GAV für die Ruhegehaltskasse des Hoch- und Tiefbaugewerbes, GAV für Plattenlegerunternehmen. Durch Kontakte zu den Sozialpartnern konnten bei sieben der acht im Kanton bestehenden Normalarbeitsverträgen Lösungen bezüglich Anpassung der NAV für 2004 gefunden werden. Die öffentliche Vernehmlassung erfolgte Ende Dezember 2003.

GLEICHSTELLUNGSGESETZ (GIG)

Diverse Fälle und Anfragen betreffend Verletzung des Gleichstellungsgesetzes wurden vorgetragen. Diese konnten bis auf zwei Fälle ohne Durchführung des eigentlichen Schlichtungsverfahrens erledigt werden. In jenen Fällen, in denen das Schlichtungsverfahren notwendig war, konnte in einem Fall anlässlich der Einigungssitzung eine gütliche Regelung getroffen werden, im anderen Fall erfolgte ein Rückzug des Begehrens.

Rechts- und Interessenschutz der Arbeitnehmenden

Neues Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)

Die Umsetzung der durch das ATSG beschlossenen Strukturen wurde auf kantonaler Ebene abgeschlossen. Die Dienststelle wird weiterhin während der im ATSG vorgesehenen Übergangsfrist von fünf Jahren das Sekretariat der Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit führen.

Kantonales Arbeitsgesetz (kArG)

Am 25. Juni 2003 hat der Bundesrat ein Vernehmlassungsverfahren zu einem Vorentwurf der Schweizerischen Zivilprozessordnung eröffnet, welches bis zum 31. Dezember 2003 dauerte. Dieser bezweckt die Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts in der Schweiz. Die Gerichtsorganisation bleibt grundsätzlich bei den Kantonen. Eingriffe sind nur soweit gerechtfertigt, als dies ein einheitliches Verfahrensrecht unbedingt erfordert. Eine grosse Bedeutung kommt dem sozialen Zivilprozess zu, der besonders in Fragen des Miet-, Arbeits- und Konsumentenrechts angewendet werden soll. Da zukünftig die Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO) das Verfahren vor dem Arbeitsgericht regeln wird, wäre es voreilig gewesen, bereits im Jahr 2003 einen Vorschlag zur Revision des Kantonalen Arbeitsgesetzes zu unterbreiten.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Neue Zusammenarbeit Kanton – Bund: Diese ist noch nicht in die Umsetzungsphase getreten. Nach Absprache mit dem seco sind qualitative Massstäbe zur Verbesserung der Arbeit der Arbeitsinspektoren zu erarbeiten.

Antenne Gesundheitsschutz Wallis: Die praktizierenden Ärzte des Kantons Wallis wurden über deren Gründung und ihre Ziele informiert. Durch die Anwesenheit einer Arbeitsärztin und einer Hygienikerin konnten, in Absprache mit der Dienststelle, mehrere Aktionen durchgeführt werden.

Sensibilisierung der Unternehmen

Ausbildungskurse 2003: 1. Gewalt am Arbeitsplatz, 2. Überwachung des Personals: Gesetzlich anerkanntes Verfahren oder Eingriff in die Persönlichkeit? 3. Psychologische Belästigung (Mobbing): vorbeugen ist besser als heilen.

Unter dem Coaching der Arbeitsinspektoren wurde im Wallis in Form eines Pilotprojekts mit der Umsetzung der angepassten Branchenlösung für Kleinbetriebe in Garagen begonnen.

Kampf gegen Sozial- und Lohndumping

Die Neustrukturierung der Kantonalen Beschäftigungsinspektion erfolgte am 1.9.2003 mit dem Bezug der Büros bei der Dienststelle und die administrative Angliederung an die DAA.

Am 1. Juni 2003 ist das Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 8. Mai 2003 in Kraft getreten. Die im Amtsblatt Nr. 33 vom 17. August 2001 veröffentlichte Liste der Auftraggeber, die in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wasser, Energie, Umwelt und Verkehr sowie Telekommunikation tätig sind (Art. 6 kGIVöB), ist unvollständig und muss aktualisiert werden.

VETERINAERDIENST

Gemäss den Richtlinien hat die Dienststelle für 2003 in folgenden Tätigkeitsgebieten Prioritäten gesetzt:

Tierseuchen

In der ganzen Schweiz wurden während des vergangenen Jahres noch 21 BSE-Fälle diagnostiziert, im Kanton Wallis wurde kein positiver Fall registriert. Die Kontrollen wurden bei ordentlichen Schlachtungen, bei krankem oder verletztem Rindvieh sowie bei verendeten Tieren vorgenommen.

Auf Ende des Jahres wurde die Schweiz offiziell frei von den seuchenhaften Atemwegserkrankungen EP (Enzootische Pneumonie) und APP (Actinobacillose) bei Schweinen. Diese Viruserkrankungen stellen in der Schweineproduktion ein grosses Problem dar und führen zu grossen finanziellen Verlusten. Im Kanton Wallis wurde die Flächensanierung zusammen mit dem Schweinegesundheitsdienst innerhalb eines Jahres durchgeführt.

Zur Überwachung der Seuchenfreiheit nach internationalem Standard wurden im Kanton Wallis wie in der übrigen Schweiz Untersuchungsprogramme bei Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen durchgeführt.

Im Spätsommer hat die Dienststelle zusammen mit der eidgenössischen Forschungsanstalt für Bienenerkrankungen in Liebefeld und mehreren Imkern des Kantons einen Pilotversuch gestartet, um die Varroaerkrankung bei den Bienen koordinierter und effizienter zu bekämpfen. Die Verluste an Bienenvölkern sind jährlich hoch. Der Versuch dauert ein Jahr, es werden verschiedene Bekämpfungsmethoden und Medikamente geprüft.

Am vergangenen 11. und 12. November fand eine Maul- und Klauenseucheübung statt, in der die Westschweiz einbezogen wurde. Die Leitung der Übung, zusammengesetzt aus einem theoretischen und einem praktischen Teil, oblag dem Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe in Mithras, Bern.

An der Übung nahmen Spezialisten des Kantonslaboratoriums und des Zivildienstes teil. Das Resultat dieser Übung zeigt auf, dass im Falle eines Maul- und Klauenseucheausbruchs die jetzige Infrastruktur und Einsatzmittel nicht genügen würden.

Tierschutz

Die Änderungen des am 6. Dezember in 2. Lesung durch den Grossrat angenommenen Tierschutzgesetzes wurden am 10. Juni 2003 durch den zuständigen Bundesrat genehmigt. Es erfolgten verschiedene Vorbereitungen, um die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2004 zu gewährleisten. Eine wichtige Erneuerung bildet der Abschnitt „Hunde und Tierheime“, welcher die Vorschriften über Identifizierung und gefährliche Hunde sowie offizielle Tierheime und Leistungsverträge enthält.

Die Anzahl der Klagefälle hat sich um 25% erhöht; im Jahr 2003 wurden 100 Fälle durch den Dienst bearbeitet, in 18 Fällen wurde eine Verfügung erwirkt, davon in 6 Fällen ein Tierhalteverbot verfügt (betroffene Tiere: Nutztiere: 3 Fälle; Hunde: 2 Fälle; Wild: 1 Fall). Es wurden 2 Strafanzeigen wegen Misshandlung erstattet.

Die Kontrolle der Nutztierhaltungen in Bezug auf die Tierschutzgesetzgebung wurde fortgesetzt; die Betriebskontrollberichte der ÖLN-Kontrollreue werden an uns weitergeleitet, wenn Mängel in der Tierhaltung bezüglich Tierschutz konstatiert werden.

Die Anzahl der Bewilligungsgesuche von Wildtieren hat sich erhöht.

Schlachtungen und Fleischhygiene

Um die Sicherheit der Lebensmittel tierischer Herkunft zu gewährleisten, werden die Tiere in den Schlachthöfen durch die Fleischkontrolleure überprüft. Nach den letzten erfolgten Statistiken beträgt die durch die Fleischkontrolleure im Jahr 2002 kontrollierte Anzahl Tiere 14'804 Einheiten.

Das im Jahre 2002 eingeführte Überwachungsprogramm (blaue Kontrolle) wurde fortgesetzt. Mit diesem Programm werden im Kanton Wallis circa 10% der Nutztierbestände auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Gleichzeitig wurde die Identifikation der Tiere und die Meldungen an die Datenbank überprüft, was eine Transparenz in der Rückverfolgbarkeit der Tiere vom Viehhalter zum Konsumenten schafft.

DIENSTSTELLE FÜR ENERGIE

Die der Dienststelle für Energie übertragenen Aufgaben können in die Bereiche

- rationelle Energieverwendung / erneuerbare Energien
- Energieverteilung / Energieversorgung
- Information / Aus- und Weiterbildung / Beratung

unterteilt werden und sind im Wesentlichen im Energiespargesetz vom 11. März 1987 festgelegt.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit erteilt die Dienststelle Gemeinden, kantonalen Dienststellen und Dritten Auskunft in Energiefragen und erarbeitet zuhundert des Staatsrates und des Departementvorstehers Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit obigen Bereichen.

Auf eidgenössischer Ebene wurde das Programm EnergieSchweiz weitergeführt. Ein wichtiges Ziel von EnergieSchweiz ist, bis 2010 den Brennstoffverbrauch um 15%, sowie den Treibstoffverbrauch um 8% zu senken.

Rationelle Energieverwendung / Erneuerbare Energien

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm „EnergieSchweiz“ im dritten Jahr. Zusammen mit den Kantonen unterstützt der Kanton Wallis das Programm, wobei der Schwerpunkt der kantonalen Aktivitäten im Gebäudebereich liegt. Die breite Umsetzung des MINERGIE-Standards steht dabei im

Vordergrund. Die MINERGIE-Strategie kann als Erfolg gewertet werden. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung.

Für den Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich sind die Gemeinden zuständig.

Ab Januar 2003, muss der energietechnische Nachweis einer Gebäudehülle mit der neuen Norm SIA 380/1, Ausgabe 2001 „Thermische Energie im Hochbau“, erstellt werden.

Beim Projekt „rationelle Energienutzung in Spitälern“ wurden die Verbrauchsoptimierung, sowie die ersten Sanierungsarbeiten in allen Spitälern in Angriff genommen. Die jährlich eingesparte Energie erhöhte sich auf rund 5'000'000 kWh.

Beim Projekt „Tunnels“ wurden alle Tunnels und Strasseninstallationen des Unterwallis analysiert. Die jährliche Einsparung an elektrischer Energie in den bestehenden Tunnels seit 1996 erhöht sich auf rund 900'000 kWh. In Zusammenarbeit mit Energie-Schweiz wurden Kurse in der „Eco-Fahrweise“ angeboten und von 85 Mitarbeitern der Dienststelle für Strassen- und Flussbau genutzt. Im Rahmen des kantonalen Solarenergie Förderprogramms sind im Jahr 2003, 85 Gesuche eingegangen. Seit dem Programmbeginn im Frühling 2000 sind 223 Anlagen, mit einer Fläche von 3100 m², installiert worden.

Im Programm zur Förderung der Holzenergie für Installationen unter 100 kW sind im Jahre 2003, 44 Gesuche eingegangen. Seit Beginn des Programms im Juni 2001 sind 101 Installationen realisiert worden, welche 111 Wohnungen beheizen. Eine Holzheizung mit 1 MW Leistung und ein Fernwärmenetz wurde in St-Maurice von der interkommunalen Gesellschaft (Burgerschaft und Gemeinde) Calorabois realisiert. Diese Anlage heizt das Sport- und das Schulzentrum, ein altes Gebäude der Burgerschaft und zwei neue MINERGIE-Gebäude, welche von der Burgerschaft St-Maurice realisiert wurden.

Der Entwurf zu einem neuen **kantonalen Energiegesetz** wurde in erster Lesung im Grossen Rat behandelt.

MINERGIE-Strategie

Die MINERGIE-Strategie wurde von der Dienststelle weiterverfolgt. Die im Dekret von 1999 festgelegten Fördermassnahmen haben zur Weiterverbreitung wesentlich beigetragen.

In Zusammenarbeit mit dem Verein MINERGIE und den anderen Kantonen konnten MINERGIE-Standardlösungen für neue Einfamilienhäuser definiert werden.

Resultate des MINERGIE Förderungsprogramms

207 Labels erteilt, seit 1998

(152 Wohnen EFH, 26 Wohnen MFH, davon 1 Altersheim und 1 Hotel, 14 Verwaltungsgebäude, 13 Schulen, 2 abgebrochene Projekte)

143 Bauten realisiert, dies sind

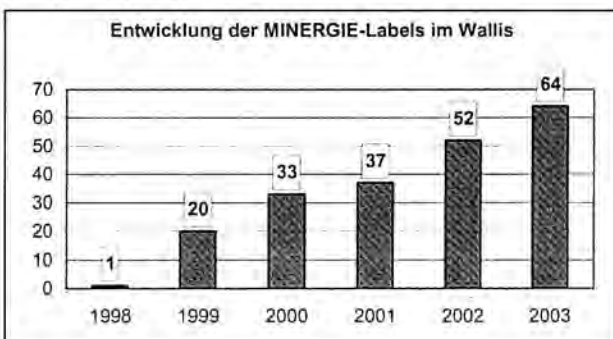
- 76'000 m² beheizte Fläche,
- ca. 180 Mio. Investitionen, 9,5 Mio. Mehrkosten
- 1'800'000 Fr. Subventionen (19 % der Mehrkosten)

laufende Projekte

47 im Bau

15 in Projektphase

2 Projekte abgebrochen



Im Jahre 2003 beträgt die Zunahme der Labelanzahl 23%. Der Markt von MINERGIE-Bauten hat sich weiterentwickelt in Richtung Renovation von Einfamilienhäusern und Bau von Gebäuden mit Wohnungen oder Wohn/Bürogebäuden. Diese Tendenz konnte auch auf schweizerischer Ebene festgestellt werden, wo insgesamt über 2500 MINERGIE-Labels erteilt wurden.

Im Mai 2003 organisierte die Dienststelle für Energie den dritten Tag der offenen Türe im Unterwallis, in St-Maurice. Zwei Wohnbauten der Burgerschaft St-Maurice wurden dabei eingeweiht. Die Informatikschule in Siders, das grösste MINERGIE-Gebäude des Kantons, wurde im Frühling dem Betrieb übergeben. Die Walliser Kantonalbank und gewisse Raiffeisenbanken offerieren einen MINERGIE-Kredit mit tieferen Zinssätzen.

Mehrere Artikel wurden sowohl in der Ober- wie auch in der Unterwalliser Presse über MINERGIE veröffentlicht, insbesondere nach der Übergabe des 200 Labels im Kanton.

An der Walliser Messe in Martinach konnte die Dienststelle für Energie am Stand des Ehrengastes des Walliser Maler- und Gipsermeisterverbandes MINERGIE präsentieren. Eine weitere MINERGIE-Ausstellung wurde in der Gewerbeschule Martinach gezeigt. Dadurch konnte der Standard an die Lehrlinge übermittelt werden. Zusätzlich wurden bei dieser Gelegenheit Weiterbildungskurse für Berufsleute organisiert.

Information / Aus- und Weiterbildung

Verschiedene Kurse/Veranstaltungen (Ergieietechnischer Nachweis, Wärmebrücken, Bauphysik, Wärmepumpentechnik, MINERGIE-Standard, Holzenergie etc.) wurden organisiert oder mitfinanziert. Nach Einführung der neuen Norm SIA 380/1, Ausgabe 2001, wurden im Frühling im Unterwallis erneut Kurse durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen wird zweimal jährlich die Zeitschrift „Energie-Environnement“ herausgegeben. Täglich werden Informationen zur rationellen Energienutzung in der Lokalpresse veröffentlicht.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen wurden in über 73 Primarschulklassen des Unterwallis die Aktion „rationelle Energienutzung“ durchgeführt. Zusammen mit dem Luftforum wurde eine vergleichbare Aktion in den Orientierungs-, Berufs- und Mittelschulen lanciert. Die erste Phase dieser Pilotaktion wurde beendet. Ein Kurs zur Sensibilisierung der Jugend auf die Solarenergie und die rationelle Energienutzung wurde in Form einer Aktion „Ferienpassport“ im Sommer von ca. 130 Schulkindern im Unterwallis besucht.

Ein Kurs zur rationellen Energienutzung wurde von 16 Hausabwarten in kommunalen Gebäuden besucht.

Beratung der Gemeinden

Gemeinden die beim Projekt „Energistadt“ mitmachen, unterstützen eine vorbildliche Energiepolitik mit beispielhaften Projekten. Die Walliser Energistädte sind Brig-Glis, Naters, Leuk, Saas Fee, Visp, Siders und Sitten.

In den Gemeinden Brig-Glis und Visp konnte im Jahr 2003 erfolgreich das Re-Audit des Labels „Energistadt“ durchgeführt werden.

Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO)

Nach der Ablehnung des EMG will der Bundesrat die Elektrizitätsversorgung spätestens 2007 auf neue gesetzliche Grundlagen stellen. Die Vorlage soll sowohl den Interessen der Haushalte als auch jenen der Wirtschaft Rechnung tragen. Die wesentlichen Elemente der neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) werden durch eine Expertenkommission erarbeitet. Unterstützende Begleitgruppen haben fachliche Grundlagen zu Fragen der Versorgungssicherheit, des Marktmodells, der Transparenz im Elektrizitätsmarkt sowie der Marktaufsicht und der Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien erarbeitet. Der Verantwortliche der Dienststelle ist Mitglied der Begleitgruppe Marktmodell. Für die Kantone wird es von Bedeutung sein, dass sie in einer zukünftigen Gesetzgebung für die regionale Stärkung der Versorgungssicherheit (sichere Verteilnetze) und eine regional ausgeprägte Grundversorgung (Berücksichtigung Randregionen, Preissolidarität) sorgen werden.

Allgemeine Arbeiten

- Stellungnahmen zu Gemeindereglementen bezüglich Elektrizitätsverteilung und Tarifgestaltung, Raumplanung und Bauten. Stellungnahmen z.H. der kantonalen Baukommission.
- Zusammenarbeit mit der Gazoduc SA und Transitgas AG betreffend die Erdgasversorgung und Durchführung von Vernehmlassungen.
- Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Wallis im Rahmen von Vortrags- und Expertentätigkeit.
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie und den kantonalen Energiefachstellen im Rahmen des Programms „Energie-Schweiz“.
- Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Strommarktöffnung“.
- Mitarbeit in der „kantonalen Arbeitsgruppe Energie“.
- Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt für kantonale MINERGIE-Bauten
- Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Umweltschutz und der Presse zur Information der Öffentlichkeit.

DIENSTSTELLE FÜR WASSERKRAFT

Im Bereich der Wasserkraft hat der Bund im Jahr 2003 keine Vernehmlassungen durchgeführt. Im Zusammenhang mit der Verordnung über die Sicherheit von Stauanlagen (StAV), hat der Bund die kantonale Unterkontrollsetzung der kleinen Stauanlagen (KSA) am 1.1.2006 verschoben. Sie war zuerst am 1.1.2004 vorgesehen.

Auf der kantonalen Ebene, hat eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Elektrizitätsproduzenten bzw. -verteiler und der WEG, unter der Leitung des Departementschefs ein Gesetzesentwurf über die Walliser Elektrizitätsgesellschaft AG verfasst. Eine Vernehmlassung ist am Anfang 2004 vorgesehen.

Wasserkraftanlagen

Druckleitungen/Druckstollen: die Verwaltungsräte eos und Grande Dixence haben seit Januar 2003 eine Delegation gebildet und sie beauftragt, alle Fragen im Zusammenhang mit dem Druckschachtsunfall des Werkes Cleuson-Dixence (CD) zu behandeln, sowie eine Rehabilitationslösung für den Weiterbetrieb dieses wichtigen Werkes vorzubereiten. In diesem Rahmen wurde die Gesellschaft Cleuson-Dixence Constructions SA gegründet. Ihre Mission ist die Leitung und Planung der Studien und Arbeiten im Zusammenhang mit der Wiederinbetriebsetzung dieses Werkes. Im 2003, wurden verschiedene Machbarkeitsstudien für diverse Rekonstruktionsvarianten sowie eine generelle Studie über die verschiedenen einzuleitenden Verfahren im Zusammenhang mit der Wiederinbetriebsetzung durchgeführt. Im Rahmen der Pressekonferenz vom 22. Oktober 2003, wurde das interne Verkleiden des Druckschachtes als die geeignete Lösung bezeichnet. Die alte Verschalung wird also nur als eine Abkapselung benützt. Eine Offerteanfrage für einen Ingenieurauftrag, als Hauptverantwortlicher für die Druckschachtrehabilitierung Cleuson-Dixence, wurde im Amtsblatt 14.11.2003 veröffentlicht. In diesem Rahmen wird das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie (DGSE), in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen, verantwortlich sein, die verschiedenen Bewilligungsverfahren (Prospektionen, Bau) zu leiten.

Studien im Wasserkraftbereich

- Das Projekt MINERVE (2002-2006) betreffend die Modellierung des Beitrages der Walliser Talsperren während Hochwasser des Rottens und seiner Hauptzuflüsse, mit Hilfe hydrometeorologischer Prognosen über 5 Tage, läuft unter der Führung der EPFL weiter. Sie führt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton und den

Kraftwerkbetreibern, die Studie eines Systems für die Online-Übermittlung von zutreffenden Werksdaten, in Hochwasserperioden weiter.

- Die Anwendung der Richtlinie für die Gewässer-sanierungsberichte - gemäss Gewässerschutzgesetz (GSchG Art. 80 Abs. 1 und 2) - hat Oktober-November 2003 angefangen. Mit zwei Entscheiden, hat der Staatsrat den Pilotbüroauftrag und einen ersten Spezialbüroauftrag (Studien über die Einzugsgebiete die 3 Dranses und Turtmanntal) vergeben. Eine Planung sieht die Studien über alle Walliser Einzugsgebiete bis Oktober 2007 vor.
- Die Dienststelle für Wasserkraft (DWK) ist Partner in einem von EPFL-LCH geführten Projekt über die Synergie zwischen der hydroelektrischen Produktion und der Dritten Rottenkorrektur. Dieses Projekt hat Oktober 2003 angefangen und bekommt eine wichtige finanzielle Hilfe von der eidgenössischen Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und anderen Partnern.
- Die DWK nimmt mit anderen Partnern der Schweiz, Italien, Österreich und Deutschland an einem im November 2003 bewilligten Interreg IIIB "ALPRESERV"- Projekt der Europäischen Union teil. Das Ziel dieses Projektes ist über 3 Jahre Massnahmen zu studieren, um die Sedimentationsprozesse (Sedimentquellen bzw. -transport, Bewirtschaftungsmethoden, Pilotaktionen) in Stauanlagen zu verhindern.
- Im Rahmen der Anwendung der StAV, hat die DWK November 2003, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) und einem Expertenbüro, einen Ausbildungskurs für ca. 25 Ingenieure organisiert, um Brüche bei kleiner Stauanlagen (KSA) mit vereinfachten Flutwellenberechnungen zu simulieren. Berechnungsmandate wurden nach diesem Kurs vergeben und die Resultate werden helfen die Liste der KSA zu definieren, die der ab 1.1.2006 vorgesehenen kantonalen Kontrolle, unterstellt wird.

Behandelte Projekte

Unter- und Mittel-Wallis

Chippis (Rhône) und Bramois-Sauterôt: die öffentliche Auflage für die Konzessionsgesuche hat im Sommer 2003 stattgefunden. Das Verfahren ist im Gang.

Chippis (Navisence): die öffentliche Auflage für die Konzessionsgesuche hat im 2001 stattgefunden. Das Verfahren ist im Gang.

Mauvoisin/Erhöhung der Wasserfassungen/FMM: die Bauarbeiten der Erhöhung der Wasserfassung und des Grundablasses sind im Gang. Der Bauabschluss ist 2006 vorgesehen.

Fully: infolge des Heimfalles im Jahr 2005 sind Verhandlungen zwischen der Gemeinde und eos vorhanden. Es hat noch kein Verfahren stattgefunden.

Martigny-Bourg: Der Rekurs von WWF wurde vom Bundesgericht verworfen. Das DGSE wird 2004 ein neues Homologationsprojekt der Konzessionen zu Händen des Staatsrates vorbereiten.

Pallazuit: das Verstärkungsprojekt der Talsperre Les Toules ist immer noch in der Studienphase.

Orsières: der Bau eines Zufahrtsweges zum Wasserschloss des KW Orsières, inklusiv die erforderliche Rodung, wurde Oktober 2003 bewilligt.

Sembrancher: der Heimfall findet im September 2006 statt. Die Verhandlungen und das Verfahren haben noch nicht angefangen.

Vernayaz (CFF): Die ersten Vorabklärungen über dem Heimfall der Konzessionen der Werke Vernayaz CFF (2005, 2017) haben 2003, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und der SBB, angefangen. Diese werden ein Paar Jahre dauern.

Salanfe: Der Bau eines Rückhaltebeckens für die Sedimente oberhalb des Kompensationsbeckens Clusanfe wurde 2003 bewilligt.

Torrent de Soi: Die Konzession wurde 2001 genehmigt. Die öffentliche Auflage für die Baubewilligung fand in 2001 statt. Das Verfahren ist im Gang.

Trinkwasserturbinierung/Savièse: die Genehmigung der Wasserkraftnutzung fand statt. Das Verfahren für die Baubewilligung wird 2004 stattfinden.

Trinkwasserturbinierung/Iséribles: das Verfahren für die Genehmigung der Wassernutzung wird 2004 stattfinden.

Oberwallis

Dala: die Sanierung eines Zuleitungsabschnittes wurde im Mai 2003 bewilligt. Das Vorfahren (Art. 13 WRG-VS) zu Erneuerung der Konzessionen wird im Jahr 2004 stattfinden.

Kelchbach: provisorische Massnahmen wurden am 03.11.1999 vom Staatsrat für den Weiterbetrieb bis 30.06.04 gewährt.

Ackersand I: das Konzessionsgesuch wurde im Februar 2003 öffentlich aufgelegt. Das Verfahren ist im Gang.

Argessa: der Bericht zum Vorfahren wurde am 6.3.2002 freigestellt. Provisorische Massnahmen zur Weiterführung des Betriebes und zur Abwicklung des Konzessions-genehmigungsverfahrens wurden vom Staatsrat bis 30.05.05 gewährt.

Mattmark: Baubewilligungen vom 01.04. und 28.05.2003 für die Sanierung der Dammkrone.

Binn: Baubewilligung vom 17.04. 2003 für die Sanierung des Unterwasserkanals.

Fieschertal: Baubewilligung vom 20.05.2003 für den Umbau der Wasserfassung Belwalderi.

Grande Dixence: Baubewilligung vom 02.07.2003 für den Neubau der Wasserfassung Rotbach.

Fafleralp: Baubewilligung vom 14.08.2003 für die Sanierung der Druckleitung und den elektrischen Anschluss.

Grande Dixence: Baubewilligung vom 27.11.2003 für die Sanierung der Messstation Biel.

380 kV Leitung Chamoson-Creux-de-Chippis: infolge der zahlreichen Einsprachen nach der öffentlichen Auflage 2002 für die Baubewilligung, finden am Anfang 2004 Sitzungen zwischen dem eidgenössischen Starkstrominspektorat und den Opponenten statt, um einvernehmliche Lösungen zu finden.

380 kV Leitung Nufenen: Das Projekt wurde 2000 bewilligt. Die Vorarbeiten haben 2003 angefangen. Der Baubeginn findet 2004 statt.

Mobiltelefonnetz/Antennen auf HT-Mast und Kabeln

Vormeinungen sind 2003 für die Baubewilligung von folgenden Mobiltelefonnetz/Antennen-Systemen auf HT-Mast zugestellt worden:

- HT-Mast N° 20, 65 kV Leitung «Visp-Steg» auf Gemeindegebiet Baltschieder.
- HT-Mast N° 53, 220 kV Leitung «Stalden-Creux de Chippis» auf Gemeindegebiet Unterems
- HT-Mast N° 4, 65 kV Leitung «Visp-Mörel» auf Gemeindegebiet Naters.
- HT-Mast N° 10, 220 kV Leitung «Chamoson-Chippis» auf Gemeindegebiet Sion-Bramois.
- HT-Mast N° 17, 220 kV Leitung «Zermeiggern-Stalden» auf Gemeindegebiet Saas-Balen.
- HT-Mast N° 1, 220 kV Leitung «Zermeiggern-Stalden» auf Gemeindegebiet Saas Almagell.
- HT-Mast N° 101, 130 kV Leitung «Stalden-Z'Mutt» auf Gemeindegebiet Grächen.
- Installation eines unterirdischen fiberoptischen Übermittlungskabels auf Gemeindegebiet Dorénaz und Fully

bels auf Gemeindegebiet Dorénaz und Fully

Sonderaktivitäten im Jahre 2003

Paritätische Expertenkommission: die Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten wurden durch die DWK verfolgt.

Entschädigungsbegehren für Verzicht auf Nutzung der Wasserkraft: von 1999 bis 2003 sind in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden (BWG und BUWAL) sechs Schutzverträge unterzeichnet worden, was für die betroffenen Gemeinden eine Entschädigungssumme von CHF 811'363 entspricht. Der Schutzvertrag für das Projekt Val de Réchy wird im Jahr 2004 unterzeichnet.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit: 2003 hat die DWK an folgenden Arbeitsgruppen oder interdisziplinären Kommissionen teilgenommen: die eidg. Kommission für Wasserwirtschaft, die Fünfjahreskontrolle mit dem BWG (zuständige Behörde) der folgenden Stauanlagen: Vieux-Emosson, Moiry, Gebidem, Illsee und Cleuson.

Elektrizitätserzeugung 2002-2003

Hydrologisches Jahr - Erzeugung in GWh (Mio kWh)

Art	Winter (1.10 - 31.3)		Sommer (1.4 - 30.9)		Jahr (1.10 - 30.9)	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Wasserkraftwerke	4'380.973	39.1	6'812.095	60.9	11'193.068	100
Thermische Kraftwerke	249.303	50.9	240.413	49.1	489.717	100
TOTAL	4'630.276	39.6	7'052.509	60.4	11'682.785	100

Vergleich 2001-2002 / 2002-2003

Erzeugung in GWh (mio kWh)

	2001-2002	2002-2003	Variation en %
Wasserkraftwerke			
Winter	3'957.074	4'380.973	10.7
Sommer	5'595.936	6'812.095	21.7
Jahr	9'553.010	11'193.068	17.2
Thermische Kraftwerke			
Winter	275.333	249.303	-9.5
Sommer	185.918	240.413	29.3
Jahr	461.251	489.717	6.2
TOTAL			
Winter	4'232.407	4'630.276	9.4
Sommer	5'781.854	7'052.509	22.0
Jahr	10'014.261	11'682.785	16.7



DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

FÜR DAS JAHR 2003



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: CLAUDE ROCH
STELLVERTRETER: JEAN-JACQUES REY-BELLET**



EINFÜHRUNG

In jeder menschlichen Tätigkeit, welche eine harmonische Mischung an Kenntnissen der Vergangenheit und an kreativer Vision verlangt, ist es weise, Pausen einzulegen, um grundlegende Überlegungen anzustellen und die Auswirkungen der Zeit zu messen. Genau dazu dient ein Verwaltungsbericht. Er evaluiert den bereits zurückgelegten Weg und schätzt den Weg ein, der noch zu gehen ist.

Damit ein solcher Vorstoss Sinn hat und Hoffnung trägt, muss er regelmässig und ohne Gefälligkeit durchgeführt werden. Diese ständigen Bemühungen um Transparenz, Effizienz und Pragmatismus hat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements während des vergangenen Jahres geprägt und heute sind alle von deren Berechtigung und Notwendigkeit, so weiterzufahren, überzeugt. Nur eine konstante Überprüfung der Arbeit, ein regelmässiges Sich in Frage stellen, vermeidet Stillstand und Selbstgenugtuung.

Das Departement für Erziehung, Kultur und Sport ist durch seine ambitionierten Aufgaben verpflichtet, die Zukunft vorzugeben – seine Versprechen, seine Herausforderungen, die wünschenswerten Linien - ohne jedoch den Respekt für die Vergangenheit, das Bestehende, die Geschichte, das solide Fundament, zu verlieren. In der Tat kann das Ausbildungs-, Kultur- und Sportwesen nicht erfasst werden, ohne diesen doppelten Blick einerseits zu den Wurzeln und andererseits in die Zukunft zu werfen.

Nach reiflichen Überlegungen und interner Absprache hat das Departement im Jahr 2003 seine Vision, Aufgabe, Strategien und prioritären Aktionen für die Jahre 2003-2004 um sechs Schlüsselbegriffe herum definiert : Begeisterung, Kompetenz, Qualität, Harmonie, Öffnung und Ausgewogenheit. Diese dienen als ständiges Ziel und als politische Basis, auf welchen die zukünftigen Tätigkeiten des Departements entwickelt und aufgebaut werden. Im Besonderen wollen wir:

- Mit einem offenen, harmonischen und soliden Bildungssystem, das eine individuelle Weiterentwicklung ermöglicht, die Freude und die Begeisterung am Lernen fördern.
- Ausbildungsstrukturen fördern, die es ermöglichen, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zu reagieren, wo jeder Einzelne seine Kompetenzen und seine Fähigkeiten in einem idealen Umfeld und im gegenseitigen Respekt entwickeln kann.
- Qualität fördern und alle Partner bei der Entwicklung eines Bildungssystems einbinden, das sich durch klare Verantwortungsstrukturen charakterisiert und auf engagierten und respektierten Mitarbeitenden beruht.
- In Zusammenarbeit mit den verschiedenen betroffenen Kreisen und unter Respekt des Subsidiaritätsprinzips, die harmonische Entwicklung des Kindes und seine Integration in die Gesellschaft fördern.
- Die Förderung einer lebendigen, offenen und vielseitigen Kultur unter Schaffung von günstigen Bedingungen für den Zugang zu kulturellen Tätigkeiten und zum kulturellen Erbgut.
- Durch Förderung von sportlichen und kulturellen Aktivitäten zur Ausgewogenheit und persönlichen Harmonie beitragen.

Dieser Vorstoss trägt dazu bei, eine gemeinsame Kultur innerhalb des Departements zu schaffen, die durch die Ausarbeitung einer Charta konkretisiert wird, welche die Rechte und Pflichten jedes einzelnen Mitarbeiters und jeder einzelnen Mitarbeiterin festlegt. In der Folge bedeutet dies, die Ausarbeitung von Chartas in den Schulen zu fördern, um auch dort eine Kultur zu schaffen, die ganz den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht und die dazu beitragen sollte, das Leben in der Gruppe, den Respekt gegenüber Menschen und die Sorgfalt gegenüber anvertrauten Dingen zu erleichtern.

Immer noch intern wird es von Nutzen sein, ein Qualitäts- und Führungssystem im Dienste des Departements und der Schulen zu entwickeln, mit Bereitstellung von quantitativen und qualitativen Indikatoren, die einerseits eine bessere Kenntnis des Ausbildungsbereichs im Wallis und andererseits eine grössere Transparenz zwischen den verschiedenen Ausbildungspartner erlauben.

Innerhalb des Departements werden Überlegungen angestellt, die nach und nach zu einem besseren Einsatz der menschlichen und materiellen Ressourcen, zu einer besseren funktionellen Führung des Erziehungssystems, zu einer klareren Abgrenzung der Kompetenzen und Verantwortung der Partner führen sollten. Sämtliche Bemühungen streben die Beibehaltung, ja sogar die Verbesserung der Qualität an, ohne jedoch dabei die Anforderungen nach Rationalität und Effizienz aus den Augen zu verlieren. Erziehung, Kultur und Sport versuchen nur, zur Ausgeglichenheit jedes Einzelnen und zur Harmonie der Gesellschaft beizutragen. Und auch wenn sie ihre Resultate regelmässig überprüfen, die Ziele neu definieren und ihre Ambitionen den Mitteln anpassen, verlieren sie nicht an Grösse.

Das Departement ist fest überzeugt, dass geduldiges Handeln bei den Jugendlichen dieses Kantons durch die Aus- und Weiterbildung, den Zugang zur Kultur und die allgemeine Ausübung von Sport zum Wohlbefinden Aller beiträgt. Es verpflichtet sich, Verhaltensweisen, die zu einer gerechteren, ausgeglicheneren und gesünderen Gesellschaft beitragen, zu fördern.

Weil sie an diese Tugenden und ihre nötige Ausstrahlung glauben, geben sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements tagtäglich ihr Bestes, um dem Kanton Motivation zu geben, Neues zu unternehmen und der Zukunft hoffnungsvoll entgegenzusehen.

**Der Vorsteher des Departements für
Erziehung, Kultur und Sport**

Claude Roch

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etablierungen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	26.70
Kantonale Dienststelle für die Jugend	50.45
Dienststelle für tertiäre Bildung	55.60
Dienststelle für Unterrichtswesen	29.10
Dienststelle für Berufsbildung	59.69
Mediathek Wallis (Kantonsbibliothek)	26.25
Kantonsarchiv	6.60
Kantonale Museen	13.60
Total	267.99

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

Motionen

- 3.220 Motion von Herrn Grossrat Georges Mariétan (PDCB) und Konsorten betreffend Sportunterricht an Berufsschulen. (Antrag vom 06.02.2003, die Motion in ein Postulat umzuwandeln).
Eine Arbeitsgruppe, die mit der Prüfung eines Sportkonzepts für Lehrlinge beauftragt wurde, wird einfache und wirtschaftliche Lösungen vorschlagen, die den eidgenössischen Vorschriften und Anforderungen auf diesem Gebiet entsprechen.
- 3.221 Motion von Herrn Grossrat Jean-Marie Schmid und Konsorten betreffend Umsetzung eines Bildungszentrums im tertiären Bildungsbereich im deutschsprachigen Wallis. *Motion unter Vorbehalt angenommen. Der Staatsrat unterstützt den Vorstoss, in Brig ein Kompetenzzentrum auf dem Gebiet der Fernstudien und E-Learning für das Wallis zu errichten, mit Öffnung auf nationaler und internationaler Ebene, weist aber darauf hin, dass eine solche Verwirklichung juristischen, politischen und finanziellen Anforderungen und Einschränkungen unterliegen, die nicht nur vom Kanton Wallis abhängig sind.*

Postulate

- 3.199 Postulat von Frau Grossrätin (Suppl.) Cornelia Allenbach-Guntern (CSPO) und Konsorten betreffend eidgenössische Anerkennung der Kindergärtnerinnendiplome.
Postulat angenommen was die Zusatzausbildung für das Erlangen eines Diploms anbetrifft, das Anrecht gibt, vom 1. Kindergarten bis zur 6. Primarschulstufe zu unterrichten und welche in den Kursus der PH-VS zu integrieren ist.
- 3.200 Postulat von Frau Grossrätin (Suppl.) Cornelia Allenbach-Guntern (CSPO) und Konsorten betreffend Kosten- und Nutzenanalyse für den tertiären Bereich.
Postulat teilweise angenommen. Die Kosten- und Nutzenanalyse der HEVs, die durch das ganze Finanz- und Buchhaltungssystem sämtlicher Schulen der HES-SO realisiert wurde, ist genügend klar und transparent. Ein analoges Instrument für die Verwaltung, die Steuerung und den Vergleich der Kosten und Nutzen wird in einer ersten Phase für die PH-VS, und in einer zweiten Phase für die

HEVs2, geprüft.

- 3.204 Postulat der CSPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Ernst Witschard, betreffend Förderung von Lehrstellen.
Postulat angenommen. Es wird konkret im Rahmen der Ausarbeitung der eidgenössischen und kantonalen Ausführungsbestimmungen des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung geprüft.
- 3.208 Postulat der SPO-Fraktion, durch die Herren Grossräte (Suppl.) Thomas Studer und Rolf Eggel, betreffend eine familien-, kinder- und lehrerfreundliche obligatorische Schulzeit.
Postulat angenommen. Um den Erwartungen aller Partner der Schule zu entsprechen, hat der Staatsrat am 3. September 2002 einen einheitlichen Schulplan für sämtliche Schulen der Sekundarstufe II, die vom Kanton abhängig sind, angenommen. Im Übrigen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die verschiedenen Kreise, hauptsächlich die touristischen Kreise, anzuhören und eine bessere interkantonale Koordination der Winterferien, besonders der Fasnachtsferien zu suchen.
- 3.214 Postulat der Herren Grossräte Werner Lagger, Andreas Wyden und Fredy Huber betreffend die Nachqualifikation der Kindergärtnerinnen zur Erweiterung der Unterrichtsberechtigung auf die erste und zweite Primarklasse.
Das Postulat, das auf die gleiche Problematik wie das Postulat 3.199 aufmerksam macht, ist angenommen worden.
- 3.226 Postulat der CSPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin (Suppl.) Liliane Brigger, betreffend Schulgeld in Sportschulen.
Das Postulat wird abgelehnt.
- 3.228 Postulat von den Herren (Suppl.) Rolf Eggel (SPO), Pascal Rey (PDCC) und Thomas Studer (SPO) betreffend Planung der Arbeitsmarktsituation.
Das Postulat wird angenommen. Das DEKS verfolgt die Arbeitsmarktsituation auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichtswesens – im Besonderen der obligatorischen Schule – ganz genau. Es verfügt dabei über vorausschauende Statistiken, die laufend aktualisiert und auf den neusten Stand gebracht werden. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wird es alles daran setzen, um einem etwaigen Personalmangel vorzubeugen und den Bedürfnissen zu entsprechen.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

GESETZGEBUNG

Im Jahr 2003 war die Dienststelle mit der Ausarbeitung folgender Gesetzestexte beschäftigt:

- Beitrittsgesetz vom 6. Februar 2003, zur Interkantonalen Vereinbarung über die Westschweizer Fachhochschule für Theater;
- Reglement vom 12. März 2003, über das Ausbildungsprogramm für die Grundausbildung der Pädagogischen Hochschule Wallis (PH);
- Beitrittsgesetz vom 2. April 2003, zum Interkantonalen Abkommen über die parlamentarische Kontrolle der Fachhochschule Westschweiz (FH Westschweiz);
- Änderung vom 29. April 2003 der Verordnung über die Besoldung des Lehrpersonals der Primar-, Orientierungs- und Mittelschulen;
- Änderung vom 28. Mai 2003 des Reglements zur Berechnung der Stipendien und Ausbildungsdarlehen;
- Änderung vom 24. September 2003 des Reglements betreffend die kantonalen Zertifikate, die von der Höheren Fachschule für Wirtschaftsinformatik verliehen werden;
- Änderung vom 8. Oktober 2003 des Studienreglements für die Studiengänge der Fachhochschule Wallis;
- Beitrittsgesetz vom 8. Oktober 2003, zum Nachtrag zum interkantonalen Konkordat zur Schaffung einer Fachhochschule der Westschweiz (HES-SO);
- Reglement vom 26. November 2003, der Höheren Fachschule für Wirtschaftsinformatik.

WALLIS-UNIVERSITÄTEN

Allgemeines

Im Jahre 2003 sind die Anwendungsbestimmungen zum Gesetz über Bildung und Forschung von universitären Hochschulen und Forschungsinstituten umgesetzt worden.

Die vorletzte Etappe im eidgenössischen Anerkennungsverfahren der Stiftung für universitären Fernunterricht ist passiert, das Dossier befindet sich beim Schweizerischen Organ für Qualitätssicherung (OQS) in Prüfung. Die Entscheide werden im Frühling 2004 fallen. Die Restrukturierung des Universitätsinstituts Kurt Bösch (IUKB) läuft planmässig ab.

Statistische und finanzielle Informationen

Walliser Universitätsstudienten und finanzielle Beteiligung des Kantons

In Anwendung der interkantonalen Abkommen über die Finanzierung der kantonalen Universitäten (ohne ETH), beteiligte sich der Kanton Wallis wie folgt:

2002 für 2'405 Studenten: Fr. 29'926'525.-, d.h. Fr. 12'464.- pro Student
 2003 für 2'443 Studenten: Fr. 30'097'575.-, d.h. Fr. 12'314.- pro Student

Laut Informationen des Bundesamtes für Statistik zeichnete sich folgende Entwicklung für Studierende aus dem Wallis an den Schweizerischen Hochschulen (Universitäten und ETH) ab:

2000/01 auf 3'555 Studierende: 1'631 Frauen, d.h. 45.94 % und 1'924 Männer, d.h. 54.19 %
 2001/02 auf 3'659 Studierende: 1'706 Frauen, d.h. 46.62 % und 1'953 Männer, d.h. 53.38 %
 2002/03 auf 3'682 Studierende: 1'737 Frauen, d.h. 47.12 % und 1'945 Männer, d.h. 52.82 %

Total Walliser Studenten, die 2000 abgeschlossen haben: 521 (220 Frauen und 301 Männer).
 Total Walliser Studenten, die 2001 abgeschlossen haben: 542 (220 Frauen und 322 Männer).
 Total Walliser Studenten, die 2002 abgeschlossen haben: 557 (248 Frauen und 309 Männer).

Drei im Jahre 2001 gestartete Forschungsprogramme in Partnerschaft zwischen dem ETH-Rat und dem Wallis werden von beiden Seiten positiv gewertet.

Zu erwähnen sei noch, dass der Kanton Wallis der ARS-Uni als Mitglied beigetreten ist, was interessante und wertvolle Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen mehreren Walliser Institutionen und der Provinz Verbano-Cusio-Ossola ermöglichen wird.

Die getroffenen Vereinbarungen mit der Universität Savoyen konkretisieren sich, vor allem durch eine Walliser Antenne des UNESCO-Lehrstuhles bezüglich Wasserressourcen.

Ein kantonales Anerkennungsgesuch wurde dem Bildungs- und Forschungsrat (BFR) vorgelegt: es handelt sich um das International College of Hospitality Administration César Ritz, Brig und Bouveret (ICHA).

Subventionen 2003

Beteiligungen, Betreuung und erforderliche Kontrollen, für die im Jahr 2003 durch den Kanton subventionierten Institutionen, wurden im Rahmen von Wallis-Universitäten durchgeführt:

- **Bildungsinstitute:**
 Universitätsinstitut Kurt Bösch (IUKB), Fernstudien-Schweiz (FS-CH), Brig, Studienzentrum (ZUF) Brig, Centre Romand d'Enseignement à Distance (CRED), Siders.
- **Forschungsinstitute:**
Oberwallis: Institut für Technologie und Wirtschaftsinformatik (TEWI), Institut für Wirtschaft und Sozialfragen (IWS), Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM), Forschungsinstitut zur Geschichte des Alpenraumes (FGA).
Unterwallis: Institut de recherche en informatique (ICARE), Institut de recherche en intelligence artificielle perceptive (IDIAP), Centre de recherche et d'étude sur les populations alpines (CREPA).
- **Andere Institutionen:**
 Akademische Gesellschaft Wallis, Association Vs-net.

Der Bildungs- und Forschungsrat (BFR) hat die vier Hauptbereiche und die strategische Ausrichtung der kantonalen Politik auf dem Gebiet der universitären Bildung und Forschung vorgestellt. Diese Optionen wurden vom Staatsrat verabschiedet (Alpen, Alter, Gesundheit und Gesellschaft / künstliche Intelligenz / flexible und ortsunabhängige Ausbildung).

Veröffentlichungen

- Bericht "Wallis-Universitäten" 2002 (38 Seiten)
- Entwicklung der Berufstätigen mit akademischer Ausbildung im Wallis von 1970 - 2000
- Tätigkeitsbericht 2003 des Bildungs- und Forschungsrates (BFR)
- Publikationen 2002 der aktiven Bildungs- und Forschungsinstitute im Wallis (April 2003 / 24 Seiten)

KULTURELLE TÄTIGKEITEN

Kulturrat

Der Kulturrat hielt im Jahre 2003 seine vier ordentlichen Plenarsitzungen ab; die Mitglieder des Kulturrates prüften anlässlich dieser Sitzungen insgesamt über 400 Subventionsgesuche. Auch im Jahre 2003 wählte eine vom Kulturrat eingesetzte Fachjury aus den zahlreichen Eingaben die besten CD-Produktionen aus.

Fachhochschulen im Bereich Musik und Theater

Die Fachhochschule für Theater der Westschweiz hat ihre Tätigkeit im Bereich der Berufsausbildung von Schauspielern und Regisseuren im Herbst 2003 in Lausanne aufgenommen. Zwei Walliser sind bereist zugelassen worden.

Kulturpreise des Staates Wallis

Auf Vorschlag des Kulturrates verlieh der Staatsrat den Kulturpreis des Kantons Wallis für das Jahr 2003 an den von Bernard HERITIER geleiteten CHOR NOVANTIQUA aus Sitten.

Die Förderpreise erhielten der Philosoph Alexandre JOLLIER, Savièse, der Theaterautor Mathieu BERTHOLET, Saillon / Berlin und der Musiker Mathias CLAUSEN aus Raron.

Unterstützungsbeiträge an Nachwuchskünstler

Im Jahre 2003 gewährte der Staatsrat auf Vorschlag des Kulturrates wiederum Unterstützungsbeiträge an folgende Nachwuchskünstler: Jean-Michel BACOUNIER, Installationen, Malerei; Ingrid KAESER und Ingrid HOTZ, Zeichnungen, Malerei, Video; Stefan WALTER, Photographie; Maximilien URFER, Dokumentarfilm.

Künstleratelier in Berlin

Anlässlich der Festlichkeiten vom 1. August 2002 in Berlin hat der Kanton Wallis, in Zusammenarbeit mit der Walliser Delegation der Loterie Romande und mit Unterstützung der Schweizerischen Botschaft in Berlin, an der Grossbeerenstrasse ein Künstleratelier für Walliser Künstler eröffnet. Die Visper Künstlerin Sibylla Walpen wird als erste Walliserin die Ehre haben, dieses Atelier während 6 Monaten, das heisst von Januar bis Juni 2004, zu bewohnen.

Kulturleitbild

Eine Arbeitsgruppe des Kulturrates hat eine Lagebeurteilung der öffentlichen Kulturpolitik und -arbeit im Kanton Wallis vorgenommen. Als Resultat dieser Arbeit soll das künftige Kulturleitbild für den Kanton Wallis entstehen.

Kulturaustausch Wallis – Solothurn

Im Rahmen des Kulturaustauschprogramms Wallis – Solothurn fand auf Schloss Mercier in Siders ein Treffen des Kuratoriums für Kulturförderung des Kantons Solothurn und dem Kulturrat des Kantons Wallis statt, das die ausgezeichneten Beziehungen, die

zwischen den beiden Kantonen insbesondere auf kultureller Ebene bestehen, unterstreicht.

JUGEND UND SPORT UND SPORT-TOTO

Jugend und Sport

Per 1. Januar 2003 ist das Programm „J+S 2000“ definitiv in Kraft getreten. Da von den grundlegenden Änderungen sowohl die Subventionen als auch das System der Ausbildung des Kadets und der Jugendlichen betroffen sind, ist es dieses Jahr nicht möglich verbindliche Statistiken zu präsentieren.

Sport-Toto

Der zugesprochene Anteil durch die Sport-Toto-Gesellschaft für das Wallis verminderte sich um Fr. 178'704.-, dies entspricht 8.19 %. Der Anteil senkt sich somit von Fr. 2'180'642.- im Jahr 2002 auf Fr. 2'001'938.- für das Jahr 2003.

Gemäss den geltenden Vorschriften wurden diese Gelder wie folgt verteilt :

- 66.10 % des Betrags gingen an die verschiedenen kantonalen Sportvereinigungen, Fr. 1'323'198.-
- 39.90 % des Betrags wurde für Bauten und andere Handlungen eingesetzt, Fr. 678'740.-

Kantonales Sportzentrum Ovronnaz

Die Übernachtungen sind von 11'986 im Jahr 2002 auf 13'129 im Jahr 2003 angestiegen. Die Zunahme beträgt 1'143 (+ 9,53 %).

Nationale Eislaufzentren (NELZ)

Im Anschluss an die Anerkennung und die finanzielle Hilfe durch die Eidgenossenschaft an die NELZ von Champéry und Leukerbad, hat der Kanton diesen beiden wichtigen Projekten seine Unterstützung zugesichert.

STIPENDIEN UND AUSBILDUNGSDARLEHEN

Tätigkeit

Die kantonale Kommission für Stipendien und Ausbildungsdarlehen ist im Jahr 2003 neunmal zusammengetreten. Die Mehrzahl ihrer Sitzungen hat sie der Prüfung von Gesuchen gewidmet. Sie hatte ebenfalls Gelegenheit, verschiedene, mit der Ausrichtung von Ausbildungshilfen zusammenhängende Probleme zu prüfen und vor allem dem Staatsrat vorzuschlagen einige reglementarische Änderungen vorzunehmen.

Geprüfte Gesuche

	Gestellte Gesuche	Entsprichene Gesuche
Hochschulstudenten	1'357	1'228
Ingenieurstudenten	266	229
Mittelschüler	732	597
Lehramtskandidaten	107	92
Lehrlinge	437	237
Künstlerberufe	120	99
Kaufmännische Berufe	290	240
Paramedizinberufe	357	295
Sozialberufe	86	71
Berufliche Weiterbildung	68	56
Andere Berufsfachschulen	160	132
Total	3'980	3'276

Entwicklung der Zahl der Gesuche von 1996 bis 2003

1996	3'347	2000	3'851
1997	3'382	2001	3'788
1998	3'603	2002	3'825
1999	3'691	2003	3'980

KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR DIE JUGEND

Administrative Sektion

Die administrative Sektion nimmt gemäss Beschluss vom 9. Mai 2001 die Rechnungsstellung und das Inkasso der Gebühren der verschiedenen Bereiche der Dienststelle wahr. Auf Antrag der Fachpersonen hat sie die Zuwendung eines Betrages von Fr. 8'000.-, welcher über den Alkoholzehntel zuerkannt wird, an bedürftige Familien in Notsituationen bereitgestellt.

Eine wichtige Aufgabe dieser Abteilung besteht in der Überprüfung und Besprechung des Voranschlags und der Jahresrechnung der verschiedenen vom Kanton anerkannten sozialpädagogischen Einrichtungen. Grossmehrheitlich sind diese Einrichtungen auch vom Bundesamt für Justiz, Abteilung Strafmassnahmenvollzug, anerkannt und subventioniert.

Der kantonale Planungsbericht der sozialpädagogischen Institutionen wird jährlich erarbeitet. Er informiert über die verschiedenen sozialpädagogischen Einrichtungen und deren Angebote und Leistungen. Dieser Bericht erlaubt allgemeine Vergleiche mit den Vorjahren und gibt zudem Auskunft über die Zahl der ausserkantonalen Platzierungen und die Aufnahme von kantonsexternen Kindern.

Unser Kanton verfügt über rund 245 der Dienststelle gemeldete Ferienkolonien, welche Kinder ohne elterliche Begleitung aufnehmen. Die administrative Sektion führt gemeinsam mit anderen Diensten die Kontrolle der Ferienkolonien durch und bereitet die Betriebsbewilligungen vor. 123 Kolonien verfügen über eine Betriebsbewilligung. 75 Gesuche sind in Bearbeitung, wovon 31 Ferienkolonien zurzeit bei anderen Dienststellen hinsichtlich spezifischer Abklärungen (feuerpolizeiliche Sicherheit) bearbeitet werden. 47 Dossiers sind archiviert; einige davon müssen neu kontrolliert und überarbeitet werden.

In den 6 Zentren unserer Dienststelle wurde das neue Informatikprogramm (elektronische Bearbeitung der klinischen und beratenden Dossiers der Ratsuchenden, wie auch die statistische Erfassung der Leistungen) installiert. In einzelnen Bereichen sind charakteristische Verbesserungen angebracht worden.

Der Bereich der Behandlung von schweren Sprachgebrechen für Kinder im Vorschul- und obligatorischen Schulalter wurde weiterentwickelt. Bis heute wurden 1'600 Akten behandelt. Der Beitrag des BSV beträgt Fr. 2'996'786.- und die ausbezahlten Beträge für Leistungen belaufen sich auf Fr. 2'856'860.- (gerundeter Betrag). Dies ergibt ein positives Ergebnis von Fr. 139'926.-.

Die im Jugendgesetz vorgesehenen Beiträge an die Löhne und Sozialleistungen sowie das pädagogische Material für die familienexterne Tagesbetreuungseinrichtungen (welche über eine Betriebsbewilligung verfügen, den von der Gemeinde bestätigten Bedürfnissen entsprechen, mit dem KDJ einen Leistungsvertrag abgeschlossen haben und über die geforderten Minimalöffnungszeiten von 12 Stunden pro Woche verfügen) wurden an 60 Einrichtungen, von denen 6 im deutschsprachigen Kantonsteil und 54 im französischsprachigen Kantonsteil ihre Leistungen erbringen, ausbezahlt. Im Bereich der Tagesbetreuung bei Familien (Tagesmütter) bestehen 12 Vereine. Von diesen bieten 8 im französischsprachigen Kantonsteil und 4 im Oberwalliser Kantonsteil Leistungen im Bereich der Kleinkinderbetreuung an.

Bericht des Jugenddelegierten

Die kantonale Jugendkommission setzte ihre Arbeit gemäss ihrer eingeschlagenen Strategie fort:

Lokale und regionale Jugendprojekte

Die Jugendkommission behandelte im vergangenen Jahr 82 Gesuche. 63 Anfragen konnte ein Unterstützungsbetrag zugesprochen werden. 23 Gesuche stammten aus dem Oberwallis, 25 aus dem Mittelwallis und 14 aus dem Unterwallis.

Kantonale Jugendprojekte

Im Vordergrund stand 2003 die Wanderausstellung "Miteinander leben", die in Martinach, St. Maurice, Sitten, Conthey, Siders, Leuk, Visp und Brig durchgeführt wurde. Mehr als 3'000 Jugendliche besuchten die Ausstellung und nahmen an den diversen Tätigkeiten teil.

Im Juni 2003 wurde erstmals der kantonale Jugendförderpreis überreicht, der Personen, Organisationen und Institutionen verliehen wird, die sich auf eindrückliche Weise für die Anliegen der Jugend einsetzen. Als erste Preisträger wurden Kurt Heinen aus Glis, die Walliser Pfadfinder und das Centre de culture et loisirs aus Martigny gekürt.

Am 19. April 2003 nahmen über 600 Jugendliche am Fussballturnier gegen den Rassismus teil, einem Anlass, der seine Zielsetzung vollumfänglich erfüllte.

Strukturarbeiten

Die Strukturprojekte in Gemeinden und Regionen, welche noch über keine Einrichtungen zu Gunsten der Jugendlichen verfügen, sind gut angelaufen. Im Goms, im Saastal, im Val d'Anniviers und in Verbier sind Jugendliche an der Arbeit, angepasste Projekte zu erarbeiten.

Kommissionsarbeiten

Der Jugenddelegierte engagierte sich in diversen Kommissionen und brachte den Blickwinkel der Jugendlichen vornehmlich in den Projekten „Operation Fiesta“, Parspas, Foje 2005 Monthey oder SOS Jeunesse ein. Im Weiteren erarbeitete er mit den Verantwortlichen von Canal 9 die Grundlagen für eine Jugendsendung im Lokalfernsehen.

Mitarbeit auf schweizerischer Ebene

Auf schweizerischer Ebene wurde der Jugenddelegierte in den Zentralvorstand der schweizerischen Jugendbeauftragten gewählt, wo er die Anliegen der Romands vertritt.

Das kantonale Amt für Kinderschutz

Im Jahr 2003 haben wir erneut eine bemerkenswerte Zunahme der durch unser Amt übernommenen Fälle festgestellt. Diese Tendenz der Fallzunahme zeigt sich nun schon stetig über die vergangenen 5 Jahre. Im Vergleich zwischen den im Jahr 1999 betreuten 908 Fällen steht die Fallzahl fürs Jahr 2003 bei 1259, was einer ungefähren Zunahme von 39 % entspricht.

Im Lichte dieser andauernden Zunahme der Fallzahlen hat das Amt die Möglichkeit geprüft, einen Teil der Aufträge an Privatpersonen zu delegieren, namentlich Aufträge im Sinne von Artikel 307 ZGB (Erziehungsaufsicht) und Artikel 308 (Erziehungsbeistandschaft). Leider haben sich trotz öffentlichen Veranstaltungen und Ausbildungstagen für den gesamten Kanton nur 15 Personen für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Es ist absolut notwendig für die Übernahme entsprechender Aufgaben Lösungen zu finden.

Entsprechend den EDICS-Vorgaben für die Verwaltungsführung hat das Amt alle Mandate im Hinblick auf die definierten Prioritäten im Rahmen der zu erbringenden Leistungen ausgeführt. Namentlich im Bereich folgender Leistungen zu Gunsten der entsprechenden Auftraggeber :

- die Bezirksgerichte, für welche wir im Jahre 2003 140 Fälle übernommen haben, was einer Zunahme von 46 Fällen im Vergleich zum Jahr 2002 entspricht;
- die Vormundschaftsämter, für welche wir 647 Fälle übernommen haben, was einer Zunahme von 32 Fällen im Vergleich zum Jahr 2002 ; bezogen auf die Fallzahlen von Erziehungsaufsichten und Erziehungsbeistandschaften ergeben sich 376 Fälle;
- das Jugendgericht, für welches wir 80 Fälle, also 7 Fälle mehr als im Vorjahr übernahmen und den Vollzug gewährleisteten;
- die Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle, für welche wir 228 Fälle übernommen haben, also 21 mehr als im Jahr 2002 ; für diese Dienststelle erbringen wir Leistungen bei Namensänderungsgesuchen und im Bereich der nationalen und internationalen Adoption. Diesbezüglich gilt es festzustellen, dass die Ratifikation der Haager Konvention über die internationale Adoption durch die Schweiz einen beträchtlichen Mehraufwand abverlangt. In der Funktion als Kantonale Zentralbehörde haben wir nun den grössten Teil der Aufgaben zu übernehmen, die vorgängig durch die Adoptionsvermittlungsstellen ausgeführt wurden; dies wohlgermerkt ohne zusätzliche personelle Ressourcen;
- wir haben auch 121 Familien sozialpädagogische Familienhilfe bewilligt und in diesen Fällen die Oberaufsicht wahrgenommen.

Auf insgesamt 1259 betreute Fälle im Jahr 2003 sind 390 Neuanmeldungen, 50 alte wieder gemeldete Fälle und 816 laufende Fälle.

Der Adoptionsbereich verzeichnet keine grosse Änderung, wenn man von der Inkraftsetzung der bereits erwähnten Konvention, absieht. 60 Erstabklärungen für eine Adoption sind im Jahr 2003 erfolgt.

Die Zahl der Platzierungen von Kindern in sozialpädagogischen Einrichtungen des Kantons hat leicht zugenommen. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 136 Jugendliche in diesen Einrichtungen platziert. Im Vorjahr waren es 128 Kinder und Jugendliche die in einer sozialpädagogischen Institution platziert werden mussten. Das Gesamttotal der ausserkantonale platzierten jungen Menschen belief sich auf 12 Kinder fürs Jahr 2003.

Diese leichte Zunahme der Platzierungen in Institutionen ist symptomatisch für die Chronifizierung von Problemlagen, der sich unsere Walliser Jugend ausgesetzt sieht, insbesondere im Zusammenhang mit Schwierigkeiten bezüglich dem Respekt von Normen und überforderten familiären Systemen (höhere Scheidungsrate, Anstieg der Zahl der Einelternfamilien).

Bereich Kleinkind

Dieser Sektor ist eine bemerkenswerte Unterstützung für die öffentlichen kommunalen Gemeinwesen im Zuge der Umsetzung der Artikel 32ff. des Jugendgesetzes (familienexterne Tagesbetreuung von Kindern zwischen 0 und 12 Jahren). Es ist erfreulich feststellen zu können, dass die Angebots-Struktur stetig wächst. Somit ist auch der Kantonsbeitrag an die familienexterne Tagesbetreuung im Jahre 2003 wesentlich gestiegen. Es handelt sich um gesetzlich festgelegte Beiträge an familienexterne Einrichtungen (Krippen, Tageseltern, Mittagstisch, Aufgabenhilfen etc.). Diese entsprachen im Jahr 2002 Fr. 2'597'361.80. Für das Jahr 2003 beläuft sich dieser Kantonsbeitrag auf insgesamt Fr. 3'661'795.50.

Zentrum für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen

Interventionen

Anzahl Fälle	4'126
Anzahl Interventionen	32'318
Neue Fälle	1'883
Alte Fälle	547
Laufende Fälle	1'613
Fälle in Institutionen	83

Das ZET erbringt jährlich einen beträchtlichen Versorgungsauftrag an Kindern und Jugendlichen im Rahmen ihrer Untersuchungen, Abklärungen von Entwicklungsverläufen, verschiedener therapeutischer Leistungen und erziehungsberaterischer Hilfen betreffend verschiedene Bereiche der kindlichen Entwicklung (psychische, soziale, verhaltensmässige, logopädische, psychomotorische und schulische).

In den vergangenen Jahren hat die Zahl der betreuten Kinder und der erbrachten Leistungen ständig zugenommen.

Jahr	Anzahl Fälle	Anzahl Interventionen
1983	1566	14'413
1993	3079	29'765
2003	4126	32'318

Anmeldeinstanzen

Die Eltern (59 %) sind zunehmend die stärksten Gesuchsteller für Leistungen im Rahmen des ZET. Die Schule mit 28 % der Anmeldungen, die Ärzteschaft, die heilpädagogischen und sozialpädagogischen Einrichtungen, die Sozialdienste, die Vormundschaftsämter und die Gerichte sowie die sozialmedizinischen Zentren melden zusammen rund 15 % der zugewiesenen Fälle an.

Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren stellen eine Gruppe von betreuten jungen Menschen dar, die zahlenmässig ständig zunimmt. Diese Entwicklung konnte in den letzten Jahren festgestellt werden.

Therapeutische Arbeit

Verhaltensstörungen im schulischen Bereich oder innerhalb der Familie stellen mehr als 40 % der Neuanmeldungen dar. Diese Feststellung stimmt mit den Beobachtungen von Erziehungsproblemen, denen Eltern in unserer Gesellschaft zunehmend begegnen müssen überein.

Sitzungen mit den Eltern, mit der Familie, mit der Lehrperson oder mit anderen für das Kind wichtigen Personen, ohne direkte Betreuung des Kindes stellen rund 50 % der Leistungen im beratereisch-therapeutischen Bereich dar. Dieses Ergebnis unterstreicht die klinische Ausrichtung des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen. Es geht darum, die Ressourcen der dem Kinde nahe stehenden Personen in die Behandlung von Kindern mit einzubeziehen.

Seit der Inkraftsetzung des revidierten eidgenössischen Opferhilfegesetzes (OHG) wurde dem Zentrum für Entwicklung und Therapie für Kinder und Jugendliche von der Kantonsregierung die Aufgabe der Fachkraft bei Anhörungen der jeweiligen Kinder übertragen. Um diesem Auftrag nachzukommen musste ein Pikettdienst geschaffen werden und eine entsprechende Organisation aufgebaut werden. Ohne zusätzliche personelle Ressourcen antworten Psychologen aus dem französischsprachigen und deutschsprachigen Wallis auf Einsätze der Kantonspolizei, die diese Befragungen im Auftrag des jeweiligen Strafuntersuchungsrichters durchführen.

Präventive Arbeit

Die Prävention von Entwicklungsstörungen stellt die Hauptachse der Sichtweise des ZET in diesem Gebiet dar. Die regelmässige Zusammenarbeit mit den Fachpersonen, die mit Kindern arbeiten (Lehrerpersonen, schulische Mediatoren, Sonderpädagogen, Sozialpädagogen, Kleinkindererzieherinnen...), ist von grosser Bedeutung. Mehrere Mitarbeiter unterstützen die Ausbildung dieser Fachpersonen, bieten ihnen Supervisionen an und leiten fallzentrierte Seminare. Im Rahmen der Grundausbildung, der Fortbildung und der Supervisionen schulischer Mediatoren und Mediatorinnen erbringt das ZET einen wertvollen Beitrag zur Prävention im Schulbereich. Diese umfangreiche Arbeit der schulischen Mediation wird in einem jährlichen Bericht publiziert.

Die Integration des behinderten Kindes in die Regelschule verlangt nach einer umfassenden und interdisziplinären pädagogisch-therapeutischen Hilfe. Um diese Hilfe anzubieten, verfügen die Regionalstellen von Martinach und Monthey über eigene Teams von Logopäden, Psychologen und Psychomotoriktherapeuten, die basisnah in den Schulzentren diese Leistungen erbringen.

In Zusammenarbeit mit dem Bereich Kleinkind konnte eine wertvolle präventive Arbeit in den familienexternen Tagesbetreuungs-einrichtungen für Kleinkinder erbracht werden (Kinderkrippen, Kinderhorte, Spielgruppen...). Im Auftrag von Elternvereinen, dem Verein Schule & Elternhaus und Vereinen, welche die Förderung der Entwicklung der Kinder zum Ziele haben, wurden im vergangenen Jahr mehrere Vorträge durch das ZET gehalten. Diese Vorträge behandeln Themen betreffend die kindliche Entwicklung, Erziehungsfragen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern.

Ausbildung von Praktikanten

20 Studenten verschiedener Hochschulen konnten in den Regionalstellen des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen ein klinisches Praktikum absolvieren. Grundsätzlich handelt es sich um erforderliche Praktika während der universitären Ausbildung und Praktika die nach Erhalt des Lizenziates erforderlich sind, um einen Diplomabschluss zu erhalten. Die Praktikanten kommen aus den Fachbereichen Psychologie, Logopädie und Psychomotorik. Die Praktikumsdauer variiert zwischen 3 und 9 Monaten. Verschiedentlich konnten Praktika auch im Rahmen der Beschäftigungsprogramme vermittelt werden. In Zusammenarbeit mit den Organen für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen, konnte im vergangenen Jahr verschiedenen Fachpersonen die arbeitslos waren für die Dauer von 6 Monaten ein Praktikum angeboten werden.

Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie

Einleitung

Die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie hat sich im Jahr 2003 konsolidiert, nachdem die beiden vorangegangenen Jahre geprägt waren von vielen Um- und Neustrukturierungen. Speziell bewährt hat sich die enge Zusammenarbeit zwischen dem ambulanten Sektor der AKJP mit seinen 6 Regionalstellen in Brig, Visp, Siders, Sitten Martinach und Monthey einerseits und dem kantonalen Spitalzentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie im Spital Siders-Leuk. Dank dieser engen Zusammenarbeit konnten viele Patientinnen und Patienten kontinuierlich, d.h. vom gleichen Arzt/Ärztin ambulant, dann je nach Indikation stationär und anschliessend wiederum ambulant nachbehandelt werden. Eine solche kontinuierliche Behandlung durch den gleichen Therapeuten begünstigt eine optimale Arzt-Patienten-Beziehung, die als eine der wichtigsten Wirkfaktoren in der Psychotherapie gilt.

Aktivitäten der Regionalstellen AKJP

Im Jahr 2003 wurden mit dem gleichen Stellenetat wie im Jahr 2002 insgesamt ca. 100 Kinder und Jugendliche ambulant behandelt. Insgesamt fanden ca. 1000 Therapien und Konsilien statt. Die Nachfrage nach ambulanten Psychotherapien für Kinder und Jugendliche nahm im Jahr 2003 erneut zu. Aufgrund der eingeschränkten personellen Ressourcen der AKJP konnten nur die dringlichsten und oftmals schwerstgradigen kinder- und jugendpsychiatrischen Störungsbilder (z.B. Suizidalität, Essstörungen) und Krankheiten (z.B. Depressionen, Psychosen) abgeklärt und behandelt werden. Nach wie vor ist die AKJP auf die Mithilfe und Übernahme von Abklärungen und Therapien seitens der Regionalzentren für Entwicklung und Therapie (ZET) der Dienststelle für die Jugend angewiesen. Umgekehrt steht die AKJP den Mitarbeitern, innen der Regionalstellen des ZET für psychiatrische Fragestellungen zur Verfügung. Einzelne Leistungen werden vom BSV bezahlt.

Pikettdienst

Neu wurde von der AKJP in enger Zusammenarbeit mit dem Spitalzentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie im Spital Siders ein einmaliger Pikettdienst organisiert. Mit insgesamt nur 3 Arztstellen wird ganzjährig während sieben Tagen pro Woche und 24 Stunden pro Tag ein kinder- und jugendpsychiatrischer Pikettdienst aufrecht erhalten. Der Pikettdienst steht der gesamten Ärzteschaft, allen Spitälern und auch den Mitarbeitenden des ZET zur Verfügung. Es wird versucht, innerhalb von 24 bis 36 Stunden ein Konsilium mit dem Auftraggeber und / oder dem Patienten und dessen Angehörigen direkt durchzuführen. Diese Dienstleistung bedingt eine ausserordentliche hohe Präsenzzeit für die drei sehr engagierten Kinder- und Jugendpsychiater, die sich diesen Pikettdienst teilen.

Anerkennung der AKJP als Weiterbildungsstätte der Schweiz. Ärztegesellschaft FMH

Erstmals wurde die Kinder- und Jugendpsychiatrie Wallis als Weiterbildungsstätte der Schweizerischen Ärztegesellschaft FMH anerkannt. Dies bedeutet ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Wallis. Junge Assistenzärztinnen und -ärzte haben somit die Möglichkeit, sich im Kanton während mindestens zwei Jahren zum Spezialarzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie weiterzubilden. Die Hoffnung besteht, dass mittelfristig im Kanton vermehrt Kinder- und Jugendpsychiater in Privatpraxen oder im kantonalen kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst zur Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen werden. In enger Koordination mit dem Spitalzentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Siders fanden dienstintern für die Ärztinnen und Ärzte regelmässige interne Fortbildungen statt, sei dies in Form von Fallbesprechungen oder im Rahmen einer internen Supervision.

Das Amt für heilpädagogische Frühberaterung

Das Amt für heilpädagogische Frühberaterung (AHFB) betreut Kinder mit schweren Entwicklungsverzögerungen bevor diese in die Regelklassen eintreten (0-7 Jahre). Es handelt sich mehrheitlich um Behinderungen in der motorischen, sensorischen und geistigen Entwicklung und / oder Störungen betreffend das Verhalten und die Kommunikation. Die Leistungen werden gewöhnlich im familiären Rahmen des Kindes erbracht und in enger Zusammenarbeit mit den Eltern.

Die frühberaterische Arbeit der Heilpädagoginnen im Elternhaus des Kindes wickelt sich auf 4 Achsen ab. Es sind dies :

- individuelle Sitzungen, welche die Entwicklung des Kindes fördern und seine Erziehung stärken,
- Unterstützung, Beratung und Unterbreiten von Lernangeboten für die Familie,

- Vorbereitung und Integration des Kindes in eine seinem Entwicklungsstand entsprechende Tagesbetreuungsstätte oder Schule,
- Zusammenarbeit mit Ärzten, Therapeuten und heilpädagogischen sowie schulischen Institutionen.

Die Interventionen der heilpädagogischen Frühberaterung haben in den vergangenen 3 Jahren stark zugenommen. Die Zahl der Neuanmeldungen nimmt ebenfalls zu. Zurzeit ist es den heilpädagogisch geschulten Frühberaterinnen nicht möglich, der Nachfrage gerecht zu werden. Im 2. Semester des Jahres 2003 konnten rund 10 Kinder, die von Ärzten gemeldet wurden, nicht betreut werden. Eine Analyse dieser Entwicklung zeigt, dass es eine Zunahme in drei Bereichen gibt: Frühgeburten mit schweren Entwicklungsstörungen; Geburten von Kindern deren Entwicklungsstörung pränatal festgestellt werden konnte und die Adoption von behinderten Kindern. Zurzeit werden Lösungen studiert, welche zumindest punktuell helfen sollen, diese Situation zu verbessern.

Die nachfolgende Tabelle zeigt der Anzahl der betreuten Kinder :

	Betreute Kinder		Neuanmeldungen	
	2002	2003	2002	2003
Unterwallis	75	85	27	30
Oberwallis	91	85	25	25
Total	166	170	52	55

Die Verstärkung der Zusammenarbeit und der Information mit den schulischen Instanzen stellte das zentrale Thema der Arbeiten im vergangenen Jahr fest. In der Tat gilt es hervorzuheben, dass rund 25 % der betreuten Kinder im ganzen Kanton den Kindergarten besuchen. Um den Wünschen der Kindergärtnerinnen, welche entwicklungsverzögerte Kinder betreuen, zu entsprechen haben 2 Heilpädagoginnen verteilt auf mehrere Monate 4 Beratungs- und Intervisionssitzungen durchgeführt. Informationen, Meinungsaustausch und das Suchen nach kindsadäquaten Lösungen wurden als sehr wertvoll erlebt und waren für alle Beteiligten eine Bereicherung. Lehrpersonen und Eltern waren mit dieser Zusammenarbeit sehr zufrieden und konnten ihre Kompetenzen in der Erziehung behinderter Kinder stärken. Diese Zusammenarbeit gilt es in Zusammenarbeit mit dem Amt für Hilfs- und Sonderschulen und den Schulinspektoren zu konsolidieren. Ein Fragebogen betreffend die Bedürfnisse der Eltern und ihr Grad der Zufriedenheit mit den Leistungen des Amtes wurde erstellt. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die es erlaubt, einen Meinungsaustausch mit Brüdern und Schwestern von behinderten Kindern zu machen.

DIENSTSTELLE FÜR TERTIÄRE BILDUNG

EINFÜHRUNG

Im Jahr 2003 hat die Walliser Hochschule modulare Unterrichtsformen eingeführt, Studiengänge zusammengelegt und neue Ausbildungsprogramme geschaffen. Die Zahl der Studierenden nimmt weiterhin zu, während es für die positiven Auswirkungen der Tätigkeiten im Bereich aF & E auf die Wirtschaft keines weiteren Beweises mehr bedarf. Die Zusammenlegung der FHS- und FS-Studiengänge in Siders in einem einzigen Gebäude ist ein symbolisches Ereignis. Zum Schluss verweisen wir auf den Weggang des Direktors der HEVs, der am 3. Oktober 2003 zum Präsidenten der Direktionsausschüsse der HES-SO und der HES-SZ ernannt wurde.

Die Fernfachhochschule Brig, die seit dem 19. Dezember der Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana (SUPSI) angeschlossen ist, hat die Bedingungen zur FHS-Anerkennung ihrer vier Studiengänge erfüllt, und die Kantonale Schule für Bildende Kunst hat ebenfalls die FHS-Anerkennung für ihren Studiengang erlangt; die Pädagogische Hochschule Wallis und die Walliser Hochschule für Musik befinden sich in der Prüfungsphase.

Die Dienststelle für tertiäre Bildung stellt unter anderem dem Departement durch ihre Forschungs- und Entwicklungsaufgaben die nötigen Informationen für die Führung der Schulen zur Verfügung, leitet die Weiterbildung der Lehrkräfte, stellt die Weitergabe der Studien- und Forschungsergebnisse an die Partner und Akteure der Schule sicher und unterstützt die Schulen bei der Einführung von Qualitätssicherungssystemen und neuen Informationstechnologien.

STATISTIK GRUNDAUSBILDUNG (Stand am 15. November 2003)

	Total (mit Diplomanden)
Hochschule Wallis (HEVs)	791
Pädagogische Hochschule Wallis (PH-VS)	220
Fachhochschule Wallis Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2)	598
Fernfachhochschule Schweiz (FFH)	336
Walliser Schule für Gesalung	56
Walliser Hochschule für Musik (HEMV3)	46
Hochschule für Theater Westschweiz (HETSR)	2
Total HES	2049
Hochschule Wallis (HEVs)	429
Fachhochschule Wallis Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2)	119
Total ES	458
Total HES et ES	2597

HOCHSCHULE WALLIS (HEVs)

Zur Erinnerung: Der Controlling-Bericht der Piloteneinheit HEVs dient als Tätigkeitsbericht.

Trotz ausgezeichneter qualitativer Ergebnisse hat sich die Hochschule Wallis schon 2001 für eine umfassende Neugestaltung ihres Ausbildungsangebots entschieden, um die vom Bund vorgegebenen Studentenzahlen zu erreichen. Für eine Randregion mit einem relativ geringen Einzugsgebiet ist es schwierig, diese kritische Masse zu erzielen. Auf den Schuljahresbeginn 2003/2004 hat die HEVs am Standort Sitten die beiden neuen Studiengänge

Systemtechnik (vormals Studiengänge Elektrotechnik und Maschinenbau) sowie Life Technologies (vormals Studiengänge Chemie und Lebensmittel- & Biotechnologie) eröffnet.

• Systemtechnik

Diese attraktive Allgemeinausbildung ist neu an der HES-SO und wird von der Hochschule Wallis und der EVD angeboten. Am Standort Sitten können die Studenten eine der drei Vertiefungsrichtungen Infotonics, Power and Control oder Design and Materials auswählen.

• Life Technologies

Im Rahmen dieser in der Schweiz einzigartigen Ausbildung werden die drei Vertiefungsrichtungen Lebensmitteltechnologie, Biotechnologie und Analytische Chemie angeboten. Dieser Studiengang entspricht den aktuellen Marktbedürfnissen, da sich dieser Sektor im Aufschwung befindet und über ein hohes Potential verfügt.

Die Neuorganisation im Bereich der Ausbildung hat direkte Auswirkungen auf die anderen FH-Aufträge und die Organisation der HEVs. Sie verfügt nun über vier Studiengänge (Systemtechnik, Life Technologies, Wirtschaft und Tourismus, Wirtschaftsinformatik) sowie vier Institute (deren Einheiten jeweils dieselben Bezeichnungen tragen - Beispiel: Studiengang Systemtechnik, Institut Systemtechnik).

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE WALLIS (PH-VS)

Der „Aufbau“ einer neuen Schule stellt für einen Kanton eine zugleich motivierende und anspruchsvolle Herausforderung dar. Im gegebenen Fall handelt es sich darum, den Übergang von einer Lehrerausbildung, die in der Vergangenheit in den Bereich der Sekundarstufe II (Lehrerseminar) fiel, zu einer tertiären Bildung (PH-VS), durch die Studienabschlüsse auf dem „Bachelor“-Niveau erlangt werden, erfolgreich zu bewältigen. Zudem sollte die Zweisprachigkeit des Wallis nutzbringend eingesetzt werden, woraus für dieses die Verpflichtung entsteht, die beiden Kulturen durch einen an der PH-VS studienintegrierten Austausch zwischen den Standorten zur Geltung zu bringen.

Im Mai 2003 reichte der Staatsrat bei der EDK einen Antrag auf Anerkennung der Diplome ein, um ab Juli 2004 den ersten Absolventinnen und Absolventen ein in der ganzen Schweiz anerkanntes Diplom überreichen zu können.

Im Herbst 2003 erfolgte die Aufnahme des dritten Studierendenjahrgangs an der PH-VS, womit diese mit 220 Studierenden den Planzahlen vollkommen gerecht wurde.

Durch die teilweise Anbindung der Weiterbildung konnte die PH-VS einen Bereich entwickeln, der unter ihre Aufgaben als Hochschule fällt.

Im Oktober 2003 erteilte der Staatsrat der PH-VS das Mandat, ab 2004 Zusatzausbildungen anzubieten, damit Lehrpersonen aus folgenden Bereichen ihre Ausbildung vervollständigen können:

- Kindergärtnerinnen, die das Recht erwerben wollen, in der 1. und 2. Primarstufe zu unterrichten;
 - Lehrpersonen der Sekundarstufe I und II, die nicht über eine pädagogische Ausbildung verfügen, damit sie diese mittels eines im Wallis absolvierten Ausbildungsgangs absolvieren können.
- Laut Beschluss des Staatsrats haben Sonderschullehrer, die keine Ausbildung absolviert haben, ab 2005 die Möglichkeit, ihr Ausbildungsdefizit zu beheben.

Die Verbindungen mit der Berufspraxis, d.h. im Alltag unterrichtenden Lehrpersonen intensivieren sich beständig weiter: Hierbei stellen die Praktikumslehrpersonen (die Lehrpersonen, die Studierende im Praktikum betreuen) einen wichtigen Angelpunkt dar, wobei auch die Bedeutung der Fachberater in ihrer Rolle als Innovationsförderer hervorzuheben ist.

FACHHOCHSCHULE WALLIS GESUNDHEIT UND SOZIALE ARBEIT (HEVs2)

Geschaffen durch das Gesetz vom 22. März 2002, das innerhalb einer einzigen autonomen Institution öffentlichen Rechts die Höhere Fachschule für Soziale Arbeit, die Walliser Schule für Gesundheits- und Krankenpflege und die Physiotherapieschule von Leukerbad neu gliedert, hat die HEVs2 ihre Aktivitäten im Oktober 2002 mit einem Bestand von 556 Studierenden in den FH-Studiengängen begonnen.

Ausser der Einrichtung der von der HES-S2 genehmigten Ausbildungspläne, hat die HEVs2 im ersten Funktionsjahr folgende Prioritäten gesetzt: Einrichtung einer einheitlichen Regelung bezüglich der Statuten, Gehälter und Prozeduren sowie einer gemeinsamen Organisation, die auf den Bildungsaufträgen und auf der Entwicklung einer Unternehmenskultur beruht, die die Kluft zwischen beruflicher, sprachlicher und standortbezogener Natur überwindet.

Das System muss noch gefestigt werden, dessen Ausführung ist jedoch insgesamt als positiv zu betrachten. Das erste Ausbildungsjahr konnte unter guten Bedingungen beendet werden. Die Beziehungen zu den Walliser Gesundheits- und Sozialinstitutionen, beides unabdingbare Partner der Ausbildung, haben sich gefestigt. Das von der HEVs2 hinterlegte Projekt ‚Kompetenzzentrum‘ wurde unter den drei oder vier Zentren, die von der HES-S2 für die Gesamtheit der 16 Ausbildungsstandorte anerkannt und finanziert werden, angenommen.

Im Oktober 2003 begann das zweite Studienjahr mit einem Bestand von 598 Studierenden. Dank dem Einsatz der Gesamtheit des Personals, konnten bereits heute solide Fundamente für eine Integration der HEVs und der HEVs2 in einer einzigen Institution gelegt werden.

WALLISER HOCHSCHULE FÜR MUSIK

Die fortlaufende Ausbildung ist garantiert durch die Musikakademie von Sion. Die Stiftung der Akademie wurde aufgelöst; letztere wurde in die Schule integriert, damit die fortlaufende Weiterbildung und die Entwicklung garantiert sind.

Das Gesuch um Anerkennung der Studiengänge wurde am 18. April 2003 bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren eingereicht. Dieser Antrag wurde gestellt im Hinblick auf eine baldige Gründung der Musikhochschule der Westschweiz, einer Körperschaft in einem Netz, welches ca. 1'200 Studenten zählt. Die Standorte Wallis, Neuenburg und Freiburg bilden einen Teil der Kette dieser neuen Schule. Trotz der negativen Vormeinung der EDK halten die Kantone Wallis, Freiburg und Neuenburg an ihrem Willen fest, sich am Aufbau der Musikhochschule der Westschweiz zu beteiligen, gemäss dem Entscheid der EDK vom 20. 11.2003.

INTERKANTONALE VEREINBARUNGEN + HETSR

2003 hat der Kanton Wallis gegen die neue, ab 2005 geplante interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) Stellung bezogen. Sie wurde in der Folge dennoch von der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) angenommen. Das DEKS ist namentlich gegen zusätzliche finanzielle Belastungen wie z. B. die Erhöhung des Deckungsgrads.

Die Schritte zur Aufnahme der Studiengänge in die Fachhochschulvereinbarung «Vorschul- und Primarschulstufe» der Pädagogischen Hochschule Wallis und «Bildende Kunst» der Kantonalen Schule für Gestaltung waren erfolgreich.

Obwohl die Fachschulvereinbarung (FSV) vollumfänglich Gültigkeit erlangt hat, hat die DTB seit dem 1. Januar 2003 die Schulgelder

der Interkantonalen Vereinbarung über die Ausbildung in den Berufen des Gesundheitswesens (medizinische Berufe ausgenommen) und ihre Finanzierung von 1996 (BE, FR, GE, JU, NE, TI, VS, VD) und die Schulgelder von einigen Studierenden, die Gesundheitsschulen in der Deutschschweiz besuchen, übernommen.

Die Zahl der Walliser Studierenden ausserhalb des Kantons (ohne HES-SO und HES-S2) betrug im Jahr 2002-2003 660:

- 157 aufgrund der Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV);
- 203 aufgrund der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV);
- 300 aufgrund der interkantonalen Vereinbarung betreffend die Ausbildung von Berufen im Gesundheitswesen und deren Finanzierung vom 4. März 1996.

Das Gesetz über den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über die Westschweizer Theaterhochschule (HETSR) wurde am 6. Februar 2003 vom Grossen Rat verabschiedet.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG DES AUSBILDUNGSSYSTEMS

Diese besondere Stelle der Dienststelle für tertiäre Bildung unterstützt die verschiedenen Abteilungen des DEKS namentlich in folgenden Bereichen:

Forschung über das Schulsystem

Die Forschungsstelle hat die Prüfungen 2004, die in den Klassen im Juni 2003 getestet wurden, untersucht, um zu bestimmen, ob sie dem Programm angemessen sind, und den Grad des Verständnisses der Anleitungen für die Schüler der 4. und 6. Primarklasse und der 2. und 3. Klasse der OS zu ermitteln, insbesondere in den Jahresabschlussprüfungen in Mathematik und Deutsch.

Die Stelle hat die Durchführung der internationalen PISA-2003-Untersuchung in den für die Tests ausgewählten Abschlussklassen überwacht. Erstmals nahmen Schüler aus beiden Sprachregionen des Kantons an einer Untersuchung teil, in der besonders die im mathematischen Bereich erworbenen Kompetenzen bewertet wurden. Die Stelle hat eine aktive Rolle bei der Untersuchung und Evaluation der neuen Lehrmittel für Mathematik in der 2. Primarklasse (Mathéval) gespielt und bei der Ausarbeitung einer ähnlichen Untersuchung, die 2004 in den 4. Primarklassen durchgeführt wird. Sie hat den Erfolg bei den Jahresabschlussprüfungen in Französisch, Mathematik und Deutsch der Schüler der 6. Primarklassen, die ihre ganze Primarschulzeit in zweisprachigen Klassen verbracht haben, untersucht.

Die Stelle hat statistische Daten über das öffentliche Erziehungswesen im Wallis gesammelt, mit denen Indikatoren über das Funktionieren des Bildungssystems beschrieben werden können.

Die Stelle hat eine EDV-Lösung geschaffen, mit denen die Noten der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gesammelt und ihr Erfolg bei der neuen Maturität bestimmt werden können. Dabei arbeitete sie mit ICARE und den Direktionen der kantonalen Kollegien zusammen.

Entwicklung eines Qualitätssystems

Die Stelle arbeitet an der Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen in den Schulen des Kantons mit. Dabei begleitet sie Schulen bei den nötigen Schritten (insbesondere die Handelsschulen Martigny und Brig oder einige Orientierungsschulen im Ober- und im Unterwallis) und bietet ihnen logistische und personelle Hilfe an.

Eine weitere Aufgabe bei der Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen in den Schulen besteht in der Schaffung von leistungsfähigen und anerkannten Instrumenten. In diesem Rahmen entwickelt die Stelle für Forschung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Westschweizer

Kantonen und den Universitäten Montreal und Neuenburg einen Fragebogen, mit dem die Faktoren, die auf das Schulklima einwirken, und die angemessenen Begleitmassnahmen bestimmt werden können. Ein vergleichbares Instrument (das IFS-Barometer der Universität Dortmund) wird gegenwärtig für das Oberwallis geprüft.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organen, insbesondere mit Proformation (Genfer- und Westschweizer Zertifizierungsinstitut, EDUQUA-Norm), mit der EDK (Schaffung von Qualitätsnormen für die Zulassung von Institutionen zur Ausbildung von Schuldirektionen) oder mit der CIIP (Ausbildung von Schulverantwortlichen in der Westschweiz) fördern die Entwicklung und das Know-how im Qualitätsbereich.

Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Dienststelle für tertiäre Bildung beteiligte sich an der Ausarbeitung und Organisation von Weiterbildungskursen für die Lehrkräfte, insbesondere von Lehrkräften an den obligatorischen Schulen. Dabei hat sie zusammen mit der PH-VS über 300 Ausbildungskurse (die zwischen 1 und 10 Tagen dauern) geschaffen und bei der Einführung von neuen Lehrmitteln für Mathematik, Französisch, Deutsch, Religionsunterricht und Handarbeit die methodologische Begleitung sichergestellt.

Sie hat das Präsidium der paritätischen Kommission für die Weiterbildung der Lehrkräfte inne, in der die Berufsverbände und die Dienststellen des DEKS vertreten sind; die Kommission hat den Auftrag, die Bildungsbedürfnisse der Lehrkräfte zu bestimmen. Die Dienststelle leitet die Koordinationsgruppe für Weiterbildung, in der auch die Dienststelle für Unterricht und die PH-VS vertreten sind.

Die Stelle für Ausbildung regelt ebenfalls die Modalitäten für die Teilnahme von Lehrkräften der Sekundarschulen an Kursen ausserhalb des Kantons oder von künftigen Lehrkräften an Sprachaufenthalten im Ausland; letzteres betrifft die künftigen Englischlehrkräfte an der Orientierungsschule und die künftigen Deutschlehrkräfte an der Primarschule...

Sie unterstützt die Entwicklung von Weiterbildungskursen an den Schulen und die Einführung von besonderen Unterrichtshilfen, wie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die vom Bund subventioniert werden.

Pädagogische Animation

9 pädagogische Animatorinnen und Animatoren sind direkt der Weiterbildung unterstellt. Sie stellen die pädagogische Supervision ihres Unterrichtsfachs an der Orientierungsschule sicher und unterstützen die Lehrkräfte mit der Schaffung von spezifischen Kursen bzw. besonders auf die Personen zugeschnittenen Vorträgen.

Veröffentlichungen, Marketing, Information

Das DEKS veröffentlicht zwei pädagogische Informationszeitschriften, eine für den französischsprachigen und eine für den deutschsprachigen Kantonsteil.

«Résonances», eine Monatsschrift, die an die Lehrkräfte der obligatorischen Schulen des französischsprachigen Wallis verteilt wird, hat 2003 aktuelle Themen aufgegriffen (die Schule von morgen, Schulen der Tertiärstufe, das Niveau sinkt: Mythos oder Wirklichkeit?) und gleichzeitig versucht, den amtlichen Informationen (neue Mittel in der OS, Neuigkeiten zum Schulanfang) in Form von Artikeln und Interviews mehr Platz einzuräumen.

Das «Mitteilungsblatt», das dieses Jahr 4 Mal erschienen ist, hat ebenfalls aktuelle Themen behandelt (PISA 2003, EVAMAR, hochbegabte Kinder, Verhalten der Kinder auf dem Schulweg, Ausbildungsangebote der Pädagogischen Hochschule Wallis) und gleichzeitig weiterhin die amtlichen Informationen des Departements veröffentlicht.

Schulbücher

Die Lehrmittelausgabenstellen Brig und Sitten haben erstmals in ihrer Geschichte an alle Orientierungsschulen dasselbe Lehrmittel für Englisch ausgeliefert. Sie haben die Schulen mit neuen Mathematiklehrmitteln (OS im französischsprachigen Wallis und Primarschulen des Oberwallis) und Lehrmitteln für den Religionsunterricht (Primarschulen des Wallis) beliefert. Sie haben eine neue Schulkarte des Wallis herausgegeben, die in allen Primarschulen des Kantons eingesetzt wird.

DIENSTSTELLE FÜR UNTERRICHTSWESEN

OBLIGATORISCHE SCHULZEIT

ORGANISATION

Bei Schuljahresbeginn im Herbst 2003 war ein deutlicher Rückgang bei den Schülerbeständen der Kindergarten- (6'233) und der Primarschulklassen (21'285) um 107 respektive 201 Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen. Dieser ab dem Schuljahr 1997/98 in den Kindergärten- und 2000/01 in den Primarschulklassen beobachtete Rückgang der Klassenbestände entspricht den Prognosen. In der Orientierungsschule ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler (9'964) im Vergleich zum Vorjahr um 81 angestiegen.

Der Rückgang der Schülerzahlen im Kindergarten und in der Primarschule hat sich entsprechend auf die Anzahl Klassen ausgewirkt. Die Schliessung von 9 respektive 6 Klassen ist weitgehend auf die demographische Entwicklung zurückzuführen. In der OS hat die Zahl der Unterrichtsperioden im Verhältnis zu den Klassenbeständen zugenommen.

UNTERRICHT

Schul- und Ferienplan

Im Anschluss an die Arbeiten einer Ad-hoc-Kommission wurde eine breite Vernehmlassung bei den Gemeinden, Schuldirektionen, Berufs- und Elternverbänden sowie bei verschiedenen Wirtschaftskreisen durchgeführt.

Lavey – St-Maurice

Auf Wunsch der Gemeinden Lavey-Morcles (VD) und St-Maurice (VS) wurde eine interkantonale Vereinbarung abgeschlossen, die es den Schülerinnen und Schülern der Waadtländer Gemeinde (gegenwärtig 40 Schülerinnen und Schüler) ermöglicht, den obligatorischen Unterricht gemäss dem Walliser System zu absolvieren. Die Verwaltung wird durch die Schulbehörden von St-Maurice gewährleistet. Ein Nachtrag zur besagten Vereinbarung regelt die finanziellen Modalitäten zwischen den beiden Kantonen und den Partnergemeinden.

F3MITIC (Formation des formateurs et formatrices dans le domaine des Médias, de l'Image et des TIC)

Dank der Kaderausbildung F3MITIC Genf – Wallis 2002-2003, welche seitens der Eidgenossenschaft mit 80 % finanziert wird, steht den acht Unterwalliser Mittelschulen jeweils ein verantwortlicher Ausbilder für die Lehrerfortbildung im Bereiche ICT zur Verfügung. Ihr Ziel ist es, den Kollegen die Möglichkeit zu geben eine Grundausbildung im Bereiche ICT zu erlangen, eine kontinuierliche Fortbildung zu gewährleisten sowie ICT aus methodisch/didaktischer Sicht sinnvoll in der Schule einzusetzen.

Gegenwärtig absolvieren 15 Lehrkräfte der obligatorischen Schule die Lehrgänge für Auszubildende im Rahmen der Einführung der Informations- und Kommunikationstechnologien. Im Rahmen des Ausbildungsprojektes „KAMEZ“ (KaderausbilderInnen für Ausbildung von Lehrpersonen im Bereich Medienpädagogik und neue Medien der BPZ) bilden sich je 5 deutschsprachige Lehrpersonen verschiedener Stufen in zwei Gruppen in diesem Bereich weiter.

Arbeitsgruppe ICT S2

Die Arbeitsgruppe ICTS2, angegliedert bei der Dienststelle für Unterrichtswesen und verantwortlich für die ICT (Information, Kommunikation und Technologie) in den zehn Bildungsanstalten der Sekundarstufe II (mit Ausnahme der Berufsschulen), setzte sich im besonderen Masse ein, die festgesetzten Ziele in diesem Bereiche zu erreichen, insbesondere mit der Integration IKT, der Förderung von neuen Unterrichtsformen, der Lehrerfortbildung sowie der Verbesserung der Infrastruktur in den Schulen.

Dank eines besonderen Einsatzes konnten verschiedene Lehrerfortbildungsmöglichkeiten im Rahmen der ICT schulintern in den kantonalen Mittelschulen organisiert werden. Die 2002 eingeführten Projekte wurden weiter entwickelt und an 6 Mittelschulen 11 neue Schulprojekte eingeführt.

In allen Schulklassen der kantonalen Mittelschulen konnte der Internetzugang verwirklicht werden. Informationen im Zusammenhang mit IKT werden durch die Zeitschrift «PORT@IL», die Website www.icts2-vs.ch sowie über Konferenzen an die verschiedenen Adressaten gewährleistet.

Internet School management (ISM)

Mit dem in Kraft treten des neuen Bundesbeschlusses über die Anerkennung der Maturität, und eingesehen der statistischen Notwendigkeit die Noten, die Schüler und die Klassen auf der Sekundarstufe II des Unterrichtswesens auf eine optimale Art zu verwalten, hat das DEKS eine Arbeitsgruppe und eine Firma beauftragt eine Anwendungssoftware für die Kollegien zu kreieren.

Das System ISM wurde 2002/2003 erstmals bei den Maturadiplomen gemäss dem neuen Beschluss eingesetzt. Es ist ein Teil des neuen „Intranet“ der Verwaltung der Schulinformationen (ISS) aktuell entwickelt im Rahmen eines Mandats zugeteilt vom DEKS. Das System ist das Rückgrat der administrativen Verwaltung der Schulen unseres Kantons.

Auf Ende des Schuljahres 2003/2004, soll die Software ISM auch bei den Handelsmittelschulen angewendet werden und in den folgenden 2 Jahren auch bei den Diplommittelschulen und der Schule für Berufsvorbereitung benutzt werden. Es handelt sich dabei nicht um eine einfache Anpassung desjenigen welches für die Kollegien verwendet wird, aber eines Moduls welches die Eigenarten der verschiedenen Strukturen der Sekundarstufe II in Betracht zieht.

Provisorisches Lehrprogramm in der OS

Aufgrund der Genehmigung einer neuen Stundentafel für die OS durch den Staatsrat musste der Studienplan überarbeitet werden. Eine neue Stundeneinteilung - hauptsächlich aufgrund der Einführung des Englischunterrichts - hat die Überarbeitung des gesamten Stoffprogramms der OS bedingt. Dank des Einsatzes verschiedener Arbeitsgruppen konnte den Lehrkräften der Sekundarstufe I eine Aufteilung der Zielsetzungen vorgeschlagen werden. Es handelt sich dabei allerdings um eine provisorische Aufteilung, was allfällige Anpassungen in Erwartung der Konkretisierung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Rahmenlehrplan Westschweiz (PECARO) ermöglicht. In den deutschsprachigen Schulen laufen diese Bestrebungen unter dem Begriff „HARMOS“. Es gilt darauf hinzuweisen, dass die Zielsetzungen und Unterrichtsmittel für ein Fach (Englisch in der OS) zum ersten Mal für beide Sprachregionen des Kantons identisch sind.

Forres

Als Partner eines Westschweizer Ausbildungsprogramms für Schulverantwortliche, hat der Kanton Wallis die Einschreibung von 7 neuen Kandidaten für einen dritten Ausbildungsgang vorgesehen. Direktorinnen und Direktoren sowie Inspektorinnen und Inspektoren können so ihre Berufsausbildung vervollständigen, um den neuen Herausforderungen der Schule von heute gerecht zu werden.

Zusatzausbildung

Seit einigen Jahren konnte eine Lehrkraft, die über ein Lizentiat verfügt, in einer Walliser OS angestellt werden. Um ihre Grundausbildung zu vervollständigen, musste sie die von der Fernuniversität der französischsprachigen Schweiz (CRED) angebotenen Module absolvieren. Dieses in Siders angesiedelte Institut bot allerdings keinerlei praktische oder didaktische Ausbildung an. Die neue ergänzende Ausbildung, die ab 2004 erteilt wird, wird also den Erwartungen der Schulbehörden und der Berufsverbände gerecht.

Der Beginn für die vom DEKS gewünschte Zusatzausbildung für Sonderschullehrer wird ins Jahr 2005 fallen. Sie wird zu einer besseren Betreuung der Kinder mit Lernschwierigkeiten, die in die Klassen unseres Kantons integriert sind, führen.

Als dritter Schwerpunkt dieses Zusatzausbildungen wird den Kindergärtnerinnen ab Herbst 2004 ermöglicht, spezifische Module zu absolvieren, die es ihnen erlauben, ebenfalls in den Primarstufen 1 und 2 zu unterrichten.

Jedes Ausbildungsprogramm untersteht einem entsprechenden Reglement, in dem Folgendes festgelegt wird:

- die Ausbildungsverantwortlichen,
- die finanziellen Modalitäten,
- die Einschreibbedingungen,
- Inhalt und Dauer der Ausbildung,
- die Zertifizierungsbedingungen.

Aufgrund der Lehren aus dem ersten Ausbildungsgang der Lehrpersonen HW/WU wird ab dem Schuljahresbeginn 2004 ein neues Konzept eingeführt, um dem Lehrermangel in diesen Fächern zu begegnen. Die DTB, die DU und die PH sind in diesem Dossier federführend. Die Gesetzesgrundlagen werden dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet.

Internetsite

Die Site der Dienststelle für Unterrichtswesen - www.vs.ch/enseignement - ist seit Juli 2003 online und bietet eine Vielfalt an Informationen, welche die Verwaltung einer Schule erleichtern. Die hauptsächlichsten Rubriken sehen folgendermassen aus: Kontakte - Offizielle Informationen - Weisungen - Schulstatistiken - Rubrik für das Lehrpersonal - Rubrik für die kommunalen Schulbehörden.

OBERWALLIS

Verbindlichkeit der Standardsprache

Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 wurde die Verwendung der Standardsprache (deutschsprachige Schulen) in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der obligatorischen Schulzeit als verbindlich erklärt.

Konzept zur Begabungsförderung

Das neue Konzept zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen im Kanton Wallis wurde im Kalenderjahr 2003 den verschiedenen Schulpartnern vorgestellt. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Begabungsförderung durch das Vorhandensein eines Konzeptes professioneller abgestützt ist.

Unterstützungsangebote in der Primar- und Orientierungsschule

Für Junglehrpersonen und Wiedereinsteigerinnen, welche erstmals im Kanton Wallis unterrichten und für Lehrpersonen mit nicht stufengemäsem Diplom hat das Schulinspektorat, in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Brig, verschiedene Unterstützungsangebote organisiert. Das Kursangebot stiess durchwegs auf ein positives Echo.

Projekt „Schulstruktur Ried-Mörel“

Aufgrund des Staatsratsbeschlusses vom 13. November 2002 sind für den Kindergarten und die 1. bis 3. Klasse im Schulort Ried-Mörel der fusionierten Gemeinde Riederalp die Rahmenbedingungen für eine neue Schulstruktur geschaffen worden. Neu besuchen die Kindergärtner den Unterricht während 15 Stunden. Einen Teil dieser Wochenstunden absolvieren sie gemeinsam mit den Kindern der 1. und 2. Klasse, und zwar unter der Führung der Kindergärtnerin.

Integrativer DfF-Unterricht im Kindergarten

Seit dem Beginn des Schuljahres 2003/2004 erproben die zwei Kindergartenklassen der deutschsprachigen Abteilung in Siders und je eine Kindergartenklasse von Brig-Glis und Visp (total 8 Kindergärtnerinnen) das Projekt „Integrativer DfF-Unterricht im Kindergarten“. Dabei wird die Förderung in der Zweitsprache mehrheitlich in den Kindergarten integriert und von einer zweiten Fachfrau, der DfF-Lehrperson, erteilt. An zwei Vormittagen pro Woche führen Regelkindergärtnerin und DfF-Lehrperson den Kindergarten gemeinsam.

Einführung neuer Lehrmittel in den deutschsprachigen Schulen

- Auf der Orientierungsschulstufe wurde ein neues Geometrie-Lehrmittel eingeführt.
- Im Fach Deutsch wird in der OS neu das Züricher Lehrmittel „Welt der Wörter“ eingesetzt.
- Einführung von Orientierungsarbeiten in den Fächern Deutsch, Geografie und Naturlehre in der 1. und 2. OS. Orientierungsarbeiten sind Beurteilungshilfen, um den individuellen Lernstand der Schülerinnen und Schüler festzustellen. Sie unterstützen somit eine lernzielorientierte Beurteilungspraxis und sind Teil einer umfassenden förderorientierten Beurteilung.

SCHULHAUSBAUTEN

Im Verlauf des Jahres 2003 war es dank des vom Grossen Rat gewährten ausserordentlichen Kredits in der Höhe von 16 Millionen Franken möglich, alle hängigen Dossiers abzuschliessen und für die neuen Dossiers Zahlungsfristen von 4 Jahren nach Abschluss der Arbeiten festzulegen. Bei den entrichteten Beträgen zeigt sich folgendes Bild:

	Primarschulen	Orientierungsschulen	Total
Unterwallis	10'680'393	5'305'745	15'986'138
Oberwallis	4'083'952	1'929'911	6'013'862
Total	14'764'345	7'235'655	22'000'000

SONDERSCHULWESEN

Umsetzung des RISC-Berichts

Neue Vereinbarung: Staat Wallis - Gemeinde Martinach. Mit der Zustimmung der 29 Gemeinden der Region ist am 1. September 2003 eine neue Vereinbarung in Kraft getreten. Sie definiert die neuen administrativen und finanziellen Partnerschaften zwischen dem Staat Wallis und der Gemeinde Martinach im Bereich der schu-

lischen Betreuung von Schülerinnen und Schülern, welche von schulischen Massnahmen der Invalidenversicherung profitieren. Auf diese Weise wird die schulische Integration in einem von allen Partnern anerkannten Rahmen gestärkt und legitimiert.

Typologie der Massnahmen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen: Ein spezielles Dokument befindet sich in Vorbereitung, das als Leitfaden für die Wahl der Sondermassnahmen dienen sollte.

Dezentrale Sonderschulklassen

Integration der Schülerinnen und Schüler: 587 Stunden Sonderschulunterricht wurden zugeteilt, um die schulische Betreuung dieser Schülerinnen und Schüler, welche von den Massnahmen der Invalidenversicherung profitieren, in ihrer Wohnortgemeinde zu fördern.

Pädagogische Schülerhilfe

Die integrierte Pädagogische Schülerhilfe unterstützt Kinder und Jugendliche mit besonderen schulischen Bedürfnissen. Die Schliessung von verschiedenen Hilfs- und Sonderschulen (gemischte Kleinklassen – Sprachheilschule – Hilfsschule) führte zu einer leichten Erhöhung der integrierten Pädagogischen Schülerhilfe (+ 3.7% zum Vergleich zum Schuljahr 2002-2003).

Sprachunterricht für Fremdsprachige

Die Massnahmen im Bereich der Schülerhilfe finden in den Gemeinden mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern vermehrt Anklang. Die Kurse für jugendliche AsylbewerberInnen im Alter von 16 bis 20 Jahren im Unterwallis wurden in die Caspo-Strukturen der Berufsbildung integriert.

Sonderschulklassen

Die Sprachheilklassen von Visp wurde wegen Schülermangels im September 2003 geschlossen. Zudem wurde in Brig die Hilfsschule Unterstufe geschlossen. Die Schliessung dieser Klassen wurde durch ambulante Massnahmen kompensiert.

Sonderschulinstitutionen

Eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeiten in Angriff genommen. Sie soll moderne Vereinbarungen im administrativen und finanziellen Bereich zwischen dem Staat Wallis und den für die verschiedenen Institutionen verantwortlichen Vereinen oder Stiftungen erarbeiten.

MITTELSCHULEN

KOLLEGIEN

Im August 2003 begannen 4140 Gymnasiasten der Maturitätsabteilungen das neue Schuljahr. Im Vorjahr waren es 4002, also handelt es sich um eine Zunahme von 138 Studenten. Die neue Regelung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen ist im Schuljahr 1998/99 in Kraft getreten. Als Folge wurden die traditionellen Maturitätstypen in den vier kantonalen Kollegien schrittweise abgeschafft und durch eine Einheitsmatura ersetzt. Im Juni 2003 absolvierten erstmals Schülerinnen und Schüler die Maturitätsprüfungen entsprechend dem Programm des Maturitäts-Anerkennungsreglements (MAR).

HANDELSMITTELSCHULEN

Im August 2003 besuchten 1229 Schüler in 58 Klassen die Handelsmittelschule. Seit die Handelsmittelschule in Sitten (Ecole supérieure de la ville de Sion) verstaatlicht worden ist, sind alle Handelsmittelschulen der gleichen Verwaltungsform unterstellt. Im

Verlaufe des Jahres hat das Departement einen neuen Mietvertrag mit dem Kloster St. Ursula in Brig für die Oberwalliser Mittelschule (OMS), mit der Handels- und Diplommittelschule, der Schule für Berufsvorbereitung (HMS, DMS und SfB) unterschrieben. Im Jahr 2003 wurden 187 KBM-Zeugnisse ausgehändigt.

DIPLOMMITTELSCHULE (DMS) UND SCHULE FÜR BERUFVORBEREITUNG (SfB)

In der neuen Struktur der DMS wird seit dem Herbst 2002 in einem „tronc commun“ (gemeinsamer Unterricht) zusammen mit der Handelsmittelschule unterrichtet. Neben einem gemeinsamen Unterricht werden die Schüler entsprechend dem Wahlfach Gesundheit oder Soziales teilweise getrennt unterwiesen.

Im Herbst 2003 besuchten 362 Schüler (+46 im Vergleich zum Jahr 2002) die Schule für Berufsvorbereitung und 589 (+113 im Vergleich zum Jahr 2002) die Diplommittelschule. Die Schülerzahl dieser beiden Schultypen ergibt ein Total von 951, aufgeteilt in 47 Klassen (Durchschnitt je Klasse: 20,2). Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies eine Zunahme von 159 Schülern (+ 20,1 %) mit 9,5 zusätzlichen Klassen.

Modulartige Zusatzausbildung für Kandidaten ohne entsprechendes Diplom für die Fachhochschule Gesundheit – Soziales (FH – GS)

Im Schuljahr 2002/03 haben 67 Studenten, davon 14 Deutschsprechende, ihre Zusatzausbildung abgeschlossen. Im Schuljahr 2001/02 wurden im Vergleich 42 Diplome ausgeteilt. Es ist festzuhalten, dass die meisten Studenten im Bereich „Soziales“ weiterstudieren.

Diese anforderungsreiche Ausbildung kennt vier verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten:

- im Unterwallis: modulartige Kurse;
- im Oberwallis: Fernunterricht wegen der kleinen Teilnehmerzahl;
- individuelles Coaching an der OMS Brig für Schülerinnen und Schüler, welche das 3. Jahr in der HMS absolvierten;
- Zusammenarbeit mit Privatschulen in Spezialfällen.

Kantonale Mittelschulkommission

Die kantonale Mittelschulkommission, deren Mitglieder ebenfalls als Experten an den Maturitäts- und Handelsdiplomprüfungen mitwirkten, hielt im Jahr 2003 drei Sitzungen ab. Am 23. und 27. Juni 2003 fanden zum Abschluss der Prüfungen in den Kollegien von Brig, Sitten und St. Maurice Sitzungen der Mittelschulkommission statt. Sie pflegte einen Gedankenaustausch über den Ablauf der Maturitäts- und Diplomprüfungen, nahm Kenntnis von den Ergebnissen und sprach sich über die zu erteilenden Maturitätszeugnisse und Handelsdiplome aus. Am 7. August gab sie ihre Vormeinung zu hinterlegten Wiedererwägungsgesuchen und einem Rekurs gegen die Prüfungsergebnisse ab.

BÜRO FÜR AUSBILDUNG SOWIE SPRACHLICHEN AUSTAUSCH

Austausche von einem 1 Jahr : Sek. II und I

Zwischen den Kollegien : Die Anzahl der Austausche blieb konstant; aus der Liste geht hervor, dass sich die Oberwalliser Austauschschüler weiterhin für die 2. Klasse (12 von 16) entscheiden und die Unterwalliser aus bekannten Gründen schon in der 1. Klasse (12 von 17) das Austauschstatut beanspruchen.

Zwischen den OS : 9. und 10. fremdsprachliches Schuljahr : Bei den Zahlen gibt es nur geringfügige Schwankungen. Die Anmeldungen für das 9. Schuljahr sind allerdings um einiges höher als für das 10., sodass wir streng selektionieren müssen (3 Niveaus 1).

Austausche mittlerer Dauer (ca. 2 Monate) : Sek. II

2 Studenten/Innen aus dem Unterwallis und 3 aus der Deutschschweiz haben von dieser Möglichkeit profitiert. 3 andere haben diesen Austausch mit Deutschland gemacht. Zum ersten Mal waren zwei Studentinnen für zwei Monate in Italien.

Austausche von kurzer Dauer (ca. 14 Tage) : Sek. II und I und Primarstufe

Diese Austausche haben im Vergleich zu 2002 enorm zugenommen. 27 SchülerInnen aus der Sek.II und 8 aus der Sek.I waren in Deutschland; 2 aus der Sek.II in der Deutschschweiz. Zum ersten Mal waren 4 Schülerinnen aus der 6. bilingualen Primarklasse in Deutschland. Von der Möglichkeit des „ch Jugendaustausch“ haben 93 Jugendliche aus der Sek.I und 7 aus der Primarstufe profitiert, um während den Ferien ihre Deutsch, respektive Französischkenntnisse zu intensivieren. Ein Pilot-Projekt hat 3 Studentinnen aus der Sekundarstufe II ermöglicht, einen Austausch mit Grossbritannien zu machen. Sie erwarten ihre Partnerinnen im Februar 2004.

Partnerschaften zwischen den OS des Oberwallis und den OS des Unterwallis

Mehrere Schulen beidseits der Sprachgrenze ziehen weiter Nutzen aus den im Jahre 1995 etablierten Partnerschaften zwischen den OS des Oberwallis und den OS des Unterwallis. Die betroffenen Schüler, etwa hundert an der Zahl, sind sehr zufrieden damit und ihre Motivation für die Fremdsprache wächst dementsprechend.

Austausche im Rahmen des Conseil du Léman

Nach einigen Anstrengungen konnte ein Austausch zwischen der OS von Zermatt und dem Collège von Pouilly St. Genis im nahen Frankreich realisiert werden. Die Schüler aus der 1. OS-Klasse in Zermatt waren begeistert und warten ungeduldig darauf, ihrerseits ihre Partner zu empfangen. Auf der Primarschulstufe hat es sich erwiesen, dass solche Austausche wegen des Alters der Schüler mit Schwierigkeiten verbunden sind, weil die Eltern nur wenig oder überhaupt nichts über die Familien wissen, in denen ihre Kinder während einigen Tagen untergebracht sind. Ausserdem sind sie der Ansicht, dass die Kinder ernsthafte Kommunikationsprobleme antreffen könnten.

Austausch Wallis / französische Schweiz - Kolumbien

Dieser Austausch betrifft nur das Unterwallis und die französische Schweiz, wo dreissig junge Leute aus dem Colegio Helvetia in Bogotá für vier Monate in französischsprachigen Familien aufgenommen wurden. Unsere Gäste haben sich hier wohl gefühlt und durch den regelmässigen Schulbesuch an den OS oder den Kollegien grosse Fortschritte machen können. Das Interesse von Seiten Kolumbiens scheint anzuwachsen, haben doch über 40 ihr Interesse für einen Austausch im Jahre 2004 angemeldet.

INTERKANTONALE KOORDINATION

Westschweiz

Die wichtigsten Dossiers, welche durch die interkantonale Konferenz der Erziehungsdepartemente der Westschweiz und des Tessins (CIIP) behandelt wurden, sind:

- PECARO (Rahmenlehrplan Westschweiz): Erarbeitung eines ersten Entwurfs (Vernehmlassung im Jahre 2004);
- Schaffung einer Koordinationsstelle für die Kantone durch den Aufsichtsrat der pädagogischen Hochschulen;
- Medienerziehung (ICT): Ausbildung der Lehrpersonen mit Unterstützung des BBT;
- Bildung einer Referenzgruppe für die Beurteilung der Arbeit der Schülerinnen und Schüler (GRETTEL);
- Überlegungen in Sachen Harmonisierung der Fasnachtsferien;
- Einführung neuer Mathematiklehrmittel in der 1. Klasse der OS.

Bildungsplanung Zentralschweiz (BPZ)

Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit der BPZ betrafen insbesondere folgende Bereiche:

- Erprobung der Basisstufe (Grundstufe) der 4- bis 8jährigen Kinder (Empfehlungen für die Entwicklung von kantonalen Konzepten);
- Verwendung der Standardsprache Hochdeutsch);
- Qualitätssicherung Selbst- und Fremdevaluation sowie Bildungsmonitoring;
- Auflösung der Interkantonalen Lehrmittelkonferenz (Goldauer-Konferenz);
- Weiterbildung zur Kontaktperson in Gesundheitsförderung „Projekt Schulklima“.

DIENSTSTELLE FÜR BERUFSBILDUNG

Verwaltung

Dank der guten Zusammenarbeit, welche die Dienststelle mit allen Verantwortlichen der Ausbildung pflegt, konnten alle Jugendlichen eine Lehrstelle bzw. einen Platz für die Anlehre finden.

Die Bundesbeschlüsse der eidgenössischen Räte über Massnahmen zur Verbesserung des Lehrstellenangebotes haben es ermöglicht, Lehrbetrieben weiterhin Sonderbeiträge an die Ausbildungskosten im Bereich der Einführungskurse und des Prüfungsmaterials auszurichten.

Der Kanton bietet verschiedenen Berufsmaturitäts-Typen an: kaufmännische, technische, gewerbliche, künstlerische und sozial-gesundheitliche Richtung.

Die Dienststelle hat im Jahr 2003 besonders an folgenden Projekten gearbeitet:

- Erarbeiten eines neuen Weiterbildungskonzeptes;
- Einführung der neuen kaufmännischen Ausbildung;
- Änderung und Anpassung Ausbildungsreglementen und Durchführung von Teilprüfungen in zahlreichen Berufen;
- Erarbeiten eines Qualitätssystems in den Schulen und im Inspektorat;
- Erarbeiten einer Vision und der Strategien für die zukünftige Berufsbildung.

Fachschule für Hauswirtschaft und Pflege

Die Grundausbildung im Bereich der sozialen Wohlfahrt mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (Hauswirtschafterin, Hauspflegerin und Pflegeassistentin) wurden zur Dienststelle für Berufsbildung transferiert..

Integrationsklasse für Ausländer

Die bestehenden Strukturen der Integrationsklassen (classe DECS) in Sion und Martigny (CASPO) wurden zusammengelegt und die Verantwortung der Berufsschule in Martigny übergeben.

Interkantonale Zusammenarbeit in der Berufsbildung

In zahlreichen Sitzungen mit den Vertretern der Kantone wurden für das neue Bundesgesetz und deren Verordnung über die Berufsbildung einheitliche Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen ausgearbeitet und koordiniert. Das neue Gesetz tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

Die Dienststelle für Berufsbildung arbeitet in diversen interkantonalen Gremien mit. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz ist ein Austausch sehr wichtig. Bis ins Jahr 2008 werden sämtliche Berufsreglemente neu überarbeitet.

Entwicklung in der Berufslehre

Die 2'511 Lehrlinge des ersten Lehrjahres konnten in 150 verschiedenen Berufen problemlos eine Stelle finden.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern für Berufsberatung wurde bei allen Lehrmeistern und bei allen Jugendlichen des letzten Pflichtschuljahres eine Erhebung über das vorhandene Stellenangebot bzw. über die Berufswünsche durchgeführt, um so die Vermittlung der offenen Stellen zu erleichtern.

Die Zusammenarbeit zwischen den Berufsberatungsstellen, den Berufsschulen und der Dienststelle wurde wesentlich ausgebaut.

Bestände	1.12.1995	1.12.2003
Lehrlinge des 1. Lehrjahres	2'131	2'511
Lehrlinge des 2. Lehrjahres	1'869	2'309
Lehrlinge des 3. Lehrjahres	1'518	1'939
Lehrlinge des 4. Lehrjahres	594	544
Total Lehrlinge	4'147	4'600
Total Lehrtöchter	1'965	2'703
Lehrlinge französischer Sprache	4'024	4'988
Lehrlinge deutscher Sprache	2'088	2'315
Total der Lehrlinge	6'112	7'303
Integrationsklasse für Ausländer	13	66
Vollzeit-Berufsmaturität	43	133
Gesamtbestand	6'281	7'436

Lehrmeisterkurse

Das Bundesgesetz verpflichtet alle Lehrmeister, die erstmals einen Lehrling / eine Lehrtöchter ausbilden, zum Besuch eines Kurses von 40 Lektionen. Im Jahre 2003 wurden 6 Kurse für das Unterwallis und 3 Kurse für das Oberwallis durchgeführt; 185 Kursausweise wurden übergeben.

Mit dem neuen Bildungsreglement für die kaufmännische Ausbildung, wurden alle Lehrmeister während zwei Halbtagen geschult. Die Dienststelle hat 87 Kurse organisiert und 653 Kursbestätigungen ausgehändigt.

Schul- und Lehrlingsinspektorat

Unterricht

Aufgrund der angefallenen Arbeiten bei der Einführung des neuen Berufsreglementes für den kaufmännischen Sektor, wurden die Schulbesuche auf ein Minimum reduziert. Im Schuljahr 2003/04 wird dieser Aufgabe ein besonderes Augenmerk geschenkt.

Zahlreiche Lehrer haben Weiterbildungskurse des Schweizerischen Institutes für Berufspädagogik und des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie besucht. Ferner wurde diverse Weiterbildungskurse für das Lehrpersonal schulinternen organisiert.

Aufsicht und Qualitätssicherung

In allen Berufen wird die fachgemässe praktische Ausbildung in den Betrieben durch den Inspektor, durch die Berufskommissäre und / oder die Ortslehrlings-Kommissionen überwacht. Konfliktlösung und Vertragsauflösungen sind für alle Verantwortlichen eine wichtige Aufgabe.

Die Berufskommissäre informieren die betrieblichen Ausbilder über die Entwicklung der Unterrichtskonzepte in den Berufen. Über Massnahmen, die zur Verbesserung der Ausbildung getroffen werden müssen, werden die Ausbilder auf dem Laufenden gehalten. Die kommunalen Lehrlingskommissionen führen ihre Aufsichtspflicht mehrheitlich sehr gewissenhaft aus. Für das Jahr 2003 haben 98 von 134 Gemeinden mehr als 2'100 Inspektionsberichte erstellt. In verschiedenen Gemeinden werden Stützkurse für leistungsschwache Lehrlinge angeboten. Leider werden dies Kurse noch nicht in allen Gemeinden organisiert.

Die Arbeiten zur Einführung des neuen Qualitätskonzeptes werden fortgeführt. Eine Qualitätscharta, die konkrete Empfehlungen gibt, wurde allen Ausbildungsunternehmen zugesandt. Auch wurde ein neu entwickelter Fragebogen an alle französischsprachigen Lehrlingen ausgehändigt. Eine flächendeckende Einführung des neuen Qualitätssystems ist im Schuljahr 2004/05 geplant.

BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Die berufliche Fort- und Weiterbildung wird ständig ausgebaut, namentlich im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung und des kantonalen

Gesetzes über die berufliche Fort- und Weiterbildung der Erwachsenen.

Das Weiterbildungsangebot an den Berufsschulen wird stets den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst. Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der öffentlichen und der privaten Weiterbildung soll weiter verstärkt werden.

LEHRABSCHLUSSPRÜFUNGEN STATISTIK

	Unterwallis	Oberwallis	Total
1. Lehrlinge			
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	1'219	580	1'799
2. Nach Artikel 41 des Bundesgesetzes zugelassene Kandidaten			
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	66	10	76
3. Kandidaten der Praktischen Lehre			
Ausgestellte Ausweise	9	1	10
4. Gewerbliche Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	8	13	21
5. Gestalterische Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	12	-	12
6. Kaufmännische Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	35	27	62
7. Technische Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	41	40	81
8. Anlehrausweise			
Ausgestellte Ausweise	71	28	99
TOTAL	1'461	699	2'160

BERUFSSCHULUNTERRICHT

Der neue Rahmenlehrplan für das Fach Allgemeinbildung wird inzwischen in allen Klassen der Berufsschulen eingesetzt.

Das neue Reglement der kaufmännischen Ausbildung ist zu Beginn des Schuljahres in Kraft getreten.

Wenn immer möglich werden rationelle Lösungen gesucht, um unseren Jugendlichen den Pflichtunterricht an den kantonalen Berufsschulen anzubieten. Nur Lehrlinge aus Berufen mit sehr kleinen Beständen werden als ultima ratio interkantonalen Fachklassen zugewiesen.

Statistik der Bestände in den Schulen

Berufsschulen	Lehrlinge	Anlehre	Praktische Lehre	Total	Berufsmaturität	
					Vollzeit	Lehrbegleitend
Gewerbliche Berufsschule Brig	462	21	5	462	-	-
Kaufmännische Berufsschule Brig	569	12	-	569	17	80
Gewerbliche Berufsschule Visp	691	11	2	691	32	130
Berufsschule Sitten	2'992	118	31	2'992	84	201
Gewerbliche Berufsschule Martigny	904	39	18	904	-	-
WLW	199	-	-	199	-	195
Ausserkant. Schulen :						
- deutschsprachig	416	2	-	416	-	-
- französischspr.	475	-	-	475	-	-
Walliser Schule für Gestaltung	122	-	-	122	-	124
Fachschule für Haushalt und Pflege	307	-	-	307	-	-
Clubschule Migros Brig und Sitten	129	-	-	129	-	-
Interkantonale Berufsschule für Chemielaboranten	37	-	-	37	-	-
Total	7'303	203	56	7'303	133	730

STUDIEN- UND BERUFSBERATUNG

Unterwallis

Studien- und Berufsberatung

Die Berufsberatung bot verschiedene neue Leistungen an, welche den Bedürfnissen der Jugend entsprechen.

- Berufswahlvorbereitungskurse in den Orientierungsschulen.
- Informationssitzungen über die Berufe, organisiert in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden.
- Individuelle Berufsorientierungen in den verschiedenen Schulen der Sekundarstufe I und II.
- Schnupperlehren in den Betrieben, welche die Berufswahl bestätigen.
- Selbstinformation (CD-Rom, Videos, Prospekte, Internet).

Berufsorientierung für Erwachsene

Die Ausrichtung, wie sie im Bundesgesetz definiert wird, dient nicht nur den Jugendlichen in der Schule, sondern ebenfalls den Erwachsenen, welche eine Unterstützung und eine Auswahl in ihrer Weiterbildung und ihrer beruflichen Laufbahn benötigen.

Die Zahl der erwachsenen Ratsuchenden steigt weiter an. Sie möchten sich neu orientieren, wollen ihre Kompetenzen akkreditieren oder vom reichhaltigen Weiterbildungsangebot profitieren.

Ein entsprechendes Projekt zur Akkreditierung der Kompetenzen wurde in Zusammenarbeit mit der Berufsschule in Sitten gestartet. Ein Akkreditierungszentrum soll es den Erwachsenen erlauben, ihre Berufserfahrung zu validieren und durch eine individuell festgelegte Zusatzausbildung ein offizielles Diplom zu erlangen.

Berufliche Wiedereingliederung

Die LAM-Struktur (Logistik für Arbeitsmarktliche Massnahmen) bietet Arbeitslosen Weiterbildungsmöglichkeiten an. Die Tätigkeit in diesem Bereich ist im Jahre 2003 weiter angestiegen. Die Kurse sollen eine Wiedereingliederung in die Berufswelt ermöglichen. Diese werden durch individuelle Beratungsgespräche unterstützt.

Oberwallis

Beratungen

Der Zahl der Einzelberatungen ist um 17% gestiegen. Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren machen 2/3 der Ratsuchenden aus. Der Anteil der Personen ab 20 Jahren beträgt knapp 30%.

Berufliche Eingliederung

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit wurden zahlreiche Weiterbildungskurse angeboten. Vermehrt melden sich Arbeitslose auf der Suche nach einer Beschäftigung bei den Berufsberatern des Amtes.

Information und Dokumentation

Die Nachfrage nach Informationsdienstleistungen ist gestiegen. Zahlreiche Jugendliche und Erwachsene verlangen eine umfassende Dokumentation über die verschiedenen Berufe. Die Berufsberatung hat daher seine Tätigkeit vermehrt auf diese Dienstleistung ausgerichtet.

Verschiedene Aktivitäten

Anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung organisierte dieser in Zusammenarbeit mit den Kantonen einen internationalen Fachkongress in Bern. In diesem Rahmen ist eine Fachexkursion

nach Brig durchgeführt worden.

Die Berufsberater haben bei den Lehrmeisterkursen und deren Entwicklung mitgewirkt. Diverse Umfragen wurden durchgeführt.

Im Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro sind zwei Projekte (atypische Berufswahl/Integration Migrantinnen) realisiert werden.

Berufsberatung in Zahlen

Aktivitäten	Oberwallis	Unterwallis	Total
Schüler der Orientierungsschule, welche an Informationssitzungen über Berufe teilgenommen haben	2'439	2'752	4'828
Individuelle Beratungen für Schüler der Sekundarstufe 1 und 2	1'233	3'574	4'601
Anzahl Ratsuchende in den BIZ	5'425	20'816	26'066
Anzahl ausgeliehene Dokumente in den BIZ	2'924	10'722	13'621
Anzahl Informationssitzungen für Arbeitslose d'information	954	4'306	5'260
Anzahl Arbeitslose mit Laufbahnberatung	203	1'267	1'438
Anzahl Teilnehmer in Wiedereingliederungskursen	257	666	930
TOTAL	13'435	44'103	57'538

MEDIATHEK WALLIS

PERSONAL

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe beschäftigt die Mediathek nicht nur das in ihrem Organigramm vorgesehene Personal, sondern auch Personen aus verschiedenen anderen Kreisen. Im Verhältnis zu den Vollzeitstellen ergibt sich zwischen den verschiedenen Personal-kategorien folgende Aufteilung:

- kantonales Personal (Beamte und Aushilfen) : 35.48 Einheiten, also 43.94 % der Arbeitszeit (2002 : 44.65 %);
- Personal, finanziert durch externe Aufträge : 5.05 Einheiten = 6.25 % (2002 : 8.4 %);
- Gemeindepersonal : 4.15 Einheiten = 5.14 % (2002 : 3.8 %);
- Personen in Ausbildung (Lehrlinge und Praktikanten: 19.51 Einheiten = 24.16 % (2002 : 21.36 %);
- Ad-hoc-Programme (halbgeschützte Anstellungen, Beschäftigungsprogramme, Zivildienst : 16.56 Einheiten = 20.51 % (2002 : 21.02 %).

Finanzielle Beiträge von Dritten erlauben es, 6.53 Einheiten, die zum grossen Teil von der *Stiftung MEMORIAV* stammen, zu beschäftigen, welche die *MW-Bild und Ton*, Martigny, mit der Realisierung eines Projektes von nationaler Bedeutung beauftragt hat.

LOKALITÄTEN

Am 8. September wurde mit dem Oeuvre Saint-Augustin ein Vertrag betreffend die Miete von dessen Gebäuden in der Rue du Simplan in St-Maurice zur Benutzung durch die Mediathek und der Pädagogischen Hochschule abgeschlossen. Die Dienstleistungen der Mediathek sind gegenwärtig im Gebäude Lavigerie, Besitz der Gemeinde, untergebracht. Sie sollen bis im Frühling in die neuen Lokalitäten bei der Pädagogischen Hochschule transferiert werden, was die Benützung der Dienststelle durch die Studenten und das Lehrpersonal der Hochschule erleichtert.

ENTWICKLUNG DER SAMMLUNGEN

Zunahme der Dokumente nach Erwerbsform (materielle Einheiten):

	MW-Sitten	MW-Brig	MW-SM	MW-Martigny	Total
Erwerb	10'502	5'495	484	31'597	48'078
Gaben	4'750	254	613	7'033	12'650
Austausch	5	0	0	0	5
Hinterlegung	203	0	0	10'863	11'066
Total	15'460	5'749	1'097	49'493	71'799

Die MW-Martigny hat die Schaffung der Sammlungen der öffentlichen Gemeinde-Mediathek intensiv weitergeführt. Die Anschaffungen werden durch das Gemeindebudget, das zu diesem Zweck bereitgestellt wurde, finanziert. Die MW-Brig hat im Bereich ihrer Sammlung über die exakten Wissenschaften grosse Anstrengungen unternommen. In Sitten hat das Projekt mit dem kantonalen Konservatorium und der Musikhochschule einen umfassenden Erwerb von geschriebener Musik bewirkt.

Mit der Hinterlegung des Literaturarchivs der Schriftstellerin Pierrette MICHELOUD hat die Mediathek eine neue literarische Sammlung übernommen.

BEHANDLUNG UND AUFWERTUNG DER SAMMLUNGEN

Informatisierte Datenbank

Um sie dem Publikum zugänglich zu machen, sind die Sammlungen der Mediathek Wallis der gemeinsamen Datenbank der Kantonsbibliotheken und wissenschaftlichen Bibliotheken der Westschweiz (RERO) angegliedert. Heute sind alle geschriebenen und audiovisuellen Bestände, die nach 1989 erworben wurden, in dieser Datenbank enthalten. Bestände, die vor diesem Zeitpunkt erworben wurden, konnten zu ungefähr 60% übernommen werden. Am 31. Dezember 2003 verzeichnete die Walliser Datenbank 450'838 Dokumente, die wie folgt aufgeteilt werden:

MW-Sitten	MW-Brig	MW-SM	MW-Martigny	Andere Bibliotheken VS
216'392	61'904	25'058	67'537	79'947

	MW-Sitten	MW-Pädagogische Dokumentation	MW-Brig	MW-St-Maurice	MW-Martigny	Total 2003	2002
Leserkarten *							38'773
Ausleihen von Dokumentationen	187'010	27'916	147'885	41'281	69'822	473'914	292'481
Führungen und Ausbildung	49		45	30	68	192	157
Kursteilnehmer	849		877	731	1'262	3'719	2'947
Teilnehmer an Animationen und Ausstellungen	472	500	1'030	540	12'734	15'276	19'022

(*) Berücksichtigt werden Leserkarten, die nach dem 1.1.1995 ausgestellt und nicht annulliert wurden.

Interbibliothekarische Ausleihen

RERO hat im Jahre 2003 ein Software entwickelt, welche die Ausleihegesuche der Öffentlichkeit und die Arbeit des Personals sehr erleichtert. Diese technische Neuheit, die im März 2003 in Betrieb genommen wurde, hat zu einer Zunahme der interbibliothekarischen Ausleihen seit 2002 geführt. Die Anzahl der interbibliothekarischen Ausleihen ist von 6'510 im Jahre 2001 auf 7'841 im vergangenen Jahr 2003 gestiegen (2002 : 7'334). Der Zufriedenheitsgrad betreffend die eingereichten Ausleihegesuche ist nach wie vor hoch und stabil geblieben (96.2%, 2002 : 97%).

Zufriedenheitsumfrage

Die Zufriedenheitsumfrage bei den Benutzern der Mediathek wurde 2003 zum dritten Mal durchgeführt.

Resultate in % der Zufriedenheitsumfrage 2003 (in Klammer Resultat 2002)

	Sehr zufrieden	Zufrieden	Wenig zufrieden	Gar nicht zufrieden	weiss nicht
Dienstleistungen / Sammlungen	39.4% (33.3)	50.5% (49.4)	5.3% (4.3)	0.2% (0.2)	4.6% (12.8)
Zugang	39.4% (35.7)	48.5% (41.9)	6.9% (6)	0.4% (0.6)	4.8% (15.8)
Empfang	58.9% (61.4)	33.4% (25.4)	3.6% (4.6)	0.6% (0.6)	3.6% (8)
Animation	23% (30)	46.5% (46.9)	0% (0)	0% (1)	30.5% (2.1)
Kataloge	19.1% (24.6)	60% (55)	9.3% (9.5)	1.5% (1.2)	10.1% (9.7)
Logistik	41.9% (34.3)	48.6% (48)	5% (6.2)	0.6% (0.9)	3.9% (10.6)

Die Resultate der Untersuchung verweisen auf eine Zunahme der Zufriedenheit der Benutzer im Bereiche der Dienstleistungen und der Sammlungen (89.9 % zufriedene oder sehr zufriedene Personen), (2002 : 86.8%), Zugang zu diesen Diensten : 87.9% (2002 : 77.6%), Empfang und Beratung : 92.3% (2002 : 86.8%), sowie Logistik, welche die in den Mediatheken zur Verfügung gestellte Infrastruktur betreffen (90.5%; 2002 : 82.3%). Die Animation ist trotz grosser Kommunikations-Anstrengungen noch

Walliser Bibliographie

Zum ersten Mal wurde dieses Jahr die Walliser Bibliographie in den informatisierten Katalog integriert. Die Fichen werden mit Stand Ende 2002 erhalten bleiben. Die Statistik der Walliser Bibliographie wird in Zukunft in die vorgenannten Zahlen einbezogen.

ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Die Zunahme der Benutzer der Mediathek durch das Walliser Publikum ist spektakulär und wurde vor allem gekennzeichnet durch die Eröffnung der öffentlichen Mediathek in Martigny, die für ihre Tätigkeit im ersten Jahr einen grossen Erfolg verzeichnen konnte. Ein Teil dieses Zuwachses kommt ausserdem von der Integration von sämtlichen Tätigkeiten der pädagogischen Dokumentation in die Mediathek ab dem 1. April 2004.

Insgesamt ist die Anzahl Ausleihen der Mediathek Wallis von 292'482 auf 473'914 Einheiten angestiegen. (+ 62 %). Diese Zahl beinhaltet die Ausleihen der pädagogischen Dokumentation in Sitten (27'916), die im Jahre 2002 nicht einbezogen wurden.

zu unbekannt (30.5 ohne Antwort gegenüber 22.1 im Jahre 2002). Die Stagnation des Zufriedenheitsgrades bei den Katalogen, wo die Zahl der zufriedenen Personen von 79.6% auf 79.1% sinkt und einer Anzahl der „sehr zufriedenen“ Personen (24.6% zu 19.1%) steht im Zusammenhang mit dem Wechsel eines Suchsystems, dessen Einführung zuerst mit Schwierigkeiten verbunden war, die jedoch Ende 2003 behoben werden konnten.

KULTURELLE AKTION

Die Mediathek konnte 2003 ihren 150. Geburtstag des öffentlichen Zugangs feiern und hat dieses Ereignis benützt, um ihre kulturelle Aktion zu verstärken, insbesondere durch die Organisation von verschiedenen Ausstellungen. So wurde eine Retrospektive der Plakatsammlung in Martigny gewidmet. Eine vielbeachtete Ausstellung wurde in Sitten über das Schriftstellerpaar Maurice Chappaz und Corinna Bille gezeigt; dies in Zusammenarbeit der Mediathek Wallis mit den Walliser Museen und dem Kantonsarchiv. Verschiedene Publikationen, davon ein geschichtliches Werk über die Mediathek und andere zu den Ausstellungen Bille-Chappaz und den Fotografen des XX. Jahrhunderts bereicherten die Kenntnisse über unseren Kanton. Eine Neuauflage „Wallis im Buch: eine Auslese“ bietet sich als aktuelles Orientierungshilfsmittel zur Dokumentation über unseren Kanton an.

WALLISER BIBLIOTHEKENETZ

In bezug auf die Einhaltung der im Leitplan vorgesehenen Ziele sind im Jahre 2003 folgende Erfolge zu verzeichnen:

- Schaffung einer virtuellen Bibliothek durch Zusammenschluss der öffentlichen Bibliotheken in der Region Siders sowie die Verwirklichung der Vorarbeiten im Hinblick eines ähnlichen Projektes für die Region Sitten-Hérens-Conthey;
- Schaffung einer regionalen audiovisuellen Sammlung im Rahmen der Mediathek von Monthey;

- Einrichtung von zwei neuen Lesestellen in Vollèges und Baltschieder, der Bestand von Lesestellen steigt damit auf drei;
- die Bibliotheken des Informationsdienstes und der Berufsberatung in Brig, das Kantonsarchiv und des Sektors für Mobilität und Rehabilitation (HEVs2) in Leukerbad integrieren ihren Fonds in RERO und steigern damit – mit den vier Sandorte der Mediathek Wallis – die Anzahl der an RERO angeschlossenen Walliser Mitglieder auf 14;
- Integration in Bibliopass Valais/Wallis von vierzehn neuen Mitgliedern, insbesondere das gesamte Netz der Bibliotheken vom Chablais; damit umfasst das Netz der Leserkarten 29 Bibliotheken. Vorverhandlungen werden zur Ausbreitung 2004 auch im Oberwallis unternommen;
- Weiterführung der Aktivitäten einer Arbeitsgruppe zur Reorganisation der Lehrbibliotheken im Sekundarniveau II;
- Abschluss der zweiten Stufe zur Verbreitung von Internet in den Bibliotheken (9 neue Bibliotheken). Im Rahmen dieses Vorhabens haben 27 Bibliotheken eine Ausrüstung zum Anschluss an das Internet-Netz erhalten und sind in der Lage, die Kataloge der Bibliotheksnetze und deren Datenbank abzurufen.

ZUSAMMENARBEIT

Zusammenarbeit im Wallis

Eine Vereinbarung mit dem kantonalen Konservatorium und der Musikhochschule zur Kreation einer „Musikbibliothek“ bei der Niederlassung in Sitten wurde unterzeichnet. Es geht dabei darum, den Studenten und Lehrern dieser beiden Musikschulen und dem allgemeinen Publikum Notensammlungen zur Erlangung und zur Weiterbildung ihrer Kenntnisse zur Verfügung zu stellen.

Zusammen mit der Dienststelle für Tertiäre Bildung hat die Mediathek Wallis eine Vereinbarung zur Verwaltung der pädagogischen Dokumentation unterschrieben. Dieses neue Konzept ist ab dem 1. April 2003 in Kraft getreten und bezieht sich auf den Ausbau der Niederlassung von Saint-Maurice in den Gebäuden des Werkes Saint-Augustin im Frühling 2005. Nach diesem Datum wird Saint-Maurice in der pädagogischen Dokumentation eine führende Rolle einnehmen; die Niederlassung in Sitten wird in diesem Rahmen einen Nahservice für die Lehrerschaft des Mittelwallis ausüben.

Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Staat Wallis und dem Réseau des bibliothèques de Suisse occidentale (RERO), hat der Kantonsbibliothekar diese Organisation mit ihrem Sitz in Martigny geleitet. Diese Interimsdirektion hat die Ernennung einer neuen Direktion ermöglicht, die ihre Tätigkeit am 1. November aufgenommen hat.

STAATSARCHIV

ZUWACHS

Im vergangenen Jahr wurden 35 Eingänge von 21 staatlichen Verwaltungsstellen sowie 21 Deposita, 16 Schenkungen und 3 Käufe verzeichnet. Dies entspricht insgesamt 75 Eingängen bestehend aus ca. 1520 Archivschachteln und 92 Registern, was ca. 300 Laufmeter ausmacht. Ferner wurden anstelle der bisher üblichen Mikrofichen 3 CD-ROM klassiert. Verschiedene Gemeinden, Pfarreien, Privatpersonen und Vereine haben ihr Archiv hinterlegt oder bereits deponierte Bestände ergänzt. Eine ausführliche Liste der Käufe, Schenkungen, Deposita sowie der Ablieferungen der kantonalen Dienststellen wird in der nächsten Nummer der Zeitschrift Vallesia 2004 (Bd. 59) zu finden sein. Darin werden auch die hier nur kurz zusammengefassten Archivarbeiten des Jahres 2003 eingehender umschrieben werden.

ARBEITEN

Registratur, Klassierung, Analysen und Inventarisierung der Ablieferungen, Deposita und Schenkungen

Alte Bestände

Die Sammlungen der Wappen, Photos, Negative, Photokopien und die Abteilungen AV und AVL wurden ergänzt. Die Erfassung auf PC des Eingangsverzeichnisses seit 1926 wurde abgeschlossen. Die Karteikarten der Sammlung Ph (Photos und verschiedene Photokopien) sowie der Abteilung "AV 70 communes" wurden ebenfalls auf PC aufgenommen. Die elektronische Erfassung des Bestandes "AV 107-111 familles" ist im Gange (A-H).

Bestände der Staatsverwaltung

Staatsrat – 27 Bände (Protokolle), 1 Inventarseite.

Staatskanzlei – 2 Schachteln, 1 S.

Grossrat – 81 Ordner (Affäre Dorsaz), 1 S.

DEKS – Dienststelle für Unterrichtswesen: 56 Schachteln, 18 S.; Dienststelle für Berufsbildung: 104 Schachteln, 10 S.

DVIS – Sekretariat des Departementsvorstehers: 18 Schachteln, 2 S.; Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit, Hotellerie und Restauration, 37 Schachteln, 3 S.; Patente, 16 Schachteln, 1 S.; Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse, 13 Schachteln, 1 S.; Sekretariat für Wirtschaftsfragen: 9 Schachteln, 1 S.; Öffentliche Arbeitslosenkasse: 1 Schachtel, 1 S.; Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt: 1 CD-ROM, 1 S.; Dienststelle für Innere Angelegenheiten: 60 Schachteln, 30 S.; Wohnungswesen: 10 Schachteln, 10 S.

DFLA – Finanzverwaltung, Hauptbuchhaltung: 1 CD-ROM, 1 S.; Steuerverwaltung: 197 Schachteln, 60 S.; Dienststelle für Vermessung: 42 Schachteln, 65 Register, 5 S.; Dienststelle für Landwirtschaft, Amt für Bodenverbesserungen: 13 Schachteln, 5 S.; Amt für Agrarkredite, 16 Schachteln, 1 S.

DGSE – Dienststelle für Sozialwesen: Amt für Sozialhilfe, 75 Schachteln, 75 S.; Flüchtlingsheim Ardon, 85 Schachteln, 85 S.; Flüchtlingsheim Visp, 67 Schachteln, 67 S.; Walliser Zentrum für Pneumologie: 144 Schachteln, 2 S.; Dienststelle für Gesundheitswesen: 422 Schachteln, 28 S.

DVBÜ – Dienststelle für Strassen- und Flussbau: 1 CD-ROM, 1 S.

Im Verlauf des Jahres wurden mit verschiedenen Dienststellen auf deren Wunsch Kontakte gepflegt, um die Ablieferungen der Akten zu planen und vorzubereiten: Besichtigungen auf Platz, Bestandesaufnahme, Beratung in Klassierungsfragen, Raumbedingungen, Schätzung des Materialbedarfs (Archivschachteln, Mappen), Erstellung von Inventaren. Es handelt sich um folgende Institutionen: Steuerverwaltung, Dienststelle für Vermessung, Dienststelle für Arbeitnehmerschutz, Flüchtlingsheim St-Alexis.

Eine neue interne Arbeitsgruppe widmete sich den Problemen der modernen Bestände der Kantonsverwaltung und der neuen Dokumentenverwaltung, die der Staat Wallis einführen möchte.

Das Studium des "Records management" und der Archivierung elektronischer Akten hat damit eigentlich begonnen. In diesem Zusammenhang hatten wir Kontakte mit der Kantonalen Dienststelle für Informatik und mit dem Zentrum für Verwaltungsmanagement.

Gemeinde-, Bürger und Pfarrarchive

Brig, Gemeinde, Pläne, 20 Inventarseiten; Lens, Priorat, beendet, 152 S.; Leukerbad, Gemeinde, in Bearbeitung; St-Maurice, Gemeinde (Nachtrag), in Bearbeitung; Vex, Gemeinde, Grand-Bisse, 1 Schachtel analysiert. – Die Gemeindearchive von Ayer, Chippis, Ernen, Lens und Saillon wurden inspiziert.

Privatbestände

Fonds Edmond Bille, Photographien, 1 Inventarseite; Familie de Bons von St-Maurice, 77 S.; Roger Bonvin, in Bearbeitung; Familie Closuit, Fortsetzung, 20 S.; Albert Cornut, Nachtrag, 9 S.; Irène Griffin, Mayens-de-Sion, 6 S.; Jean de Lavallaz, Nachtrag, 3 S.; Familie Monnet-Posse, 15 S.; Louis de Riedmatten, Nachtrag, 1 S.; Familie de Torrenté-de Nucé, 25 S.; Alpgeellschaft Chateaupré (Moiry), 6 S.; Sennereigenossenschaft Agarn, 1 S.; Schweizerischer Alpenklub, Sektion Monte Rosa, Nachtrag, 3 S.; Walliser Literaturrevue "Espoirs-Hoffnungen", in Bearbeitung; Société romande d'apiculture, in Bearbeitung; Simplon-Hospiz, Nachtrag, 15 S. – Das Inventar des Musikbestandes von Charles Haenni wurde vollständig auf PC erfasst, 84 S. – Als Hüterin des Nachlasses Edmond Bille hat sich das Staatsarchiv zusammen mit den kulturellen Dienststellen und der Association Edmond Bille an den Gedenkveranstaltungen zu Ehren der Familie Bille beteiligt.

Sicherheitsverfilmung

Die Mikrofilmabteilung erstellte insgesamt 123 16mm-Filme für die Grundbuchämter (2002-2003) und von Staatsratsbeschlüssen (2002). Ferner wurden 94 35mm-Filme hergestellt von Notariatsminuten von Visp (1771-1949), von Pfarregistern von Martigny (1888-1990) und Vernayaz (1876-1976) sowie von Ratsprotokollen der Gemeinden Siders (1848-1969), Venthône (1894-1970), St-Luc (1266-1792), Leuk-Stadt (1850-1989) und der Familienarchive Monnet-Posse (1683-1885) und Irène Griffin, Mayens-de-Sion (1888-1937). – Ende Dezember 2003 wurde eine neue Mikrofilmanlage vom Typ ProServ 2002 zum Preis von Fr. 93'822.- angeschafft. Sie ersetzt eine vollständig veraltete Installation, die über 28 Jahre in Betrieb stand.

Veröffentlichungen

Band 57 (2002) der Zeitschrift Vallesia, 323 Seiten umfassend, ist im November 2003 im Druck erschienen. – Die Beihefte zu Vallesia Nr. 7 von François-Olivier Dubuis und Antoine Lugon, De la mission au réseau paroissial. Le diocèse de Sion jusqu'au XIIIe siècle, 367 S., und der Kollektivband Nr. 9, De la Bibliothèque cantonale à la Médiathèque Valais (1853-2003). 150 ans au service du public, 271 S., sind im Januar 2003 erschienen. Nr. 10 von Danièle Périsset-Bagnoud, Vocation: régent, institutrice. Jeux et enjeux autour des Ecoles normales du Valais romand (1846-1994), 454 S., und Nr. 11 von Josef Guntern, Die Walliser Schule im 20. Jahrhundert. Von der Sechsmonatsschule zur Hochschule Wallis, 621 S., sind im Dezember 2003 herausgekommen.

Räumlichkeiten und Konservierung

Neulagerung der alten Bestände AV und AVL im Tresorraum: Installierung von neuen Regalen für grossformatige Pergamente. Umlagerung der Pergamente AV in neue säurefreie Schachteln. Anbringung von Sigeltaschen zum Schutz der brüchigen Wachsigel. Bessere Lagerung der Pergamentrollen AV. – Im Lagerraum „La Croisée“ wurde eine zweite Serie von Rollgestellen (System FOREG 2000) installiert. – Auf Rat von Restaurator Herr Strebel wurden 4 A0-Schränke angeschafft mit den dazugehörigen Mappen (Oekopack) zur besseren Lagerung unserer Plansammlung. – Kauf eines digitalen Photoapparates zur schonenden Reproduktion von Dokumenten. – Im Sekretariat wurde ein Schrank mit 12 Schliessfächern installiert für Mappen und Gepäck der Forscher. – Im Herbst wurde das Flachdach des Hauptgebäudes vollständig neu isoliert (gegen Wasserinfiltration und Hitzedurchlässigkeit).

BENÜTZUNG

Während des Jahres 2003 wurden ca. 2000 Archivbesucher registriert; die meisten von ihnen sahen Dokumente ein. Ferner wurden 582 Dossiers von staatlichen Verwaltungsstellen eingesehen. Die Archivare haben wie üblich verschiedene Forscher, Lizentianden und Doktoranden in ihrer Arbeit beraten und unterstützt. Wie bis anhin empfing das Staatsarchiv im Verlauf des Jahres mehrere Besuchergruppen und beantwortete eine Vielzahl von schriftlichen (357) und mündlichen Anfragen. Die Internet-Website wurde am 12. März 2003 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie wird regelmässig ergänzt. Ein neues Benützungsreglement wurde erarbeitet und vom Departementsvorsteher homologiert. Ferner wurden folgende Papiere erarbeitet: ein Faltprospekt, ein neues Benutzerformular und ein neuer Bestellschein für Archivalien. Am 20. Dezember wurden Forscher und Interessierte zu einer allgemeinen Information über die erwähnten Neuheiten ins Staatsarchiv eingeladen.

KANTONSMUSEEN

SAMMLUNGSZUWACHS

Numismatik	60
Archäologie	188
Kunst	11
Geschichte	14
Natur	1'110
Total	1'383

Von den zahlreichen Neuerwerbungen seien erwähnt: Ein äusserst seltener merowingischer Triens aus Gold, geprägt in Sitten während der Regentschaft von König Dagobert (629-639); wertvolle Grabensembles aus der Römerzeit von den Grabungen in Gamsen (A9); ausserordentliche Mineralien vom Lötschbergtunnel (NEAT). 250 Blätter des Herbariums des Botanikers und Sittener Domherrn Alphonse Rion (1809-1856) wurden in einem Schuppen gefunden und dem naturhistorischen Museum übergeben. Das Kunstmuseum setzte auf Zeitgenössisches und konnte mehrere wichtige Werke von Schweizer Kunstschaaffenden zum Thema Landschaft erwerben. Das historische Museum verzeichnete als wichtigen Neueingang einen silbergerahmten Spiegel der Familie de Courten aus dem 18. Jahrhundert.

INVENTARISIERUNG UND KONSERVIERUNG

Datenbank der Sammlungen

Die Neugestaltung des Inventarsystems für eine verbesserte Datenerfassung und einen einfacheren Datenaustausch wird zur Zeit durch die Dienststelle für Informatik evaluiert. Die Numismatik konnte die Herkunftsbestimmung älterer Bestände abschliessen und Ergänzungen bei den antiken Münzen anbringen. Bei der Archäologie konnten 1'448 Inventarkarten aufgearbeitet werden, das Kunstmuseum ging die Überarbeitung der Werke auf Papier an. Das Museum für Geschichte hat das Inventar von 2'500 Ansichtskarten ergänzt und mit der Aufarbeitung der 120 Testobjekten für die Inbetriebnahme des neuen Datenerfassungssystems begonnen. Das naturhistorische Museum hat seine zahlreichen Neueingänge inventarisiert.

Datenbank der Dokumentationen

Die Spezialbibliothek hat 1'472 Bände erfasst (Neuanschaffungen und alte Bestände). Die Neukatalogisierung der Handkartei ist damit abgeschlossen (zur Zeit 7'109 Dokumente). Die Fotothek hat 3'165 Fotodokumente inventarisiert und deren 1'464 klassiert.

Konservierung und Restaurierung

Neben dem laufenden Restaurierungsprogramm von gefährdeten

Werken war das Jahr geprägt vom Projekt eines Transfers von zehntausenden Objekten, die zur Zeit in ungeeigneten Räumen (2'500 m²) gelagert sind und für die ein neues Sammlungsmagazin gefunden werden muss (in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt). Die Umsetzung dieses prioritären Ziels hat wegen administrativen und finanziellen Fragen Verzögerungen erfahren.

DOKUMENTATION UND FORSCHUNG

Archäologie, Geschichte, Numismatik

Erste Forschungsetappe zur prähistorischen Besiedlung des Oberwallis (Interreg III), Abschluss des Forschungsprojekts „Walliser in fremden Diensten im 19. Jahrhundert“, Fortführung der Projekte über Alpwirtschaft, Ideengeschichte der Moderne und Industriegeschichte. Die fünf Projekte dürften in den nächsten Jahren zu umfangreichen Publikationen führen.

Kunst, Naturgeschichte

Die 2003 getätigten Studien fanden ihren Niederschlag in den vier Katalogen zu den Ausstellungen der kulturellen Dienststellen über die Familie Bille (Maler Edmond, Schriftstellerin Corinna und Naturfotograf René-Pierre Bille). Die Forschung des Naturmuseums über die Spitzmaus führte zu einer Publikation in der Reihe „La nature dans les Alpes“.

VERMITTLUNG

Erleichterter Zugang zu den Museen

Beginn der Arbeiten für einen neuen Rundgang durchs Kunstmuseum mit direktem Zugang auf der Höhe der Place de la Majorie. Der Westflügel von Schloss Valeria ist soweit restauriert, dass mit der zweiten Etappe der Neueinrichtung des historischen Museums begonnen werden kann.

Publikationen und Ausstellungen

Das Jahr begann mit einer brisanten Ausstellung in der ehemaligen Strafanstalt: Frauen im Gefängnis mit Fotos und Texten von Jane Atwood (2'169 Besucher), begleitet von einem Diskussions- und Vortragsprogramm (341 Teilnehmende). Im Frühsommer konnte in Monthey die Ausstellung Irr-Wege – 100 Jahre Psychiatrie im Wallis eröffnet werden mit 19 Führungen, drei Vorträgen und sechs Konzerten; die Ausstellung wurde anschliessend in der Mediathek in Brig gezeigt (11 Führungen). Zwei umfangreiche Publikationen der Kantonsmuseen erschienen anlässlich der grossen Ausstellungen im Herbst: Von Edmond Bille zu Kirchner. Ländlichkeit und moderne Kunst in der Schweiz (1900-1930) in der ehemaligen Strafanstalt (5'142 Besucher, davon 366 an Führungen und 88 an Vorträgen); René-Pierre Bille – Naturfilmer und -fotograf im Ermitage im Pfywald.

In diesem Winter erscheint der erste wissenschaftliche Sammlungskatalog des kantonalen Museums für Geschichte (120 repräsentative Objekte, davon einige von internationaler Bedeutung).

Vorträge und Tagungen

Im Rahmen mit den erwähnten Ausstellungen sowie des „Archäologie-Donnerstags“ (177 Besucher) fand ein vielfältiges Vortragsprogramm statt. Zudem organisierten die Kantonsmuseen drei Studientage für Berufsleute in Schweizer Museen zu den Themen Rolle und Aufgabe des Museums, Sammlungsverwaltung und Modellbau in der Archäologie (200 Teilnehmende).

BESUCHERSTATISTIK 2003

Die ausserordentliche Sommerhitze hat sich zweifellos aufs Publikumsverhalten ausgewirkt; verzeichneten wir doch während dieser Periode einen Besucherrückgang von über einem Drittel.

	Total BesucherInnen	Schülerinnen	Kinder an Entdeckungs-Parcours	Publikum an Führungen	Publikum an Vorträgen
KMA	3'891	1'332	-	34	177
KKM	7'335	455	146	436	121
KMG	12'458	1'192	93	279	341
KMMG	3'734	314	-	15	7
KNM	5'180	1'222	-	61	23
Basilika Valeria	2'297	-	-	2'297	-
Schloss Tourbillon	20'576	617	-	der Kapelle: 5'984	-
TOTAL	55'471	5'132	239	9'106	669

REFORM DER INSTITUTIONELLEN STRUKTUREN

Die Reorganisation der Kantonsmuseen (Zusammenführung der bisherigen sechs Museen zu drei grösseren Institutionen) schreitet langsam aber stetig voran. Die Stiftungsurkunde für Schloss St-Maurice ist aufgesetzt, die Konvention zur Regelung der Beziehungen zum Kanton und zu den Kantonsmuseen bezüglich kantonale Bestände zur Festung steht bereit. Der offizielle Entscheid fällt demnächst. Ebenfalls auf gutem Weg ist die Fusion des archäologischen Museums mit dem Museum für Geschichte sowie die Anlegung eines archäologischen Lehrpfads in der Stadt Sitten. Für letzteres Projekt wurde vom Stadtrat Sitten und den Museen eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

AUFBAU VON MUSEUMSNETZ.WALLIS

Das mit den drei Partnermuseen (Bagnes, Reb- und Weinmuseum Siders-Salggesch, Lötschentaler Museum Kippel) ausgearbeitete Leitbild von „Museumsnetz.Wallis“ wurde von den einzelnen Trägerschaften gutgeheissen (Gemeinden, Stiftungen). Eine erste Umsetzung findet 2004 mit gemeinsamen Inventarprojekten statt (Textilien, Giltstein, Holztrinkgefässe).



DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT

FÜR DAS JAHR 2003



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-RENÉ FOURNIER
STELLVERTRETER: CLAUDE ROCH**

VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT

Verwaltungs- und Rechtsdienst

Direktion der Wirtschafts-
entwicklung (DWEW)

Dienststelle für Zivilstands-
wesen und Fremdenkontrolle

Strafanstalten

Dienststelle für Strassenverkehr
und Schifffahrt

Dienststelle für Jagd, Fischerei
und Wildtiere

Kantonspolizei

Dienststelle für zivile Sicherheit
und Militär

Dienststelle für innere
Angelegenheiten

Dienststelle für Raumplanung

Dienststelle für Industrie,
Handel und Arbeit

Dienststelle für Tourismus
und Regionalentwicklung

EINLEITUNG

«Die Regeln der Macht gelten für die Allgemeinheit und nicht für die Ausnahme» (Zitat von Maurice Duverrier, *Le Pouvoir*, Paris 1964). Unser Departement hat versucht, im Rahmen des Möglichen, stets nach diesem Prinzip politischer Philosophie zu handeln.

Selbstverständlich gibt ein Geschäftsbericht nur einen Teil der täglichen Arbeit eines jeden wieder; eine Arbeit im Schatten, ohne die keine Resultate erzeugt werden könnten.

Wir erlauben uns deshalb, einige Aspekte in den Vordergrund zu stellen.

a/ Wirtschaftliche Aspekte

Im Jahr 2003 wurden zwei Dokumente erstellt, die als Grundlage für eine positive Entwicklung der Walliser Wirtschaft dienen:

- Die «Tourismus-Politik des Kantons Wallis». Diese einstimmige Politik setzt den Aktionsplan, die ehrgeizigen Ziele und die dazu erforderlichen Massnahmen für diesen sich stets entfaltenden Hauptsektor unserer Wirtschaft fest.
- Die «Strategie zur Walliser Wirtschaftsförderung», erarbeitet durch die DWEW, in Absprache mit dem Wirtschafts- und Sozialrat. Es werden dabei 10 strategische Schwerpunkte festgelegt, unter Berücksichtigung der Regierungsrichtlinien 2002-2005.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung ist zu erwähnen, dass die regionalen Verbindungsstellen geschaffen und die exogene Förderung durch den Beitritt des Kantons Wallis zum gemeinsamen Förderungsorgan der Kantone Neuenburg und Waadt (DEWS) erreicht wurden. Durch die Einrichtung des Kompetenzzentrums für Finanzhilfen (CCF SA - Centre de compétences financières SA), konnten somit alle vom Gesetz über die kantonale Wirtschaftspolitik vom 11. Februar 2000 vorgesehenen Massnahmen erreicht werden.

In Sachen Gesetzgebung wurde mit der thematischen Kommission für Volkswirtschaft und Energie des Grossen Rates die erste Lesung des Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken (GGG) vorbereitet.

Was die Arbeitslosigkeit anbetrifft, so ist die Vermittlung von Arbeitsstellen durch die RAV erfolgreich verlaufen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Wallis für das Jahr 2003 (3.4%) liegt zudem erstmals tiefer als der Schweizer Durchschnitt (3.7 %).

b/ Die Institutionen

Die Reform der Institutionen wird wie folgt weitergeführt:

- Das Gemeindegesetz wurde vom Grossen Rat in erster Lesung im September 2003 angenommen;
- Der Entwurf zur Revision der Artikel 75, 78 und 79 der Kantonsverfassung, womit den Urversammlungen das Recht zur formellen Beschlussfassung des Voranschlags eingeräumt wird und die Aufhebung der systematischen Homologation von wichtigen Gemeindegeschäften durch den Staatsrat vorgesehen ist, wurde angenommen. Das Parlament hat nämlich in der Oktobersession 2003 die Zweckmässigkeit einer Revision dieser Verfassungsbestimmungen beschlossen.
- Der Entwurf zur Änderung des gegenwärtigen Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen – neu betitelt mit „Gesetz über die politischen Rechte“ – wurde vom Staatsrat Ende Jahr beschlossen. Das Dossier befindet sich gegenwärtig bei der ersten parlamentarischen Kommission.

c/ Die Sicherheit

Mehrere gezielte Kampagnen über gewisse Formen der Straffälligkeit (Gewalt in den Zügen) wurden in Zusammenarbeit mit der Presse verwirklicht.

Ganz besonders ist auch auf den Einsatz des Departements anlässlich der Organisation des G8-Gipfels in Evian hinzuweisen. Dieses Ereignis hat die Einsatzkompetenzen der Kantonspolizei, besonders ihre Fähigkeit zugunsten anderer Kantone einzugreifen, ganz klar hervorgehoben.

**Der Vorsteher des
Departementes für Volkswirtschaft,
Institutionen und Sicherheit**

Jean-René Fournier

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	13.00
Betreibungsamt Sitten	10.50
Betreibungsamt Siders	9.50
Gleichstellungsbüro	2.50
Direktion der Wirtschaftsentwicklung	3.00
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	41.20
Strafanstalten	75.00
Dienststelle für Strassenverkehr und Schiffahrt	58.00
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	32.00
Kantonspolizei	448.30
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	80.00
Dienststelle für innere Angelegenheiten	10.50
Dienststelle für Raumplanung	12.50
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	16.50
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	15.80
TOTAL	828.30

1. Motionen

- 4.221 der gewählten SVP-Abgeordneten, durch die HH. Grossräte Oskar Freysinger, Roger Morisod, Jean-Bernard Héritier (Suppl.) und Gilles Bellon (Suppl.), betreffend systematische Studie über die finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden bei der Erarbeitung eines neuen Gesetzes *Motion in der Junisession 2003 als Postulat angenommen. In Erwartung der Revision des GORBG ist die Studie über die finanzielle Auswirkung in die Botschaften des Staatsrates zu integrieren.*
- 4.233 der HH. Grossräte Hans Hutter, Andreas Wyden und Werner Lagger betreffend Missbrauch im Einbürgerungsverfahren *Motion in der Junisession 2003 als Postulat angenommen. Die aufgeworfenen Fragen erfordern parallel zur Revision des Bundesrechts eine Gesamtprüfung und Anpassungen.*
- 4.255 von Frau Grossrätin Emmy Fux-Summermatter betreffend Gesetz über das Notariat *Motion in der Novembersession 2003 angenommen. Der durch den Staatsrat am 12. November 2003 angenommene Änderungsentwurf des Gesetzes über das Notariat berücksichtigt die Besorgnis der Motionärin betreffend die verwendete Terminologie um die Unkenntnis einer behinderten Person bei einer öffentlichen Beurkundung zu regeln.*
- 4.258 der HH. Grossräte Maurice Tornay, Grégoire Luyet, Beat Abgottspön, Fredy Huber, François Gianadda und Konsorten betreffend Ersatzrichter und Unabhängigkeit *Motion in der Junisession 2003 im Sinne einer erneuten Überprüfung im Rahmen der laufenden Änderungsarbeiten des Gesetzes über die Gerichtsbehörden der persönlichen Bedingungen, welchen die kantonalen Ersatzrichter entsprechen müssen, angenommen.*
- 4.269 von Herrn Grossrat Thomas Brunner und Konsorten betreffend Massagesalons *Motion in der Oktobersession 2003 als Postulat angenommen. Unter dem Aspekt der Repression der illegalen Prostitution (Kausalzusammenhang zwischen der Ausübung der Prostitution und der Begehung einer strafbaren Handlung) wird das Ziel der parlamentarischen Intervention durch die Änderung des Gesetzes über die*

Akten der gerichtlichen Polizei vom 9. Oktober 2003 erreicht.

- 4.330 von Herrn Grossrat Beat Abgottspön betreffend Aufsicht über die Betreibungsämter im Kanton Wallis *Motion in der Novembersession 2003 als Postulat angenommen. Ein Entscheidentwurf des Grossen Rates betreffend die Organisation der Betreibungs- und Konkursämter ist in Vernehmlassung bei den betroffenen Kreisen.*

2. Postulate

- 4.217 von Herrn Grossrat German Eyer betreffend Entflechtung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts *Postulat in der Junisession 2003 angenommen, im Sinne einer Prüfung der Möglichkeit, zur Übertragung der Befugnis zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts von der Bürgergemeinde an die Munizipalgemeinde.*
- 4.242 von Herrn Grossrat Hans Hutter und Konsorten betreffend Motorfahrzeugkontrolle Wallis *Postulat in der Junisession 2003 angenommen. In der Sitzung vom 9. September 2003 hat der Staatsrat entschieden, der Gesellschaft Tell Sell Consulting in Bern den Auftrag zu erteilen, eine Studie über den registrierten Rückstand bei den periodischen Nachprüfungen der Motorfahrzeuge durchzuführen und Vorschläge zur Lösung dieses Problems zu unterbreiten. Der Bericht dieser Gesellschaft wurde Ende 2003 hinterlegt und die Analyse der Lösungsvorschläge ist im Gange.*
- 4.268 der SPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat German Eyer, Frau Grossrätin Emmy Fux-Summermatter, Herrn Grossrat (Suppl.) Rolf Eggel und Herrn Grossrat (Suppl.) Marc Kalbermatter, betreffend Verstaatlichung der Betreibungsämter *Postulat in der Oktobersession 2003 angenommen. Ein Entscheidentwurf des Grossen Rates betreffend die Organisation der Betreibungs- und Konkursämter ist in Vernehmlassung bei den betroffenen Kreisen.*
- 4.270 der CSPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Felix Zurbriggen, betreffend die vermehrte finanzielle Unterstützung von Wallis Tourismus *Postulat in der Junisession 2003 angenommen. Der im Budget 2004 vorgesehene Betrag für Wallis Tourismus wurde entsprechend angepasst.*
- 4.271 von Herrn Grossrat Beat Abgottspön und Konsorten betreffend die Zurverfügungstellung eines einheitlichen EDV-Programms zur Auswertung und Übermittlung der Wahlergebnisse bei Proporzwahlen *Postulat in der Junisession 2003 angenommen und im Rahmen des Gesetzes über die politischen Rechte erledigt.*
- 4.275 von Frau Grossrätin (Suppl.) Maria Oester-Ammann und Konsorten betreffend Hilfe an Mutter und Kind *Postulat in der Oktobersession 2003 angenommen. Der Staatsrat wacht darüber, dass die Beratungszentren in Schwangerschaftsfragen eine interdisziplinäre Tätigkeit verfolgen und für Frauen, für die eine Schwangerschaft mit Schwierigkeiten verbunden ist, viel leichter zugänglich sind.*
- 4.279 von Herrn Grossrat Andreas Wyden und Konsorten betreffend Entwicklung der Randregionen *Postulat in der Oktobersession 2003 angenommen. Ein Lagebericht wird gegenwärtig durch die sozioökonomischen Regionen und die Dienststelle für Tourismus- und Regionalentwicklung ausgearbeitet.*
- 4.303 der CVP-Gruppe Mittelwallis, durch Herrn Grossrat (Suppl.) Pascal Bridy, betreffend Jugendkriminalität *Postulat in der Novembersession 2003 angenommen. Die Entwicklung der Situation wird vom Staatsrat aufmerksam*

verfolgt, sei es in Bezug auf die Prävention wie auch die Repression der Jugendkriminalität.

- 4.305 der CSPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Fredy Huber, betreffend Studie über die Schweizer Seilbahnen : Schlussfolgerungen für das Wallis
Postulat in der Dezembersession 2003 angenommen. Die Studie über die Walliser Bergbahnen wird am Anfang 2004 veröffentlicht. Die Ergebnisse werden einen Vergleich mit den Bergbahnen im ganzen Alpenraum erlauben.
- 4.314 von Herrn Grossrat Thomas Lehner und Konsorten betreffend Erhebung, Übermittlung und Mitteilung von Wahlergebnissen
Postulat in der Septembersession 2003 angenommen und im Rahmen des Gesetzes über die politischen Rechte erliegt.
- 4.315 von Frau Grossrätin (Suppl.) Cornelia Allenbach-Güntern und Konsorten betreffend Zeugeneinvernahme durch das Kantonale Untersuchungsrichteramt
Postulat in der Maisesession 2003 angenommen. Weder die Strafprozessordnung noch das Gesetz über die Gerichtsbehörden verbieten einem Richter einen Untersuchungsvorgang ausserhalb seines Gerichtes vorzunehmen. Die Zeugeneinvernahme ausserhalb des zentralen Amtes des Kantonalen Untersuchungsrichters in Wirtschaftsangelegenheiten muss von der Justizkommission empfohlen werden.
- 4.327 der HH. Grossräte Beat Abgotzpon et Christoph Bürgin betreffend Investitionshilfe und Quoten für die Periode 2003-2006
Postulat in der Oktobersession 2003 angenommen. Der Staat hat entsprechend dem bisherigen Verteilungsschlüssel zehn Millionen Franken den acht sozioökonomischen Regionen zugeteilt. Dieser Betrag wurde den kantonalen Reserven entnommen.
- 4.329 von Herrn Grossrat Beat Abgotzpon betreffend Prüfung der rechtskonformen Verwendung der Gelder an die gemeinde Lunk bzw. die lval Holding AG
Postulat in der Dezembersession 2003 angenommen. Die aufgeworfenen Fragen werden vom Kantonalen Finanzinspektorat überprüft.

DIREKTION DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG WALLIS (DWEW)

Strategie der Wirtschaftsentwicklung

Die DWEW hat die Strategie zur Wirtschaftsentwicklung in einem Dokument ausgearbeitet, bestätigt vom Staatsrat am 9. September. Dieses legt in zehn strategischen Schwerpunkten fest, in welchen Bereichen welche konkreten Massnahmen getroffen werden, um die kantonalen Wirtschaftsziele zu erreichen. Diese Strategie ist Bestandteil der Fortsetzung der Regierungsrichtlinie 2002-2005.

Zielgerichtete Massnahmen der kantonalen Wirtschaftsförderung mit hoher Wertschöpfung

„The Ark“, als Instrument zur wirtschaftlichen Dynamisierung und Diversifizierung, ist in einer fortgeschrittenen Realisierungsphase. Dieses Projekt definiert die drei Kompetenz-Bereiche mit hoher Wertschöpfung, bei welchen das Wallis eine Schlüsselfunktion auf internationalem Niveau einnehmen sollte. Diese drei Bereiche sind :

- Lebenswissenschaft (Life sciences) (BioArk, Monthey – PhytoArk, Sion). Man kann unterstreichen, dass der Arbeitsfortschritt der Umgestaltung des Gebäudes, um die zusammengelegten Unternehmen BioArk Monthey unterzubringen, weit fortgeschritten ist. Ende Januar 2004 werden bereits zwei Unternehmen ihre Tätigkeit aufnehmen, welche letztes Jahr beschlossen haben, sich in Monthey anzusiedeln.
- Informatik- und Kommunikationswissenschaft (TechnoArk, Sierre und IdeArk, Martigny)
- Dienstleistungen, Tourismus und Natur (Aletsch Weltnaturerbe, Naters)

Beitritt in verschiedene Kooperationsnetze

Das Wallis hat sich in die Kompetenzzentren ihrer Aktionsgebiete integriert, dies erlaubt uns eine bessere Einsicht und Effizienz unserer Massnahmen. Diese Netze sind folgende :

- Bioalps, Vereinigung des Biotechnologiebereiches und Zusammenlegung um die Genfersee-Arche der Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Freiburg und Wallis. Das Ziel ist, diese Region als ein Kompetenzzentrum zu positionieren wie auf der anderen Seite die Great Zürich Area, Biovalley (Region Basel), welche bereits weltweite Anerkennung finden.
- DEWS, Zusammenschluss mit den Kantonen Waadt und Neuenburg, mit dem Ziel die Effizienz unserer ausserkantonalen Wirtschaftsförderung zu erhöhen. Der Beitritt zum DEWS erlaubt es dem Kanton Wallis, die Vorteile der bestehenden Infrastruktur zu nutzen. Wie z.B. die 22 Repräsentanten, welche weltweit tätig sind mit der Aufgabe, Unternehmen zu suchen und diese in einen der drei Kantone anzusiedeln.

Entwicklung der Konzertierung in Wirtschaftsfragen

Nach dem Start der Einsetzung der geplanten Organe gemäss dem Gesetz zur Kantonalen Wirtschaftspolitik von 2002, wurde nun im Jahr 2003 diese mit der Ernennung des Verantwortlichen der Oberwalliser Wirtschaftsantenne im Oktober abgeschlossen. Diese ergänzt die Wirtschaftsantenne Unterwallis, welche seit 2002 in Funktion ist. Diese Struktur entspricht nun dem Gesetz als Kontaktstelle zwischen der Kantonalen Behörde und den Unternehmen.

Zusammenlegung kantonalen Institutionen

Dieses Jahr wurden die zwei Hauptinstitutionen der kantonalen finanziellen Unterstützung, Sodeval und Valcreation, zu einer neuen Institution, dem CCF (Kompetenz-Zentrum für finanzielle Fragen), zusammengelegt. Dies ist nun eine optimale und funktionierende Struktur zur Bearbeitung von finanziellen Fragen.

BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

10JÄHRIGES JUBILÄUM

- Veröffentlichung der Buches «Walliserinnen gestern und heute. Gleichstellung? Ein langer Weg...». Finanzielle Unterstützung durch die Kulturkommission und die Loterie Romande
- Organisation des Jubiläumsanlasses inklusiv Filmabend in Sion und Visp

- Organisation eines Zeichenwettbewerbs für die Kinder geboren 1993
- Organisation der Ausstellung «Frauen für den Frieden» in Martigny und in Visp, in Zusammenarbeit mit der kantonalen Gruppe «Frau und Sicherheit» (und Migros in Martigny)
- In Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsrat, wurde der «Prix Egalité 2003» lanciert, für Walliser Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen die sich in Sachen Gleichstellung und Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben auszeichnen

GESETZGEBUNG

- Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren auf Kantons- und Bundesebene

VERWALTUNG

- Mitarbeit in verschiedenen verwaltungsinternen Arbeitsgruppen und Kommissionen insbesondere:
 - Téléarbeit in der kantonalen Verwaltung
 - Meinungsumfrage bei dem Personal der Verwaltung
 - Projekt betreffend eine Kinderkrippe in der Verwaltung
 - Erwachsenenbildung
- Einsetzung des Kurses «Frauen Promotion» für die Frauen in der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der DPO
- Leitung der Arbeitsgruppe „Frauen in der Verwaltung“ in Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsrat und der Verwaltung

SENSIBILISIERUNG / PROJEKTE

Aus- und Weiterbildung

- In Zusammenarbeit mit der PH Fortsetzung des Forschungsprojektes zur Gleichstellung im Klassenzimmer (Umfrage bei 300 LehrerInnen).
- Vorträge und Kurse in der PH für LehrerInnen und StudentenInnen

Berufsbildung: Lehrstellenbeschluss 2 des Bundes (APA II)

- Mitwirkung an den nationalen Projekten finanziert durch den Bund im Rahmen von APA II, Weiterbildungskurs für LehrerInnen durch das DEKS
- Auswertung des Tochtertags 2003, durch eine Umfrage bei 300 Unternehmen und 300 TeilnehmerInnen
- In Zusammenarbeit mit der DPO und dem DEKS (sowie Unternehmen) Durchführung des zweiten Walliser Tochtertags mit 1700 TeilnehmerInnen
- Pilotprojekt im Oberwallis «Junge Migrantinnen zwischen Schule und Beruf», in Zusammenarbeit mit dem BIZ

Familienfragen

- Zusammenarbeit mit dem DVIS für die Präsentation der Familien-Internetseite
- Kantonale Koordination der eidgenössischen Kampagne «Fairplay», sowie eine Kampagne in den Walliser Kinos
- Studie über die Einelternfamilien im Wallis in Zusammenarbeit mit der HEVs, mitfinanziert durch das eidgenössische Projekt DO-RE
- Bericht der kantonalen Arbeitsgruppe «Halt Gewalt an Frauen in Ehe und Partnerschaft». Vorschlag zur Einsetzung eines kantonalen Gewaltschutzprojekts

Frauen und Politik

- Analyse der Frauenvertretung in den ausserparlamentarischen Kommissionen
- Informationstreffen im Juni mit den Grossrätinnen
- Beteiligung an der Studie der HEVs2 und Espace Démocratie betreffend das Engagement und das Disengagement der Walliserinnen in der Politik
- Informationen und diverse Kontakte mit den politischen Parteien und der Presse im Hinblick auf die Nationalratswahlen
- Treffen der Nationalratskandidatinnen im Rahmen der Vinea

Sexuelle Belästigung

- Veröffentlichung und Verteilung der Publikation über sexuelle Belästigung in Zusammenarbeit mit den französisch sprechenden Kantonen

Zusammenarbeit

- Teilnahme an den Konferenzen der schweizerischen und westschweizerischen Gleichstellungsbeauftragten
- Zusammenarbeit mit den Familien- und Frauenorganisationen, wie zum Beispiel dem CLAF für die Organisation des Walliser Frauentages im März
- Mitarbeit im kantonalen Gleichstellungsrats (Sekretariat) und der kantonalen Kommission der OHG

Beratung und Öffentlichkeitsarbeit

- Beantwortung zahlreicher Fragen im Zusammenhang mit Gleichstellung von Frau und Mann
- Information und Presseartikel zur Gleichstellungspolitik
- Aktualisierung der Internetseite des Gleichstellungsbüros

Dokumentationsstelle

- Weiterführung der Dokumentationsstelle (Bücher, Broschüren, Presseartikel)
- Versand der Liste der Neuerwerbungen
- Mehr als 900 Bücherausleihen
- Aufbereitung von Informationen auf zahlreiche Anfragen hin, Zustellen entsprechender Dokumentation

Diverses

- Begleitung von Praktikantinnen und Teilnehmerinnen im Rahmen der Programme zur vorübergehenden Beschäftigung in der kantonalen Verwaltung

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Damit der Bürger über eine bessere Übersicht über die der Verwaltung anvertrauten Aufgaben verfügt, hat der Staatsrat von jeder Dienststelle die Erstellung einer Leistungsstruktur ihrer Tätigkeiten und die Definition der Ziele auf politischer, strategischer und operationeller Ebene verlangt (System der Verwaltungsmandate). Der Verwaltungs- und Rechtsdienst ist einen Schritt weitergegangen, indem eine Organisation aufgestellt wurde, welche die Überwachung ihrer Tätigkeiten, deren Evaluation und deren Verbesserung erlaubt (Qualitätsmanagementsystem). Am 1. März 2003 erhielt die Dienststelle die Qualitäts-Zertifizierung ISO 9001 und PM 9001.

Am Ende dieses Geschäftsjahres kann die Tätigkeit der Dienststelle in drei Hauptbereiche eingeteilt werden: Verwaltungstätigkeit und Rechtsberatung für das Departement und ihre Dienststellen, Betreuung und Aufsicht in zivilrechtlichen Verwaltungssachen und Vollzug der Strafurteile.

1. Verwaltungstätigkeit und Rechtsberatung

Die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und die Antwort auf die gesetzlichen Vernehmlassungen stellen den ersten Teil der Rechtsberatung dar.

Endgültig angenommen wurden:

- das Gesetz, mit welchem einerseits die kantonale Regierung die gemäss dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch in ihre Zuständigkeit fallenden Kompetenzen an das Departement übertragen kann und andererseits die vormundschaftliche Aufsichtsbehörde reorganisiert wurde (Änderung des EGZGB);
- das Gesetz, mit welchem ein Informationssystem betreffend

Prostitution geschaffen wurde (Ergänzung zum Gesetz über die Akten der gerichtlichen Polizei);

- das Gesetz, mit welchem die Genugtuung an Opfern von Straftaten vom Bezirksrichter an das für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständige Departement übertragen wurde (Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten);
- das Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wehrpflichtersatz und des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung.

Unter den sich in Ausarbeitung befindenden Gesetzesentwürfen zitieren wir das Gesetz über das Notariat (Entwurf vom Staatsrat angenommen am 12. November 2003), das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (durch die Einführung des grundlegend revidierten Schweizerischen Strafgesetzbuches notwendige Gesetze), sowie die Änderung der Strafprozessordnung (Ausführungsbestimmungen der Bundesgesetze über die verdeckte Ermittlung und über die Verwendung von DNA-Profilen).

Von den zehn geprüften eidgenössischen Vernehmlassungen wurde das Augenmerk besonders auf die eidgenössischen Gesetzesentwürfe gerichtet, welche die Reform der Bundesrechtspflege beinhalten. Der Gesetzesentwurf über die Schweizerische Zivilprozessordnung und derjenige über den Erwachsenen- und Kinderschutz (Revision des Zivilgesetzbuches – Vormundschaftsrecht) wurden in rechtlicher Hinsicht angenommen, aber aufgrund der daraus entstehenden zusätzlichen Verwaltungskosten im Grundsatz bekämpft.

Die Führung der streitigen Verfahren und die Rechtsberatung stellen die zweite Achse der juristischen Tätigkeit dar. Die registrierten Akten haben um 30 % zugenommen (235 im Jahre 2003, 179 im Jahre 2002). Die behandelten Bereiche sind das Notariat, das Handelsregister, die Fuss- und Wanderwege und der Strafvollzug. Es ist festzuhalten, dass das Gesetz über den Anwaltsberuf zur Vertretung von Parteien vor den Gerichtsbehörden vom 6. Februar 2001 der Dienststelle das Sekretariat der Aufsichtskammer über die Anwälte als Disziplinarbehörde in erster Instanz anvertraut. Seit dem 1. Oktober 2003 behandelt die Dienststelle gemäss OHG für das Departement die durch Opfer von Straftaten, welche in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität direkt beeinträchtigt worden sind, eingereichten Gesuche um Entschädigung, Genugtuung und Vorschuss. In drei Monaten wurden 24 Gesuche registriert.

2. Betreuung und Aufsicht in zivilrechtlichen Verwaltungssachen

Im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres hat sich die Betreuung hauptsächlich in Richtung Vormundschaftsämter orientiert. Zur Information wurde diesen Ämtern drei Weisungen über die Übertragung des Obhutrechts und die Zustimmung zu privaten Vaterschaftsabklärungen, Rechtsmittel gegen die Entscheide der Vormundschaftsämter und die Mitarbeit des juristischen Schreibers für das Vormundschaftsamt zugestellt.

Die Leistungsstruktur der Tätigkeiten der Dienststelle unterstreicht deutlich den Anteil der ihr anvertrauten Aufsichtsaufgaben in den Bereichen Stiftungen, 2. Säule, Vormundschaft, Notariat, Handelsregister und Betreibungs- und Konkursämter. Anlässlich der ISO-Zertifizierungsarbeiten wurden diese verschiedenen Kontrollaufgaben neu definiert und in Form von Verfahren kodifiziert.

3. Vollzug der Strafurteile

Der Strafvollzug umfasst:

- die Registrierung der Strafurteile im Zentralstrafregister (2905 Urteile);
- das Inhaftierungsverfahren der zu einer unbedingten Strafe Verurteilten (863 organisierte Inhaftierungen, 48 Entscheide über den Aufschub des Strafvollzugs);
- das Inkasso der Gerichtsbussen (2745 in Rechnung gestellte Bussen mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1'375'117.25 / Inkasso von Fr. 1'002'328.80, d.h. 72.89 %);
- die Einziehung von Ersatzforderungen (17 Akten für einen Rechnungsbetrag von Fr. 93'077.35);
- die Betreuung und die Aufsicht der unter Schutzaufsicht gestellten oder zu einer Weisung verurteilten Strafgefangenen (127 Verurteilte, davon 52 angezeigt an die zuständige Behörde; 22 ausgesprochene Verwarnungen, 15 Änderungen der Weisungen und 18 angeordnete Inhaftierungen);
- den Vollzug einer kurzen Freiheitsstrafe bis zu 3 Monate in Form von gemeinnütziger Arbeit (266 Gesuche, 90 Verzichtserklärungen nach Anhörung und Information des Gesuchstellers, 2 Verweigerungen, 174 Umwandlungen, 5 Abbrüche).

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND FREMDENKONTROLLE

Fremdenkontrolle

Die Zahl der wohnsässigen Bevölkerung (Permis B +C) hat um 1674 Personen zugenommen und beträgt nun 48'633 Personen.

Die Dienststelle regelte den Aufenthalt von 136 Personen durch die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung im Rahmen von Härtefällen.

Im Rahmen der Zwangsmassnahmen erliess unsere Dienststelle 257 Haftanordnungen im Hinblick auf die Ausschaffung (153 Fälle betreffen das Bundesamt für Flüchtlinge und 104 Fälle das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung).

Viele Wegweisungen konnten nicht durchgeführt werden, weil die betroffenen Personen ihre genaue Identität und Staatsangehörigkeit nicht bekannt geben.

Andererseits zeigen einige Länder keinerlei Interesse ihre eigenen Staatsbürger wieder aufzunehmen.

Die Ausweitung „der Anstalt LMC“ welche vom Parlament gewünscht wurde und dem Bericht der „Konsultativ-Kommission“ entspricht, wurde im Laufe des Jahres 2003 ausgeführt. Die Ausbildung der Wärter ist weiterhin im Gange.

Asyl

2003 ersuchten 20'806 Personen um politisches Asyl in der Schweiz, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 20.4 % bedeutet.

Dem Wallis wurden 828 Personen zugewiesen. Der grösste Teil der Asylsuchenden stammt aus der Republik Serbien und Montenegro (Kosovo), der Türkei, Bosnien und dem Irak. Durch unsere Dienststelle wurden 575 Asylbewerber einvernommen.

Ende 2003 wohnten im Wallis 2475 Personen mit Permis N (Asylbewerber) oder mit Permis F (vorübergehende Aufnahme). Für 143 Personen, die provisorisch aufgenommen waren, wurde beim Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung die Regelung ihrer Aufenthaltsverhältnisse beantragt. 565 Personen, die Gegenstand einer definitiven Ablehnung des Asylgesuches bildeten, wurden bezüglich Organisation ihrer Ausreise angehört. 250 Personen verliessen die Schweiz und 460 sind untergetaucht.

Zivilstandswesen

Der erste Teil der Restrukturierung ist im Gange: 23 Zivilstandsämter wurden zusammengelegt; es verbleiben zur Zeit noch 49 Ämter. Von den 125 Ämtern die schlussendlich verbleiben werden, sind 13 bereits dem „Infostar“ angeschlossen.

Die systematische Neuerfassung der Familienregister ist unumgänglich um eine optimale Verwaltung mit „Infostar“ gewährleisten zu können. Die DZF und die Zivilstandsbeamten unseres Kantons sind sich hierüber voll bewusst. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel und mit Einsatz aller Beteiligten werden diese Neuerfassungen so gut wie möglich vorangetrieben.

Einbürgerungen

391 Personen wurden durch ordentliche Einbürgerung und 356 Personen durch erleichterte Einbürgerung (ausländischer Ehegatte eines Schweizer (s/in) in unserem Kanton in das Schweizerbürgerrecht aufgenommen.

Integration

Das kantonale Konzept für Integration wurde im November 2003 dem Staatsrat vorgestellt. Es sieht die Bildung einer kantonalen „Konsultativ-Kommission“ vor, deren Mitglieder in nächster Zeit ernannt werden. Die Anwendungsbestimmungen müssen ebenfalls ohne Verzögerung ausgearbeitet werden.

Schweizer Reisepässe und Identitätskarten

Das neue Verfahren über die Ausstellung der Identitätsausweise wurde am 01.01.2003 eingeführt.

Die Antragsformulare werden auf den Büros der Einwohnerkontrollen der Wohnorte der Gesuchsteller, ausgefüllt durch die kantonale Passstelle überprüft und anschliessend über den elektronischen Weg an die für die Ausstellung der Dokumente zuständigen Stellen weitergeleitet.

Der grosse Ansturm auf die neuen Reisepässe und die ungenügende Produktionskapazität beim Bund, welche aufgrund von falschen Einschätzungen betreffend die eingehenden Gesuche entstanden ist, haben grosse Verspätungen bei der Ausstellungszeit für die Reisepässe zur Folge gehabt. Um diesem Problem gerecht zu werden hat der Bundesrat entschieden, dass die alten Reisepässe bis am 31.12.2003 ohne Gebühr verlängert werden können. Dieser Entscheid und die grosse Zunahme von Bestellungen provisorischer Reisepässe hat für die kantonale Passstelle grosse, zusätzliche Belastungen zur Folge gehabt.

Schweizerpässe

	2003	2002
Im Total	38286	15948

Eingesehen die Änderung des Ausstellungsverfahrens, kann unsere Dienststelle dieses Jahr keine detaillierte, vergleichbare Statistik erstellen.

Adoptionen

	2003	2002
	82	49

Namens und Vornamensänderungen

	2003	2002
	240	179

Eheschliessungen von Ausländer die von unserer Dienststelle geprüft wurde

	2003	2002
	557	535

STRAFANSTALTEN (WSA)

Die festgestellte Zunahme der Aufgaben im administrativen Bereich im Jahre 2002, hat sich im Jahr 2003 fortgesetzt. Die vor kurzem von beiden Bundeskammern angenommene Revision des neuen Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht, werden diese Tendenz bestimmt bestätigen. Der Gesetzgeber treibt den Begriff der Individualisierung der Strafe bis zum Äussersten, mit all den Einschränkungen im juristischen, finanziellen und administrativen Bereich, welches dies nach sich ziehen wird. Die Bildung einer geschlossenen Sektion im Strafvollzug ist also aktueller als je zuvor.

Im Jahr 2003 hat die Direktion der Walliser Strafanstalten Arbeiten durchgeführt, die auf dem Westschweizer Gebiet zur Bildung eines Konkordatsprojektes geführt hat, bezüglich der Haft von Minderjährigen. Am 27. Oktober 2003 wurde diese Arbeit von der Konferenz der Westschweizer Leiter der Justiz- und Polizeidepartemente anerkannt. Zusätzlich hat die Direktion 201 Berichte ausgearbeitet für:

- die Kommission für bedingte Entlassung;
- die Untersuchungskommission für Hochrisikoverurteilte;
- die verschiedenen Kommissionen der platzvermittelnden Kantone, welche den Strafvollzug angeordnet haben.

Strafkolonie von Crêtelongue

In der Strafkolonie wurde eine neue Strategie der Häftlingsbetreuung eingeführt. Gleich nach Eintritt in die Kolonie werden die Häftlinge medizinisch und sozial abgeklärt. Die Eröffnung eines neuen Arbeitsateliers ermöglicht zusätzlich, die beruflichen- und andere Kompetenzen der Verurteilten besser zu bewerten.

Die Strafkolonie von Crêtelongue verzeichnet jedoch eine stetig steigende Zahl von Insassen, die jeglichen sozialen Bezug verloren haben. Die Mehrheit unter ihnen haben den Kontakt mit den Angehörigen verloren. Meist ohne Berufsausbildung finden diese Menschen nach ihrem Austritt aus der Kolonie nur schwerlich eine Anstellung. Mit der Hilfe des Sozialdienstes können oft komplexe Situationen gelöst werden. Die fünfzig Prozent Stelle des Sozialhelfers erlauben jedoch nicht, dass alle Anfragen übernommen werden können. In nächster Zukunft muss dieser Bereich verstärkt werden, um das Rückfallrisiko zu minimisieren.

Im Jahr 2003 hat die Leitung von Crêtelongue ein Betreuungskonzept erarbeitet, welches sich für jene Personen einsetzt, die gemäss Artikel 397 a und des Zivilgesetzbuches ohne sozialen Beistand sind. Diese Maßnahme kommt der Vormundschaftsbehörde des Kantons, welche vermehrt Anträge auf Unterbringung stellt, sehr entgegen. Die Verwirklichung dieses Projektes ist jedoch stark abhängig von den Mitteln die hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Betreffend der Investitionen wurden mit Hilfe der Baudienststelle Arbeiten geplant, zur Sanierung der inneren Dienstgebäude. Der Beginn der Arbeiten ist für Anfang 2004 geplant.

Arbeitserziehungsanstalt von Pramont (AEA)

Die AEA von Pramont konnte im Jahr 2003 eine hohe Auslastung aufweisen. Für junge, besonders gewalttätige Jugendliche, ist Pramont heute in der Schweiz die einzige Alternative zur Inhaftierung in Erwachsenenhaftanstalten.

Das Jahr 2003 war hingegen für Pramont besonders gekennzeichnet durch die Annahme des "Jugendprojektes" durch den Walliser Großrat. Einstimmig angenommen, mit einer Enthaltung, betrifft dieses Projekt minderjährige Straftäter mit einer schweren Strafvergangenheit. Das Projekt ermöglicht eine erzieherische Betreuung in einer Umgebung, die sowohl ihre eigene Sicherheit, sowie die des Personals gewährleistet.

Zusätzlich bietet die Anstalt weiterhin die Möglichkeit eine Ausbildung zu absolvieren, um so den ihnen anvertrauten Jugendlichen die Wiedereingliederung zu vereinfachen. Von den 33 Pensionären der Anstalt sind zur Zeit 15 in der Ausbildung, oder Vorlehre. Das seit mehreren Jahren mit den lokalen Unternehmungen geknüpfte Beziehungsnetz ist hierbei von großem Nutzen. Anstaltsintern werden von den Jugendlichen vor allem die traditionellen Ateliers von der Eisen- und Holzverarbeitung, sowie die Sprach- und Informatikkurse genutzt.

Im Bereich der Vorbeugung bietet Pramont ebenfalls ein Programm an, um die Wahrnehmung der Problematik zu sensibilisieren, die im Zusammenhang mit dem übermäßigen Konsum von psychotropischen Substanzen, Alkohol und Medikamenten auftritt. So wird jeder Neuankommeling von einem Drogenspezialisten besucht. Je nach Bedürfnis wird jedem Jugendlichen eine adaptierte Betreuung angeboten.

Untersuchungsgefängnisse des Kantons

Die Auslastung der Untersuchungsgefängnisse des Kantons nimmt weiter zu. Im Jahr 2003 wurde eine Zunahme von 2884 Hafttagen registriert. Die Verschiebungen blieben hingegen konstant, mit 1336 Eintritten für 1325 Austritte. Wie im Bereich der Untersuchungshaft, nahm auch die Anzahl Hafttage in der Halbgefängenschaft zu. Nur im Bereich der Halbfreiheit blieb die Anzahl Hafttage beständig.

Das Jahr 2003 war hingegen gekennzeichnet durch eine beträchtliche Zunahme der Insassen, welche psychischen Störungen aufweisen. Es verfügt jedoch bis anhin nur das Gefängnis "Les Iles" über eine angepasste medizinische Betreuung, die auch als solche bezeichnet werden kann. Es ist dringend notwendig, dass die Untersuchungsgefängnisse von Brig und Martinach in diesem Bereich verstärkt werden.

Erwähnenswert ist weiter, dass der Andachtsraum im Gefängnis "Les Iles" von der Künstlerin, Frau Emonet Schreiner, mit Wandbildern verschönert wurde.

DIENSTSTELLE FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Verwaltung

Das Jahr war gekennzeichnet mit dem Inkrafttreten vom 1. April 2003 der Änderung der Bundesverordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr. Bei dieser Gelegenheit wurden die Führerausweiskategorien und ihre Bedingungen den europäischen Normen angepasst, was einen beträchtlichen Einfluss auf das Ausstellen der Führerausweise hervorrief; besonders für die Motorräder.

Zur gleichen Zeit wurden die neuen Führerausweise im Kreditkartenformat eingeführt, die den traditionellen blauen Führerausweis ersetzen. Obwohl keine Frist zum Umtausch dieser Dokumente besteht, wurden mehr als 25'000 neue Führerausweise innerhalb von acht Monaten ausgestellt.

Die Website www.vs.ch/autos ist länger je mehr eine bekannte und benützte Internetadresse. Durchschnittlich werden alle Monate mehr als 32'000 Transaktionen auf dieser Website vorgenommen. Dies bestätigt das Interesse der beruflichen Automobilbranche wie auch von jedem einzelnen. Gegenwärtig werden 80 % der Führerprüfungs-Termine und 70 % der technischen Fahrzeugprüfungs-Termine per Internet bezogen.

Fahrzeugpark

Der kantonale Fahrzeugpark hat erneut zugenommen. Zur Zeit sind im Kanton Wallis 239'658 Fahrzeuge verzeichnet gegenüber 232'882 im Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Inverkehrsetzungen von Personenwagen zurückzuführen, dessen Zahl auf 56'095 angestiegen ist und einen neuen Höchststand in dieser Sparte darstellt. Die Inverkehrsetzungen von neuen Fahrzeugen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen und belaufen sich neu auf 10'313 zu 10'643 im Vorjahr. Die Zahl der Inverkehrsetzungen von Occasions-Fahrzeugen beträgt gegenwärtig 45'782 zu 42'476 im Vorjahr.

Führerprüfungen und Fahrzeugkontrollen

Die Zahl der praktischen Führerprüfungen hat leicht abgenommen und beträgt 7'207 zu 7'879 im Vorjahr. Dank einer guten Vorbereitung der Führerausweisbewerber beträgt die Durchfallquote der Führerprüfungen 31 Prozent.

Die technische Sektion hat während des Jahres in den Kontrollhallen von Visp, Sitten und St-Maurice etwa 68'000 Motorfahrzeuge kontrolliert. Durch diese hohe Anzahl hat sich die Verspätung bei den periodischen Nachkontrollen stabilisieren, jedoch nicht wettmachen können.

Schifffahrt

Der Schifffpark verzeichnet in unserem Kanton 1'314 Schiffe, die sich wie folgt aufteilen:

Motorboote	694
Segelboote	408
Ruderboote	200
Güterschiffe	8
schwimmende Geräte	4

Im laufenden Jahr wurden 457 Schiffe kontrolliert, 239 Führerprüfungen und 175 Theorieprüfungen registriert. Diese Zahlen beliefen sich im Vorjahr auf 569, 177 und 127.

Zusätzlich wurden von den Schiffswerften aufgrund von abgeschlossenen Vereinbarungen 55 Schiffskontrollen durchgeführt.

Administrative Massnahmen

Im Jahr 2003 ist die Zahl der verfügten Führerausweisentzüge oder Fahrverbote auf 3'027 angestiegen. Diese Zahl betrug im Vorjahr 2'885. Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse oder Strassensignalisation (1'061) sowie Trunkenheit am Steuer (1'269) sind nach wie vor die wichtigsten Gründe der angeordneten Administrativmassnahmen.

Die wegen Missachten von Verkehrsregeln verfügten Verwarnungen haben ebenfalls zugenommen. Im Jahr 2003 wurden 2'503 Verwarnungen ausgesprochen gegenüber 2'471 im Vorjahr.

Ausserdem mussten 345 Personen zu einem eintägigen Verkehrsunterricht aufgeboten werden, weil sie wiederholt gegen die Verkehrsvorschriften verstossen hatten. Diese Zahl betrug im Vorjahr 399.

Zusätzlich zu den getroffenen Administrativmassnahmen wurden 7'583 Personen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr missachtet hatten. Diese Zahl belief sich im Vorjahr auf 8'058.

Buchhaltung und Informatik

Die Einnahmen der Dienststelle nehmen von Jahr zu Jahr zu und erreichten im Jahr 2003 die Summe von 59,3 Millionen Franken. Dieser Betrag ergibt sich aus 370'000 Einzahlungen mittels Einzahlungsscheinen und 22'700 handschriftliche Einzahlungen auf die Konti der Finanzverwaltung. In 3'197 Fällen musste ein Betreibungsverfahren eingeleitet werden, während 1'582 Kontrollschild-Beschlagnahmen angeordnet wurden, weil die Verkehrssteuern nicht bezahlt worden sind.

Im Jahr 2002 wurden 2'314 Bewilligungen für Fahrten des 40-Tonnen-Kontingents ausgestellt. Im Berichtsjahr 2003 belief sich diese Zahl auf 3'203.

DIENSTSTELLE FÜR JAGD, FISCHEREI UND WILDTIERE

Die Arbeit der Dienststelle stand auch im zweiten Jahr nach der ISO PM Zertifizierung im Zeichen derselben. Die im Rahmen dieser Zertifizierung insbesondere über die Wildhüter erhaltenen Informationen machen deutlich, dass die administrativen und wissenschaftlichen Tätigkeiten die Arbeit des modernen Wildhüters mehr und mehr prägen

JAGD

Im Jahre 2003 wurde jedes erlegte Schalenwild von einem Wildhüter kontrolliert. Diese Art der Kontrolle führt zu sicheren Angaben über die Anzahl der erlegten Tiere sowie deren Qualität, Gewicht, Alter und Geschlecht.

Im Jahre 2003 wurden erstmals Teile von Banngebieten für die Jagd auf Rotwild geöffnet. Zur Stabilisierung der Hirschbestände genügte der Abschuss in den offenen Jagdgebieten nicht mehr. Der Abschussplan sah deshalb einen Abschuss von mindestens 1200

Stück Rotwild vor. Verglichen mit dem Vorjahr bedeutete dies einen Mehrabschuss von ca. 300 Stück Rotwild. Die Abschussplanung wurde vollumfänglich erfüllt, denn die Jagdstrecke beim Rotwild betrug 1251 Stück, wovon 302 in den neu geöffneten Teilbanngebieten erlegt wurden.

Die Jäger haben sich strikte an die Weisungen gehalten und es wurde kein Verstoss innerhalb dieser Teilgebiete verzeigt. Die Lösung mit der variablen Öffnung von Teilgebieten erlaubt somit den Hirschbestand den regionalen Gegebenheiten angepasst zu regulieren und sollte mit der Zeit zu einer besseren Verteilung der Bestände führen.

FISCHEREI

Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen vermuten, dass das Reproduktionspotenzial unserer Gewässer, sofern diese korrekt unterhalten werden, höher ist, als bisher allgemein angenommen. Die Anstrengungen im Bereich Gewässerverschmutzung sowie neue Methoden zum Gewässerunterhalt beginnen Früchte zu tragen.

Zusätzlich werden wesentliche Verbesserungen durch die dritte Rhonekorrektur sowie den Sanierungsplan der Gewässer erwartet. Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe beauftragt die künstliche Wiederbevölkerung unserer Fischereigewässer zu studieren. Die Gruppe hat im Jahr 2003 6 Arbeitssitzungen abgehalten und wird ihren ersten Zwischenbericht bis Ende Januar 2004 abliefern.

Der Staatsrat hat im Bereich der Fischereigesetzgebung einen neuen 5-Jahresbeschluss erlassen und wichtige Punkte der Fischereiverordnung revidiert. Unter anderem hat der Staatsrat auf Wunsch der Delegiertenversammlung des kant. Fischereiverbandes Angelhaken mit Widerhaken verboten. Diese wichtige Änderung im Bereich der Fischereigesetzgebung wird wesentlich zum Schutz der Jungfische in unseren Gewässern beitragen und somit die vorgenannten Anstrengungen zur Biotopverbesserung ideal ergänzen.

SCHUTZ DER WILDTIERE

Die Dienststelle versucht in Zusammenarbeit mit anderen Behörden sowie insbesondere privaten Transportunternehmungen die Störungen von Wildtieren so gering als möglich zu halten. So konnte mit den Zermatt Bergbahnen AG ein wirksames zukunftsweisendes Konzept zur Ausscheidung von Wild- und Waldschongebieten erarbeitet werden. Das Konzept baut insbesondere auf der Eigenverantwortung und Selbstkontrolle der Wintersportler auf. Die Benutzung von Schneemobilen und Quads wird immer mehr zu einer ernsthaften Störungsquelle für unser Wild. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei hat die Dienststelle erste Schritte in die Wege geleitet um dieses Problem zu lösen.

KANTONSPOLIZEI

GERICHTSPOLIZEI

	1999	2000	2001	2002	2003
Total behandelte Fälle *(mit Verzeigungen BetrMG)					
- Höchstwert der 10 letzten Jahre = 15'073 im 1994	12'562	11'363	11'856	13'523	13'578
Aufklärungsquote (in %)	29.71	30.65	31.34	29.41	29.27
Ausländerkriminalität (in %)*	38.50	50.50	39.50	41.57	42.67
Jugendkriminalität (in %)*	26.30	37.60	32.40	29.65	27.69

* vom Total der ermittelten Täter

Auszug/Entwicklung gewisser Fälle	1999	2000	2001	2002	2003
Tötungsdelikte (inkl. Versuch)	2	5	4	7	3
Körperverletzungen und Tötlichkeiten	254	246	261	288	315
Notzuchtdelikte	10	8	5	10	13
Total strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	109	114	102	131	120
Diebstähle:	6'116	5'907	6'181	7'107	7'418
- davon Einbruchdiebstähle	1'935	1'822	1'346	1'825	1'530
Diebstahl von Motorfahrzeugen	313	331	145	133	126
Sachbeschädigungen	1'272	1'303	1'582	1'743	1'681
Raubdelikte	19	17	23	35	36
Drohungen	111	90	80	86	102
Veruntreuungen	105	61	85	64	85
Betrugsdelikte	262	119	89	128	116
Brandstiftungen	49	58	40	60	80
Gemeldete Suizide	62	64	51	59	50

Verhaftungen / Anhaltungen (ohne Strassenverkehr)	1999	2000	2001	2002	2003
Verhaftungen	718	669	591	731	844
Anhaltungen	3'995	4'986	5'545	6'428	7'591

Bundesgesetz über die Betäubungsmittel	1999	2000	2001	2002	2003
Anzeigen	2'003	1'865	1'897	2'238	2'081
Todesfälle infolge Überdosis	3	4	2	3	5

Gerichtspolizeiliche Identifikation	1999	2000	2001	2002	2003
Technische Tatbestandsaufnahmen	1'505	1'484	1'305	1'669	1'659
Erfasste Personen					
(Photo - Fingerabdrücke - DNA)	571	541	785	664	814

Bemerkung :

Die Änderungen des Opferhilfegesetzes (OHG) vom 01.01.2002 kamen im vergangenen Jahr voll zum tragen.

Die Befragungen müssen durch Spezialisten/innen und in Anwesenheit von aussenstehenden Fachpersonen vorgenommen werden (Justiz, kantonale Dienststelle für Jugendliche, OHG-Beratungsstelle, Vertrauensperson, Übersetzer).

STRASSENVERKEHR

Verkehrsunfälle	1999	2000	2001	2002	2003
Gemeldete Unfälle	1'638	1'652	1'580	1'693	1'562
- Tödliche Unfälle	31	29	27	26	27
- Unfälle mit Verletzten	684	777	732	793	735
- Unfälle mit Sachschaden	923	846	821	874	800
	1'812	1'126	1'198	1'167	1'221
Unfallopfer					
Getötete Personen	31	31	28	31	29
Verletzte Personen	925	1'074	1'017	1'093	1'010

Hauptursache der Unfälle in %

Tödliche Unfälle	2002	2003
1. Geschwindigkeit	38.50	51.85
2. Trunkenheit	26.90	11.11
3. Überholen	11.50	11.11

Unfälle mit Verletzten	2002	2003
1. Trunkenheit	19.20	20.41
2. Geschwindigkeit	23.70	20.14
3. Missachten des Vortritts	20.80	18.78

Geschwindigkeitskontrollen

Im Jahr 2003 wurden 1'826 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (1'887 im Jahr 2002).

231'024 Fahrzeuge wurden kontrolliert (241'627 im Jahr 2002).

	2002	2003
Fehlbare Autofahrer	25'261 10.45%	28'404 12.29 %
Ordnungsbussen	22'313	25'554
Strafanzeigen (Administrativ-Massnahmen)	2'727	2'592
Verzeigungen an das Untersuchungsrichteramt	221	258

699 Kontrollen (38.28%) wurden in der Nähe von Schulen durchgeführt.

Die Summe der Ordnungsbussen im Strassenverkehr (33'352) belief sich auf Fr. 2'769'727.20 (im Jahr 2002: 30'244 Ordnungsbussen / Fr. 2'604'627.--).

Schwerverkehrskontrollen

In Anwendung der mit dem Bund unterzeichneten Vereinbarung in Bezug auf den Schwerverkehr wurden, auf insgesamt 2'496 Stunden verteilt, 469 Kontrollen durchgeführt.

Es wurden 2'228 Fahrzeuge kontrolliert, 1'169 davon kamen aus dem Ausland. 594 Verzeigungen wurden ausgestellt und 212 Ordnungsbussen einkassiert. Hauptsächliche Übertretungen: 426 in Bezug auf die ARV (52.8%) und 98 wegen Überschreitung des zulässigen Ladegewichts (12.2%).

WEITERE AKTIVITÄTEN**Einsatzzentrale**

Im Jahr 2003 wurden die Einrichtungen des Tunnels in Collombey in Betrieb genommen.

Die Sirenen (allgemeiner Alarm) der Bezirke Monthey und St. Maurice können nun durch die EZ/KAZE ausgelöst werden. Der Anschluss für die anderen Bezirke ist im Gange.

Eingegangene Notrufe (112-117-118): 70'032 (2002: 61'846).
Alarme (Banken, Feuer, Tests, usw.): 5'403 (2002: 2'916).

Flughafen - Rückschaffungen

Die Ausreise von 441 Personen wurde kontrolliert und organisiert (453 im Jahr 2002), darunter 250 Asylbewerber (219 im Jahr 2002), deren Gesuch abgelehnt wurde.

Verbrechensprävention

Im Bereich der Verbrechensprävention wurde anfangs 2003 die nationale Kampagne "Häusliche Gewalt" gestartet. Eine diesbezügliche Information ging an das gesamte Korps und an die Gemeindepolizeien. Es wurde eine Notfallkarte (kantonales Konzept) erstellt, die den Beamten bei Einsätzen von häuslicher Gewalt als Hilfsmittel dient.

Mehrere gezielte Kampagnen in Bezug auf gewisse Kriminalitätsformen wurden in Zusammenarbeit mit der Presse realisiert.

Erstmals in der Schweiz: das Büro für Verbrechensprävention der Kantonspolizei hat in Zusammenarbeit mit dem Institut Psychotrauma Schweiz (Frau Dr. Gisela Perren-Klingler) eine Broschüre mit dem Titel "Traumatische Folgen bei Opfern von Einbruchdiebstählen" herausgegeben.

Das Alarmsystem, welches Unternehmungen und verschiedene Partner mit der Zentrale der Kantonspolizei verbindet, wurde überarbeitet. Ein neues Programm wird zurzeit installiert.

Das Büro für Verbrechensprävention hat Privatpersonen und/oder Unternehmen über 200 Ratschläge in Sachen Prävention erteilt.

Verkehrserziehung

Die Kindergarten- und Primarschulklassen wurden von der Kantonspolizei und den Gemeindepolizeien besucht. Im Mittelpunkt stand die Sicherheit in Zusammenhang mit dem Benutzen von fahrzeugähnlichen Geräten im Strassenverkehr (Inline-Skates, Mini-Trottinets, Skateboards, Rollschuhe) und den damit verbundenen Weisungen vom 01.08.2002. Dennoch werden jedes Jahr etwa hundert verletzte Kinder auf den Walliser Strassen verzeichnet. In 40% der Fälle liegt das Verschulden bei den Fahrzeuglenkern.

Auf 40 Sekundarschulen wurden nur etwa 25 durch die Kantonspolizei besucht. Was die Verkehrserziehung auf dieser Stufe anbetrifft, bestehen noch Lücken in der Umsetzung des Staatsratsbeschlusses vom 7. Juli 2000.

Die Kantonspolizei hat mehrere Verkehrsunfallverhütungskampagnen in Zusammenarbeit mit ihren Partnern koordiniert. Zu den Hauptthemen gehörten Alkohol am Steuer, Tragen von Sicherheitsgurten, Sicherheit der Zweiräder, erhöhte Geschwindigkeit und Sicherheit der Kinder.

Information**Polizei - Medien**

Die Abteilung Information verbreitete 400 Pressemitteilungen (verschiedene Unfälle, gerichtspolizeiliche Fälle, Vermisstanzeigen, Zeugenaufrufe, Naturkatastrophen, Brandfälle, usw.).

Sie stellte die Information in Zusammenhang mit den Präventionskampagnen sicher, sowohl im Bereich der Verbrechensverhütung als auch der Verkehrserziehung.

Es wurden mehrere Pressekonferenzen organisiert (Statistiken, Brand in Leuk, usw.). Die Anwesenheit auf Platz wurde verstärkt, um die Presseleute in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Etwa 700 telefonische Anfragen von Presseleuten wurden behandelt.

Interne Kommunikation

Nebst der Verwaltung verschiedener Informationsmittel haben die Mitarbeiter der Abteilung die wöchentliche Ausgabe des internen Informationsblattes sowie die trimestrielle Ausgabe des Journals der Kantonspolizei sichergestellt.

Ausbildung

Am 18. Dezember 2003 wurden 28 Aspiranten der AS 2003 vereidigt. Davon gehörten 7 den Gemeindepolizeien von Crans, Montana-Randogne, Monthey (2x), Nendaz und Sierre (2x) an.

Die Rekrutierungskampagne für die AS 2004 wurde vom 17. Februar bis zum 18. April 2003 durchgeführt. 173 Interessenten haben eine Dokumentation verlangt. 69 Kandidaten wurden berücksichtigt und zu den verschiedenen Prüfungen vorgeladen. Nach Analyse der Resultate wurden 14 Aspiranten französischer Muttersprache, davon 3 weiblichen Geschlechts, sowie 6 Aspiranten der deutschen Sprache für die Aspirantenschule vorge-schlagen.

Während 90 Halbtagen wurden die Mitglieder des Korps im taktischen und polizeilichen Schiessen, Nachtschiessen sowie in der persönlichen Sicherheit ausgebildet. Dabei wurden auch die Handhabung und der Unterhalt der Waffen berücksichtigt.

Eine besondere Aufmerksamkeit galt auch den Bereichen Aus- und Weiterbildung. Mehrere Beamte haben an verschiedenen Kursen und Seminaren teilgenommen. Auch die von der kantonalen Verwaltung organisierten Kurse erfreuten sich einer grossen Teilnahme.

Buchhaltung / Sekretariat

Die Buchhaltung hat 4'935 Rechnungen im Gesamtbetrag von Fr. 1'990'866.35 (1'686'901.90 im Jahr 2002) ausgestellt.

18'874 Aufträge wurden vom Sekretariat der Kantonspolizei verwaltet und weitergeleitet.

Informatik

Im Verlaufe des Jahres 2003 hat die Abteilung Informatik / Dokumentation 12 Zielsetzungen verwirklicht unter anderem:

Beendigung des Hochgeschwindigkeitsnetzes in der Rhonetalebene.

Durchführung einer externen und internen Sicherheitsprüfung und Erstellung eines Dokumentes in Bezug auf die Regeln zur Gewährleistung des Fortbestehens und der Vertraulichkeit der Polizeidaten.

Im Bereich der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und auf Bundesebene, Inbetriebnahme eines zentralisierten Telefonüberwachungssystem.

Die Vorbereitung des G8-Gipfels in Evian hat die Realisierung eines Datenübermittlungsnetzes zwischen den Kantonen Genf, Waadt und Wallis positiv beeinflusst.

Übermittlung / Material

Der G8-Gipfel in Evian erforderte die Bestellung, Umsetzung und Einrichtung eines verschlüsselten Funksystems zur Gewährleistung einer kantonalen Deckung von St. Gingolph bis Gondo. Dieses wird von den verschiedenen Einheiten der Kantonspolizei regelmässig für Spezialeinsätze in Anspruch genommen.

Die Einheit AO/OD wurde für den G8-Einsatz vollumfänglich ausgerüstet.

Erneuerung des Richtfunknetzes: neue Digitalgeräte im Bereich 13 und 23 GHz bilden den Kern des Funkverkehrs und verbinden die Einsatzzentrale in Sitten mit den verschiedenen Funkrelais des Kantons. Diese sind rund um die Uhr in Betrieb und stellen die Funkverbindungen für Feuerwehr, 144 und Polizei sicher. Die Leistungsfähigkeit dieses Netzes zeigte sich bereits bei verschiedenen Unwettern in unserem Kanton.

DIENSTSTELLE FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

GESETZGEBUNGSARBEITEN

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten besorgte die gesetzgeberischen Arbeiten für das Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit auf folgenden Gebieten:

Gemeindeordnung

In seiner Sitzung vom 28. April 2003 genehmigte der Staatsrat den Entwurf des neuen Gemeindegesetzes. Die Vorbereitung dieser bedeutenden Gesetzesvorlage, deren Begründung und Begleitung in den parlamentarischen Kommissionen haben während des ganzen Jahres 2003 die Dienststelle für Innere Angelegenheiten stark in Anspruch genommen. Das Parlament ist dieser Revision positiv begegnet und nahm sie in erster Lesung in der Septembersession 2003 an. Dieser Gesetzesentwurf bildete vor Ende des Jahres nochmals Gegenstand einer Prüfung durch die 2. parlamentarische Kommission. Er kann somit zu Beginn des Jahres 2004 dem Parlament zur Schlussgenehmigung unterbreitet werden; das Inkrafttreten ist, nach Ablauf der Referendumsfrist, vorgesehen auf Sommer 2004.

Verfassungsrevision der Gemeindeordnung

Parallel zu diesem neuen Gesetz führte die Dienststelle auch die Revisionsarbeiten der Kantonsverfassung betreffend die Gemeindeförderung. Das Parlament beschloss, ebenfalls in der Septembersession 2003, die Zweckmässigkeit zur Revision der Artikel 75, 78 und 79 der Kantonsverfassung, womit hauptsächlich bezweckt werden soll, den Urversammlungen die Befugnis zur formellen Beschlussfassung über den Voranschlag einzuräumen und das systematische Homologationsverfahren des Staatsrates für wichtige Gemeindegeschäfte (Kreditaufnahmen, Liegenschaftsverkäufe, Darlehensgewährungen, Bürgschaften usw.) aufzuheben. Der Grosse Rat nahm diese Reform ebenfalls positiv auf und beschloss einstimmig und ohne Enthaltung die Zweckmässigkeit dieser Revision. Im Anschluss an diesen Beschluss wurden die Revisionsarbeiten weitergeführt und die Verfassungstexte und die entsprechende Botschaft dem Staatsrat vor Jahresende unterbreitet.

Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen

Der von der Dienststelle ausgearbeitete Vorentwurf des Gesetzes bildete Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens, das bis Ende des Jahres 2002 dauerte. Im Verlaufe des Jahres 2003 nahm die Dienststelle die notwendigen Anpassungen vor und konnte schliesslich im Dezember dem Staatsrat zusammen mit der Botschaft einen Entwurf des neuen Gesetzes unterbreiten, das heute die Bezeichnung „Gesetz über die politischen Rechte“ trägt.

Bezirksordnung

Das Vernehmlassungsverfahren war auf den Sommer 2003 befristet. Leider konnte die Dienststelle infolge des oben erwähnten Gesetzgebungsprogramms sowie der mit der Organisation der eidgenössischen Wahlen verbundenen Aufgaben diese Revision nicht aktiv weiterführen. Die Priorität wurde denn auch den genannten Gesetzesvorlagen betreffend die Gemeinden und die politischen Rechte eingeräumt. Die Revisionsarbeiten zur Bezirksordnung wurden demzufolge auf das Jahr 2004 verschoben.

Enteignungsgesetz

In seiner Sitzung vom 14. Mai 2003 setzte der Staatsrat eine ausserparlamentarische Kommission ein mit dem Auftrag, ihm einen Vorentwurf des Gesetzes zu unterbreiten. Diese Kommission, in welcher die Dienststelle aktiv teilnimmt, nahm ihre Arbeiten im Herbst 2003 auf. Sie beabsichtigt, diesen Vorentwurf vor dem Sommer 2004 vorzulegen.

Weitere Gesetzgebungsarbeiten

Im Verlaufe des Jahres 2003 arbeitete die Dienststelle für Innere Angelegenheiten mit an der Ausarbeitung von verschiedenen Gesetzesvorlagen, indem sie ein Mitglied in eine ausserparlamentarische Kommission oder in eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe (interkommunaler Finanzausgleich) delegierte oder indem sie ihre Stellungnahme auf Anfrage des Staatsrats oder des Departements abgab.

VERWALTUNGSARBEITEN

Wahlen

Am 19. Oktober und am 2. November 2003 fanden die Nationalrats- und Ständeratswahlen statt.

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten war anlässlich dieser Wahlen in Anbetracht der Anzahl hinterlegter Listen (17), der Anzahl Kandidaten für die Nationalratswahlen (91) und der Durchführung des zweiten Wahlgangs für die Wahl des Ständerats, besonders beansprucht. Erwähnenswert ist, dass trotz dieser Gegebenheiten diese Wahlen einmal mehr reibungslos verliefen, was auch ein Verdienst der Gemeinden ist.

Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene hat sich das Walliser Stimmvolk zu 11 Vorlagen verteilt auf 2 Urnenänge ausgesprochen. Im Verlauf des Jahres 2003 wurden an die Dienststelle für Innere Angelegenheiten 312 Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerden zur Prüfung und Instruktion überwiesen. Im gleichen Zeitraum hat der Staatsrat auf Vormeinung der Dienststelle 288 Entscheide gefällt.

Genehmigung von Reglementen, Statuten, Darlehen, Verkäufen, Tauschverträgen usw.

Im Verlauf des Jahres 2003 homologierte der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 129 Gemeindefreglemente, wovon 33 Bau- und Zonenreglemente sowie Quartierpläne.

Ferner bewilligte der Staatsrat nach Begutachtung durch die Dienststelle für Innere Angelegenheiten:

36 Kaufverträge, Baurechtsverträge, usw.		
31 Kreditaufnahmen über einen Betrag von	Fr.	32'040'027.--
6 Bürgschaften für einen Betrag von	Fr.	5'995'000.--
2 Darlehen für einen Betrag von	Fr.	350'000.--

Betreffend Kreditaufnahmen zeigt die nachfolgende Statistik die bewilligten Beträge seit 1991:

Jahr	Anzahl Kreditaufnahmen	Bewilligter Betrag
1991	54	Fr. 75'917'000.--
1992	72	Fr. 114'783'900.--
1993	55	Fr. 89'631'000.--
1994	46	Fr. 122'351'530.--
1995	43	Fr. 72'116'800.--
1996	29	Fr. 45'287'000.--
1997	29	Fr. 58'773'000.--
1998	32	Fr. 61'716'479.--
1999	82	Fr. 138'605'589.--
2000	70	Fr. 281'767'293.--
2001	77	Fr. 406'282'209.--
2002	35	Fr. 91'264'624.--
2003	31	Fr. 32'040'027.--

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

In seiner Eigenschaft als Rekursbehörde hat der Chef der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 926 erstinstanzliche Entscheide geprüft (gegenüber 800 im Jahre 2001 und 917 im Jahre 2002).

Gegen diese Entscheide wurden keine Beschwerden eingereicht.

RAUMPLANUNG

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Zwei wesentliche Aufgaben der Raumplanung bestehen darin, die raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander abzustimmen und den zuständigen Behörden die erforderlichen Angaben zu liefern, damit sie eine umfassende Interessenabwägung vornehmen können.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, namentlich dem kantonalen Richtplan und den kommunalen Nutzungsplänen, versucht die Dienststelle für Raumplanung (DRP), die räumliche Entwicklung auf die sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten auszurichten und dabei das natürliche und überbaute Umfeld zu schonen.

Im Jahre 2003 hat sich die DRP hauptsächlich in folgenden Sachbereichen engagiert:

- Weiterführung der mit dem Richtplan verbundenen Studien;
- Ausführung der im Richtplan festgelegten Aufgaben;
- Anhörung der interessierten kantonalen, regionalen und kommunalen Stellen bei Sachplänen des Bundes (insbesondere beim Sachplan Strasse und beim Sachplan Schiene / öV) im Bestreben eine geeignete Mitwirkung der Bevölkerung sicherzustellen;
- Anpassung der kommunalen Zonennutzungspläne;
- Erarbeitung von Sondernutzungsplänen;
- Koordination zwischen den Gemeinden und den betroffenen Instanzen für die Erstellung und Bewirtschaftung der Fuss- und Wanderwegnetze gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 27. Januar 1988;
- Behandlung von Subventionsgesuchen für die Anpassung der Zonennutzungspläne;
- Projekt der 3. Rottenkorrektur, namentlich bei der Definition der generellen Ziele der Raumplanung und der Überprüfung der Vereinbarkeit dieses Projektes mit dem kantonalen Richtplan und den Zonennutzungsplänen.

Parallel dazu hat die Dienststelle die Gemeinden, die Bezirke und Regionen und die beauftragten Ortsplaner im Rahmen des kantonalen Richtplanes und bei der Anpassung der Nutzungspläne beraten, unterstützt und mit ihnen zusammengearbeitet.

Zudem hat die Dienststelle in Arbeitsgruppen und an Studien von nationaler (KPK, CORAT, CEAT, NEAT/AlpTransit) und internationaler Bedeutung mitgearbeitet (Espace Mont-Blanc / Conseil du Léman / Conseil Valais - Vallée d'Aoste du Grand-St-Bernard).

KANTONALER RICHTPLAN

A. Bewirtschaftung des Richtplanes

Die folgenden Koordinationsblätter, beschlossen durch den Staatsrat im Jahre 2003, sind dem Bund zur Genehmigung unterbreitet worden:

- B.3/4 «Einkaufszentren»
- F.8/2 «Restwassermengen»
- G.6/2 «Trinkwasserversorgung»
- G.7/2 «Gewässerschutzzonen»

- H.4/2 «Luftqualität»

Das Koordinationsblatt I.1 «Schutz vor Naturgefahren» befindet sich in der Aktualisierungsphase.

Bis Ende 2003 sind seit der Annahme des kantonalen Richtplanes (21.12.1988) 83 Koordinationsblätter der Kategorie „Festsetzung“ zugeordnet worden.

B. Grundlagen für den kantonalen Richtplan

Ländlicher Raum

Um das Gleichgewicht der vielfältigen Funktionen des ländlichen Raumes zu wahren, hat die Grundlagenstudie drei Richtungsschwerpunkte festgelegt. Diese erlauben namentlich Planungsinstrumente anzuwenden und raumrelevante Projekte zu bewirtschaften. Diese Vorgaben sollen die Multifunktionalität des ländlichen Raumes stärken, die ergänzenden Strukturen Land / Stadt fördern und dazu beitragen, die Diversität der Landschaft besser zu nutzen; dies stellt eine echte Strategie für die nachhaltige Entwicklung und die Raumplanung dar. In diesem Zusammenhang wird eine Informationsbroschüre erarbeitet, welche das Vorgehen, die Definition, die Tendenzen und Konflikte des ländlichen Raumes des Kantons Wallis aufzeigt.

ORTSPLANUNG

A. Gesamtrevision der Zonennutzungspläne

Alle Gemeinden des Kantons sind verpflichtet, sofern erforderlich, ihre Zonennutzungspläne den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 anzupassen.

Die Nutzungspläne ordnen die zulässige Nutzung des Bodens und unterscheiden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14, 15, 16, 17 RPG). Ein Teil der rechtsgültigen Zonenpläne entspricht nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, weil nur die Bauzonen ausgeschlossen wurden. Am 31. Dezember 2003 zeigte sich folgende Situation:

- 102 Gemeinden besitzen einen RPG-konformen, homologierten Zonennutzungsplan;
- 18 Gemeinden verfügen über einen positiven Vorprüfungsentscheid des Staatsrates;
- 26 Gemeinden warten auf den Vorprüfungsentscheid; der Synthesebericht ist der Dienststelle für innere Angelegenheiten zugestellt worden;
- 3 Gemeinden haben ihr Dossier zur Vorprüfung abgegeben;
- 1 Gemeinde hat ihren Entwurf während 30 Tagen öffentlich aufgelegt;
- 8 Gemeinden haben die Überarbeitung ihres Zonennutzungsplanes eingeleitet.

Die 8 nachstehend aufgeführten Gemeinden haben das Verfahren zur Anpassung ihrer Zonennutzungspläne an die Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 noch nicht in die Wege geleitet:

Bovernier, Bourg St. Pierre, Vissoie, Mühlebach, Niederwald, Bister, Martisberg und Eisten

Im Sinne von Art. 10 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (RPG) und gemäss den Bestimmungen des Reglementes vom 20. Juni 1990 betreffend die Fördermassnahmen in Sachen Raumplanung hat der Kanton Wallis im Jahre 2003 den Gemeinden, die ein vorschriftsmässiges Subventionsgesuch eingereicht haben, entsprechend den ausgeführten Arbeiten einen Gesamtbetrag an Subventionen von Fr. 449'999.40 gewährt.

B. Teilrevisionen der Zonennutzungspläne sowie der Bau- und Zonenreglemente

Im Rahmen der Weiterführung der Raumplanungsaufgaben haben die Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Raumplanung (DRP) im Jahre 2003 32 RPG-konforme Teilrevisionen der Zonennutzungspläne und/oder der Bau- und Zonenreglemente vorgenommen.

C. Sondernutzungspläne

Bei Bedarf konnten die Gemeinden die Erarbeitung von Sondernutzungsplänen verlangen und der DRP zur Prüfung oder Stellungnahme unterbreiten. Dies erfolgte für:

- 23 Detailnutzungspläne (DNP)
- 4 Quartierpläne (QP)

Im Verlaufe des Jahres 2003 wurden 5 Gesamtrevisionen und 16 Teilrevisionen der Zonennutzungspläne durch den Staatsrat homologiert

DIENSTSTELLE FÜR INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

1. HANDEL UND PATENTE

1.1 Handel

Die Sektion Handel und Patente war 2003 mit der Ausarbeitung folgender Gesetzesentwürfe (samt Botschaft) beauftragt:

- Gesetz betreffend die Rückerstattung von Tombolagebühren;
- Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Konsumkredit;
- Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über das Messwesen.

Des Weiteren wurden erste Vorkehrungen im Hinblick auf die Totalrevision des Gesetzes über die Handelspolizei vorgenommen. Die Sicherstellung der Anwendung der Bestimmungen betreffend die Ladenöffnung (LÖG) sowie des Bundesgesetzes über das Gewerbe der Reisenden bildete, neben den gesetzgeberischen Tätigkeiten, eine der Hauptaktivitäten der Sektion. In diesem Zusammenhang wurden auf kantonaler sowie auf Bundesebene verschiedene Informationssitzungen abgehalten.

Folgende Patente und Bewilligungen wurden erteilt:

Jahr	Automatische Apparate	Spielsalons	Wandernde Tätigkeiten	Tombola
2001	3'013	18	472	200
2002	2'943	13	423	186
2003	2'856	11	318	184

Die Kontrolltätigkeit der Handelspolizei wurde verstärkt sowie 160 Kontrollen im Zusammenhang mit der Deklarationsverordnung in Bäckereien, Weinhandlungen sowie diversen Betrieben durchgeführt.

Die kantonale Stelle des Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden hat in insgesamt 49 Schadenfällen zusätzlich zur Schweizerischen Fondshilfe einen entsprechenden kantonalen Beitrag in der Gesamthöhe von Fr. 13'298.50 geleistet. Der Schweizerische Fonds seinerseits hat für dieselben Schadenfälle einen Gesamtbetrag von Fr. 78'760.- an die Geschädigten ausbezahlt.

1.2 Patente

Einer der Schwerpunkte bildete die Zusammenarbeit mit der thematischen Kommission Vollswirtschaft und Energie des Grossen Rates im Rahmen der laufenden Revision des Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken (GGG), zur Vorbereitung.

Zweiter Schwerpunkt bildete die Sicherstellung des Erneuerungsverfahrens sämtlicher Patente und Bewilligungen, die Kontrolle und Erfassung dieser Daten sowie die in Rechnungstellung der neuen jährlichen Abgaben aufgrund der Entscheide der Gemeindebehörden. 2003 wurde folgende Anzahl Bewilligungen und Patente erteilt:

Bewilligungen / Patente Gastgewerbe	Bewilligung für den Verkauf von alkoholischen Getränken zum Mitnehmen
3'743	650

Zur Erlangung des kantonalen Fachausweisals Gastwirt wurde im Januar je ein Unterrichtsblock „Gastro-Management“ sowie „Allgemeinkenntnisse und Betriebswirtschaft“ mit anschliessender Prüfung in Französisch und Deutsch durchgeführt. Im Februar sowie August fanden zusätzliche Kurs- und Prüfungsblöcke in Französisch statt. Im September besuchten die Teilnehmer sowohl in französischer wie auch in deutscher Sprache den

Unterrichtsblock „Gastro-Management“. Ihre Ausbildung wird im April 2004 weitergeführt.

Im September wurde zudem ein Kurs- und Prüfungsblock in Deutsch und Französisch zur Erlangung des Kantonalen Fachausweis des Hotelier geführt.

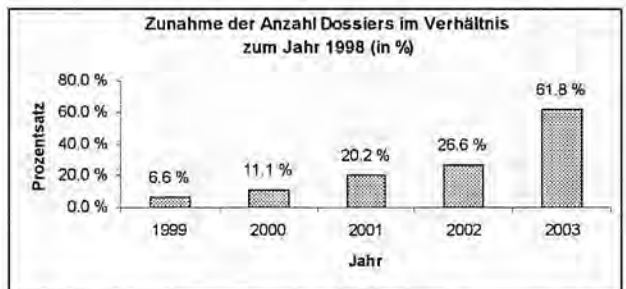
Im Frühling 2003 fand ein Kurs- und Prüfungsblock in Deutsch und Französisch über die Walliser Gesetzgebung statt. Ein zusätzlicher Kurs in Deutsch fand im Herbst statt.

Mit Beiträgen aus dem kantonalen Gastgewerbefonds wurden die Hochschule Wallis (HEVs/Kursorganisatorin) sowie das kantonale Ausbildungsprogramm der Hotelpflichtassistentinnen unterstützt.

1.3 Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse

Die Kantonale Schlichtungsbehörde war 2003 erneut mit einem merklichen Anstieg der Anzahl unterbreiteter und behandelter Dossiers konfrontiert. Mit provisorischen, organisatorischen Massnahmen konnte die Sektion die gute Funktionsweise des Sekretariats dieser Behörde sicherstellen. Die steigende Anzahl Dossiers fordert eine Umstrukturierung der Funktionsweise des Sekretariats der Schlichtungsbehörde im Verlaufe des ersten Semesters 2004.

2003 behandelte die Schlichtungskommission 712 Dossiers (27,8%



mehr als 2002), wovon 571 (29,5% mehr als 2002) wie folgt abgeschlossen werden konnten:

- in 382 Fällen (66,9%) konnte eine Einigung erzielt werden;
- in 68 Fällen (11,9%) musste eine Nichteinigung festgestellt werden;
- in 61 Fällen (10,7%) wurden Entscheide gefällt und
- 60 Fälle (10,5%) konnten anderweitig erledigt werden.

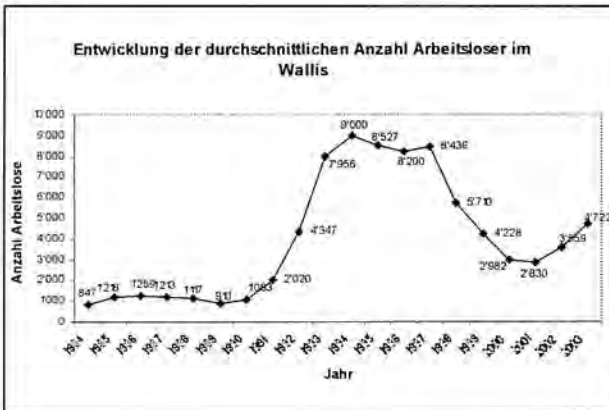
2. ARBEITSMARKT

2.1 Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2003

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Wallis stieg 2003 um 0,8 Prozentpunkt auf 3,4%. Die durchschnittliche Anzahl Arbeitslose beläuft sich auf 4'722. Dies sind 1'163 mehr als im Vorjahr. Das erste Mal seit 1999 überstieg die Arbeitslosenquote die Marke von 3%. Die Arbeitslosenquote liegt jedoch erstmals unter dem schweizerischen Mittel von 3,7%. Die Differenz beträgt dementsprechend 0,3 Prozentpunkt.

Die durchschnittliche Anzahl Stellensuchender nahm 2003 ebenfalls zu. Sie stieg um 1'540 auf 7'990. Die Arbeitsmarktbehörde ist weiterhin um die Saisonalität der Beschäftigung im Bau- und Gastgewerbe sowie in der Landwirtschaft besorgt.

Entwicklung der durchschnittlichen Anzahl Arbeitsloser im Wallis



2.2 Arbeitslosenversicherung

Kurzarbeitsentschädigung (KAE)

Jahr	2001	2002	2003	Abweichungen in %
verlorene Stunden	50'361	94'624	164'927	+74%

Die Entwicklung der Gesuche für Kurzarbeitsentschädigung widerspiegelt die Wirtschaftslage im Laufe des Jahres 2003.

Massenentlassungen¹

Jahr	2002	2003	Variation
Anzahl Unternehmungen	13	14	+1
Anzahl entlassene Mitarbeiter	223	346	+123

Sechs Massenentlassungen sind Folgen von Betriebsschliessungen. In den anderen Fällen spricht man von Personalabbau.

Gesuche zur Überprüfung der Vermittlungsfähigkeit / Erlassgesuche

Jahr	2000	2001	2002	2003
Vermittlungsfähigkeit	340	282	291	274
Erlasse	108	69	73	101

¹Jegliche Entlassung von mehr als 6 Mitarbeitern ist eine Massenentlassung. Die üblichen Entlassungen in den Branchen mit saisonalem Charakter werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) übermittelten 136 Gesuche zur Überprüfung der Vermittlungsfähigkeit und die Arbeitslosenkassen deren 138. Die Dienststelle stellte in 72% der Fälle eine Vermittlungsfähigkeit fest.

Einsprachen

Am 1. Januar 2003 wurde im Rahmen der Arbeitslosenversicherung ein Einspracheverfahren eingeführt. Die Dienststelle ist dazu befugt, Einsprachen gegen ihre eigenen Entscheide sowie gegen jene der RAV zu behandeln. 2003 gingen 251 Einsprachen ein; 166 waren gegen Entscheide der RAV, 85 gegen Entscheide der Dienststelle. Die Einsprachen wurden durchschnittlich innerhalb eines Monats behandelt.

2.3 Öffentliche Vermittlung und Beratung: die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Die bereits 2002 beobachtete steigende Tendenz der Arbeitslosigkeit setzte sich im Laufe des Jahres 2003 fort. Die RAV beschäftigten sich durchschnittlich mit 7'990 Stellensuchenden pro Monat. Dies waren je nach Monat zwischen 6'706 und 10'029 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden in den RAV durchschnittlich 1'540 Stellensuchende mehr pro Monat betreut und beraten.

Aufgrund des Arbeitsvolumens mussten in allen Regionen die Sekretariate der RAV verstärkt und die Anzahl Personalberater erhöht werden. Der Personalbestand stieg demzufolge in einem Jahr von 88,7 auf 98,9 Arbeitsstellen.

	Stellensuchende VS monatliches Minimum	Stellensuchende VS monatliches Maximum	Stellensuchende VS Jahresschnitt
2002	5'128	8'704	6'450
2003	6'706	10'029	7'990
Diff 2002-2003	+ 1'578	+ 1'325	+ 1'540

Entwicklung der Situation

Das Verhältnis zwischen arbeitslosen Schweizern (61,5%) und Ausländern (38,5%) bleibt unverändert. Auch die Werte je nach Qualifikation veränderten sich kaum. Die Arbeitslosenquote der un- oder angelernten Arbeitslosen nahm leicht ab (von 47,7% auf 45,4%), wobei jene der qualifizierten Arbeitslosen von 43,1% auf 44,3% stieg. Bei den jugendlichen Arbeitslosen kann ebenfalls eine leichte Zunahme der durchschnittlichen Arbeitslosenquote festgestellt werden. Bei den Lehrabgängern stieg sie von 3,1% auf 3,4% und bei den Schulabgängern von 2,9% auf 3,2%.

Die 2003 festgestellte Situation weist folgende Merkmale auf:

- eine anhaltende Verminderung der Anzahl Personen mit einem Zwischenverdienst;
- „neue Arbeitslose“, häufig besser qualifiziert;
- einen Anstieg der Wiederanmeldungen aufgrund saisonaler Arbeitslosigkeit;
- eine steigende Anzahl komplexer Situationen;
- vermehrt Fälle von wiederholter Arbeitslosigkeit seit 4 bis 10 Jahren;
- einen Anstieg der Anzahl Personen, welche aufgrund von Restriktionen der neuen, im Sommer in Kraft getretenen Gesetzesgrundlagen des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) 2003 ausgesteuert wurden. Trotz diesen Tatsachen waren die RAV bei der Vermittlung von Stellensuchenden äusserst erfolgreich. Der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern in gewissen Branchen zwingt die RAV vermehrt, zusammen mit den Unternehmungen Mittel und Wege zur Umschulung einer grossen Anzahl Stellensuchenden zu suchen, damit offene Stellen mit hohen Anforderungen besetzt werden können. Andererseits verzeichnet der Arbeitsmarkt grosse Personalfluktuat. Dies begünstigt gewiss Wiedereingliederungsmöglichkeiten, birgt jedoch auch das Risiko einer kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in sich.

Wie überall in der Schweiz stieg der nicht reduzierbare Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich an. Daraus resultiert die Notwendigkeit der RAV, einer steigenden Anzahl komplexer Situationen entgegen zu treten. Sie müssen ihre Dienstleistungen dementsprechend ständig anpassen und immer enger mit den Berufsinformationszentren (BIZ), den Sozialmedizinischen Zentren (SMZ), der Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT) sowie der Invalidenversicherung (IV) zusammen arbeiten.

2.4. Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen (LAM)

Arbeitsmarktbeobachtung Wallis (ABW)

Im Rahmen der 2002 geschaffenen Arbeitsgruppe „Beschäftigung Ausbildung“ wurde eine Studie über die Abwanderung von Kompetenzen aus dem Wallis durchgeführt. Die Resultate werden im Frühling 2004 bekannt gegeben.

Zur besseren Erfassung des Arbeitsmarktes wird ein monatliches Statistikbulletin entwickelt, welches zuverlässige und leicht zu interpretierende Daten über die Beschäftigung auführt.

Mit Hilfe einer Studie innerhalb der RAV konnten die Bedürfnisse an arbeitsmarktlichen Massnahmen (AM) bestimmt werden. Damit kann das Angebot, aber auch die Verteilungsstrategie dieser AM auf den neusten Stand gebracht werden.

Arbeitsmarktliche Massnahmen (AM) im Allgemeinen

Massnahme	realisierte Jahresplätze 2000	realisierte Jahresplätze 2001	realisierte Jahresplätze 2002	realisierte Jahresplätze 2003 (Schätzung)	Differenz 2002-2003
Beschäftigungsprogramme					
Kurse	262	260	322	357	+11 %
Einarbeitungszuschüsse	83	59	64	87	+36 %
Betriebspraktika	36	20	25	26	+4 %
Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit	14	19	18	26	+45 %
Ausbildungszuschüsse	7	7	9	13	+44 %

*ein Jahresplatz entspricht 220 Tagen Teilnahme an einem Programm

Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit stieg auch die Teilnahme an arbeitsmarktlichen Massnahmen.

Bildungsmassnahmen

Bei den Bildungsmassnahmen geht die Ausrichtung dahin, das Erlernete wenn immer möglich praktisch anzuwenden. Vielfach konnten 2003 Kurse direkt in Betrieben durchgeführt werden oder wurden durch ein anschliessendes Praktikum in Unternehmen ergänzt.

Beschäftigungsmassnahmen

Bei den Beschäftigungsmassnahmen fand im Gegensatz zu den Bildungsmassnahmen praktisch keine Zunahme der Teilnehmeranzahl statt.

Erfreulich ist die starke Zunahme bei den Einarbeitungszuschüssen. Diese Massnahme bedingt einen unbefristeten Arbeitsvertrag und die Wiedereingliederungsquote ist dementsprechend hoch.

Ergänzende kantonale Massnahmen

Eine starke Steigerung ist bei den beruflichen Eingliederungsverträgen (BEV) feststellbar. Diese Zunahme ist grösstenteils auf die verschlechterte Situation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch auf die Revision des AVIG mit der Kürzung der Anzahl Taggelder zurückzuführen. Eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich erst mit einer Verzögerung auf die Benützung der BEV aus.

Ergänzende kantonale Massnahmen	Verfügungen			
	2000	2001	2002	2003
Kantonale berufliche Eingliederungsverträge (BEV)	445	309	327	511
Kantonale Einarbeitungszuschüsse	29	19	28	19
Kantonale Pendlerkosten- und Wochenaufenthalterbeiträge	14	4	1	6
Bildungsmassnahmen	9	44	19	23

3. AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE

Freier Personenverkehr und flankierende Massnahmen

Am 1. Juni 2004 tritt der freie Personenverkehr unter Vorbehalt der Beibehaltung der Kontingente während drei Jahren effektiv in Kraft. Ab diesem Datum werden einzig die flankierenden Massnahmen Schutz vor Risiken wie Lohndumping bieten. Die Einführung dieser Massnahmen muss deshalb sorgfältig vorbereitet werden.

Die Dienststelle nahm 2003 intensiv an verschiedenen Vorbereitungsarbeiten teil: gesetzgeberische Tätigkeiten, Einsetzung einer tripartiten Kommission, erste Arbeitsmarktbeobachtungen sowie Regelung der Anmeldung von entsandten Arbeitskräften.

Entwicklung der Ausländischen Arbeitskräfte

Die Dienststelle führte ihre selektive Bewilligungspolitik für ausländische Arbeitskräfte fort. Besondere Aufmerksamkeit galt der Verwaltung des Kontingents an Aufenthaltsbewilligungen B. Wie bereits 2002 wurden die Erneuerungen der Aufenthaltsbewilligungen (1'546 Einheiten) in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Entwicklung der Anzahl Aufenthaltsbewilligungen EU/EFTA ausgestellt zwischen dem 1.11.02 und dem 31.10.03

	2001	2002	2003	Diff. 2002-2003	Diff. en %
Kurzaufenthalt L (< 4 Monate)	6'561	7'862	7'415	-447	-6%
Kurzaufenthalt L (4-12 Monate)	8'409	9'583	9'831	+248	+3%
Grenzgänger G	1'836	1'776	1'701	-76	-4%
Asylsuchende	918	879	766	-113	-13%
Aufenthaltsbewilligung B	445	449	288	-161	-36%
Total	18'169	20'549	20'001	-548	-3%

Im Gastgewerbe kann ein deutlicher Rückgang der Kurzaufenthaltsbewilligungen festgestellt werden (-23%). Die Aufenthaltsbewilligungen in der Rubrik „Diverse“ nahm hingegen stark zu. Grund hierfür ist, dass 2003 die Aufenthaltsbewilligungen für die grossen Baustellen und die entsandten Arbeitskräfte (1'726 Einheiten) vollständig dem kantonalen Kontingent belastet wurden.

Entwicklung den kontingierten Kurzaufenthaltsbewilligungen EU/EFTA je nach Beschäftigungsbranche (1.11.02 – 31.10.03)

	Gastgewerbe	Baugewerbe	Landwirtschaft	Handel	Diverse	Total
2001	6'203	466	1'093	199	448	8'409
2002	6'498	600	1'301	233	951	9'583
2003	4'975	650	1'263	252	2'691	9'831

DIENSTSTELLE FÜR TOURISMUS UND REGIONALENTWICKLUNG

Die Dienststelle, die früher «Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung» hiess, hat seit anfangs Jahr einen neuen Namen.

TOURISMUS

Walliser Tourismus im Allgemeinen

Im Vergleich zum Vorjahr gingen in der Schweiz die Logiernächte um rund 3.5 % zurück. Im Jahre 2002 profitierte vor allem das Mittelland von der EXPO.02. Obwohl die Prognosen aufgrund der allgemeinen Konjunktur- und Wirtschaftslage düster waren, hat das Wallis relativ gut gearbeitet und erzielte etwa das gleiche Resultat wie im Jahre 2002. Die Wintersaison erfreute sich guter Schneebedingungen und sie dauerte der späten Osterferien wegen bis in den April. Sie brachte sowohl ein gutes Ergebnis bei den Logiernächten als auch bei den Umsätzen der Bergbahnen. Die besonderen und gezielten Werbemassnahmen von Wallis Tourismus, die der Staat stark unterstützte, haben ebenfalls zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen.

Tourismuspolitik

In enger Zusammenarbeit mit Wallis Tourismus hat der Staat die Tourismuspolitik des Wallis festgelegt und im Herbst veröffentlicht. Sie stützt sich hauptsächlich auf die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung und hat als Hauptziel die Stärkung eines qualitativ hoch stehenden Tourismus im Wallis. Dabei ist die Steigerung der Wertschöpfung im Vordergrund und will so den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung anheben.

Sensibilisierungskampagne

Ein wichtiger Teil der Tourismuspolitik ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange des Tourismus. Gemeinsam mit Wallis Tourismus und den Dienststelle des Departements für Erziehung, Kultur und Sport wurde ein Konzept erarbeitet. Das Zielpublikum ist in erster Linie die Jugend, welche durch entsprechenden Lehrstoff erreicht werden soll. Weitere Zielgruppen sind die Wirtschaftskreise und alsdann das breite Publikum. Bevor die definitive Umsetzung erfolgen wird, werden vorerst Versuche angestellt.

Tourismustaxen

Seit der Inkraftsetzung des Gesetzes über den Tourismus haben 50 Gemeinden die Tourismusförderungstaxe eingeführt. Die Versuche, diese Taxe auch vereinzelt in Gemeinden der Talebene einzuführen, scheiterten allesamt.

Das Kantonale Finanzinspektorat hat eine zweite Runde der Kontrollen betreffend die Erhebung, das Inkasso und die Verwendung der Tourismustaxen begonnen. Der Massnahmenkatalog für Fälle von Gesetzesverletzungen wurde umgesetzt und bei Fehlverhalten wurden die Fehlbaren bestraft.

Informationsstelle Wallis

Die Arbeitsgemeinschaft „Informationsstelle Wallis“ hat namentlich die Informationsplattform Wallis weiter entwickelt, das Beziehungsnetz des Kantons in Berlin erweitert und enge Beziehungen zur den Redaktionen der grossen Schweizer Presse gepflegt.

EXPO.02

Das Wallis präsentierte sich und seine Produkte sehr vorteilhaft an der EXPO.02 in Form eines Walliser Restaurants. Leider war das finanzielle Ergebnis wenig erfreulich. Die umfassenden, durch das Kantonale Finanzinspektorat durchgeführten Kontrollen ergaben, dass keine finanziellen Ungereimtheiten vorkamen. Hingegen wurde der operative Verlust von Fr. 546'309.13 bestätigt. Zuzüglich der ausserordentlich hohen Abschreibungen von 283'862.23 Franken führte das zu einem Gesamtbetrag von Fr. 830'171.36. Abzüglich der Aktiven in der Höhe von Fr. 371'879.-- ergibt das einen effektiven Fehlbetrag von Fr. 470'172.36. Der Staat übernahm das vorhandene Mobiliar zum Preise von Fr. 139.671.80. Den verbleibenden Fehlbetrag übernahmen die anderen Mitglieder der Informationsstelle Wallis.

Bergführer, Wanderleiter und Skilehrer

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat das Reglement genehmigt, das die Erteilung eines eidgenössischen Fachausweises für Schneesportlehrer regelt. Swiss Snowsports wurde mit der Ausbildung dieser Personen betraut. Mittels zweier Abkommen zwischen der kantonalen Bergführer- und Skilehrerkommission und Swiss Snowsports wurden sowohl die Ausbildung als auch die Fortbildung vereinheitlicht und geregelt. Zudem hat die kantonale Kommission das Reglement betreffend die Ausbildung der Wanderleiter genehmigt.

Elf Personen erhielten den Bergführerausweis, 18 denjenigen für Wanderleiter und 47 denjenigen für Skilehrer oder Snowboardlehrer.

Finanzhilfen

Verschiedene Veranstaltungen wurden finanziell unterstützt. Namentlich Veranstaltungen im Bereich der Kultur und des Sports, die ein vorteilhaftes Bild des Wallis ausserhalb des Kantons vermittelten und gleichzeitig sowohl ein grosses Medienecho versprachen und für den Tourismus von hoher wirtschaftlichen Bedeutung waren. Ebenso wurden die Absolventen der Ausbildungskurse für Bergführer, Wanderleiter und Skilehrer unterstützt.

REGIONALENTWICKLUNG UND WOHNUNGSWESEN

Neue Regionalpolitik

Die Regionalpolitik des Bundes der letzten dreissig Jahre basierte auf dem Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG). Ziel war die Unterstützung von lokalen und regionalen Infrastrukturprojekten. Auf dieser Basis können die Resultate als sehr gut beurteilt werden. Die Unterschiede zwischen den wirtschaftlich starken Kantonen und den Randregionen vermochte diese Politik allerdings nicht abzubauen. Zurzeit wird die Regionalpolitik vor diesem Hintergrund überdacht und neu formuliert. Ziel ist die Förderung des in den Randregionen vorhandenen Potentials, des Unternehmertums und der Innovationskraft. Dazu hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement einen Expertenbericht in Auftrag gegeben, welcher seit Februar 2003 vorliegt. Dieser Bericht hat bei den Gebirgskantonen eine heftige Diskussion ausgelöst, indem diese dem Bund vorwerfen, das Schwergewicht in Zukunft auf die Förderung der Agglomerationen zu verschieben - dies auf Kosten der Randregionen.

Der Bericht des Bundesrates dazu wird im 1. Semester 2004 in die Vernehmlassung gehen. Der Kanton Wallis wird anschliessend, zusammen mit den übrigen Gebirgskantonen, die Interessen der Randregionen verteidigen.

Seilbahnen

Mit Brief vom 13. November 2002 teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft seco den Kantonen mit, dass aufgrund der Entwicklung und den Perspektiven in der Seilbahnbranche und der daraus resultierenden Risiken keine Investitionshilfedarlehen des Bundes mehr an Seilbahnen gewährt werden dürfen, bis eine kantonale Strategie in diesem Bereich vorliegt.

Der Kanton Wallis hat schon vorher beschlossen, eine kantonale Strategie für die touristischen Seilbahnen zu formulieren. Auf der Basis einer öffentlichen Ausschreibung wurde ein Mandat zur Erarbeitung einer Studie in diesem Bereich an das Briger Büro Vikuna Treuhand und Finanzplanung vergeben. Die Studie soll den kantonalen Entscheidungsträgern als Basis für die Formulierung der zukünftigen Politik im Bereich der touristischen Bergbahnen dienen.

Investitionshilfe

Die für die neue Vierjahresperiode 2003 - 2006 geplanten Investitionen im Kanton Wallis betragen 770 Millionen Franken, wovon 430 Millionen im Bereich der Entwicklungsinfrastruktur, 156 Millionen in der Hotellerie und 184 Millionen in der Basisinfrastruktur vorgesehen sind. Der Bund (seco) hat dem Kanton Wallis dazu für den genannten Zeitraum den Betrag von 85,6 Millionen Franken bewilligt. Der Kanton Wallis muss sich an diesen Projekten mit mindestens einer äquivalenten Leistung beteiligen.

Das Engagement des Kantons Wallis im Jahre 2003 betrug 11 Millionen Franken. Im Vorjahr betrug dieses 24,2 Millionen Franken. Dieser Rückgang hat verschiedene Gründe, wie z.B. die aktuelle wirtschaftliche Situation, das Moratorium des Bundes bei den Seilbahnen und das Ende der Unterstützung bei der Refinanzierung von Hotelbetrieben. 2003 wurden Zahlungen in der Höhe von 25,2 Millionen Franken ausgerichtet (2002: 39,7 Millionen Franken).

Der Saldo des allgemeinen Infrastrukturfonds von 275 Millionen Franken betrug Ende 2003 unter Einbezug der sich in Bearbeitung befindenden Dossiers 17,5 Millionen Franken. Auf der Basis der bewilligten Darlehen betrug der zu bezahlende Saldo per Ende 2003 24,4 Millionen Franken, gegenüber 38,6 Millionen ein Jahr

zuvor.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über den Stand der Engagements und der Zahlungen der kantonalen IHG-Darlehen sowie eine Aufteilung der Engagements gemäss Geltungsbereich für die Jahre 2000 bis 2003.

Stand IHG-Darlehen am 31.12.2003 (in Mio Franken)

Region	Stand IHG-Darlehen am 31.12.2003 (in Mio Franken)		
	Engagements	bezahlt	Saldo zu bezahlen
Goms	21.5	21.3	0.2
Brig - Aletsch	34.5	33.2	1.3
Visp/Westl. Raron	81.7	77.2	4.5
Leuk	25.5	25.5	0.0
Siders	47.0	46.0	1.0
Sitten	82.3	69.1	13.2
Martinach	75.9	73.0	2.9
Monthey - St-Maurice	34.2	32.9	1.3
Oberwallis	163.2	157.2	6.0
Mittelwallis	129.3	115.1	14.2
Untervalis	110.1	105.9	4.2
Wallis	402.6	378.2	24.4

Engagements 2000 bis 2003

Geltungsbereich	2000	2001	2002	2003
Land- und Forstwirtschaft	0.2	0.1	0.1	-
Industrie, Handwerk	2.6	2.3	1.0	0.2
Hotellerie				
- Hotelneubau	2.0	0.0	0.9	1.0
- Hotelrenovation	4.0	2.6	3.7	0.9
- Hotelkauf mit Renovation	4.0	0.6	1.2	0.5
- Hotelrefinanzierung	7.0	5.4	7.2	1.7
Einfache Unterkünfte	1.4	3.1	1.5	0.2
Tourismus	1.1	0.8	2.7	0.0*
Seilbahnen	4.5	5.2	0.4	0.0*
Gesundheits- und Sozialwesen	0.1	0.4	0.5	0.7
Bildung	2.6	3.8	0.6	1.0
Kultur, Sport und Freizeit	3.2	5.8	3.2	3.6
Energie, Transport, Fernmeldewesen	1.1	4.9	1.1	0.5
Öffentliche Arbeiten	2.9	0.9	0.1	0.6
Übrige	0.1	0.3	0.0	0.1
Total	36.8	36.2	24.2	11.0

*aufgrund des Moratoriums des Bundes keine Engagements im 2003

Risikoverwaltung bei IHG-Darlehen

Die IHG-Darlehen für die Basisinfrastruktur wurden an Municipal- und Bürgergemeinden gewährt. Da diese Darlehen durch Bürgschaften dieser öffentlich-rechtlichen Körperschaften sichergestellt waren, bestand für diese Darlehen kein Verlustrisiko. Mit der Neuorientierung der Regionalpolitik, was eine Verschiebung der Schwerpunkte in Richtung von Projekten der Entwicklungsinfrastruktur und der Hotellerie mit sich brachte, wurden die kantonalen IHG-Darlehen vermehrt an Private und privatrechtliche Gesellschaften gewährt. Dadurch erhöhten sich für den

Kanton auch die Verlustrisiken. Für die Abschätzung der notwendigen Rückstellungen wurde im 2. Semester 2003 mit der Erarbeitung einer detaillierten Studie begonnen, die die Risiken eines jeden Dossiers bestimmt. Diese Angaben liegen bis Ende März 2004 vor.

Regio Plus

Seit dem 1. August 1997 ist Regio Plus, ein Impulsprogramm des Bundes zur Unterstützung des Strukturwandels im ländlichen Raum, in Kraft. In dem auf 10 Jahre befristeten Programm stehen insgesamt 70 Millionen Franken zur Verfügung. Das Wallis ist darin sehr aktiv, bis heute hat der Bund 23 Walliser Projekte unterstützt, 2 davon im 2003. 4 weitere Gesuche wurden beim seco eingereicht und sind dort in Bearbeitung.

Unterstützung von innovativen Projekten

Der Kanton Wallis unterstützt aber auch Projekte, die neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung schaffen und ohne diese Hilfe nicht realisiert werden könnten. Dazu setzt er à fonds perdu-Beträge ein oder er kann Mietzinsvergünstigungen für Industrieimmobilien oder -land gewähren.

Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

National- und Ständerat haben für die Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Berggebieten für 2003 einen Kredit in der Höhe von 10 Millionen Franken bewilligt. Das Bundesamt für Wohnungswesen hat dem Kanton Wallis davon 1,3 Millionen Franken zugeteilt, was einem Anteil von 13% entspricht. Mittels Bundes- und Kantonshilfe konnten im Jahre 2003 insgesamt 42 Projekte unterstützt werden, die ein Investitionsvolumen von 9,5 Millionen Franken auslösten. Der Anteil des Bundes für 2003 beträgt 1 Million Franken, der Kanton hat sich mit 0,5 Million Franken daran beteiligt (gemäss den gültigen kantonalen Bestimmungen beträgt der Kantonsanteil in der Regel die Hälfte der Beteiligung des Bundes).

Aufgrund der Diskussionen betreffend die Neugestaltung des Finanzausgleichs wurde das Gesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten dahingehend angepasst, dass die auf der Basis des aktuell geltenden Gesetzes gewährten Hilfen bis zum 31. Dezember 2005 ausbezahlt werden können.

Wohnbau- und Eigentumsförderung

Der Bund hat die Hilfe zur Wohnbau- und Eigentumsförderung ab dem 1. Januar 2002 aufgrund fehlender finanzieller Mittel gestrichen. Der Kanton Wallis hat beschlossen, auf der Grundlage des kantonalen Gesetzes zur Wohnbauförderung aus dem Jahre 1988 den Betrag von 200'000 Franken für die Jahre 2002 und 2003 zur Verfügung zu stellen. Der für 2003 zur Verfügung stehende Betrag war dabei bereits im Juni aufgebraucht, so dass diverse Gesuche erst im 2004 behandelt werden können (73 Gesuche konnten 2003 unterstützt werden).

Total wurde 2003 für sämtliche laufenden Dossiers (2960) 4,9 Millionen Franken ausbezahlt (2002: 5,8 Millionen Franken). Dieser Rückgang der Zahlungen wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, da die Frist zur Unterstützung nach 10 Jahren abläuft.

Der Staatsrat hat im Jahre 2002 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Bedürfnisse in der Wohnbauförderung abklärt und daraus ableitend Vorschläge für eine neue kantonale Politik in die-

sem Bereich erarbeiten sollte. Der Bericht der Arbeitsgruppe liegt seit Februar 2003 vor, konnte aber dem Staatsrat noch nicht unterbreitet werden, da die vorgeschlagenen Massnahmen nur im Zusammenhang mit dem neuen Bundesgesetz für die Wohnbauförderung betrachtet werden können. Dieses neue Bundesgesetz ist seit dem 1. Oktober 2003 in Kraft. Da beide Kammern die vom Bundesrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen angenommen haben, wurde das Gesetz seiner Substanz beraubt denn die Mittel wurden bis Ende 2008 blockiert.

Vor dem Hintergrund des Rückzugs des Bundes muss der Kanton Wallis einen Grundsatzentscheid fällen, ob er sich weiterhin in der Wohnbauförderung für Haushalte mit bescheidenem Einkommen engagieren will oder nicht.



DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT

FÜR DAS JAHR 2003



**DEPARTEMENTCHEF: JEAN-JACQUES REY-BELLET
STELLVERTRETER: THOMAS BURGNER**



EINLEITUNG

Im Jahre 2003 hat sich der Himmel in drei grossen Tätigkeitsbereichen des Departements verdüstert. Wie es leider in einer schwierigen Finanzlage beinahe stets der Fall ist, kündigen sich die Sparmassnahmen des Bundes als eine schwere Bürde für die schwächsten Regionen an: sie gefährden den Abschluss und die Sicherung unseres Strassennetzes, die Ausgewogenheit des öffentlichen Verkehrs und die Wirksamkeit der Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren inklusiv die Waldpflege. Kommen wir nun zu dem was dieses Jahr konkret für das DVBU war.

Auf gesetzgeberischer Ebene ist die Referendumsfrist betreffend das Baugesetz am 27. Dezember abgelaufen, ohne das sie benutzt wurde, so dass die Bauverordnung im Jahre 2004 dem Grossen Rat unterbreitet werden kann. Was das Gesetz über den Wasserbau angeht, so wurden infolge der in der ersten Lesung angebrachten Bemerkungen Textanpassungen vorgenommen und im Jahre 2004 wird eine zusätzliche engere Vernehmlassung eingeleitet.

Im Verkehrsbereich erfolgten die Verbindungen zwischen den Angriffspunkten der beiden AlpTransit Lötschberg-Tunnels und das Verwirklichungsprogramm wird im Hinblick auf eine Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel von 2007 eingehalten. Der Bahnhof Visp wurde öffentlich aufgelegt und was die Zufahrtsgleise betrifft, konnte zwischen Raron und Brig/Naters eine Verstärkung der Lärmschutzmassnahmen erlangt werden. Die Doppelspur Salgesch – Leuk kommt normal voran, damit sie im November 2004 in Betrieb gesetzt werden kann. Die Arbeiten für die Anpassung der beiden Röhren des Simplontunnels an das europäische Lichtraumprofil sind abgeschlossen.

In Bezug auf die Autobahnen wurde das Ausführungsprojekt des Abschnitts Steg – Gampel Ost – Brig – Glis, Teilstück Visp West – Visp Ost mit Ausnahme des Anschlusses Visp West genehmigt und es wurden betreffend dieses Teilstück 9 Aufträge vergeben (mehrere Beschwerden betreffend die Tunnel-Mandate sind hängig).

Im Bereich der Kantonsstrassen ist es angebracht, die Eröffnung für den Verkehr der Rhonebrücke Visp – Baltschieder auf der provisorischen Entlastungsstrasse der T9 in Visp, die Eröffnung der Bogenbrücke von Prolin (Lawinenschutzbauwerk) auf der Strasse Vex – Hérémece – Motôt, die Inbetriebnahme der Umfahrung von Monthey und Collombey aber auch der Einsturz der Galerie de la Monnaie auf der Strasse zum Grosse St. Bernhard und die Reaktivierung des Rutschgebietes von Montagnon hervorzuheben. Diese beiden letzten Ereignisse erforderten den sofortigen Einsatz von bedeutenden logistischen Mitteln.

Im Zusammenhang mit dem generellen Projekt der 3. Rhonekorrektur ist die Erstellung der Grundlagen des Sachplans, die Bildung des Projektleitungsrates, der Beginn der Grundstückkäufe, die Erstellung der Pflichtenhefte und Ausschreibungen für die Studien betreffend die drei prioritären Massnahmen von Visp, Fully und Chippis, die Vergabe des Auftrages betreffend den Sektor Visp, die Erarbeitung der neuen Richtlinie für den Unterhalt der Rhoneufer und des dringlichen Interventionsplans zu vermerken.

Im Hochbaubereich wurde die Verantwortung der Gebäudeverwaltung von der Finanzverwaltung auf die Dienststelle für Hochbau übertragen. Das Budget ermöglichte, den Wertverlust der Gebäude auf 1% zu beschränken, so dass der aktuelle Wert / Neuwert-Index von 79% auf 78% zurückging. Was die Unterrichtsgebäude betrifft, wurde die Fachhochschule Siders eröffnet und wurden die Bauarbeiten am Kollegium weitergeführt.

Im Bereich der Verwaltungsgebäude wurden die Ausbaurbeiten der Gebäude an der Place du Midi und der Rue des Mayennets wieder aufgenommen.

Im Umweltbereich war 2003 das Jahr des Süsswassers, das auf kantonaler und interkantonaler Ebene durch zahlreiche Aktionen und Zusammenarbeit gekennzeichnet war. Unter den vielen ordentlichen Aufgaben sind folgende Aktionen zu vermerken: die Einrichtung eines Koordinations- und Informationsbüros für die Verfahren der Strassensanierung und der Zuteilung der Empfindlichkeitsstufen für Bauzonen, die Herausgabe des hydrogeologischen Jahrbuches für das Grundwasser, die Nachführung der Koordinationsblätter des kantonalen Richtplans betreffend die Trinkwasserversorgung und die Grundwasserschutzzonen sowie die Erstellung des Altlasten-Katasters des Kantons.

Die Waldpflege stellt ein jährliches Arbeitsvolumen von mehr als 20 Millionen dar, wovon 13 Millionen vom Bund und 4 Millionen vom Kanton ausbezahlt werden. Ab 2006 ist eine Senkung der Bundesleistungen von ca. 2,5 Millionen zu erwarten, was einem Arbeitsvolumen von 4 Millionen entspricht.

Auf dem Gebiet der Naturgefahren erstellt der Kanton jedes Jahr Schutzbauten für 20 Millionen Franken, wovon 14 Millionen durch den Bund und 3 Millionen durch den Kanton gedeckt werden. Die erwogenen Kürzungen betragen ca. 3 Millionen Franken, was eine jährliche Senkung des Arbeitsvolumens von 4,5 Millionen ergibt.

Die Budgetkürzungen bewirken eine Abnahme der jährlich behandelten Waldflächen von ca. 20% und einen Rückstand im kantonalen Programm für den Schutz gegen Naturkatastrophen.

Letztendlich hat sich das kantonale Laboratorium nach wie vor tatkräftig weiter eingesetzt, um den Schutz der Bevölkerung gegen gefährliche Stoffe, insbesondere im Lebensmittelbereich, sicherzustellen; was die Weinlesekontrollen 2002 angeht, so betrafen sie die kleinste Ernte seit 30 Jahren. Die Qualität ist aber sichergestellt, so dass wir mit einer optimistischeren Note als eingangs dieser Einleitung schliessen dürfen.

**Der Vorsteher des Departementes
für Verkehr, Bau und Umwelt**

Jean-Jacques Rey-Bellet

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	17.80
Dienststelle für Verkehrsfragen	7.00
Luftseilbahn Riddes-Iséribles	6.00
verwaltete Luftseilbahnen	24.00
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	432.20
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	25.08
Dienststelle für Wald und Landschaft	21.00
Dienststelle für Umweltschutz	27.60
Kantonales Laboratorium	16.30

GESETZGEBUNG

Baugesetz und Bauverordnung (Teilrevision). Das Gesetz wurde am 4. September vom Grossen Rat verabschiedet und die Referendumsfrist ist am 27. Dezember abgelaufen, ohne dass das Referendum ergriffen wurde. Die Verordnung wird dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreitet, damit die neuen Bestimmungen im Juni 2004 in Kraft treten können.

Gesetz über den Wasserbau. Nach der ersten Vernehmlassung erfolgten Textanpassungen und im Jahre 2004 wird eine neue engere Vernehmlassung vorgenommen.

MOTIONEN UND POSTULATE

- 5.102 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Vincent Grenon und Konsorten betreffend die Bergstrasse „Riddes – Les Mayens de Riddes“ (07.02.2000).
Die Installation der Beleuchtung in den zu den „Mayens-de-Riddes“ führenden Tunnels wird fortgesetzt. Nach Installation im Jahre 2002 der Beleuchtung in dem unterhalb der Abzweigung von Rosselin gelegenen Tunnel von „Les Combes“ wurde im Jahre 2003 der oberhalb dieser Abzweigung gelegene Tunnel ausgerüstet. Die Beleuchtung eines dritten eingangs von „Les Mayens-de-Riddes“ gelegenen Tunnels wird für das Jahr 2004 vorgesehen.
- 5.112 Postulat von Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher (Suppl.) und der HH. Grossräte Werner Salzmann (Suppl.), Richard Kalbermatter und Norbert Brenner betreffend die Integration des Lärms in das kantonale Luftforum (10.02.2000).
Die Ad-hoc-Arbeitsgruppen betreffend die Lärm-bekämpfung wurden entsprechend den prioritär zu behandelnden Anlagearten bestimmt. Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe geschaffen, die beauftragt wird, betreffend die Strassenlärmsanierung Vorschläge zu machen; Diese besteht aus Vertretern der betroffenen kantonalen Dienststellen sowie einem Vertreter der kommunalen technischen Dienste. Die Lärmproblematik des Flughafens Sitten ihrerseits wird durch die Bundesverantwortlichen des Dossiers sowie die Vertreter der betroffenen kantonalen Dienststellen und der Standortgemeinde behandelt.
- 5.121 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Vincent Grenon und Konsorten betreffend die Leitplanken: eine Verlockung für die Motorradfahrer (26.06.2000).
Gewisse Kurven auf den Alpenstrassen des Grossen St-Bernard oberhalb von Orsières und der Furka oberhalb von Gletsch wurden im Jahre 2002 versuchsweise mit Doppelleitplanken versehen.

Seit Anbringen dieser Doppelleitplanken wurde an den ausgerüsteten Stellen kein schwerwiegender Unfall verzeichnet.

Dagegen wird die Schneeräumung angesichts der Auffüllung des Freiraums bis zur Bankette erschwert.

- 5.125 Motion von Frau Grossrätin Edith Nanzer-Hutter, und den HH. Grossräten Edgar Salzmann und Ambros Ritz betreffend die Umfahrungsstrasse Naters – Blatten – Birgisch – Mund (28.06.2000).
Das Ingenieurmandat für die Sanierung der Strasse nach Blatten wurde am 13. März 2003 vergeben. Das beauftragte Ingenieurkonsortium hat auf der Stufe des Vorprojektes verschiedene Massnahmen untersucht. Im Herbst 2003 wurden provisorische Massnahmen auf der Strasse getestet. Diese Testreihe wird im Frühjahr 2004 fortgesetzt. Aufgrund der Ergebnisse wird dann ein Projekt für die öffentliche Ausschreibung erarbeitet.
- 5.149 Postulat von Hrn. Grossrat Markus Truffer und Konsorten betreffend die weitere Sanierung der Strasse von St. Niklaus nach Grächen (16.05.2001).
Am 5. Februar 2003 wurde das Ingenieurmandat vergeben. Ein Vorprojekt wurde erarbeitet und am 11.11.2003 eingereicht. Das Projekt für die öffentliche Auflage wurde lanciert und wird im März 2004 den Gemeinden unterbreitet, damit im Laufe des Sommers 2004 für das erste Teilstück von 1975 m das Ausschreibungsverfahren weitergeführt werden kann.
- 5.155 Postulat von Hrn. Grossrat Konrad Martig und Konsorten betreffend den Not-Autoverlad am Simplon (26.06.2001).
Die Studie einer Lösung betreffend den kombinierten Pendelzug für Bahnreisende und den begleiteten Autoverlad zwischen Brig und Iselle wurde in Absprache mit dem Bund, dem Kanton, dem BAV und der BLS erarbeitet. Eine Vereinbarung wurde ebenfalls mit der Provinz Verbano – Cusio – Ossola ausgearbeitet. Auf diesen Grundlagen hat der Staatsrat einen Grundsatzentscheid gefällt (November 2003). Eine Botschaft und ein Beschlussentwurf des Grossen Rates für eine Beschlussfassung des Parlamentes im März 2004 sind in Vorbereitung.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Der Aufgabenbereich der Dienststelle bleibt in etwa gleich wie in den vorigen Jahren. Er umfasst den Baubereich im weiten Sinne, was eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfordert, damit eine einheitliche Anwendung dieser Gesetzgebung gewährleistet werden kann. Der Rechtsdienst bietet ebenfalls sämtlichen Dienststellen des Departementes eine rechtliche Unterstützung an.

Gesetzgebung

Die Arbeitsgruppe, die beauftragt ist, dem Staatsrat einen Text betreffend die Gesamtrevision des Gesetzes über die Wasserläufe vom 6. Juli 1932 zu unterbreiten, hat sich im Jahre 2003 zu insgesamt 5 Sitzungen getroffen. Der für eine neue engere Vernehmlassung bestimmte Text wurde erarbeitet. Die Arbeiten werden im Jahre 2004 weitergeführt.

Das Baugesetz (Aenderung) wurde am 4. September 2003 in zweiter Lesung mit 84 Stimmen gegen 5 und 6 Enthaltungen vom Grossen Rat verabschiedet. Es wurde im September 2003 veröffentlicht. Das Referendum wurde nicht ergriffen. Die Revision der Vollziehungsverordnung ist in Vorbereitung.

Kommissionen

Die Dienststelle ist von Rechts wegen in der **kantonalen Baukommission** vertreten. In diesem Jahr hat sie 24 Sitzungen abgehalten. Zudem wurden zahlreiche Augenscheinverhandlungen durchgeführt.

Die **Uferkommission für den Genfersee** setzt ihre Arbeiten fort. Die Fragen im Zusammenhang mit der Behandlung der laufenden Dossiers betreffend die Benützung des öffentlichen Eigentums im Uferbereich des Genfersees und die Erstellung und Benützung der Ankerbojen auf dem See gehören zu den Hauptaufgaben ihres Zuständigkeitsbereichs.

Die **kantonale Strassensignalisationskommission**, welcher der Adjunkt des Dienstchefs angehört, hat in 47 Sitzungen 1463 Gesuchsdossiers behandelt. Nebst der Behandlung der laufenden Gesuche (Vormeinungen über die Signalisationen, Plakate und diverse Werbetafeln) bilden unter ihren derzeitigen Tätigkeiten folgende Bereiche ihr Hauptanliegen: das Wuchern der „wildern“ Werbung und die am Rande der Kantonsstrassen ohne Bewilligung aufgestellten Plakattafeln.

Uebrigere Verwaltungstätigkeit

Verkauf und Tausch von Liegenschaften im Kantonsgebiet

Im vergangenen Verwaltungsjahr wurden insgesamt 15 Grundstücke verkauft und 16 Sondergebrauchsbewilligungen für die Benützung des öffentlichen Eigentums erteilt. Mehrere Gesuche mussten abgewiesen werden.

Instruktionsorgan

Die Dienststelle ist seit 1990 Instruktionsorgan für Strassen- und Wasserbauprojekte des Kantons und der Gemeinden. Insgesamt wurden 51 Projekte, d.h. 16 im Oberwallis und 35 im Unterwallis vom Staatsrat genehmigt.

In diesem Zusammenhang behandelt die Dienststelle ebenfalls Expropriationsbegehren und verfügt über die Ernennung der entsprechenden Enteignungskommissionen. Seit 1997 ist die Dienststelle ebenfalls Instruktionsorgan für die Plangenehmigungsdossiers im Waldbereich (Rodungs- und Dienstbarkeitsbewilligungen, Strafsentscheide, Waldfeststellungsentscheide, usw.), und beim Umwelt- und Gewässerschutz (Sanierungs- und Erleichterungsverfügungen, - Luft, Lärm, Deponien, Schutz der ober- und unterirdischen Gewässer – ARA, Strafsentscheide). Sie gewährt zudem rechtliche Unterstützung im Zusammenhang mit den Aufgaben des kantonalen Laboratoriums (Giftstoffe und Lebensmittel).

Einsprachen – Beschwerden

Einspracheentscheide

Die Dienststelle hat zu 137 Baudossiers eine Vormeinung abgegeben (Einsprachen).

Beschwerdeantworten

Die Dienststelle vertritt die KBK und das Departement vor dem Staatsrat, dem Kantons- und Bundesgericht. In diesem Zusammenhang wurden 119 Beschwerdeantworten (54 im Oberwallis und 65 im Unterwallis) eingereicht.

KANTONALE BAUKOMMISSION

Im Verwaltungsjahr 2003 wurden 24 Sitzungen abgehalten und 2706 Baudossiers behandelt. Von diesen fielen 874 in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich.

STATISTIK DES KANTONALEN BAUSEKRETARIATES

Total eingereichte Baugesuche	2000	2001	2002	2003
Oberwallis	712	642	641	713
Unterwallis	1621	1688	1747	1993
TOTAL	2333	2330	2388	2706

Kompetenz KBK

Oberwallis	311	316	285	333
Unterwallis	465	456	441	541
TOTAL	776	772	726	874

Erstellte Synthesevormeinungen

Oberwallis	358	326	320	308
Unterwallis	1088	1232	1271	1325
TOTAL	1446	1558	1591	1633

Bewilligte Baugesuche

Oberwallis	165	145	193	150
Unterwallis	292	269	312	318
TOTAL	457	414	505	468

Abgewiesene Gesuche

Oberwallis	14	33	37	26
Unterwallis	56	78	86	62
TOTAL	70	111	123	88

Verschiedene

Gebühren	840'867.45	855'655.45	938'163.20	967'256.–
-----------------	------------	------------	------------	-----------

DIENSTSTELLE FÜR VERKEHRSFRAGEN

PLANUNG / TECHNISCHE KOORDINATION UND INFORMATION

AlpTransit – Lötschberg

90 % des Tunnelsystems und der Röhren sind ausgehoben

Die Verbindungen zwischen den Angriffspunkten von Mitholz und Frutigen erfolgten im Juli 2003 und jene zwischen Raron und Ferden im Oktober 2003. Im Jahre 2004 erfolgt der Abschluss der Ausbrucharbeiten. Während den Jahren 2005 und 2006 sind die Oberbau- und Sicherheitsausrüstungen vorgesehen und im Jahre 2007 werden die Tests vor der kommerziellen Inbetriebnahme vorgenommen, die voraussichtlich auf den Fahrplanwechsel 2007 erfolgen wird.

Bahnhöfe und Zufahrtsgleise südlich des Lötschbergs

Der Bahnhof Visp wurde öffentlich aufgelegt. Die Projektgenehmigung wird unmittelbar erwartet, weil sie sich im Hinblick auf dessen Verwirklichung zur Eröffnung der Lötschberg-Bahntransversale auf dem kritischen Weg befindet. Infolge der öffentlichen Auflage der Lärmschutzeinrichtungen zwischen Raron und Brig/Naters und der Intervention des Staatsrates wurde eine Erweiterung der Lärmschutzmassnahmen festgehalten, die im Jahre 2004 erneut öffentlich aufgelegt werden.

Bahn 2000 2. Etappe : Stagnation/Anschluss an die HGV : Botschaft in Vernehmlassung

Das Projekt Bahn 2000, 2. Etappe, wurde im Jahre 2003 kaum weiterentwickelt. Es wird stark durch die Sparmassnahmen des Bundes bedroht, mit denen sich der Bund im Jahre 2003 befasst hat. Diese riskieren ab 2006 noch verstärkt zu werden. Der Anschluss der West- und Ostschweiz an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz bildete letztendlich Gegenstand einer Vernehmlassung im Jahre 2003 und sollte im Jahre 2004 den Bundeskammern unterbreitet werden. Die Stellungnahme bezüglich dieser Botschaft war Gegenstand einer engen Absprache zwischen den Westschweizer Kantonen, die im November 2003 eine gemeinsame Stellungnahme eingereicht und abgegeben haben. Auf dieser Grundlage und nach dem Beispiel der übrigen Westschweizer Kantone hat das Wallis im Dezember 2003 dazu Stellung genommen.

Doppelspur Salgesch – Leuk der Simplonlinie

Das erste Element dieses Bauprojektes wurde am 10. Oktober 2003 im Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um die neue Haltestelle von Salgesch. Die Inbetriebnahme der Doppelspur Salgesch - Leuk bleibt für November 2004 und die Neugestaltung des Bahnhofs Leuk für 2005 programmiert.

Anpassung des Lichtraumprofils des Simplontunnels

Die während beinahe zehn Jahren geführten Bauarbeiten für die Anpassung der beiden Simplon-Tunnelröhren an das europäische Lichtraumprofil wurden im Herbst 2003 abgeschlossen.

Regionaler Personenverkehr

Im Jahre 2003 wurden folgende Infrastrukturen eingeweiht:

- die Haltestellen von Chamoson und Châteauneuf,
- die Bahnunterführung und die Park + Ride Anlage von Sitten,
- Wiedereröffnung der Haltestelle von St-Léonard mit der Gesamtorganisation des Bus-Regionalverkehrs Sitten - Siders.

Tarifverbund Wallis

Diese Studien betreffend die allfällige Einführung eines Tarifverbundes im Wallis wurden im Jahre 2003 intensiv weitergeführt. Das Ziel bleibt, diese Studien Ende 2004 zum Abschluss zu führen. Die technischen und administrativen Probleme sowie jene der Tarifharmonisierung erweisen sich jedoch bedeutender als vorgesehen.

Investitionsbeschlüsse des Grossen Rates

- Beschluss vom 6. März 2003 betreffend die Sanierung der Bahnübergänge auf der Eisenbahnlinie St-Maurice - St-Gingolph
- Beschluss vom 3. April 2003 betreffend die Finanzierung der Erneuerung des Blocksystems der Eisenbahngesellschaft "Transports de Martigny et Régions SA" (TMR) auf der Bahnlinie Martinach - Châtelard/Grenze
- Beschluss vom 9. Mai 2003 betreffend die Finanzierung des Totalumbaus der Strecke Zumdorf-Richleren der Eisenbahngesellschaft der Furka Oberalp Bahn (FO)
- Beschluss vom 9. Oktober 2003 betreffend die Finanzierung am Top Terminal Täsch der Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG (MGBI)
- Beschluss vom 6. November 2003 betreffend die Finanzierung der Renovation von einem historischen Schiff, die Anschaffung von zwei Kleinschiffen sowie die Sanierung von einem Teil der Schiffswerft und der Büroräumlichkeiten der CGN
- Beschluss vom 3. Dezember 2003 betreffend die Umwandlung von einem bedingt rückzahlbaren Darlehen in Eigenkapital der Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG (MGBI) (vormals Furka Oberalp Bahn AG, FO).

TECHNISCHE BEWIRTSCHAFTUNG DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Eisenbahnprojekte

Nach der öffentlichen Ausschreibung, der Vernehmlassung und der Vormeinung des Kantons sind im Jahr 2003 im Wallis elf Eisenbahnausbauprojekte vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und vom Bundesamt für Verkehr (BAV) genehmigt worden. Es handelt sich um folgende Projekte:

- BLS AT AG
 - Lötschberg-Basislinie :
 - Projektänderung 2002
Installationsplatz Bahntechnik Eya - Raron / Gemeinden Raron und Baltschieder
 - Projektänderung 2003
Vorportalzone Steg (Teilgenehmigung) / Gemeinden Steg, Hochtenn und Niedergesteln
- SBB
 - Eröffnung der Personenunterführung und der P+R-Anlage im Süden des Bahnhofs Sitten / Gemeinde Sitten
 - Erneuerung gemäss Konzept RV05 und Wiedereröffnung der Haltestelle von St-Léonard / Gemeinden St-Léonard und Sitten
 - Neue SBB Doppelspur Salgesch – Leuk : Erneuerung der Haltestelle von Salgesch / Gemeinde Salgesch
- BLS
 - Verbesserung der Selbstrettung im Lötschberg-Scheiteltunnel / Gemeinde Ferden
- MGB
 - Bau des Topterminal Täsch (Bahnhof + Parking) und Ausbau der Schafgrabengalerie / Gemeinden Täsch und Zermatt
 - Sanierung Wildbachbrücke / Gemeinde Blitzingen
 - Erneuerung der Strecke : Totalumbau Reckingen – Münster / Gemeinde Reckingen
- GGB
 - Ersatzbau Station Riffelalp / Gemeinde Zermatt
 - Sanierung Perron Nord Station Riffelalp und Kurve km 4,4 (erste Etappe)

Transportrechte gemäss der Verordnung über die Personenbeförderungskonzession (VPK) vom 25.11.1998

Bilanz für das Jahr 2003:

Konzessionen

- 7 Konzessionserweiterungen
- 9 Konzessionserneuerungen

Kantonale Bewilligungen

- 5 Bewilligungen

SEILBAHNEN

Touristische Anlagen

Die nachstehenden Tabellen zeigen :

A den Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 2003 oder der laufenden Genehmigungen Ende 2003,

B die Liste der 2003 in Betrieb gesetzten Anlagen,

C das umfassende Verzeichnis der Seilbahnen im Wallis.

A Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 2003 oder der laufenden Genehmigungen Ende 2003

A Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 2003 oder der laufenden Genehmigungen Ende 2003

P = Pendelbahn
UK = Gondelbahn
US = Sesselbahn

Erteilte Konzessionen
und Bewilligungen

Laufende Konzessions-
und Bewilligungsgesuche

Eidg. Konzessionen	Erteilte Konzessionen und Bewilligungen				Laufende Konzessions- und Bewilligungsgesuche			
	P	UK	US	Total	P	UK	US	Total
Konzessionserneuerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Abänderung oder Ersatz einer bestehenden Anlage	-	-	2	2	-	-	8	8
Neue Anlage	-	-	-	-	-	-	1	1
Total eidg. Konzessionen	-	-	2	2	-	-	9	9
Kantonale Bewilligungen (Skilifte)				Total				Total
Ersatz / Umbau				4				1
Neue Anlage				2				-
Total Skilifte				6				1
Gesamttotal				8				10

B 2003 in Betrieb gesetzte Anlagen

Eidgenössische Konzessionen

2003 wurden eine Gondelbahn und drei Sesselbahnen in Betrieb gesetzt.

- **Gondelbahn**
.. Gandegg – Hockenhornglat (15 Plätze) in Wiler: neue Anlage und Skigebietsergänzung
- **Sesselbahnen**
.. Riffelberg – Gifhittli (6 Plätze, kuppelbar), in Zermatt : Ersatz von zwei Skiliften
.. Trockener Steg – Furggsattel (6 Plätze, kuppelbar), in Zermatt : Ersatz eines Gletscherliftes
.. Bettmeralp – Wurzenbord (4 Plätze, kuppelbar) in Bettmeralp: Ersatz eines Skiliftes

Kantonale Bewilligungen

2003 sind sechs Skilifte in Betrieb gesetzt worden.

- **Skilifte**
Bossons in Châtel (Frankreich) teilweise in Collombe-Muraz : neue Anlage
Télécorde Arnouvaz in Crans-Montana : Ersatz eines Skiliftes
Gandegg in Zermatt : Ersatz von zwei Gletscherliften
Märwig – Gandegg in Wiler : Verlängerung einer bestehenden Anlage
Interski 2003 in Crans-Montana : temporäre Anlage für eine sportliche Veranstaltung
- **Seilbahn**
.. Gemmi – Daubensee (8 Plätze) in Leukerbad : Ersatz einer Sesselbahn

C Verzeichnis der in Betrieb stehenden Seilbahnen

Anlage mit eidg. Konzession	2002	2003
Standseilbahnen	5	5
Pendelbahnen	41	40
Gondelbahnen	45	44
Sesselbahnen mit festen Klemmen	75	69
Sesselbahnen mit kuppelbaren Klemmen	28	31
Total mit eidg. Konzession	194	189
Anlage ohne eidg. Konzession	2002	2003
Pendelbahnen	23	25
Schrägaufzüge	22	21
Skilifte	296	278
Kleinskilifte	116	122
Total ohne eidg. Konzession	457	446
Gesamttotal	651	635

LUFTFAHRTHINDERNISSE

2003 wurden 26 neue Luftfahrthindernisse aufgenommen:

- Seile 16
- verschiedenes (Hochkammine, Krane usw.) 10

15 bestehende Luftfahrthindernisse wurden beseitigt, wovon 12 Seile.

ADMINISTRATIVE UND FINANZIELLE VERWALTUNG DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Regionalverkehr

Finanzierung

Bund und Kanton gelten den Transportunternehmungen die laut Planrechnung ungedeckten Kosten des von ihnen gemeinsam bestellten Verkehrsangebotes gemäss Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG), revidiert am 24.03.1995 und 20.03.1998 und gemäss dem kantonalen Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV) vom 28.09.1998 ab.

Die ungedeckten Kosten des gesamten kantonalen Regionalverkehrs betragen für das Jahr 2003 Fr. 115,7 Millionen. (inklusive den Anteil des Bundes). Sie werden zwischen den öffentlichen Gemeinwesen, die dessen Finanzierung gewährleisten, wie folgt aufgeteilt:

2003	%
Bund	89
Kanton	6,6
Gemeinden	4,4

Pro Transportart verteilen sich die im Jahre 2003 überwiesenen kantonalen Beiträge (inkl. die kommunalen Anteile) wie folgt:

	Bund	Kanton und Gemeinden
- Eisenbahnen	62,0 Millionen	Fr. 7,7 Millionen
- Autobuslinien	32,7 Millionen	Fr. 4,3 Millionen
- Luftseilbahnen	6,3 Millionen	Fr. 2,7 Millionen

Agglomerationsverkehr

Das EBG schliesst diesen Verkehr, der von lokalem Interesse ist, von der Bundessubventionierung aus.

Demnach werden die durch die Transportunternehmen in den Agglomerationen erbrachten Leistungen gemäss Art. 11 Abs. 1c des GöV abgegolten, d.h. durch den Kanton (15%) und durch die Regionsgemeinden (15%).

Die hierfür ausbezahlten Subventionsbeträge 2003 (inkl. die kommunalen Anteile, die den Gemeinden durch den Kanton fakturiert werden) betragen Fr. 975'945.-.

Investitionshilfen

Der kantonale Anteil an der Finanzierung der Investitionsprogramme der Bahngesellschaften und Luftseilbahnen beträgt 2003 Fr. 4,2 Millionen.

Luft- und Schifffahrt

Gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 28.09.1998 über den öffentlichen Verkehr beteiligt sich der Kanton an den Betriebskosten des regionalen Flughafens Sitten. Für das Jahr 2003 beträgt diese Beteiligung Fr. 408'357.-.

Das Defizit der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Genfersee (CGN) wird durch die 3 Nachbarkantone Waadt, Genf und Wallis gedeckt; der Anteil des Kantons Wallis (6.53%) beträgt für das Jahr 2003 Fr. 384'732.-.

Luftseilbahn Riddes - Isérables

Verkehrsstistik	2001	2002	2003
Anzahl beförderte Personen	62'551	62'726	56'299
beförderte Güter (in Tonnen)	462	409	331

Erhaltene Abgeltung 2003 für den regionalen Personenverkehr (Bund, Kanton und Gemeinden): Fr. 551'100.-.

Vom Kanton verwaltete Luftseilbahnen

Erhaltene Abgeltung 2003 für den regionalen Personenverkehr:
 - vom Bund Fr. 1'733'263.-
 - von Kanton und Gemeinden Fr. 481'637.-
Total Fr. 2'143'900.-

Verkehrsstistik

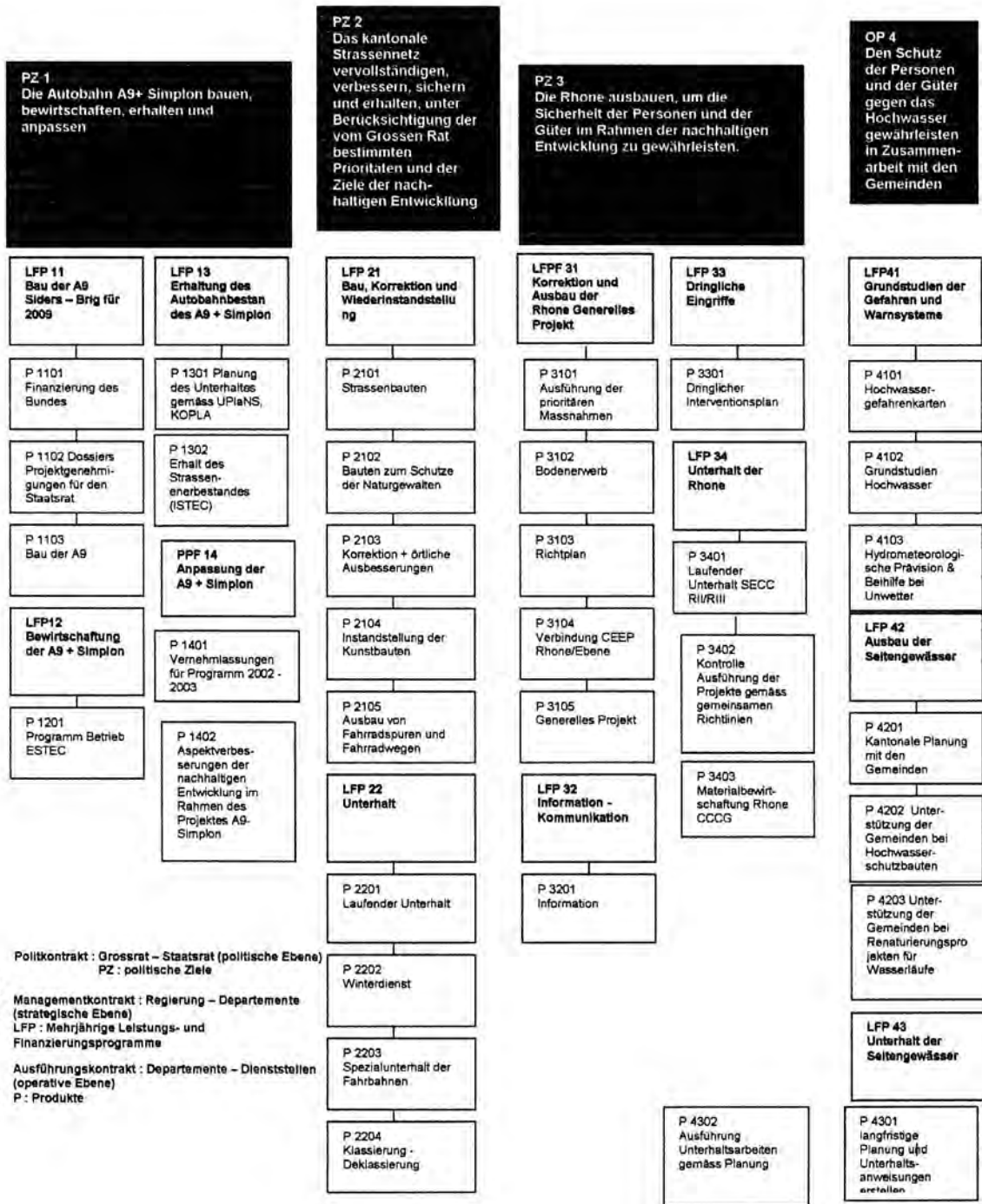
Anzahl beförderte Personen	2001	2002	2003
Dorénaz - Alesse - Champex	23'446	20'795	19'753
Gampel - Jeizinen	52'720	48'285	55'792
Turtmann - Oberems	46'220	48'504	52'757
Raron - Eischöll	54'421	52'594	53'014
Fürgangen - Bellwald	46'773	44'013	46'937
Stalden - Staldenried - Gspon	132'218	123'102	162'566

Gütertransport (in Tonnen)	2001	2002	2003
Dorénaz - Alesse - Champex	5	5	5
Gampel - Jeizinen	77	67	75
Turtmann - Oberems	21	18	8
Raron - Eischöll	62	72	74
Fürgangen - Bellwald	49	45	49
Stalden - Staldenried - Gspon	263	193	252

DIENSTSTELLE FÜR STRASSEN- UND FLUSSBAU

Die Dienststelle für Strassen- und Flussbau ist eine Piloteinheit. Sie ist beauftragt, im Zusammenhang des Vorhabens der neuen wirkungsorientierten Verwaltungsführung mit dem Departement für

Verkehr, Bau und Umwelt die im verbindlichen Ausführungs-kontrakt festgesetzten Aufgaben auszuführen. Diese Aufgaben, die in Form von Produkten definiert werden, werden in nachstehender Tabelle beschrieben. Der Ausführungszeitplan wird im Vier-jahresplan 2002 – 2005 festgelegt.



OP1 BAUEN, BEWIRTSCHAFTUNG, ERHALTUNG UND ANPASSUNG DER NATIONALSTRASSE A9 + SIMPLON

Bau

Der Bau der A9 von Siders nach Brig wird mit einem Bundessubventionsansatz von 96% fortgesetzt.

Im Juli 2003 hat der Bundesrat das 7. langfristige Bauprogramm für die Nationalstrassen in Kraft gesetzt. Dieses Programm sieht die Vollendung der Autobahn im Wallis für den Abschnitt Gampel-Brig für das Jahr 2012 und für den Abschnitt Siders – Gampel für das Jahr 2014 vor ; dies mit einer etappierten Inbetriebnahme der fertiggestellten Teilstücke und unter Vorbehalt von neuen Budgeteinschränkungen. Vorrang hat die Umfahrung von Visp sowie der Abschluss der laufenden Arbeiten auf der T9 zwischen Siders und Leuk.

Die Hauptrealisierungen im Jahre 2003 waren folgende:

- Die Genehmigung am 10.03.2003 durch das UVEK des Ausführungsprojektes des Abschnittes Visp Ost – Visp West mit Ausnahme des Anschlusses Visp Ost, welches am 17.03.2003 Gegenstand einer zusätzlichen öffentlichen Auflage bildete.
- Die Vergabe der Hauptmandate für den Abschnitt Visp Ost – Visp West (4 Beschwerden noch hängig) ;
- Die Vergabe der Arbeiten des Tunnels von Riedberg beim Bahnhof von Gampel (Beschwerde durch Kantonsgericht abgelehnt).
- Der Beginn der Erdarbeiten des Kreisels von Siders Ost und der Kompensationsmassnahmen von Pfy.

Unterhalt

Die Unterhalts- und Bewirtschaftungsarbeiten wurden gemäss den allgemeinen Sicherheitszielen, der Dauerhaftigkeit der Bauwerke und in Berücksichtigung der Umwelt fortgesetzt.

Der laufende Unterhalt (Bewirtschaftung) der Nationalstrassen - A9 in der Talebene und A9 Simplon erfolgte erneut ohne grössere Schwierigkeiten. Die ordentlichen im Budget vorgesehenen Kredite haben es ermöglicht, die Aufgaben zufriedenstellend zu bewältigen. Ein nicht zu schwerwiegender Winterdienst in Sachen Schneeräumung, jedoch ziemlich schwerwiegend in Sachen Salzstreuung auf dem Gebiet « Strassenunterhalt » hat es ermöglicht, das Geschäftsjahr ohne Zusatzkredite abzuschliessen. Die Gesamtheit der Tätigkeiten des laufenden Unterhalts auf den Nationalstrassen wird aufgrund einer dem ASTRA zur Genehmigung vorgelegten Betriebsbuchhaltung zu 91% (ab dem 1.01.03) vom Bund subventioniert.

Es stehen vier Werkhöfe in Betrieb : Indivis und Siders für die 57.6 km lange Autobahn von St-Maurice nach Sierre Ost, Brig für die 3 km Autobahn in der Talebene und für den 20.9 km langen Nordteil des Simplons und Simplon-Dorf für die 21.4 km lange Autobahn A9 des Simplons-Süd. Von den 133.8 km im Wallis geplanten Autobahnkilometer der N9 stehen 104.8 km im Betrieb, davon verlaufen 7'463 m in Tunnels. Im Rahmen der Ausführungskonzepte für die Unterhaltsmassnahmen hat das ASTRA im Jahre 1998 für das Autobahnnetz in der Ebene den Begriff "Benchmarking" eingeführt. Dieser Begriff ermöglicht Bewirtschaftungsindexe zu erhalten und vergleichsweise die bestmöglichen Bewirtschaftungsmethoden nachzusehen.

Übersicht der Hauptbewirtschaftungskosten = Betrag pro KmF (Virtueller km, d.h. der die Nebenanlagen-Zufahrten, Rastplätze, usw. berücksichtigt) mit Vergleich der mittleren Schweizer Werte (Betriebsindexe) : siehe beiliegende Tabelle:

Die Wintersicherheit wird auf dem Strassennetz in der Talebene mit eigenen Mitteln und am Simplon unter Mithilfe von 4 konzessionierten Unternehmungen bestritten. Im Jahre 2003 wurden auf der Nationalstrasse A9 Brig/Simplon 623 Tonnen Salz und auf der Autobahn St-Maurice – Siders/Ost 800 Tonnen verbraucht. Die Simplon-Achse wurde 29-mal im Jahre 2003, hievon 2-mal im

Oktober, 6-mal im November und 9-mal im Dezember für die Lastwagen mit Anhänger und Sattelschlepper gesperrt. Die besonderen Massnahmen (Ausbau von Stauzonen) werden auf den Verkehrsachsen des Grosse-St.Bernard und des Simplons aufrechterhalten. Eine Studie mit den Titel "Bewirtschaftung des Schwerverkehrs über die Alpenpässe" wurde durch das ASTRA genehmigt. Deren Realisierung sollte 2004/2005 eintreten und bezweckt eine bessere Verkehrssicherheit ; dies mit der Organisation des Verkehrsflusses über die Alpenstrassen.

Ausrüstung

Das Fahrzeuginventar, Baumaschinen, Arbeitsgeräte des Unterhaltes wird jährlich nachgeführt. Die Angabe des Finanzwertes für 2003 für den Unterhalt der NS beträgt Fr. 15'447'542.— für die 32 leichten Fahrzeuge, 31 schweren Lastwagen, 31 Schneepflüge, 20 Salzstreuer sowie verschiedenen Maschinen und Geräte.

Dieser Finanzwert dient zur Berechnung der jährlich notwendigen Investitionen für die Erneuerung des Bestandes gemäss einem Amortisierungsansatz, welcher der Lebensdauer der Fahrzeuge und Maschinen angepasst ist.

OP2 ERGAENZUNG, VERBESSERUNG, SICHERUNG UND AUFRECHTERHALTUNG DES KANTONALEN STRASSENNETZES IN BERUECKSICHTIGUNG DER DURCH DEN GROSSEN RAT FUER EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DEFINIERTEN ZIELE

Die im Jahre 2003 auf dem kantonalen Strassennetz vorgenommenen wichtigsten Projekte und Arbeiten (Schweizer Hauptstrassen und Kantonsstrassen) werden auf den schematischen Karten aufgeführt und illustriert.

Die Aufrechterhaltung der Qualität des kantonalen Strassennetzes, welches stets mehr den Belastungen des Schwerverkehrs ausgesetzt ist, benötigt umfassende Unterhaltsarbeiten. Die heutigen Budgetdotierungen erweisen sich als unzureichend, um den Bedürfnissen entsprechen zu können und die auf dem bestehenden Strassennetz vorgenommenen Unterhaltsarbeiten müssen sich demnach auf den am stärksten betroffenen Teilstücken auf örtliche Wiederinstandstellungsarbeiten beschränken.

Die im Jahre 2003 vorgenommenen örtlichen Verbesserungen und verschiedenen Anpassungen erfolgten im Sinne der prioritären Ziele der Sicherheit, der Verkehrsflüssigkeit, des Benutzerkomforts, der Verringerung der Belästigungen und insbesondere des Lärmschutzes.

Die Vorstösse betreffend die Klassierungsgesuche durch den Bund der Strassen von nationaler Bedeutung wurden im generellen Rahmen der laufenden Erarbeitung des Strassensachplans und im weiteren Sinne der Verkehrsachtplans weitergeführt. Jeder Entscheid auf Bundesebene ist ebenfalls vom Inhalt des neuen Finanzausgleichs abhängig, welcher der Volksabstimmung unterbreitet werden wird.

Unterwallis

Der Höhepunkt im Jahre 2003 für die Sektion Unterwallis stellte die **Inbetriebnahme der Talstrasse (H201)**, d.h. die 3.5 km lange **Umfahrung von Monthey und von Collombey** dar. Diese im September 1997 begonnene Umfahrung wurde am 18. November 2003 eingeweiht. Der endgültige Kostenpunkt dieses auf 114 Millionen veranschlagten Bauwerkes beläuft sich auf annähernd 128 Millionen. Die Differenz ist ausschliesslich auf die offizielle Teuerung zurückzuführen. Die Besonderheit dieser Umfahrung besteht im Sicherheitskonzept des Tunnels von Collombey, welches während dessen Arbeitsausführung gänzlich überholt und verstärkt

wurde, insbesondere durch den Bau von drei Fluchtstollen zur Evakuierung der Strassenbenützer im Brandfalle.

Die jährliche Anstrengung hat sich auf dem Gebiete der örtlichen Ausbesserungen des Strassennetzes durch Sicherheitsausbauten fortgesetzt; dies insbesondere innerorts von Ortschaften. Diese Arbeiten bezwecken die Verbesserung der Sicherheit der Fussgänger und Schüler sowie die Beruhigung des motorisierten Verkehrs.

Andere Umstrukturierungsarbeiten von Strassen sind im Gange, wie das Teilstück von Massongex – Monthey mit dem Bau des Kreisels von Les Tardys sowie die Durchfahrt von Choëx, deren Arbeiten vergeben sind und im Frühjahr 2004 begonnen werden.

Das Korrektionsprojekt des Teilstückes von **Martigny – Branson** mit dem Bau der Rhonebrücke kann verwirklicht werden. Das Vorprojekt der neuen Brücke ist vollendet und die Arbeiten können im Jahre 2004 beginnen.

Bei den anderen Grossprojekten wie der Korrektion der **Strasse des Grossen St. Bernard (H21)** zwischen Orsières und Liddes sowie der **Umfahrung des Dorfes von Les Evouettes und der Transchablaisienne H 144** laufen noch die Verfahren.

Am 29. November 2003 hat ein tragischer Felssturz den teilweisen Einsturz der Galerie von « Les Monnaie » bei « Les Trappistes » auf der Strasse des Grossen St. Bernard (H21) zur Folge. Es war ein Todesopfer zu beklagen. Die durch dieses Ereignis betroffene Bergspur konnte jedoch am 19. Dezember 2003 nach Umsetzung von provisorischen Massnahmen wieder in Verkehr gesetzt werden.

Die Reaktivierung des Rutsches von Motagnon hat die **Strasse KS 70 Leytron – Ovronnaz** stark in Mitleidschaft gezogen und führte in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesämtern zur Lancierung eines umfassenden Schutzprojektes dieser Strasse.

Mittelwallis

Die grösste Investition des Jahres 2003 stellte der Bau der **Bogenbrücke von Prolin**, nahe des Dorfes von Prolin, auf der **KS 55 Vex – Hérémece – Motôt** dar. Nach den im Herbst 2002 begonnenen Vorbereitungsarbeiten konnte dieses Bauwerk gegen die Naturgefahren (Lawinen) innert neun Monaten realisiert werden. Mit der Inbetriebnahme der Bogenbrücke wurde das letzte natürliche Hindernis auf dem Strassenteilstück von Hérémece – Mâche aufgehoben.

Ferner wurden mehrere Bauprojekte von Galerien auf Nebenstrassen im Gebirge beendet, wie diejenige von « Les Croisettes », in der Nähe von Vissoie, auf der **KS 40 Sierre – Vissoie – Ayer – Zinal** oder diejenige von Savanne zwischen Les Haudères und Arolla auf der **KS 54 Sion – Les Haudères – Arolla**.

Besondere Anstrengungen wurden unternommen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern, indem mehrere Kreuzungen in Kreisel umstrukturiert wurden, wie zum Beispiel in Siders, Chermignon oder in Montana. Die Durchfahrten der Ortschaften werden nicht vergessen und bilden Gegenstand von zahlreichen Ausbesserungen, welche die Sicherung der Fussgängerführungen und die Anlegung im Rahmen des Möglichen von Zonen mit beschränkter Geschwindigkeit bezwecken. Oberstes Ziel ist die Verkehrssicherheit der Fussgänger und der Schüler sowie die Verkehrsberuhigung. Zahlreiche Teilstücke wurden im Jahre 2003 überprüft, um im Jahre 2004 realisiert zu werden.

Die Geometrie mehrerer wichtiger Strassen für den Regional- und Touristenverkehr wurde verbessert. So wurde durch eine bessere Qualität der Linienführung eine erhöhte Sicherheit für die Strassenbenützer erreicht. Ausser dem Eifischtal und der Region von Basse-Nendaz verlagert sich gegenwärtig diese Anstrengung auf die Korrektion der Kehren zwischen Sitten und Champlan auf der **KS 58 Sitten – Botyre – Anzère**, insbesondere auf dem Teilstück zwischen der zweiten und dritten Kehre. Die Studien,

welche eine Anpassung der letzten Kehre vor Champlan ermöglichen, sind heute abgeschlossen.

Der Unterhalt der Kunstbauwerke bleibt eine Priorität der Sektion, welche die notwendigen Wiederinstandstellungsarbeiten im Rahmen der verfügbaren Finanzen weiterführt. Die prioritären Achsen für die verschiedenen Täler kommen zu gleichen Bedingungen in den Genuss dieser Massnahmen.

Schlussendlich sind die Studien betreffend die Süd-Umfahrung von Bramois, auf der **KS 53 Bramois – St-Martin – La Crête** praktisch abgeschlossen. Die Ausschreibung des Projektes ist für das Frühjahr 2004 vorgesehen.

Oberwallis

Für den **Tunnel Stägjitschugge** wurden die Vorbereitungsarbeiten im Norden und Süden programmgemäss fortgesetzt. Diese Arbeiten sind soweit vorgeschritten, dass die Tunnelbohrmaschine für den Sondierstollen am 4. Dezember, am Fest der Hl. Barbara, die Arbeiten aufnehmen konnte. Für die Erschliessung der Schüttung « Grinji » und der neuen Zufahrt zur Ortschaft Kalpetran ist das Baulos Nr. 1 im Rohbau erstellt worden.

Bei der **Verbindungsstrasse von Goppisberg nach Greich** wurde das Baulos Nr. 2 abgeschlossen. Die Bauarbeiten wurden im Termin- und Kostenrahmen ohne nennenswerte Schwierigkeiten ausgeführt. Die Arbeiten des Bauloses 3 begannen im Herbst 2004; sie werden programmgemäss Ende 2004 abgeschlossen und ermöglichen so den Anschluss der letzten Walliser Gemeinde an eine Kantonsstrasse.

Bei der Verbindungsstrasse von Niedergampel nach Bratsch sind die Rohbauarbeiten beim Baulos Nr. 1 ausgeführt worden. Dabei haben vor allem schlechte geologische Felsverhältnisse sowie das schwierige Bauterrain zu Verzögerung im Bauprogramm geführt.

Bei der provisorischen Entlastungsstrasse von Visp konnte am 19. September die Rhonebrücke Visp – Baltschieder dem Verkehr übergeben werden. Aufgrund von Verwaltungsgerichtsbeschwerden an das Bundesgericht konnte leider das Teilstück von der Laldnerbrücke bis zur Rhonebrücke noch nicht realisiert werden.

Bei der Sanierung der T9 in Visp innerorts sind die Bauarbeiten mit dem Los Nr. 5 abgeschlossen worden. Für das Jahr 2004 verbleiben noch die Lärmsanierungsmassnahmen an den Gebäuden entlang der Kantonsstrasse.

Auf der H19 Brig – Furka ist mit der Sanierung der 1. Etappe von Lax innerorts begonnen worden. Hier werden neben der Oberbausanierung, dem Bau von Gehwegen, vor allem die Unterführung der Matterhorn-Gotthard-Bahn den heutigen Verkehrsanforderungen angepasst.

Auf der Strecke Gampel – Goppenstein ist die « Schintigalerie » dem Verkehr übergeben worden. Diese Galerie mit einer Länge von 180 m schliesst das letzte lawinengefährdete Teilstück. Damit kann die Zufahrt zum Autoverlad in Goppenstein als lawinensicher bezeichnet werden.

Hauptsächliche Nebentätigkeiten

Beteiligung an Bundeskommissionen :

1. Erstellung des Installationsnetzes für die dynamische Wägung der fahrenden Fahrzeuge in Koordination mit der Kantonspolizei (WIM).
2. Jährliche Verkehrszählungen auf den alpenquerenden Verkehrsachsen am Grossen St. Bernard und Simplon.
3. Zusätzliche durch die Schliessung des Gothards bedingte Verkehrszählungen.

Beteiligung an Sitzungen

- der Kantonalen Kommission für Strassensignalisation,
- der Arbeitsgruppe : 'Transport und Verkehrsbewirtschaftung des Luftforums,

- des waadtländischen Pilot-Komitees für die Erneuerung der Tunnels von Glion und der Walliser-Arbeitsgruppe (Task force),
 - der Arbeitsgruppen des 'Espace Mittelland':
- Erstellung des Mehrjahresprogrammes der Strassensanierungen in Sachen Luftreinhalte-Verordnung (LRV).
 Leitung der interdepartementalen Arbeitsgruppe GTB-AR 'Arbeitsgruppe Lärm – Strassensanierung'
 Erstellung des Mehrjahresprogrammes der Strassensanierungen in Sachen Lärm gemäss der Lärmschutzverordnung (LSV).
 Bewirtschaftung der Mandate, technische Begleitung.
 Bewirtschaftung der ständigen Verkehrszähler auf dem kantonalen Strassenverkehrsnetz zur Definierung des jährlichen Tagesdurchschnittsverkehrs in 24 Std (TDV/24 Std.) für den Sommer- und Spitzenverkehr.
 Erstellung des Strassenverkehrs-Belastungsplanes 2003 auf dem kantonalen Strassennetz.
 Bewirtschaftung des Projektes der 'Internet-Webseite der DSFB'.
 Erstellung der Vormeinungen für die Baugesuche, Gemeindestrassen, Luftlinien und hydro-elektrischen Anlagen sowie für die Zonenpläne und GBR.
 Periodische Fahrbahnmessungen des kantonalen Strassennetzes, Bewirtschaftung und Analyse der Resultate, Erstellung des Unterhaltsprogrammes.
 Bereinigung der Datenbank sowie der Karte des kantonalen Strassennetzes (Strada).
 Entwicklung, Bereinigung und Bewirtschaftung der informatisierten Kunstbaudatenbank.
 Periodische Ueberwachung und Inspektion der Kunstbauten; Expertisen und Spezialinspektionen.
 Planung der Studien und Wiederinstandstellungsarbeiten oder spezialisierter Unterhalt der Bauwerke.
 Ueberprüfung zur Vormeinung der Spezialtransporte, Anweisungen zu deren Durchführung und für einige Begleitung durch einen Spezialisten für Kunstbauwerke.
 Verfeinerung des informatisierten Programmes für die Kontrolle von Spezialtransporten.
 Kontrolle der Tragfähigkeit von Bauwerken zwecks Aufhebung der Tonnagebegrenzung auf gewissen Strassen.
 Klassierung und Deklassierung von Strassen und kantonalen Wegen.
 Auszahlung der für die Bedürfnisse der kantonalen Strassen vorgenommenen Expropriationen; Erstellung der Daten für die Mutationen im Grundbuchamt.
 Beteiligung an den Kantons- und Bundesverfahren.

Logistik Unterhalt

Übersicht der Hauptbewirtschaftungskosten = Betrag pro KmF (virtueller km, d.h. der die Nebenanlagen-Zufahrten, Rastplätze, usw. berücksichtigt) mit Vergleich der mittleren Schweizer Werte (Betriebsindexe) : siehe beiliegende Tabelle.

Ausrüstung

Das **Fahrzeuginventar** der Baumaschinen, Arbeitsgeräte des Unterhaltes wird jährlich nachgeführt. Die Angabe des Finanzwertes für 2003 für den Unterhalt der KS beträgt Fr. 22'400'310.– für 114 leichte Fahrzeuge, 14 schwere Lastwagen, 202 Schneepflüge, 121 Salzstreuer sowie verschiedene Maschinen und Geräte.

Dieser Finanzwert dient zur Berechnung der jährlich notwendigen Investitionen für die Erneuerung des Bestandes gemäss einem Amortisierungsansatz, welcher der Lebensdauer der Fahrzeuge und Maschinen angepasst ist..

Material

Im Jahre 2003 wurden durch die Sektion Logistik-Unterhalt auf dem gesamten kantonalen Strassennetz 9'000 t Salz verstreut und 577 t durch verschiedene Privat-Unternehmungen.

Signalisation

Die Sektion Unterhaltslogistik bewirtschaftet nach Bedarf in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen und privaten spezialisierten Unternehmungen die gesamte **Strassen-signalisation** (Vertikalsignalisation und Strassenmarkierung). Im Jahre 2003 haben 13 Unternehmungen für Fr. 591'079.55 Strassenmarkierungen vorgenommen, nämlich pro Region:

Oberwallis	Fr. 262'833.15	durch 5 Unternehmungen
Mittelwallis	Fr. 116'457.60	durch 2 Unternehmungen
Unterwallis	Fr. 211'788.80	durch 6 Unternehmungen

Die DSFB hat mit ihren eigenen Mitteln 600 km Strassenachsenlinien und 450 km Randlinien markiert.

Es wurden innerorts Strassenmarkierungen für Fr. 193'000.–, hievon 50% zu Lasten der Gemeinden, ausgeführt.

Strom - Sicherheit

Strom: Auf dieser Ebene werden der Betrieb, der Unterhalt und die Reparaturen von elektrischen und elektronischen Einrichtungen zusammengefasst, die bei den National- und Kantonsstrassen benützt werden. In diesem Zusammenhang ist unter anderem zu betonen:

- auf dem ganzen Kantonsgebiet unterhalten die Elektriker der Sektion ungefähr 30 km Tunnels, um die Sicherheit der Strassenbenützer sicherzustellen.
- In regelmässigen Abständen vorgenommene Nachkontrollen haben mehr als 700 Schäden an Lichtsignalen der kantonalen Strassen ergeben.
- Infolge Schäden an der Lichtsignalisation wegen Verkehrsunfällen oder Vandalismus haben die Elektriker Reparaturen in der Höhe von ungefähr Fr. 80'000.– vorgenommen. Diese Leistungen wurden nachträglich den Versicherungen verrechnet.

Sicherheit: im Jahre 2003 hat sich die Konkretisierung der Lösung « Arbeitsgattung » speziell auf dem Gebiet der Ausbildung realisiert. Es konnten 18 Ausbildungstage besucht werden. Was die Betriebsunfälle anbelangt, wurden 18 Unfälle registriert, die den Ausfall von 98 Arbeitstagen zur Folge hatten.

Kantonale Strassensignalisationskommission (KSSK)

Im Jahre 2003 trat die Kantonale Strassensignalisationskommission 47mal zusammen und behandelte 1'463 Dossiers. Die einkassierten Gebühren belaufen sich auf Fr. 103'335.–. Der KSSK wurden 105 Vormeinungen unterbreitet :

- 24 negativ
- 81 günstig, deren 36 ohne Bemerkung und 45 mit Bedingungen

Die Erfassung der gesamten Strassensignalisation auf den Kantonsstrassen und Nationalstrassen ist beendet, was eine Eingabe von mehr als 40'000 Schildern in die informatisierte Basis « Routimages » bedeutet.

Eine zweite Sanierung wurde ausgeführt, indem 700 gebrauchte Schilder betreffend Vorschrifts- und Vortrittsschilder konform gemacht wurden.

Ziel im Jahre 2004 ist es, die Sanierung der abgenutzten Signalisation fortzusetzen (3'400 Polizeisignale sowie 850 Richtungsschilder), die Dossiers für die Aufstellung der Signalisation betreffend die neuen Tonnageeinschränkungen vorzubereiten und den verschiedenen Sektionen der DSFB und der Kantonspolizei die notwendigen Lizenzen zur Einsicht der Datenbank « 'Routimages » auszustellen.

OP3 NEUAUSBAU DER RHONE, UM DIE SICHERHEIT DER PERSONEN UND GUETER IM RAHMEN DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG ZU GARANTIEREN

Organisation

Die Ziele des Pilot-Ausschusses (COPIL-R3) wurden definiert. Sämtliche Mitglieder haben die auf ihrem Gebiet zu erreichenden Ziele festgelegt. Die Synthese der Ziele für das Projekt Rhone wurde getätigt und durch die COPIL bestätigt. Eine Begleitgruppe wurde für die Landwirtschaft unter der Leitung der KDL in Zusammenarbeit mit der « Walliser Landwirtschaftskammer » gebildet. Die der COPIL (NRO) externen Partner wurden definiert und werden anfangs 2004 Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses bilden. Der Kanton Waadt wird ebenfalls integriert. Verschiedene Sitzungen wurden mit dem regionalen Pilot-Komitee von Siders organisiert. Eine ähnliche Struktur ist auch für die Region von Martigny im Gange.

Das Projektteam wurde durch 2 administrativ dem KDL unterstellte Personen vervollständigt. Sie arbeiten in einem Teilpensum für das Projekt Rhone (gesamt 0.8 Stelle).

Arbeiten und Studium

Die **Wiederinstandstellungsarbeiten der Dämme** infolge der Unwetter vom Oktober 2000 wurden aufgrund des Grossratsentschlusses vom Dezember 2002 aufgenommen und gehen während des Winters 03-04 in den Gemeinden von Riddes, Martigny, St-Maurice, Massongex, Collombey-Muraz, Vouvy und Port-Valais weiter. Die Ausführungsdossiers wurden erstellt und in die interne Konsultation geschickt.

Die **prioritären Massnahmen** Visp, Chippis und Fully : die Pflichtenhefte für die Ausschreibungsdossiers wurden ausgearbeitet und die Offerteinholung für Visp und Chippis (Fully bereits vergeben) ausgeführt; Visp wurde im Dezember 2003 vergeben; die Ausschreibungsdossiers in diesen drei Sektoren sind für Ende 04 / Anfang 05 vorgesehen.

Sachplan R3 (früherer Richtplan) : die Ziele dieses Dokumentes, dessen Inhalt und das Konsultationsverfahren wurden durch das COPIL diskutiert und werden durch die DRP konsolidiert, ; die Grundpläne wurden im Teil des Chablais vervollständigt.

Nutzungsplan R3 (früherer allgemeiner Plan) : das Verfahren, die Expertenliste sowie das geographische Ausmass wurden definiert, der Plan wird sich auf die Ziele des COPIL abstützen.

Ein Expertenauftrag zur Erstellung der landwirtschaftlichen Grundlagen wurde definiert und vergeben. Er wird durch die KDL-R3 geleitet und durch eine von der Walliser Landwirtschaftskammer bestimmte Bauerngruppe begleitet.

Mitteilung

Die periodischen Infoblätter rhone .vs Nr. 4 und 5 wurden erarbeitet und verteilt. Eine Konferenz betreffend die Organisation des Projektes fand im Januar statt. ..

Verschiedene Radio- und Fernsehsendungen und Presseartikel, verschiedene Vorträge auf Verlangen und Teilnahmen an Forums haben die Tätigkeiten im Jahre 2003 umschrieben.

Den kantonalen Beamten wurde ein Kurs über das Projekt erteilt (auf Deutsch und Französisch).

Drei Vorstellungen in Gemeinden und Partnern, die am Voranschreiten des Projekts interessiert waren, fanden im Dezember statt und eine Projekt-Vorstellung erfolgte in der Region Leuk .

Dringlicher Eingriffsplan

Der Interventionsplan sowie die jeweiligen Aufgaben des Staates und der Gemeinden wurden den Gemeinden und Partnern vorgestellt.

Unterhalt

Die neuen Richtlinien für den Unterhalt der Rhone wurden validiert und den Gemeinden für einen Test im Winter 03-04 verteilt. Die Unterhaltsarbeiten erfolgen inskünftig auf dieser Basis.

OP4 GEWAERHLEISTUNG DES SCHUTZES DER PERSONEN UND GUETER GEGEN DIE HOCHWASSER IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN GEMEINDEN

Was die Hydrologie betrifft, war das Jahr 2003 im Sommer durch eine historische Trockenheit charakterisiert. Diese in ganz Europa festgestellten hohen Temperaturen haben eine bedeutende Energie angesammelt, die in starken Niederschlägen hätte ausarten können, wie es im Jahre 2002 bei unseren Nachbarn von Frankreich und Deutschland der Fall war. Dieses Szenario ist im Jahre 2003 nicht eingetreten, was nicht verhinderte, dass **heftige Sommergewitter** in verschiedenen Teilen unseres Kantons verheerende **Schäden** verursachten. Die am stärksten betroffenen Regionen waren Leukerbad und das Lötschental. Das Mittelwallis hat auch Schäden erlitten.

Durch die kritische Wetterlage besorgt, haben die Verantwortlichen der **Zelle CERISE** (wissenschaftliche Krisenzelle) zum ersten Mal zwischen August und Oktober eine **regelmässige Begleitung der Wasserstände der Seen in den grössten Staudämmen des Kantons** (Grande Dixence, Mauvoisin, Emosson, Mattmark) umgesetzt. Diese einerseits mit der Abnahme von Niederschlags- und Temperaturmessungen durch Meteosuisse in echten Perioden und andererseits von Messungen in der Rhone und ihren Hauptzuflüssen durch den nationalen hydrologischen Dienst eingehende Ueberwachung hat die Krisenbewältigungsmöglichkeiten durch CERISE in Erwartung von zukünftigen Entwicklungen aufgezeigt.

Die DSFB im Einvernehmen mit den Gemeinden hat sich so der Fortführung der **prioritären Studien** und der verschiedenen Arbeiten widmen können. So sind im Jahre 2003 **26 Basisprojekte und Gefahrenkarten** betreffend 37 Gemeinden im Gange. Sechs von diesen wurden dieses Jahr vollendet. Es bestehen **46 Wasserbauprojekte**, von denen sich 15 im Bau befinden. Bei diesen möchten wir den Baubeginn des Sparrenzuges in St. Niklaus sowie die Fortsetzung der Arbeiten auf der Sionne in Sitten, auf der Navisence in Chippis, auf den Wildbächen von Verbier oder auch auf dem Nant de Choëx in Monthey erwähnen. Drei Baustellen wurden im Jahre 2003 beendet.

Der langfristige Hochwasserschutz soll ebenfalls mit einer Verbesserung der dringlichen Interventionen, der Alarmsysteme und der Hochwasser-Voraussagemodelle vorgenommen werden. Diesbezüglich wurde die 2002 begonnene Studie MINERVE im Jahre 2003 weitergeführt. Mit dieser Studie verfügt man bis 2006 über ein Präventions- und Entscheidungsmittel bei Hochwasser, wobei man sich insbesondere auf die Stauwerke stützt.

Die Raumplanunsmassnahmen, der Unterhalt der Wasserläufe, die Schutz- und Renaturierungsverbauungen der Wasserläufe und die Entscheidungshilfesysteme in Krisenfällen bilden für die Walliser Wasserläufe in den kommenden Jahren vier wesentliche Gewinne. Die allgemeine Lage der Wasserläufe des Kantons bleibt noch für längere Zeit Besorgnis erregend. Daher ist es angebracht, die Anstrengungen fortzusetzen, die auf dem Gebiet der Hochwasser-Gefahrenkarten und Wasserbauprojekte, vorgenommen werden.

TABELLEN DER HAUPTBEWIRTSCHAFTUNGSKOSTEN:

Betrag pro kmF (virtueller km, d.h. der die Nebenanlagen-Zufahrten, Rastplätze, usw. berücksichtigt) mit Vergleich zu den mittleren Schweizer Werten (Betriebsindxe):

Routes nationales			Fr./kmF - VS		Fr./kmF - CH	
			2001	2002	2001	2002
A9	Teilstücke offen, 4 Fahrbahnen					
	- St-Maurice - Vétroz	49.40 kmv	52'205.-	46'380.-	63'596.-	60'446.-
	- Vétroz - Sierre Ost	22.84 kmv	69'427.-	61'955.-	63'596.-	60'446.-
	- Anchl. Gampel - Brig/Glis*	4.20 kmv		10'340.-		
A9	Teilstücke offen, 2 Fahrbahnen					
	- Brig - Simplonpass	22.46 kmv	39'319.-	47'132.-	48'818.-	46'546.-
	- Simplonpass - Landesgrenze	22.84 kmv	50'997.-	62'574.-	48'818.-	46'546.-
A9	Teilstücke in Tunnel, 2 durchlüftete Röhren					
	- Galerien von St-Maurice	1.24 kmv	237'392.-	244'800.-	296'149.-	276'839.-
	- Galerien von Champsec/Sitten	0.71 kmv	329'263.-	283'379.-	296'149.-	276'839.-
	- Tunnels & Galerien von Siders	2.45 kmv	148'385.-	145'648.-	217'089.-	211'834.-
	- Tunnel Gamsen*	1.05 kmv		156'527.-		

*Eröffnung im Oktober 2002

Kantonsstrassen			Fr./kmF - VS		Fr./kmF - CH	
			2001	2002	2001	2002
H206 a	Tunnel von Platta/Sion,					
	1 durchlüftete Röhre	1.00 kmv	186'844.-	193'754.-	216'779.-	237'905.-
T9	Tunnel von Regrouillon/Noës,					
	1 durchlüftete Röhre	0.74 kmv	187'465.-	181'797.-	216'779.-	237'905.-
H21	Tunnel Mt-Chemin,					
	1 durchlüftete Röhre	1.82 kmv	110'722.-	137'476.-	216'779.-	237'905.-
H19	Brig-Furka (Ueberlandstr.)	5.30 kmv		30'001.-		
	Untereisenbahntunnel	0.38 kmv		172'665.-		



Brücke von Prolin - KS 55 Vex - Hérémeence - Motôt

Kreisel von Chermignon - KS 46 Siders - Montana-Crans



BEILAGE ZU PZ2 STRASSEN UND KUNSTBAUWERKE

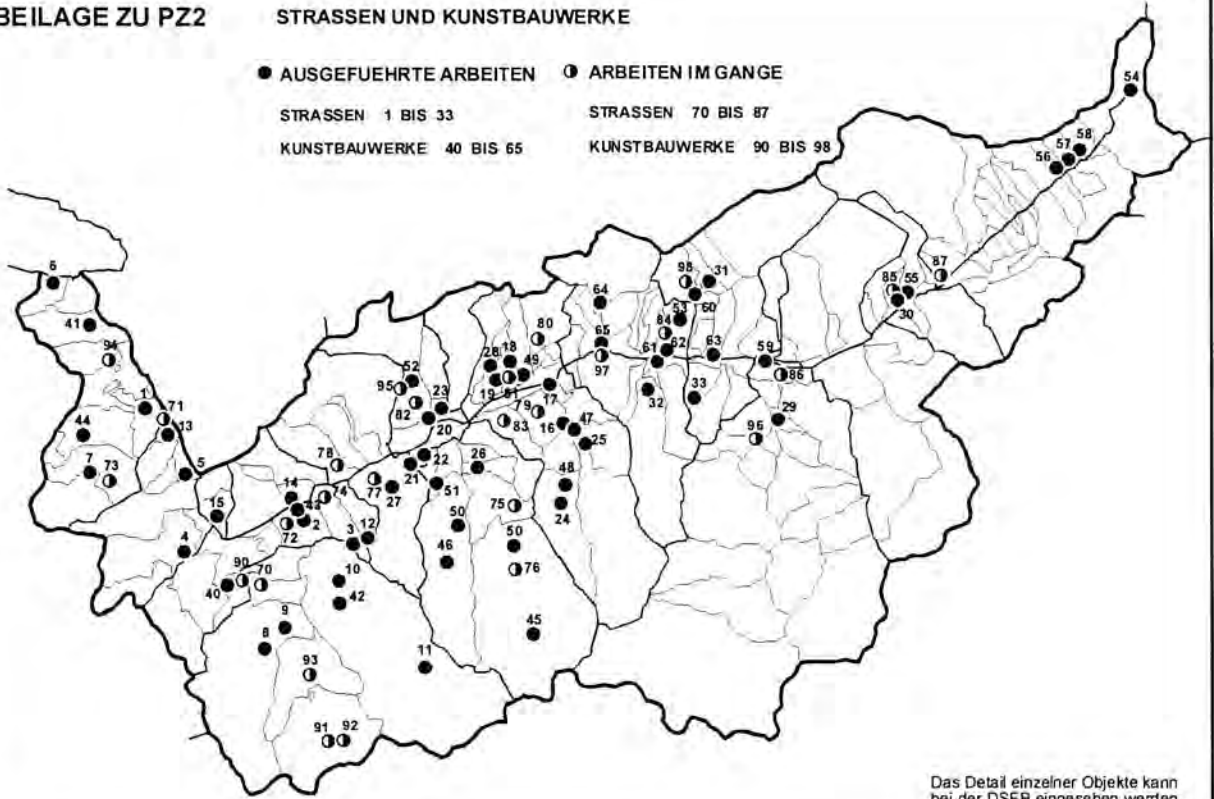
● AUSGEFUEHRTE ARBEITEN ○ ARBEITEN IM GANGE

STRASSEN 1 BIS 33

STRASSEN 70 BIS 87

KUNSTBAUWERKE 40 BIS 65

KUNSTBAUWERKE 90 BIS 98

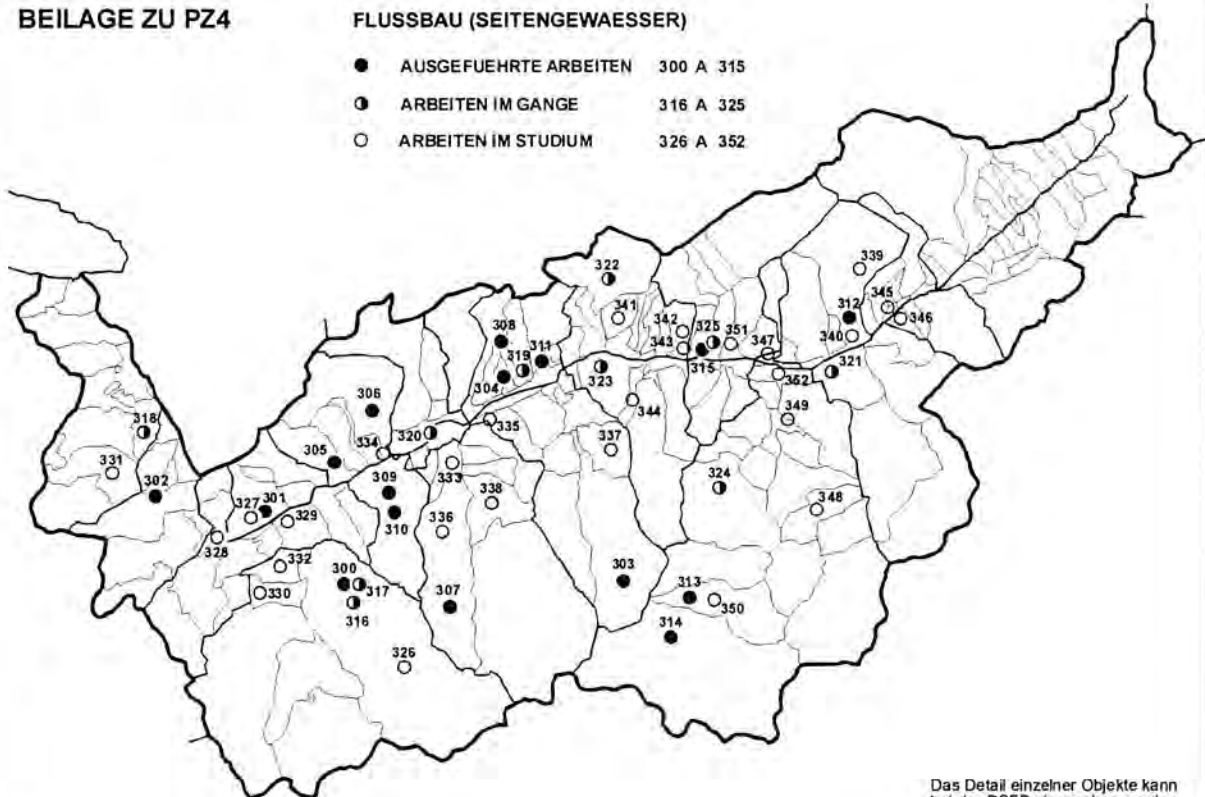


Das Detail einzelner Objekte kann bei der DSFB eingesehen werden

BEILAGE ZU PZ4

FLUSSBAU (SEITENGEWAESSER)

● AUSGEFUEHRTE ARBEITEN 300 A 315
 ○ ARBEITEN IM GANGE 316 A 325
 ○ ARBEITEN IM STUDIUM 326 A 352



Das Detail einzelner Objekte kann bei der DSFB eingesehen werden

BEILAGE ZU PZ2

STRASSEN : ARBEITEN IM STUDIUM

○ ROUTES 100 A 150



Das Detail einzelner Objekte kann bei der DSFB eingesehen werden

BEILAGE ZU PZ2

KUNSTBAUWERKE : ARBEITEN IM STUDIUM

○ BAUWERKE IN PROJEKT UND BAUWERK
IN SANIERUNG 200 BIS 258



Das Detail einzelner Objekte kann bei der DSFB eingesehen werden

DIENSTSTELLE FÜR HOCHBAU, DENKMALPFLEGE UND ARCHAEOLOGIE

(siehe Kontrollingbericht)

LFP 11 : PLANUNG, STUDIEN und EXPERTISEN

Die DHDA steht den Dienststellen des Kantons, den Gemeinden und Dritten als Beratungsorgan zur Verfügung.

Für die Dienststellen des Kantons hat die DHDA mit dem DEKS und der Stadt Sitten zusammengearbeitet, um die Reorganisation der Schulen an der oberen Bahnhofstrasse, d.h. Kollegium Planta, Primarschule Planta und ESC-Sitten, vorzubereiten. Sie hat ebenfalls mit der kantonalen Dienststelle für Berufsbildung an der Erarbeitung eines ganzheitlichen Konzeptes für die vier Berufsschulen des Kantons mitgearbeitet. Für die Erweiterung der Berufsschule von Visp steht ein Wettbewerb in Vorbereitung. Mit dem Umbau der ESC-Monthey kann begonnen werden.

Im Bereich der subventionierten Gemeindegebäude hat die Dienststelle an der Ausschreibung der Wettbewerbe für die Bauprojekte der Turnhalle von Fully, der Erweiterung der Orientierungsschule von Siders-Goubing und der Turnhalle von Flanthey-Lens mitgearbeitet. Dank dem Zusatzkredit von 16 Mio. konnten die ausstehenden Subventionen betreffend die Schulbauten den Gemeinden überwiesen werden. Im sozialen Sektor können die für die Altersheime Brig, Naters, Ried-Brig und Nendaz aufgenommenen Wettbewerbe und Studien hervorgehoben werden.

Die DHDA hat ebenfalls für Gemeinden Expertisen und Studien begleitet, wie beispielsweise die Planung von Gemeindehäusern, Friedhöfen, Vorschläge für künstlerische Ausstattungen an Bauten, usw.

LFP 12: BAUREALISIERUNG

Dienstbauten: Nach Genehmigung des Zusatzkredites für die Gebäude „Mayennets“ und der „ehemaligen Ersparniskasse“ in Sitten wurden die Bauarbeiten auf dieser Baustelle wieder aufgenommen. Der Werkhof von Gamsen-Brig, sowie die Erneuerung des Platzes um das Gebäude der Kantonspolizei an der Avenue de France in Sitten konnten fertig erstellt werden.

In Sachen Unterrichtsgebäude kann bei Einhaltung der Baukosten die fristgerechte Zurverfügungstellung der Fachhochschule Siders, sowie die Weiterführung der Bauarbeiten am Kollegium Brig hervorgehoben werden. An der ESC Martigny wurde ein 4-Klassen umfassender Schulpavillon verwirklicht.

Bei den kantonalen Anstalten hat die DHDA die Bauarbeiten der Landwirtschaftlichen Schulen von Visp und Châteauneuf, der psychiatrischen Klinik von Malévoz, der La Castalie in Monthey, der Kaserne Sitten, der Strafanstalten sowie diejenigen des Ausbildungszentrums für Asylbewerber von Vétroz begleitet.

LFP 13: UNTERHALT und AUSBAU von GEBÄUDEN

Das Budget 2003 von Fr. 5'500'000.-- wurde vollumfänglich aufgebraucht. Dabei ist zu betonen, dass Fr. 1'987'000.-- bei Sanierungen und Ausbauten eingesetzt wurden und dass Fr. 1'218'000.-- den Unterhaltsverträgen und den Kosten von Technik-

Einrichtungen entsprechen. Wie vorgesehen ermöglichte das Budget 2003 den Wertverlust der Gebäude auf 1 % zu beschränken; somit geht der Schröder-Index (aktueller Wert / Neuwert) von 79 auf 78 % zurück.

LFP 14: GEBÄUDEVERWALTUNG

Die Sektion für Gebäudeverwaltung und Abwartswesen (Objekte des Verwaltungsgutes) wurde am 1. Juli 2003 vom KfV der DHDA übertragen.

Während des zweiten Semesters 2003 hat sich die DHDA bemüht, mit denselben Mitteln die mit der Verwaltung des Gebäudeparks verknüpften laufenden Aufgaben nach wie vor weiterzuführen. Sie hat ebenfalls durch eine vertiefte Kenntnisnahme der Dossiers gewisse Aspekte der Verwaltung, die verbessert oder geändert werden könnten hervorgehoben.

LFP 21: VERWALTUNG des baulichen KULTURGUTES

Vormeinungen

637 Vormeinungen der Heimatschutzkommission und der Denkmalpflege über Baudossiers, 536 davon für die KBK.

Subventionen des Heimat- und Denkmalschutzes :

- vom Kanton bezahlte Subventionen an die Eigentümer:
Fr. 1'149'215.-- (49 % Oberwallis, 32 % Zentralwallis, 18 % Unterwallis) verteilt auf 87 Bauten, dazu Fr. 1'722'850.-- für Valeria ; grosszügige Beteiligung der Loterie romande von Fr. 800'000.-- an dem der Denkmalpflege zur Verfügung stehenden Restaurierungskredit;
- vom Bund bezahlte Subventionen an die Eigentümer:
Fr. 2'132'795.-- wovon Fr. 679'953.-- für die Valeria;

Betreute Denkmäler:

57 von der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie begleitete Objekte, wovon 31 Sakralbauten; plus 23 Bauten bei denen die Denkmalpflege beratend mitwirkte; 8 neue unter Denkmalschutz gestellte Objekte; namentlich: Les Agettes, Kapelle Notre-Dame de la Visitation; Albinen, Haus Zumofen; Chalais, sog. Maison des Comtes d'Anniviers in Réchy; Erschmatt, Kapelle «Zur hohen Brücke»; Leuk, «Hohe Brücke»; Salvan, Pfarrkirche; Törbel, Haus Kernen & Behling in Burgen; Troistorrens, Chalet Lange;
aktuelle Gesamtzahl der kantonalen Schutzobjekte : 533.

Kulturgüterschutz:

Sicherheitsdokumentation von 7 im KGS-Inventar erfassten Objekte; Begleitung und Subventionierung der Archivarbeiten der Abtei von St. Maurice; Einführungskurse, Fortbildung und Erstellung des Jahresberichtes mit den kommunalen KGS-Dienstchefs; Vorstellung des Kulturgüterschutzes in diversen Gemeinden.

Vorträge und Veranstaltungen:

Sensibilisierungskurs in Kulturgut für angehende Kantonspolizisten und Skilehrer; Veranstaltung auf kantonaler Ebene, „Tag des offenen Denkmals“ zum Thema der Glasfenster: Vorstellungen in Täsch, Siders, Sitten, Vouvry, Vionnaz, St-Gingolph;

Inventare und Forschung:

Vorstellung der neuen informatisierten Inventarmethode in diversen Gemeinden; Weiterführung der Forschungsarbeiten in Sachen Kunstdenkmäler, insbesondere für die drei in Bearbeitung stehenden Bände der Bezirke von Brig, Siders und Monthey; Fortsetzung der Bauernhausforschung über Temporärbauten und landwirtschaftliche Gebäude.

Wichtigste archäologische Funde:

Abtei von St. Maurice, Hof «Martolet»: Fortsetzung der begonnenen Arbeiten an Stätten altchristlicher Kultorte; Martinach:

Grabungen unter der «Place du Midi», Entdeckung eines gallo-römischen Tempels; ferner weiter nordöstlich: Überreste einer vorstädtischen Siedlung, die bis Ende des Altertums besetzt wurde; St-Pierre-de-Clages: Überwachung der Bauarbeiten unter dem Dorfplatz: Die Kirche befindet sich am Ort einer römischen Villa; Sion: Überwachung der Bauarbeit im Quartier St-Guérin; das prä-historische Ausmass des «Petit Chasseur» dehnte sich mindestens bis an den heutigen Schulkomplex aus; die vorgenommenen Ausgrabungen unter der «Place du Midi» haben erlaubt, die Geometrie der Stadtmauer besser kennen zu lernen und sie im Bodenbelag zu markieren; die Ausführung einiger zusätzlichen Sondierungen im Terrain des Instituts Don Bosco hat die weite Ausdehnung der Grabstätte aus der Eisenzeit bestätigt; Brämis: Zahlreiche Eingriffe haben die beachtliche Ausdehnung der archäologischen Stätte gezeigt; St-Léonard : Ausgrabung einer Ausweitung der bedeutenden neolithischen Siedlung (Wohn- und Grabstätte) oberhalb der Steingrube; Ayent, Argnou: Entdeckung von Überresten einer „Villa rustica“ aus dem 3. und 4. Jahrhundert; Muraz/Muzot: Ausgrabungen in der von Rilke beliebten Kapelle; Auszeichnung von zahlreichen mittelalterlichen Grabstellen; Lens, Maroz-Délège: Ausgrabung von vier Grabstellen aus dem 6. und 7. Jahrhundert mit teilweise reichen Bestattungsobjekten; Turtmann: westliches Portal des Tunnels Riedberg: Ausgrabungen der Überreste eines alten Bauernhauses im Rahmen der A9 Autobahn Baustelle und Freilegung von besetzten Terrassen aus der Römerzeit.

Ausarbeitung von Grabungsergebnissen:

Fortsetzung und Fertigstellung von Untersuchungen für die allfälligen Publikationen wie "Waldmatte" und "Bildacker" in Gamsen, "Petit-Chasseur" und „Sous-le-Scex“ in Sitten und Pfarrkirche von Martinach.

Dienststelle für Wald und Landschaft

Allgemeine Bemerkungen

Rückwirkend auf den 4. Juli 2003 hat die Zentrale der Dienststelle für Wald und Landschaft das Zertifikat ISO-PM 9001 erhalten, das ihr von der Gesellschaft SGS, dem weltweit führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Zertifizierung, verliehen wurde. Durch die erlangte Zertifizierung soll eine ständige Verbesserung der Abläufe innerhalb der Dienstleistungen gewährt und die Schaffung einer höheren Transparenz erreicht werden. Die Verbesserung der Effizienz sowie die Zufriedenheit der Kunden sind wesentliche Bestandteile dieses Labels. Durch motivierte Mitarbeiter

Verpflichtungskredite des Kantons

	Anzahl offene Projekte	Stand am 31.12.2003	Stand am 31.12.2002
Waldbauprojekte			
- in Wäldern mit Normalfunktion	56	2.162 Mio Fr.	4.399 Mio Fr.
- in Schutzwäldern	153	9.119 Mio Fr.	9.112 Mio Fr.
Strukturverbesserungen	21	0.853 Mio Fr.	0.635 Mio Fr.

Zahlungen 2003

	Waldbauprojekte in Wäldern ohne Schutzfunktion			Waldbauprojekte			Waldschäden in Schutzwäldern			Strukturverbesserungen			Total		
	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%
Total	2.191	100	9	17.600	100	72	3.400	100	13	1.551	100	6	24.742	100	
Anteil CH	1.099	50		11.930	68		1.698	50		0.751	48		15.478	63	
Anteil VS	0.482	22		2.173	12		0.886	26		0.332	21		3.873	16	

soll schliesslich die Qualität der ausgeführten Tätigkeiten erhöht werden.

Waldbewirtschaftung

Waldbauprojekte in Schutzwäldern

Gegenüber dem Vorjahr konnten die waldbaulichen Arbeiten in den Wäldern mit Schutzfunktion intensiviert werden. Die Gesamtinvestitionen der Waldbesitzer für die Schutzwaldbewirtschaftung belaufen sich auf 17,6 Millionen Franken und liegen damit 10 % über dem Vorjahreswert. Der Durchschnittswert dieser Investitionen der letzten 10 Jahre beträgt 14,3 Millionen Franken. Der Kanton beteiligte sich an den Kosten für die Schutzwaldbewirtschaftung mit durchschnittlich 12 %, der Bund mit 68 %.

Waldbauprojekte in Wäldern ohne Schutzfunktion

Die Aufwendungen für die Arbeiten in den Wäldern ohne Schutzfunktion beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,2 Millionen Franken. Hiervon betreffen 323'000.-- Franken Massnahmen in Sonderwaldreservaten (Massnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung besonders schutzwürdiger Waldgesellschaften oder Bewirtschaftungsformen) oder für die Naturwaldreservate.

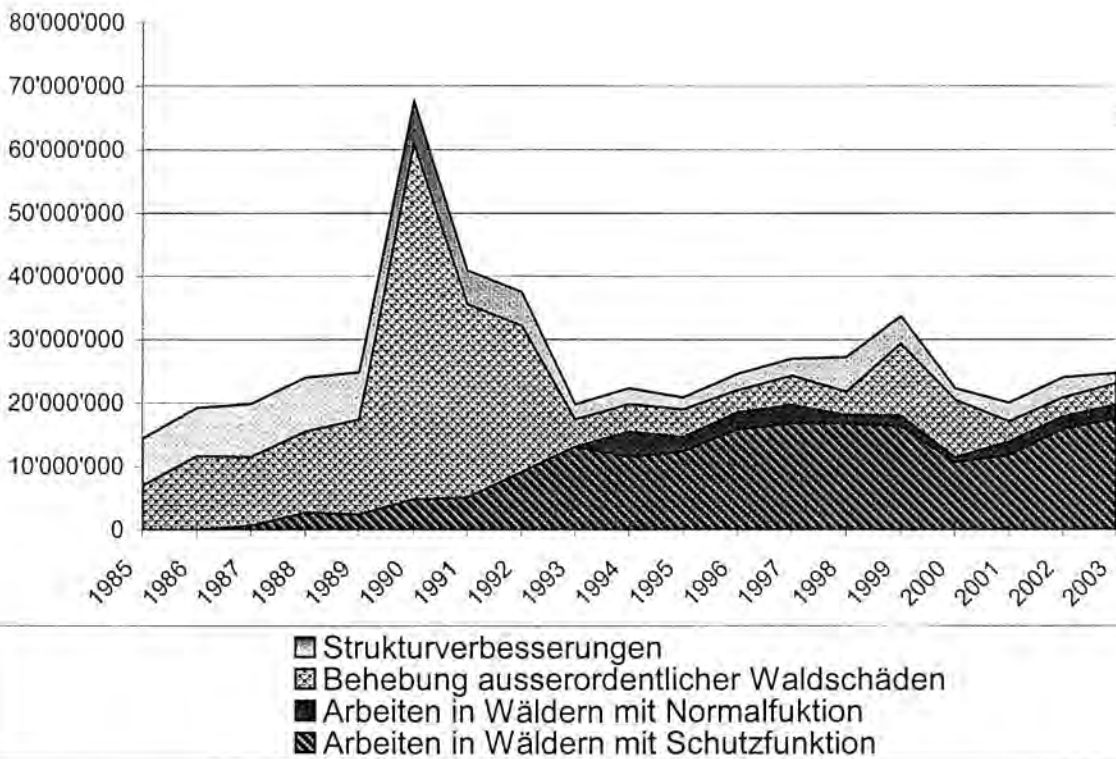
Waldschäden

Im Unterwallis, speziell im Chablais und im Entremont, blieben die Borkenkäferschäden auf einem hohen Niveau. Die Lawinenschäden waren mit über einer halben Million Franken überdurchschnittlich hoch. Der Waldbrand in Leuk zerstörte ca. 310 Hektaren Wald.

Die Aufwendungen für die Behebung der Waldschäden beliefen sich insgesamt auf 3,4 Millionen Franken und liegen damit um 3 % über dem Vorjahreswert. Der Bund beteiligte sich mit 50 % an den Kosten für die Schadensbehebung, der Kanton mit 29 %. Der Grosse Rat des Kantons Wallis bewilligte am 10. Juli 2003 einen Zusatzkredit von 500'000.-- Franken.

Strukturverbesserungen

Die Investitionen für die forstlichen Erschliessungsanlagen und Forstwerkhöfe der Forstreviere belaufen sich auf insgesamt 1,55 Millionen Franken, 725'000.-- Franken entfielen dabei auf Forstwerkhöfe und 826'000.-- Franken auf forstliche Erschliessungsanlagen (Forststrassen und Lagerplätze). Der Bund beteiligte sich an diesen Kosten der Waldbesitzer und Gemeinden mit 751'000.-- Franken, der Kanton mit 332'000.-- Franken.



WALDERHALTUNG

Die bewilligte Rodungsfläche 2003 (31 Gesuche) beträgt 24'971 m² (2002: 171'971 m², 31 Gesuche).

Die Entscheidungsinstanzen haben im Einverständnis mit den Eigentümern 28 (2002: 24) nachteilige Waldnutzungen (Leitungen, Kleinbauten, etc.) bewilligt.

Wegen illegaler Handlungen wurden 4 Strafverfahren durchgeführt (2002: 13). Diese betrafen Übertretungen wie Holzschläge, nachteilige Nutzungen etc. ohne Delikte wie illegale Handlungen, für welche die richterlichen Instanzen zuständig sind (insgesamt 5 Verfahren).

Im Jahr 2003 hat der Staatsrat die Waldfeststellungen von 12 Gemeinden homologiert:

Ulrichen, Ernen, Bitsch, Mund, Ausserberg, Raron, Blatten, Lalden, Nax, Lens, Icogne und Evionnaz.

Gesamtkantonal wurden bisher in 79 Gemeinden die Waldfeststellungen homologiert. Sie grenzen den Wald definitiv vom Bauland ab und werden nach ihrem Inkrafttreten in den Zonenplan übertragen.

In der forstlichen Planung wurde – wie 2002 – das Schwergewicht auf die Ausarbeitung der Wald-Wild-Konzepte gelegt. Durch diese können Aussagen über den Einfluss des Wildes auf die Verjüngung von Schutzwäldern gemacht werden. Es wurden Massnahmen vorgeschlagen, um Wildschäden zu verhüten und in besonders belasteten Gebieten auf ein tragbares Mass zu reduzieren. Ferner wurde die Grundlage für eine Erfolgskontrolle geschaffen. Die Planung im Goms, Chablais, Entremont-Trient-Martigny, Centre Valais-Rive Gauche und Val d'Anniviers sind abgeschlossen. 2003 wurde das Mandat Wald-Wild-Konzept Simplon-Vispertäler-Schattenberge weiterentwickelt.

In der forstlichen Planung wurden – wie 2002 – die regionalen Waldpläne im Goms, in Orsières und Bagnes weitergeführt.

NATURGEFAHREN

Der erste Schnee fiel bereits am 10. August 2002 mit einer Mächtigkeit von ca. 30 cm auf 1'800 m^{ü.M.}. Dies erschwerte die Arbeitsverhältnisse der Baustellen im Hochgebirge.

Die Oktoberstürme (130 km/Std. auf dem Simplon) brachten die notwendige Schneeeunterlage für den Wintersport.

Auch wenn die Kantonsfläche schwach beschneit ist, liegt am Simplon am 16. November 2002 170 cm Schnee.

Der Neujahrstag 2003 war der einzig schöne Tag während der Ferienzeit. Die grösseren Schneemassen fielen oberhalb 2000 m Höhe mit einer Mächtigkeit von 1.50 Meter Ende Januar, 50 cm anfangs März und 30 bis 50 cm anfangs April.

Am 5. Februar floss im Torrent d'Aron eine Lawine über die Strasse zum Grossen St. Bernhard. Am gleichen Tag starben 4 Personen in einer selbstausgelösten Lawine unter dem Sessellift von La Brea in Champex.

Trotz dieser tragischen Ereignisse kann man von einem eher schneearmen und milden Winter sprechen; lokal fanden jedoch einige Lawinen statt, welche vor allem Waldschäden anrichteten.

Das Jahr 2003 war vor allem durch die langandauernde Hochdrucklage im Westen Europas gekennzeichnet. Die Hitzeperiode erstreckte sich auf die 4 folgenden Perioden:

vom 4. Juni bis 30. Juni 2003, vom 10. Juni bis 26. Juli 2003, vom 3. August bis 14. August 2003, vom 21. August bis zum 27. August 2003.

Wenn um das Jahr 1900 die Gletscherfläche des Kantons noch 900 km² betrug, fiel diese im Jahr 2003 auf weniger als 700 km² zurück. Die sommerliche Hitze verursachte eine Grosse Zahl von Felsabbrüchen (z.B. auf den westlichen Flanken des Dt. Blanche, auf dem Hörnligat des Matterhorns, am Rimpfischhorn, usw.).

Nachfolgend die maximal gemessenen Schneehöhen der letzten Jahre:

	Höhe ü. Meer	2003	2002	2001	2000	1999
Fiesch-Kühboden	2'210 m	172 cm	118 cm	185 cm	184 cm	270 cm
Simplon-Hospiz	2'000 m	190 cm	80 cm	95 cm	145 cm	230 cm
Egginer (Saas)	2'620 m	226 cm	145 cm	288 cm	214 cm	274 cm
Les Ruinettes (Verbier)	2'250 m	185 cm	154 cm	200 cm	215 cm	310 cm
Gandegg (Lötschental)	2'620 m	460 cm	391 cm	539 cm	455 cm	580 cm

Nachstehend einige kumulierte Schneehöhen der letzten 5 Jahre:

	Höhe ü. Meer	2003	2002	2001	2000	1999
Münster, Goms	2'430 m	398 cm	295 cm	537 cm	610 cm	833 cm
Simplon-Hospiz	2'000 m	561 cm	375 cm	689 cm	681 cm	669 cm
Egginen, Saas	2'620 m	446 cm	360 cm	640 cm	415 cm	595 cm
Gandegg, Lötschental	2'620 m	926 cm	876 cm	921 cm	993 cm	1'223 cm
L'Ecreleuse, Finhaut	2'240 m	645 cm	595 cm	847 cm	715 cm	845 cm

Das Programm der Präventivmassnahmen gegen Naturgefahren beinhaltet die Erstellung der automatischen Schnee- und Wetterstationen, der Lawinen- und Steinschlaggefahrenkarten, die regionalen Sicherheitsdienste, die dringenden Massnahmen gegen Steinschläge und Felssturz sowie die Warn- und Alarminstallationen gegen Lawinen und Murgänge. Der im Jahre 2003 dafür vorgesehene Betrag war mit 1,9 Millionen Franken budgetiert. Aus finanziellen Gründen konnten nur Teilarbeiten mit einem Gesamtbetrag von 984'000.-- Franken erstellt werden.

Das Visualisierungsprogramm der automatischen Schnee- und Wetterstationen ist für alle Verantwortlichen der regionalen Sicherheitsdienste auf dem Info-Manager abrufbar. Die Unterhaltskosten sowie die Instandstellungskosten für das gesamte kantonale Netz betragen 233'000.-- Franken.

Für die Beobachter und Sicherheitsverantwortlichen wurde in Grimentz und Davos ein Ausbildungskurs von 4 Tagen durchgeführt. Diese Kurse werden mit einer spezifischen Ausbildung betreffend Entscheidungshilfen und der Benützung der Daten der Schnee- und Wetterstationen ergänzt.

Im Jahre 2003 wurden 11 Lawinengefahrenkarten erstellt, u.a. in Zermatt, Täsch, Ayer, Leukerbad, St-Jean, Bourg-St-Pierre und Orsières.

Expertisen und Gefahrenkarten über Bodeninstabilitäten wurden in 15 Gemeinden erstellt, u.a. in Raron, Töbel, Visp, St. Niklaus, Vissoie, Evolène, Isérables und Bagnes. Im Hinblick auf die künftige Bundespolitik betreffend die Finanzierung der Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren wurde ein Pilotprojekt auf der Strecke zwischen Brig und Oberwald ausgeführt; diese Studie soll die Prioritätenordnung der Massnahmen auf der gesamten genannten Strecke festlegen.

Lawinen, Schneebruch

Gemeinde	Ort	Schaden
Oberwald	Rätischbach	600 m3 Holz umgeworfen
Fiesch	Blasegga	300 m3 Holz umgeworfen
Blatten	Uiflenguwald	Zerstörung von 13 ha Wald (1800 m3)
Blatten	Stampbach	3 ha Jungwald zerstört (100 m3)

Steg	Kistenwald	120 m3 Holz umgeworfen
Leukerbad	Bennongraben	Zerstörung eines Stalles und eines Chalets Schäden an 2 Gebäuden 450 m3 Holz umgeworfen
Liddes	Chandonne	200 m3 Holz umgeworfen
Orsières	Folliets s. Commeire	280 m3 Holz umgeworfen
	Vallon de Champex	220 m3 Holz umgeworfen
	Planereuses / Val Ferret	20 m3 Holz umgeworfen

Wind und Sturm

Hochplateau	Verschiedene Orte	100 m3 Holz umgeworfen
Orsières	Verschiedene Orte	300 m3 Holz umgeworfen
Salvan	Vallon de Van	150 m3 Holz umgeworfen
Martigny Champéry et Val-d'Illiez	Mt. Chemin Rive droite Vièze	Holzbruch im Buchenbestand 200 m3 Holz umgeworfen
Monthey Vionnaz et Collombey-Muraz	Le Fays	260 m3 Holz umgeworfen
	Grand Crau, Dravers	170 m3 Holz umgeworfen

Steinschläge, Bodeninstabilitäten

Gemeinde	Ort
Ulrichen	Blaswald
Reckingen	Bächji, Hohbach
Ernen	Frid, Rappental
Binn	Müssebach
Grensiols	Chelliwald
Betten	Bader, Spielbach
Fieschertal	Brunnewald
Ried-Brig	Schiessbach
Evolène	Forêt des Fontaines
Nendaz	Tsablo Plan, Combatseline
Orsières	Forêt Pertuits
Collombey-Muraz	Grand Crau (0,5 ha)

Steinschläge, Felsstürze und Murgänge fanden statt in:

Raron	Turtig	30 m3
Gampel	Altes Lonzaareal	ca. 50 m3
Chandolin	Kreuzung von Fang	50 m3 auf der Kantonsstrasse
St-Luc	Forêt de Fortunaz	10 m3 auf der Kantonsstrasse
Evolène	Felsen von Tsouc	ca. 40 m3 Schäden an einem Gebäude
Hérémenche	Torrent de Merderé	
Sembrancher	Galerie des Trappistes	600 m3 stürzen auf die Galerie. Ein Todesopfer
Mex	Schlucht des St-Barthélemy	
Fully	Torrent du Bossay	Murgang im Kastanienwald

Die Hitzewelle des Sommers 2003 hat unsere Wälder ausgetrocknet. Es fanden verschiedene Waldbrände statt, der wichtigste davon am 13. August 2003 in Leuk: im Höhwald, Thelwald und Bannwald. Die gesamte Brandfläche betrug 310 ha Wald. Weitere Brände fanden in folgenden Gemeinden statt:

Ried-Brig	Rinderwald (2 x)	600 m2
Brigerbad	oberhalb des Dorfes	
	Brigerbad 0.4 ha	0,4 ha
Lalden	Flaumeichenwald	
	auf der Lötschberglinie	0,5 ha
Evolène	Zau du Paccot in Arolla	
Randogne	Courtavey	0,1 ha
Charrat		0,5 ha
Orsières	Champex	0,5 ha
Vollèges		0,5 ha

Verbauungen und Schutzmassnahmen

Im laufenden Jahr wurden 19 neue Projekte mit einer Gesamtsumme von 23,3 Millionen Franken durch die kantonalen und eidgenössischen Instanzen genehmigt.

Die Art der Naturgefahren der 19 eingereichten Projekte verteilt sich wie folgt:

10	Lawinerverbauungen
4	Rutschungen
5	Steinschläge, Felssturz.

Das Pilotprogramm Effor 2 im Bereich Naturgefahren wurde im Mattertal und in den Gemeinden Isérables und Nendaz durchgeführt: innert 4 Jahren (1999 – 2003) haben Investitionen von 8 Millionen Franken eine Risikoreduktion für einen Betrag von 69,4 Millionen Franken bewirkt (Berechnung mittels einer Kosten-Nutzenanalyse).

Folgende Tabelle zeigt die finanzielle Verteilung der Investitionen für Abwehrmassnahmen gegen Naturgefahren im Jahre 2003 pro Forstkreis.

Kreis	Bundes- subventionen Abrechnung Fr.	Kantons- subventionen 2003 Fr.	Subventionen 2003 Fr.	Zu Lasten des Bauherrn
I	2'992'360	2'082'231	610'086	300'043
II	4'168'042	2'856'165	863'527	448'350
III	4'482'810	3'131'417	671'256	680'137
IV	2'347'609	1'629'327	471'135	247'147
V	3'846'638	2'640'663	730'110	475'865
VI	2'706'484	1'835'251	447'934	423'299
VII	1'808'657	1'198'760	243'105	366'792
VIII	2'214'509	1'497'263	402'301	314'945
IX	592'205	411'236	92'148	88'821
	25'159'314	17'282'313	4'531'602	3'345'399
Andere		7'958	74'811	
Total		17'290'271	4'606'413	

NATUR UND LANDSCHAFT**Allgemeines**

- Im Rahmen einer Vernehmlassung hat sich der Staatsrat zur Revision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz geäußert, welche insbesondere die Schaffung und Finanzierung von Natur- und Landschaftspärken beinhaltet.
- Die Subkommission für Natur- und Landschaftsschutz hielt in der Berichtsperiode zwei Sitzungen. Wichtige Traktanden waren die dritte Rhonekorrektur, die Erarbeitung strategischer Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes und die Vorbereitung zur Schaffung eines kantonalen Fonds für Natur- und Landschaftsschutz.
- Anlässlich einer Medienkonferenz in Dorénaz konnte am 12. Mai 2003 eine neue Broschüre über die Amphibien im Kanton Wallis vorgestellt werden. Nebst den Amphibien als bundesrechtlich geschützten Tieren konnte in diesem Zusammenhang auch das „UNO-Jahr des Wassers“ thematisiert werden.
- Nachdem unsere Ausstellung über die Natur- und Landschaftsschutzgebiete des Kantons Wallis bereits 2002 in Sitten grossen Erfolg hatte, wurde die Ausstellung während des ganzen Sommerhalbjahres der Berichtsperiode in Monthey gezeigt.
- Im Rahmen einer Medienkonferenz konnte am 04.07.2003 das Buch „Die Pflanzenwelt von Zermatt“ vorgestellt werden. Dabei handelt es sich bereits um den fünften Band der vom Departement für Verkehr, Bau und Umwelt als Mitherausgeber publizierten Serie „Die Reichtümer der Natur im Wallis“.
- Wegen finanziellen Engpässen konnten 2003 keine neuen Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen werden. Die Arbeit beschränkte sich in diesem Bereich auf die Erneuerung abgelaufener Verträge und einige Kontrollen im Feld. Ende 2003 waren insgesamt 385 Bewirtschaftungsverträge mit einer Gesamtfläche von 998 ha gültig. Basierend auf diesen Verträgen wurden an die Bewirtschafter der Trockenstandorte, Moore und traditionellen Kulturlandschaften insgesamt 674'101.-- Franken ausbezahlt.

Mandate im Auftrag des Kantons

- Im Zusammenhang mit dem Projekt „Nationales Ökologisches Netzwerk“: Erarbeitung des Konzeptes zur Erhaltung von wichtigen ökologischen Korridoren.
- Vorbereitung der Bewirtschaftungsverträge und Nachführung der entsprechenden Datenbank.
- Erarbeitung einer Broschüre über die Amphibien des Kantons Wallis.
- Wegsanierungen und Naturschutzmassnahmen in der Moorlandschaft von nationaler Bedeutung „Albrun“ in Binn.
- Verpflanzung und Schutz von seltenen, wildwachsenden Tulpen in Naters.
- Realisierung verschiedener Massnahmen zum Schutz der Moore auf dem Simplonpass.
- Vorbereitung der Ausstellung in Monthey über die Naturschutzgebiete des Kantons Wallis.
- Erarbeitung eines Vorschlages zur Abgrenzung der Flachmoore von nationaler Bedeutung auf Territorium der Gemeinden Val-d'Illeiz, Troistorrents und Champéry.

Subventionierung von Naturschutzprojekten

In der Berichtsperiode wurden folgende Projekte von Gemeinden und privaten Organisationen finanziell unterstützt:

- Biotop "Schwickboden" und Revitalisierung Geschinenbach, Gemeinde Geschinen.
- Verein UNESCO-Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn.
- Aufsicht im Schutzgebiet Binntal.
- Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaft in Grengiols.
- Unterhaltsarbeiten im Schutzgebiet „Achera Biela“, Gemeinden Ried-Brig und Termen.
- Schutzmassnahmen für eine national bedeutende Fledermauskolonie in einer Kapelle in Raron.
- Pflege- und Unterhaltsarbeiten in der traditionellen Kulturlandschaft Gampel-Jeizinen.
- Aktivitäten der Animateure im Pfynwald und Naturschutzaufsicht.
- Beitrag zur Unterstützung der Aktivitäten des Vereins Naturpark „Les Muverans“.
- Unterhaltsarbeiten in den „Follatères“, Gemeinden Fully und Dorénaz.
- Schutz- und Unterhaltsarbeiten im Feuchtbiotop „Les Mangettes“ in Monthey.
- Stiftung für Landschaftsschutz für eine Studie über das Baltschiedertal.
- Koordinationsstelle für den Amphibien- und Reptilienschutz der Schweiz (KARCH).
- Walliser Gruppe zum Schutz der Fledermäuse.

Der Kanton hat in der Berichtsperiode an die Herausgabe folgender Publikationen einen finanziellen Beitrag geleistet:

- Herausgabe des Exkursionsprogramms 2003 in Zusammenarbeit mit verschiedenen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes tätigen Verbänden und Organisationen.
- Publikation einer Dissertation über die Vegetation von Zermatt.

Vormeinungen

Die Sektion Natur und Landschaft hat in der Berichtsperiode zu 903 technischen Dossiers (2002: 839) schriftliche Vormeinungen zuhanden der Kantonalen Baukommission oder anderen kantonalen Fachstellen abgegeben.

Wanderwege

Für Hauptwanderwege wurden im Jahr 2003 an 10 Projekte kantonale Beiträge im Umfang von 133'789.-- Franken (2002: 262'685.-- Franken) entrichtet.

UMWELTSCHUTZ

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Zum internationalen Jahr des « Süsswassers » hat die Dienststelle für Umweltschutz (DUS) eine Broschüre herausgegeben, welche eine Bilanz über 40 Jahre Abwassersanierung und -reinigung im Wallis zieht.

Zudem wurde ein Vorprojekt für den Lernpfad des Wassers von der gefassten Quelle bis zur Rhone erarbeitet. Drei Routen bildeten Gegenstand dieser Vorstudie: für das Oberwallis in der Region von Zeneggen, für das Mittelwallis im Val d'Hérens und für das Unterwallis in der Region von Troistorrents – Val-d'Illeiz.

Eine interkantonale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gewässerschutzlaboratorien steht in Diskussion, damit die Ausrüstungen und Kompetenzen am jeweiligen Standort bestmöglich genutzt werden können.

Im weiteren wurde eine Pilotstudie in Auftrag gegeben, um die abbaubaren Reserven (Steine und Erde) im Bezirk Visp zu erarbeiten. Das Ziel ist es, mit den Erkenntnissen dieser Studie, die Grundlagen und das Vorgehen zu definieren, damit die abbaubaren Reserven im ganzen Kanton erfasst werden können.

Anfang des Jahres ist eine interdepartementale Arbeitsgruppe gebildet worden, um eine systematische Sanierung der Strassen vorzunehmen. Das Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die Verfahren für Sanierungsvorhaben, für Erleichterungsgesuche, für die Zuteilung der Empfindlichkeitsstufen für die Bauzonen, für Schallmessungen usw. zu erarbeiten. Sie dient ebenfalls als Koordinations- und Informationsstelle zwischen den verschiedenen Dienststellen und der Bevölkerung.

GEWAESSERSCHUTZ

Inspektorat

38'240 Tankanlagen sind vom neuen Informatikprogramm erfasst worden. Sie können in folgende Kategorien eingeteilt werden:

Kleintanks:	18214
Tanks von mittlerer Grösse:	9730
Unterirdische Tanks:	10192
Grosstanks:	104
Anzahl ausser Betrieb gesetzte Tanks (noch bestehend):	5052
Total zu sanierende Tanks:	58

Die Expertisen der Kaminfeger haben aufgezeigt, dass mehr als 11'700 Anlagen nicht im kantonalen Kataster registriert sind. Bei der Vollziehung der kantonalen Gewässerschutzgesetzgebung sind die Gemeinden verpflichtet, ein Inventar der wassergefährdenden Lageranlagen der Dienststelle zu übermitteln. 16 Walliser Revisionsunternehmen wurden vom Departement für Verkehr, Bau und Umwelt ermächtigt, Tankanlagen zu revidieren.

Die Anzahl Interventionen infolge von wasser- und bodengefährdenden Verschmutzungen beträgt 21.

Abwasserreinigung

Während des Jahres 2003 wurden mehrere Kläranlagen (ARA) in Betrieb genommen:

- Trient :	375	Einwohner-Gleichwerte
- Eisten :	400	Einwohner-Gleichwerte
- Wiler :	2450	Einwohner-Gleichwerte
- Kippel :	1000	Einwohner-Gleichwerte
- Ferden :	500	Einwohner-Gleichwerte

Gesamthaft wurden in den ARA's 71,5 Millionen m³ Abwasser behandelt (im Jahre 2002 waren es 74 Millionen m³). Der

Reinigungseffekt beträgt bei den organischen Stoffen ca. 95 % und 93 % beim Phosphor. Diese Ergebnisse sind besser als im Jahre 2002. Diese Verbesserung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Jahr 2003 ein niederschlagsarmes Jahr war.

Wegen der Akreditierung des DUS-Labors wurden weniger Kontrollen als üblich durchgeführt. Die von den ARA's erfolgten Selbstkontrollen sind verallgemeinert worden und mehrere Unterwalliser Kläranlagen haben sich zusammengeschlossen, um die Kontrollen von einem gemeinsamen Labor durchführen zu lassen.

Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hat verfügt, dass ab dem 1. Mai 2003 die Klärschlammverwertung auf den Futter- und Gemüseflächen und in den Grundwasserschutzzonen 5 verboten ist.

Ab April 2003 hat die SATOM (Monthey) die ersten Versuche für die Klärschlammverbrennung vorgenommen. Zurzeit stehen 2 Verbrennungsöfen in Betrieb. Im Mittelwallis arbeitet man daran die notwendigen Verbrennungskapazitäten zu realisieren.

Oberflächengewässer

Im Laufe des Jahres 2003 wurde die physikalische und chemische Qualität des Wassers im Trient und in der Saltina untersucht. Die Analysen zeigen, dass die physikalische und chemische Qualität des Wassers gut ist. Eine Ausnahme bildet die bakteriologische Qualität im Trient, die auf die mangelhafte Abwasserreinigung der Gemeinden Finhaut und Salvan zurückzuführen ist. Ein diesbezügliches Projekt bildete Gegenstand eines Subventionierungsentscheides des Grossen Rates vom 5. Juni 2003.

Eine Bilanz in der Fare hat gezeigt, dass die Diatomaen-Diversität (Algen, die sich an der Oberfläche der Steine entwickeln) im bergseitigen Teil sehr reich und im talseitigen Teil sehr arm ist. Dies ist für verschmutztes Wasser charakteristisch.

Die Kontrollen und Analysen von Pflanzenschutzmitteln im Wasser des Kanals Bras Noir in Siders und im Kanal Rèche in Granges haben gezeigt, dass Pflanzenschutzmittel mit Konzentrationen über dem Grenzwert von 0,1 mg/l (Anforderungen GSchV 1998) vorkommen, insbesondere unterhalb der ARA von Granges.

Studien betreffend die Sanierung der Wasserläufe unterhalb von Wasserfassungen konnten in Zusammenarbeit mit den übrigen kantonalen Dienststellen (DSFB, DWK, DWL, DJFW) aufgenommen werden. Für die Bearbeitung der ersten Einzugsgebiete (Dranses, Turtmänna) wurde ein Pilotbüro und ein spezialisiertes Bürokonkordatium beauftragt.

Bauten, Subventionierungen und GEP

Die von den Gemeinden für die Erstellung von Sammelleitungen und ARA's eingesetzten Investitionsbeträge betragen im Jahre 2003 15 Millionen Franken.

Mehr als 30 Studienmandate für die Erstellung der generellen Entwässerungspläne sind vom Kanton mit der Zusicherung von Subventionen genehmigt und von den betroffenen Gemeinden vergeben worden.

Lagerung von Hofdünger

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Rindviehhaltung beträgt 1'477.

Im vergangenen Jahr wurden mehr als 240 Betriebe kontrolliert. Folgende Resultate wurden erfasst:

- 84 Betriebe (35 %): konform / im Bau oder schon realisiert
- 62 Betriebe (26 %): nicht konform / privates oder kommunales Projekt wird erarbeitet
- 40 Betriebe (17 %): ungenügende Kapazität / Sanierung notwendig

54 Betriebe (22 %): nicht konform / Betriebsaufgabe altershalber innerhalb von drei Jahren

Grundwasser

Die Grundwasserschutzzonenkarten werden laufend nachgeführt. Des Weiteren sind mehrere Verfahren bei den Gemeinden im Sinne des **Reglements vom 31. Januar 1996** betreffend die Genehmigung der Grundwasserschutzpläne eingeleitet worden

Die Herausgabe des **hydrogeologischen Jahrbuches** für 2003 ist in Ausarbeitung und zugesichert. Dieses Jahrbuch enthält nützliche Auskünfte über die Qualität des Grundwasserstandes im Rhonetal.

Die **Verordnung über die Trinkwasserversorgung in Notlagen** bildete Gegenstand eines Mandates für die Erarbeitung eines kantonalen Grundkonzeptes.

Der von der DUS in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Landwirtschaft erteilte Auftrag zur Erarbeitung der **Richtlinien betreffend der landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsplan** geht dem Ende entgegen. Die Genehmigung, der Druck und die Verteilung sind für 2004 vorgesehen.

Die **Koordinationsblätter des kantonalen Richtplans** betreffend die Trinkwasserversorgung und die Grundwasserschutzzonen sind nachgeführt worden. Sie sind zurzeit in der Vernehmlassung beim zuständigen Bundesamt.

Reinigung von Staudämmen und Wasserbecken

Die Dienststelle für Umweltschutz hat für ca. 20 Gesuchdossiers für die Reinigung und Entleerung von Staudämmen eine Vormeinung abgegeben. Es erfolgten 14 Reinigungen. 7 unter ihnen bildeten Gegenstand einer besonderen Überwachung.

Steinbrüche und Kieswerke

Im Rahmen des Sanierungsprogramms der Steinbrüche und Kieswerke hat die DUS folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Weiterführung des Sanierungsverfahrens der im Jahre 2002 kontaktierten Kiesausbeutungsbetriebe.
- Bearbeitung und - Mahnung der Kiesabbauer, welche die festgesetzte Frist für das Einreichen ihrer Dokumente nicht eingehalten haben.
- Kontrolle der Kieswerke durch eine systematische Kampagne.
- Auskünfte an die sich für den Auftrag interessierenden Büros für die Pilotstudie der abbaubaren Reserven für den Bezirk Visp.

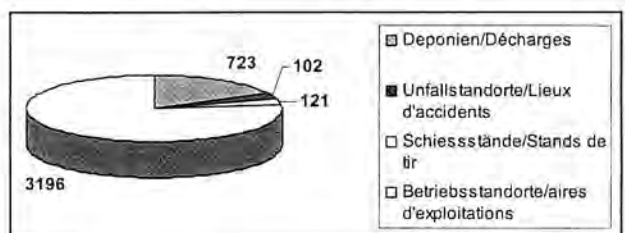
Die Kommission für Steinbrüche und Kieswerke hat namentlich zu folgenden Geschäften Stellung genommen:

- Zur Pilotstudie, welche die Planung der abbaubaren Materialreserven im Bezirk Visp behandelt.
- Zu den Auswirkungen der 3. Rhonekorrektur im Rahmen der Regelung der Kiesentnahme in der Rhone.
- Zur Umsetzung eines Verfahrens zur Regelung des Problems der Ablagerungen von nicht bewilligten Materialien.

Altlasten

Im Jahre 2003 ist der Altlastenkataster des Kantons Wallis erstellt worden. Für 4142 Standorte ist eine Erstbewertung gemäss Altlastenverordnung durchgeführt worden.

Die Untersuchungen ergaben folgende Verteilung:



Einteilung der einzelnen Standorte aufgrund der Untersuchungsergebnisse der Erstbewertung:

	Deponien	Betriebsstandorte	Schisstände	Unfallstandorte
Archivieren, löschen	130	2272	0	91
Belastete Standorte keine Untersuchung nötig	344	504	109	9
Belastete Standorte, die eine Untersuchung erfordern	249	420	12	2
Total	723	3196	121	102

Weiteres Vorgehen:

Im Laufe des Jahres 2004 werden die betroffenen Eigentümer über den Eintrag im Kataster informiert und erhalten die Gelegenheit Stellung zum Eintrag zu nehmen.

ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG UND -BEHANDLUNG

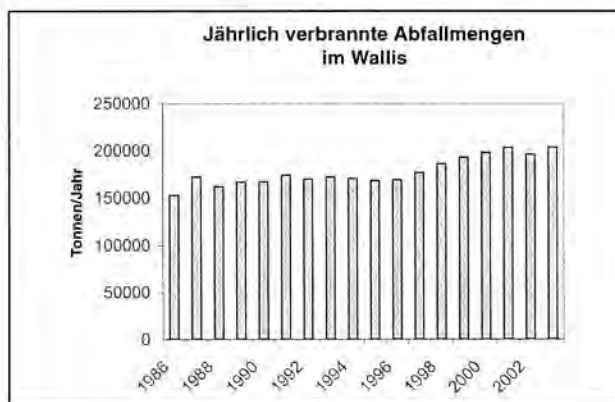
Kehrichtverbrennungsanlagen

Die Mengen verbrannter Abfälle liegen erneut auf dem Stand von 2001, d.h. mehr als 200'000 Tonnen. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf die Abfallmengen aus den Industrien und dem Gewerbe sowie aus den ausserkantonalen Nicht-Aktionär-Gemeinden der SATOM zurückzuführen. Diese Anlage verzeichnet eine globale Zunahme von mehr als 9 % gegenüber dem vorigen Jahr. Die in Gamsen verbrannte Abfallmenge hat um 18 % zugenommen, weil sämtliche Abfälle von Zermatt im Jahre 2003 in der Anlage von Gamsen verbrannt wurden.

Verbrannte Abfälle in den verschiedenen Verbrennungsanlagen in Tonnen:

	2000	2001	2002	2003
SATOM, Monthey	112'480	115'550	109'055	118'135
UTO, Uvrier	52'682	52'864	52'548	51'461
KVO, Gamsen	27'060	28'858	28'550	33'609
KVZ, Zermatt	5'568	5'951	5'663	0
Total	197'790	203'223	195'816	203'205

Entwicklung der verbrannten Kehrichtmengen in den letzten 17 Jahren:



Deponien

Die aktuellen Statistiken betreffend die Inertstoffdeponien erfassen 357 in Betrieb stehende Deponien.

Im Jahre 2003 wurde das Hauptgewicht auf das Verbot von jeglichem Feuer auf den Deponie- und Abfallsammelstellen gelegt. Ein grosser Teil der Gemeinden, die regelmässig ihre Abfälle (sauberes Holz, behandeltes Holz, organische Stoffe oder Sperrgut) verbrannten, sind kontaktiert worden. 28 Gemeinden erhielten eine Verfügung mit einem Verbrennungsverbot für das Verbrennen jeglicher Abfälle im Freien ab 31. Dezember 2003.

Mehr als 90 Deponiestandorte, Standorte für die Wiederverwertung von Inertstoffen oder Abfallsammelstellen wurden kontrolliert. Die betroffenen Gemeinden haben ein Protokoll erhalten, mit Angaben betreffend die Regularisierung ihres Standortortes.

Die Intensivierung der Kontakte mit den Gemeinden ermöglichte 112 Kontrollen von Deponien, 29 Kontrollen von Abfallsammelstellen, 8 Kontrollen von Kompostierungsstellen, 9 Kontrollen von Recyclingzentren für Inertstoffe und 2 Kontrollen von bioaktiven Deponien, d.h. insgesamt knapp 160 Kontrollen. Im Verlaufe dieser Kontrollen wurden 34 Standorte mit Feuern oder Feuerspuren registriert.

Die Anzahl der gemäss der TVA zugelassenen Inertstoffdeponien beträgt am 31. Dezember 2003 36 Standorte.

VREG

Die Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) vom 14. Januar 1998 verpflichtet die Rücknehmer solcher Geräte eine kantonale Bewilligung zu besitzen, um die elektrischen und elektronischen Geräte zu sammeln, grob zu sortieren oder zu zerlegen. Im Wallis erhielten acht Unternehmen eine Bewilligung.

LUFTREINHALTUNG

Immissionsmessungen

Die Messungen der Luftschadstoffe zur Überwachung der Immissionsgrenzwerte wurden mittels der neuen RESIVAL-Stationen fortgeführt. Zudem wird für den Bedarf der nationalen Studie SAPALDIA, welche die Qualität der umliegenden Luft mit der Gesundheit der Erwachsenen in Zusammenhang bringt, eine zusätzliche Messstation in Montana betrieben.

Das Jahr 2003 war durch einen sehr warmen Sommer gekennzeichnet, der auf ein andauerndes Hochdruckgebiet zurückzuführen war (wärmster Sommer seit dem 16. Jahrhundert). Diese extremen Wetterlagen haben die photochemischen Schadstoffkonzentrationen, namentlich des Ozons, stark beeinflusst. Deshalb waren die Konzentrationen dieser Zusammensetzung viel höher als in den vergangenen Jahren. Gegenüber 2002 waren die Überschreitungen der stündlichen Norm von 120 µg/m³ dreimal häufiger (siehe Abbildung unten) und je nach dem untersuchten Standort wird der monatliche Grenzwert während 8 Monaten überschritten.

Die übermässigen Immissionen von Stickstoffdioxid und Schwebstaub PM10 bleiben in unserem Kanton noch bestehen. Die PM10 Mengen und insbesondere deren Tagesspitzenwerte nehmen stark zu.

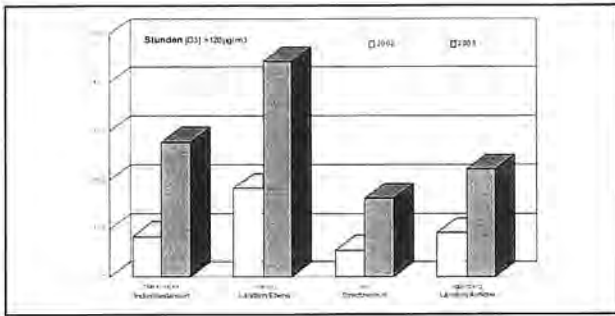


Tabelle 1 : Ozon – Anzahl Stundenwerte > 120µg/m3 für die Jahre 2002 et 2003

Emissionen

Die Emissionen der verschiedenen Produktionsanlagen wurden gemessen und in den Emissionskataster eingetragen. Was die Kontrollen und Messungen angeht, so wurde die Anwendung der Gesetzesgrundlagen verbessert. Infolge Klagen wurden vermehrte Kontrollen von Holzfeuerungsanlagen vorgenommen. Folgende Schadstoffquellen bleiben bedeutend und problematisch:

- Baustellen: Russpartikel von Baumaschinen mit Dieselmotoren, Staub und Feuerrauchpartikel.
- Hand-Holzfeuerungen: Verbrennung von verbotenen oder unangemessenen Brennstoffen.
- Abfallverbrennung: Feuer im Freien oder in Privatanlagen.

Tankstellen

Die Kontrolle der Benzingas-Rückführungssysteme wurde besser organisiert. Dank der besseren Sensibilisierung der Tankstellenbetreiber kann die Kontrollfrequenz auf alle zwei bis drei Jahre heraufgesetzt werden. Dies bringt dem Betreiber eine Ersparnis, da diese Kontrollen teuer sind. Die Tankstellenbetreiber haben ebenfalls die Möglichkeit, mittels einer einfachen Methode rasche Kontrollen durchzuführen. Der Ertrag der Benzingas-Rückführungssysteme hat sich wesentlich erhöht. Die VOC-Emissionen dieser Anlagen haben sich dadurch vermindert.

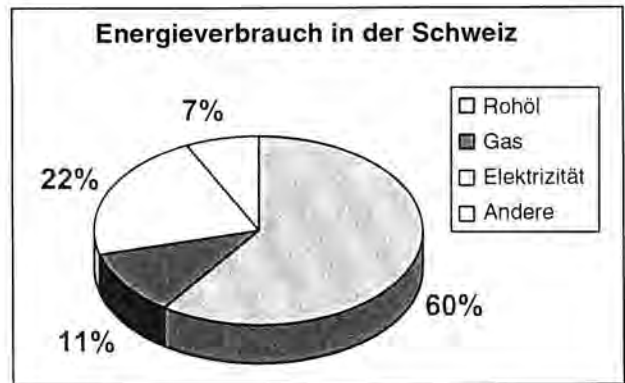
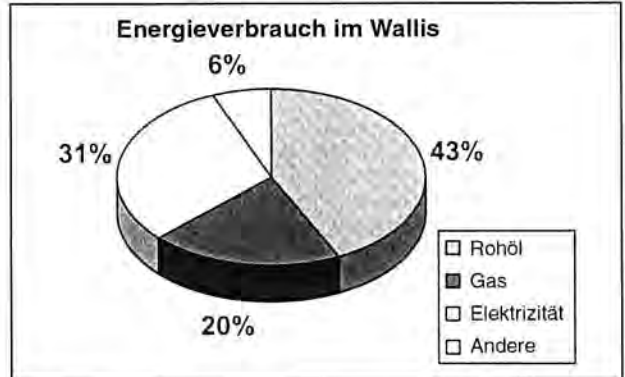
Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen VOC (VOCV)

Die VOC-Verordnung wurde im Jahre 2000 eingeführt und erwies sich als ein wirksames Instrument zur Verminderung der Emissionen. Die Lenkungsabgabe ist derzeit der höchste vorgesehene Wert: Fr. 3.-- pro kg VOC

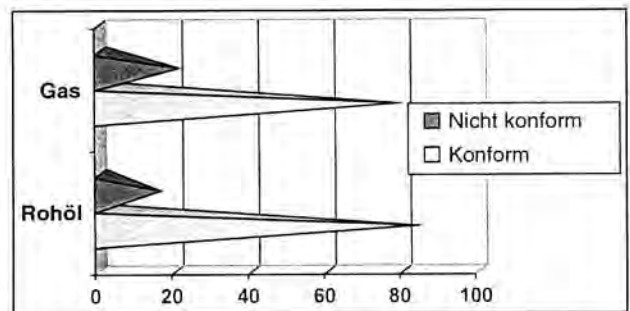
Es wurden 19 VOC-Bilanzen behandelt. Sie beinhalten entweder ein Rückerstattungsgesuch oder eine Emissionsmeldung bei der Bezahlung der geschuldeten Abgaben. Im Wallis erreicht der Totalbetrag der Rückzahlungen eine Million Franken. Die Rechnung der geschuldeten Abgabe bei allen Grossindustrien im Wallis beträgt ebenfalls eine Million Franken. Die Abgaben werden von der eidgenössischen Zolldirektion in Bern erhoben. Die in den behandelten Bilanzen des Wallis bestehenden VOC-Mengen übersteigen 200'000 Tonnen.

Feuerungskontrollen

Der Kanton zählt eine beträchtliche Anzahl von Feuerungsanlagen und verbraucht demzufolge eine entsprechende Menge Energie insbesondere in der Form von Rohöl, Gas und Elektrizität. Die beiden unten stehenden Grafiken zeigen die Aufteilung der verschiedenen verbrauchten Energiemengen im Wallis im Vergleich zur Schweiz. Wegen den verschiedenen Gas- und Stromnetzen verbraucht das Wallis verhältnismässig wesentlich mehr von diesen beiden Energiestoffen als die gesamte Schweiz.



Die seit dem Inkrafttreten der Liberalisierung der Feuerungskontrollen im Wallis kontrollierten Anlagen werden mittels eines geeigneten Bewirtschaftungsprogramms erfasst. Bis heute wurden 85 % der Anlagen registriert. Lediglich die beiden Brennstoffe Gas und Rohöl erzeugen Luftschadstoffe im Sinne der Luftreinhalteverordnung (LRV) und erfordern alle zwei Jahre eine Verbrennungskontrolle. Bei den bis heute von der DUS kontrollierten und erfassten Anlagen ist festzustellen, dass 15 bis 18 % der Anlagen je nach Brennstoff nicht den rechtsgültigen Normen entsprechen.



Im Jahre 2003 hat die DUS eine Broschüre herausgegeben, welche an alle Walliser Haushaltungen versandt wurde, mit Erklärungen zu Kontrollen von Feuerungsanlagen.

LÄRM

Im Berichtsjahr 2003 wurden 186 Dossiers lärmspezifisch beurteilt, wovon 101 Baubewilligungsgesuche und Zonennutzungspläne betrafen.

19-mal haben Personen gegen störende Lärmimmissionen Klage erhoben. 3 Fälle konnten durch eine Sanierung der Anlage geregelt werden, 5 Fälle waren nicht begründet und 11 Fälle sind hängig.

Was die Umsetzung von Lärmschutzmassnahmen für den Flughafen von Sitten angeht, so hat das eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport das provisorische Konzept gutgeheissen. Die betroffenen Anrainer wurden eingehend orientiert. Zurzeit läuft das Ausschreibungsverfahren für die Planung und die Bauleitung der Lärmschutzmassnahmen der Gebäude.

Während des vergangenen Jahres haben die SBB die Sanierung der Abschnitte Raron, Visp und Brig sowie des Bahnhofs Visp ausgeschrieben. Wegen den zahlreichen Einsprachen der Anrainer haben die SBB die Teilstrecken des 3. Gleises zwischen St. German und Visp und dem Bahnhof Visp aufgeteilt, um diese in erster Priorität zu beurteilen.

Die Gruppe Lärm- und Strahlenschutz hat zur Revision der Lärmschutz-Verordnung und der Schall- und Laserverordnung Stellung genommen.

STRAHLEN

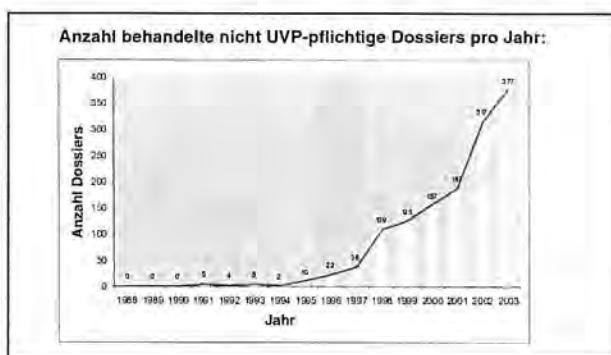
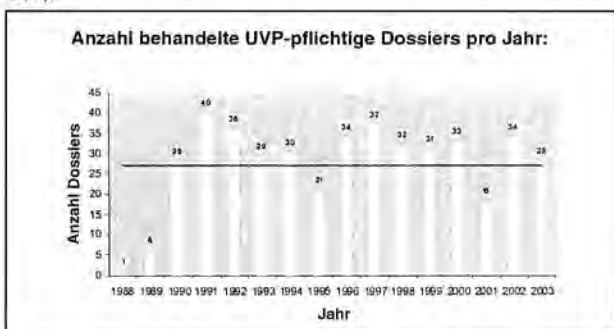
Die Behandlung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen bildet nach wie vor die Hauptaufgabe im Bereich der nicht ionisierenden Strahlung. 100 Baugesuche (2002: 85 – 2001: 75), wovon 63 Gesuche neue Standorte und 37 Änderungen von bestehenden Anlagen betrafen. Am 31. Dezember 2003 zählte der Kataster 469 Antennenstandorte (176 im Oberwallis, 137 im Mittelwallis und 156 im Unterwallis).

Es wurden weiter 13 zusätzliche Gesuche behandelt, welche nicht Mobilfunkanlagen betrafen. 7 Gesuche betrafen Transformatorstationen, Unterstationen und Eisenbahnen sowie Studien im Rahmen von Zonennutzungsplänen, wo zwischen Hochspannungsleitungen und Bauzonen Konflikte bestehen.

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNGEN UND BAUWESEN

Bei Umweltverträglichkeitsprüfungen hat die Dienststelle für Umweltschutz – Sektion UVP und Bauten - in Zusammenarbeit mit den anderen Dienststellen je nach Projekt folgende Aspekte zu beurteilen: Raumplanung, Natur- und Landschaftsschutz, Walderhaltung, Heimatschutz und Denkmalpflege, Archäologie, Jagd, Fischerei, Gewässerschutz (Grundwasser, inklusive Quellen und oberirdische Gewässer), rationelle Energienutzung sowie Umweltschutz im engeren Sinn, d.h. Lärmschutz, Luftreinhaltung, Schutz vor nicht ionisierender Strahlung, Bodenschutz, Abfallbewirtschaftung, Altlasten, Organismen, Katastrophenschutz (Störfälle und Naturgefahren).

Im Jahre 2003 wurden 28 UVP-pflichtige Projekte behandelt und 22 unter ihnen wurden erledigt (2002: 33 bzw. 20). Neue UVP-pflichtige Projekte wurden während des Jahres 26 eingereicht (2002: 17). Ende 2003 gab es 37 laufende UVP. Bei 44 derzeit im Bau befindlichen Grossprojekten wurde eine Umweltbaubegleitung eingeleitet. Im Laufe des Jahres konnten 8 Baubegleitungen fertig gestellt werden. Ferner wurden 377 nicht UVP-pflichtige Projekte behandelt, die Auswirkungen in mehreren Umweltbereichen haben (2002: 317).



Anzahl der Arten von behandelten Dossiers im Jahre 2003 :

Name	UVP Dossiers	Nicht UVP Dossiers
Verkehr	7	108
Energie	3	21
Wasserbau	3	26
Abfallbehandlung	5	19
Armee (Schiesstand)	0	3
Sport, Tourismus, Freizeit	9	33
Industrie	0	36
Landwirtschaft (Nutzungen, Bewässerung, usw.)	0	19
Wald (Erschliessungen, Nutzungen, usw.)	0	6
Steinbrüche, Kieswerke	1	4
Einkaufszentren	0	6
NIS-Anlagen	0	4
Zonennutzungspläne	0	35
Wohnbauten	0	31
Naturgefahren	0	13
Gewässer (Trinkwasser, Fassungen, Grundwasser)	0	7
Gesetzesvernehmlassung	0	6
Total	28	377

KANTONALES LABORATORIUM

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Konsumentinnen und Konsumenten werden durch die Skandale im Zusammenhang mit der Lebensmittelindustrie immer mehr verunsichert. Sie schauen immer mehr auf Produktqualität sowie auf Herkunftsdeklaration und die Herstellungsmethode. Nur eine gewissenhafte Kontrolle kann einen wirkungsvollen Konsumentenschutz garantieren.

Das **BSE-Problem** (bovin spongiform Enzephalopathie) ist weiterhin aktuell. Im Jahr 2003 hat die Anzahl der Fälle abgenommen, jedoch im geringeren Masse als im Jahr 2002. 21 Fälle wurden in 13 verschiedenen Kantonen der Schweiz diagnostiziert, jedoch keiner davon im Wallis. Seit Januar 2001 gilt in der Schweiz das absolute Verbot zur Verfütterung von Tiermehl an Nutztiere. Die im Wallis durchgeführten Kontrollen haben gute Ergebnisse erbracht.

Der Gehalt von **Paradichlorobenzol-Rückständen** (PCDB, Produkt zur Mottenbekämpfung) im Schweizer Honig ist zu hoch. Ein Aufruf an alle Imker wurde in der Bienenzüchterrevue vom

Dezember 2003 veröffentlicht. Sie wurden darin angehalten, umgehend die Regeln der guten Herstellungspraxis in der Bienenzucht anzuwenden. Ferner wurden Kontrollen angekündigt. Eine Verbesserung der Situation ist unbedingt erforderlich.

Zurzeit wird das Acrylamidproblem noch immer untersucht. Es handelt sich um eine als krebserregend bekannte Substanz, die sich bei Trocken- oder Überhitzung von Stärke enthaltenden Lebensmitteln bildet. Die einzige derzeit mögliche Empfehlung ist, die Lebensmittel vorsichtig zu kochen und zu erhitzen.

Die Problematik der Rückverfolgbarkeit, die 2 Ziele hat, wurde untersucht. Es geht dabei um die Vorbeugung und um die effiziente Schadenbekämpfung. Die Basis ist die lückenlose Identifikation eines Lebensmittels und seines «Werdegangs», wodurch eine potentielle Gesundheitsschädigung von der Produktionskette bis zur Verteilung zurückverfolgt werden kann. Die gesetzlichen Grundlagen, die es erlauben, die Rückverfolgbarkeit von den Mitwirkenden in der Lebensmittelkette zu fordern, stehen zur Verfügung und sind auch ausreichend.

Die Beschriftung der Lebensmittel ist oftmals nicht korrekt. Der Verband der Kantonschemiker der Schweiz hat eine umfangreiche Inspektions- und Analysenkampagne organisiert. Bezweckt wurde eine Überprüfung des Einhaltens der Verordnung über die Angabe des Produktionslandes sowie der Landwirtschaftsverordnung über die Deklaration und die Verordnung über biologische Landwirtschaft. Beim Fleisch sind die Angaben über Produktionsländer und über in der Schweiz verbotene Produktionsmethoden oft nicht korrekt oder fehlen bei fast einem Drittel aller kontrollierten Betriebe. Ferner werden Produkte teilweise unrechtmässig mit dem Warenzeichen «Bio» verkauft.

Das Agro-Marketing Schweiz (AMS) wollte das Markenzeichen «Suisse Qualität» für Lebensmittel einführen. Nach Diskussion mit den betroffenen Kreisen, wurde es durch «Suisse Garantie» ersetzt. Dieses Markenzeichen, das vom Verband der Kantonschemiker der Schweiz anerkannt wurde, dient zur Auszeichnung von Erzeugnissen 100%ig Schweizer Herkunft, die den strengen Anforderungen in Bezug auf Produktion und Verarbeitung entsprechen.

Der Konsumentenschutz umfasst ebenfalls Gebrauchsgegenstände. Es sind Erwürgnisfälle mit Jojo-Bällen und „Igelbällen“ aufgetreten und für Kleinkinder besteht Erstickungsgefahr mit Spielzeug aus dehnbarem Material. Aus diesem Grund wurden diese Spielzeuge aus dem Verkehr gezogen. Der Konsumentenschutz erstreckt sich bis zur Kontrolle auf Feuergefährlichkeit von Weihnachtsmännchenbärten und die Importeure wurden auf die Selbstkontrollpflicht hingewiesen!

Von Mai 2002 bis September 2003 wurde eine umfassende nationale Kampagne von Erhebungen und mikrobiologischen Analysen von Milchprodukten durchgeführt. Sie hatte die Qualitätsbeurteilung der Herstellerbetriebe und der spezifischen Probleme jedes Produkts zum Ziel. Mehr als 9'000 Milchprodukte verschiedener Art (Milch, Käse, Joghurt, usw.) wurden analysiert. Insgesamt 8% der im Wallis analysierten Milchprodukte waren, vor allen Dingen aus Hygienemangel, nicht konform. Bei den Milchprodukten aus Almbewirtschaftungen wurden 11% als nicht konform bewertet. 1/3 des Trinkwassers, das auf den Almen verwendet wurde, war nicht gesetzeskonform. Bei einem Grossteil des Almwassers werden die Schutzzonen nicht eingehalten. In mehreren Fällen stammt das Wasser aus offenen Suonen. In anderen Fällen wurden die Fassungen und Installationen nicht unterhalten.

Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz wird systematisch durch mikrobiologische Analysen kontrolliert. Artikel 275 der seit dem 1. Mai 2002 geltenden LMV verlangt von den Trinkwasserverteilern, dass die Konsumenten ab 2004 mindestens 1-mal jährlich ausführlich über die Wasserqualität aufgeklärt werden. Der Verband der Kantonschemiker hat genauere Angaben zu diesen Anforderungen veröffentlicht. Die dafür

Verantwortlichen wurden beauftragt, diese Veröffentlichung vorzubereiten und den Abonnenten zuzustellen.

Kontrolle der Selbsteinkellerer: Die im Jahr 2002 geänderte Verordnung über die Kontrolle des Handels mit Wein sieht vor, dass die Selbsteinkellerer ebenfalls der Eidgenössischen Weinhandelskommission (EWHK) unterstellt sind. Sie sind davon freigestellt, sofern sie einer gleichwertigen kantonalen Kontrolle unterliegen. Die westschweizer Selbsteinkellerer haben die Kantonschemiker gebeten, diese gleichwertige Kontrolle einzuführen. Ein interkantonales Abkommen wurde unterzeichnet und die Kontrollen beginnen mit der Weinlese 2003.

Das Lebensmittelinспекtorat und sein „halbzentrales“ System versucht nach Möglichkeit, die Gleichwertigkeit der Kontrollen von 26 teilzeitbeschäftigten Kontrolleuren, die über den gesamten Kanton verteilt sind, zu garantieren. Ferner versucht es die Schwierigkeiten, die aus delikaten und nicht immer einfachen Situationen entstehen können, zu beseitigen.

EINIGE INFORMATIONEN ZU DEN DURCHFÜHRTEN ANALYSEN

Das Laboratorium hat an 6836 Proben mikrobiologische und chemische Analysen durchgeführt. 14,5% der Proben entsprachen nicht den jeweilig anzuwendenden Gesetzgebungen. Dies aus unterschiedlichsten Gründen, angefangen bei der Etikettierung, über Konsumententäuschung, bis zur Gesundheitsgefährdung durch verdorbene Ware. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Probenerhebungen gezielt vorgenommen werden und die statistischen Ergebnisse daher nicht repräsentativ für die allgemeine Lage sind, jedoch die Probleme verdeutlichen.

Käse :

Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) hat beschlossen, das „Walliser Raclette“ als kontrollierte Ursprungsbezeichnung (AOC) einzutragen und damit 50 Einsprachen abzulehnen. In seiner Entscheidung schlussfolgert das BLW, dass es sich bei dem Begriff „Raclette“ nicht um einen Gattungsnamen, sondern um eine traditionelle Bezeichnung Walliser Ursprungs handelt. Die Entscheidung des BLW wurde bei der Kommission für Rekurse des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements angefochten.

Fleisch :

Rohpökelfleisch (Trockenfleisch, Speck und Wurstwaren)

Von 62 auf dem Markt erhobenen Proben wurden in 19 Proben (30,6%) zu hohe Nitratwerte gemessen. Der Öffentlichkeit unseres Kantons wurde die Möglichkeit geboten, ihre zum Eigengebrauch eingesalzene Rohpökelfleisch im Kantonslabor auf den Nitratgehalt kontrollieren zu lassen. 42 Proben aus privater Fabrikation wurden eingesandt. 15 (35,7%) dieser Proben überschritten den für diese Produkte festgelegten Toleranzwert betreffend Nitratgehalt.

Tiefgefrorenes

Von 43 Proben, die als Frischfleisch verkauft wurden, mussten 4 (9,3%) beanstandet werden. Sie waren tiefgekühlt worden.

Getreide

Die kontrollierte Ursprungsbezeichnung AOC „Walliser Roggenbrot“ wurde bestätigt. Die Kommission für Rekurse des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements hat den einzigen ausstehenden Rekurs abgelehnt. Sollte kein allerletzter Rekurs beim Bundesgericht eingereicht werden, so dürfen die Bezeichnungen „Walliser Roggenbrot“ und „Pain de seigle valaisan“ nur noch für das traditionelle im Wallis und mit Walliser Getreide hergestellte Brot angewendet werden.

Früchte und Gemüse :

Früchte

Das kantonale Laboratorium hat in 103 Proben verschiedener Früchte den Pestizidgehalt und vornehmlich den Fungizidgehalt analysiert. Nur 1 Probe überstieg den Toleranzwert.

Gemüse

Von 53 Proben verschiedener Gemüse überschritt keine den Toleranzwert für Fungizide.

36 Salatproben wurden analysiert, wovon keine Pestizidgehalte über der Norm aufwies. Eine Probe wurde auf Grund des Nitratwertes oberhalb der Toleranzgrenze beanstandet.

Dank der in der Schweiz im Lebensmittelsektor einmaligen Analysemethoden genannt IR-MS (Isotope Ratio-Mass Spectrometry), kann das Laboratorium schnell feststellen, ob die Herkunftsangabe zum Verkauf angebotener Produkte korrekt ist. Um die dazu notwendige Datenbasis zu beschaffen, wurden Tomaten, Äpfel, Aprikosen, Erdbeeren, Traubenmost und Weine gemessen. Wiederum musste in einem Fall interveniert werden, in welchem eine grosse Lebensmittelhandelskette holländische Tomaten als schweizer Tomaten verkauft hatte.

Trinkwasser :

2484 Trinkwasserproben aus dem öffentlichen Netz wurden analysiert. 17,9%, wovon ein wesentlicher Teil aus privater Wasserversorgung stammte, genügte den mikrobiologischen Normen nicht. 11,2% des öffentlichen Wassernetzes enthielt mindestens 1mal während des Jahres fäkale Keime.

Ferner wurden im gesamten Kanton und in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit 1300 Probeerhebungen von Quell- und Grundwasser durchgeführt. Das Ziel war, umfassende Analysen der Oligo-Elemente, die einen eventuellen Einfluss auf die Gesundheit ausüben können und ein wissenschaftliches Interesse darstellen, vorzunehmen. Die Ergebnisse werden 2004 veröffentlicht werden.

Weine :

Walliser Weine des Jahrgangs 2002

76 AOC-Weine aus dem Wallis wurden analysiert, um die durchschnittliche Zusammensetzung der Hauptparameter der Weine festzustellen und in unserer Datenbank zu speichern. Bei 22 der erhobenen 76 Proben (28,9%) war der Alkoholgehalt nicht korrekt angegeben. Bei 4 (9%) von 44 Rotweinen überschritt der Histamingehalt die Toleranzgrenze.

Histamingehalt in ausländischem Wein

60 Weine aus dem Ausland (Australien, Spanien, Frankreich und Italien) wurden auf den Histamingehalt untersucht. In 5 Proben (8,3%) wurde ein zu hoher Wert festgestellt.

Weinlese

Das Wallis hat für 35,2 Millionen Liter Weintrauben geerntet. Davon 21 Millionen rote und 14,2 Millionen weisse Trauben, d.h. es handelt sich um die kleinste Traubenernte seit 30 Jahren (1974 : 29,6 Millionen). Seit die Statistik geführt wird (1951), hat das Wallis noch nie eine so geringe Menge Fendant, 9,8 Millionen Liter, eingekellert.

Spirituosen :

Während der Fastnachtszeit wurden 22 Spirituosenproben direkt an der Verkaufsstelle (Bar) erhoben und auf den Alkoholgehalt überprüft. Der auf dem Etikett angegebene Alkoholgehalt stimmte jeweils mit dem im Labor gemessenen Alkoholgehalt überein. Eine Probe musste beanstandet werden, weil diese nicht den angegebenen Wodka enthielt und somit eine Täuschung des Konsumenten vorlag.

Analysen und Degustationen für AOC-Spirituosen

Die chemischen Analysen und Degustationen zur Erlangung des AOC-Labels betreffend Williamine und Abricotine werden im Kantonslabor durchgeführt. 14 Eaux de vie Williamine und 3 Abricotine wurden zur Prüfung vorgelegt.

Schwimmbäder

1077 Wasser aus Badebetrieben wurden analysiert, davon entsprachen 163 (15,1%) nicht den geltenden Normen.

Inspektorat und Lebensmittelkontrolle :

Die Lebensmittelkontrolle im Kanton Wallis wird durch 4 Mitarbeiter vom Lebensmittelinspektorat des Kantonslabors und 26 Kontrolleuren der Gemeinden (13 Oberwallis / 13 Unterwallis)

durchgeführt. Die seit 1998 eingeführten monatlichen Koordinationssitzungen der Kontrolleure, die unter der Leitung des Kantonslabors stehen, haben zum Ziel, eine einheitliche Lebensmittelkontrolle im Kanton zu gewährleisten. Darüber hinaus wird gesamtschweizerisch gemäss dem System der "Gesamtgefahrenermittlung im Lebensmittelbetrieb" versucht, die Lebensmittelkontrolle auf Schweizer Niveau zu optimieren.

Die Zusammenarbeit mit den Lebensmittelkontrolleuren der Gemeinden ist im Allgemeinen als gut zu bezeichnen. Leider führt die angespannte finanzielle Lage vieler Gemeinden dazu, dass all zu oft der Kostengedanke darüber entscheidet, die Kontrollen an das Kantonslabor abzugeben oder diese selber durchzuführen. Dies erschwert eine effiziente, zielgerichtete Organisation der Lebensmittelkontrolle.

Durchgeführte Lebensmittelkontrollen

Kategorien	Kontrollen	Beanstandungen	%
Verpflegungsbetriebe	1723	117	6,8
Handelsbetriebe	627	34	5,4
Gewerbebetriebe	342	23	6,7
Industriebetriebe	62	4	6,5
Trinkwasserversorgungen	25	3	12,0
Total	2779	181	6,5

Im Jahre 2003 wurden in den rund 5500 Lebensmittelbetrieben des Kantons 2779 Kontrollen durchgeführt. In 181 Fällen (6,5%) wurde eine Beanstandung vorgenommen.

Unter anderem wurden in 148 Milch verarbeitenden Betrieben (Käsereien / Alpkäsereien / Milchindustrie), Proben von Milchprodukten und Trinkwasser zur mikrobiologischen Analyse erhoben (die entsprechende Bilanz ist unter dem Kapitel „Allgemeine Erläuterungen“ zu finden).

1160 Frittieröle wurden von den Kontrolleuren vor Ort auf deren Qualität überprüft. Dabei entsprachen 61 (5,3%) nicht den Anforderungen.

Zusätzlich zu den Routineinspektionen der Wasserversorgung der Gemeinden ist der Wasserinspektor 2-mal bei einer Verunreinigung des Gemeindegewässernetzes zur Hilfe gerufen worden. Eine sichere Versorgung konnte schnell wieder gewährleistet werden.

In einem anderen Fall wurde der Wasserinspektor angefragt, um die Respektierung einer Schutzzone zu erwirken, die von Vieh benutzt wurde.

Nach einem Verkehrsunfall in einer Quellen-Schutzzone wurden Wasserproben erhoben, um Analysen auf Kohlenwasserstoffe durchzuführen. Glücklicherweise wurde keine Verunreinigung festgestellt.

Gifte und umweltgefährdende Substanzen :

Im Rahmen der Marktkontrolle hat der Giftinspektor verschiedene Inspektionen, hauptsächlich in Drogerien, Holzverarbeitungsbetrieben, Verkaufsräumen usw., vorgenommen.

Unter Anwendung des Bundesgesetzes über den Handel mit Giften, hat der Inspektor die folgenden Zulassungen ausgestellt

- 10 allgemeine Genehmigungen
- 23 Giftbüchlein
- 211 Giftscheine über :
- 1173 Liter Gift der Klasse 2
- 2801 Kilo Gift der Klasse 2

Die Ausstellung erfolgte in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. In Anlehnung an die Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV) wurden die folgenden Zulassungsbewilligungen ausgestellt :

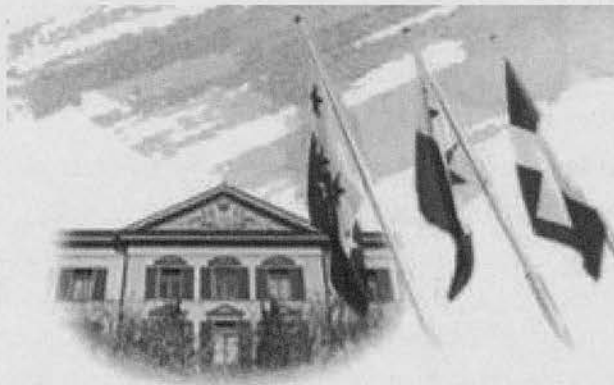
- 17 zur Verwendung von Holzschutzmitteln
- 35 zur Verwendung von Kühlflüssigkeiten

Im Rahmen der nationalen Kampagne für Holz-, Leder-, und Textilanalysen hat der Giftinspektor verschiedene Proben-erhebungen vorgenommen.

Zur Vervollständigung der Radonkarte des Wallis hat der Giftinspektor 70 Dosimeter über den Kanton verteilt positioniert. Nach deren Einsammlung wurden sie analysiert und die erhaltenen Werte in der Datenbank gespeichert.

KANTON WALLIS

BERICHT
DES STAATSRATES AN DEN GROSSEN RAT
ÜBER
DIE UMSETZUNG DER RICHTLINIEN DER
REGIERUNGSPOLITIK 2002 - 2005 AM ENDE DES
JAHRES 2003



INHALTSVERZEICHNIS

Präsidium	135
Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten	137
Finanzen	137
Finanz- und Verwaltungsführung	139
Landwirtschaft	141
Äussere Angelegenheiten	141
Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	143
Gesundheitswesen	143
Sozialwesen	144
Energie und Wasserkraft	146
Departement für Erziehung, Kultur und Sport	149
Erziehung, Unterricht und Ausbildung	149
Jugendpolitik	151
Kulturpolitik	152
Sportpolitik	153
Rahmenbedingungen	154
Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit	155
Volkswirtschaft	155
Institutionen	157
Sicherheit	159
Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	161
Natürliche und gebaute Umwelt	161
Bau	165
Verkehr	167
Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte	169

Einleitung

Der Rahmen und die Schwerpunkte der Tätigkeit des Staates Wallis in der laufenden Legislaturperiode sind in den Richtlinien der Regierungspolitik 2002-2005 zu finden. Aufgrund von Artikel 97 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten hat der Staatsrat in seinem jährlichen Verwaltungsbericht eine Zwischenbilanz über die Richtlinien zu präsentieren.

Diese zweite Zwischenbilanz übernimmt die Struktur der Richtlinien 2002-2005. Für jede der aufgeführten Ziele wird eine kurze Beurteilung des Standes der Umsetzung Ende 2003 formuliert.

Mit diesem Bericht will der Staatsrat die Bedeutung der Richtlinien als Planungs-, Führungs- und Informationsinstrument unterstreichen. Er will auch dem Parlament und seinen Kommissionen die Möglichkeit geben, im Verlaufe der Legislaturperiode die Realisierung der hauptsächlichen sektoriellen Ziele, die sich der Staatsrat im Vierjahresplan gesteckt hat, mitzuverfolgen.

Koordination der Tätigkeit des Staatsrats und der Beziehungen zwischen den Gewalten

Die Beziehungen zwischen dem Staatsrat und dem Grossen Rat aufgrund der neuen Bestimmungen des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten koordinieren

- Um die Koordination zwischen dem Grossen Rat und den staatsrätlichen Instanzen zu verbessern, wurde eine monatliche Sitzung zwischen der Staatskanzlei und dem Parlamentsdienst eingeführt.
- Im Rahmen des Informatiksystems des Grossen Rates werden Arbeitsabläufe vorgesehen, welche die Zirkulation von Dokumenten zwischen dem Parlamentsdienst, der Staatskanzlei und den Departementen erleichtern.

Weiterentwicklung einer koordinierten Informations- und Kommunikationspolitik

Förderung der Anwendung der modernen Technologien für eine Optimierung der Kontakte mit der Öffentlichkeit und der internen Kommunikation

- Nach einer Einführungsphase wird die staatliche Internetarchitektur nun optimiert, um daraus auch ein leistungsfähiges Instrument für die interne Information zu machen.
- Die Arbeiten hinsichtlich einer Verwaltung der verschiedenen Wahl- und Abstimmungsvorgänge in den Gemeinden und die Übermittlung der Resultate an den Kanton mit Hilfe der Webtechnologie werden weitergeführt.

Schaffung einer Gesetzesgrundlage, welche die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu Dokumenten auf kantonaler und kommunaler Ebene regelt

- Eine ausserparlamentarische Kommission hat mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs, der den modernen Anforderungen an die aktive und die passive Information gerecht wird, begonnen und setzt ihre Arbeiten im Jahre 2004 fort.

Bis Ende 2003 bereit sein für eine eventuelle allgemeine Einführung der Führung über Leistungsaufträge und Globalbudget in der gesamten Kantonsverwaltung

Eine aktive Konsolidierung der versuchsweise eingeführten Führung über Leistungsaufträge und Globalbudget anhand der Leistungsaufträge 2002-2003 der erweiterten Piloteneinheiten

- Das Jahr 2003 war in erster Linie der Entwicklung der Informatikplattform e-DIKS gewidmet. Ende Dezember war es mittels der Datenbank e-DIKS möglich, sicher und benutzerfreundlich auf die drei Ebenen der Ziele, Prioritäten und Kriterien von 40 Dienststellen des Staates zuzugreifen.

Siehe auch 1. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt.

- Im September 2003 wurde das Gesetz betreffend die Experimentierklauseln ein letztes Mal um ein Jahr verlängert. Diese Verlängerung soll es dem Staatsrat ermöglichen, von den internen und externen Evaluationsberichten der Experimentierphase «A-2000» Kenntnis zu nehmen und die Stossrichtung für die Fortsetzung der Reformen festzulegen.

Ab 2002 Durchführung einer abschliessenden Bewertung der Testphase

- Aufgrund der internen und externen Evaluationsberichte hat der Staatsrat im Oktober die Schwerpunkte für die Weiterführung der Reformen festgelegt. Diese Schwerpunkte wurden im Dezember 2003 dem Grossen Rat unterbreitet.
- Aufgrund der vom Staatsrat festgelegten Schwerpunkte wurde ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle erarbeitet. Dieser Entwurf wird dem Grossen Rat im ersten Halbjahr 2004 unterbreitet und soll es erlauben, den Grundsatz der Leistungssteuerung definitiv in der Walliser Gesetzgebung zu verankern.

Siehe auch Ziel des DFLA «Controlling-System und die Instrumente zur Finanzhaushaltführung verstärken».

<h4>Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003</h4> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Ausgabenüberschuss (Nettokosten) der Staatsratsdienste belief sich auf 9'900'885 Franken

FINANZEN

Sicherstellung ausgeglichener Kantonsfinanzen**Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse**

- Die grosse Verschuldung des Staates, insbesondere ab den Jahren 1990, hat die Verabschiedung von Massnahmen erfordert, um diese zu stabilisieren und zu reduzieren. Diese Massnahmen sind in einer Verfassungsbestimmung festgelegt, welche durch die Volksabstimmung am 22. Sept. 2002 angenommen wurde und die Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse vorsieht. Es geht nicht nur um die Ausgeglichenheit der Laufenden Rechnung, sondern auch um die Selbstfinanzierung der Investitionen.
- Die Vorbereitungsarbeiten betreffend die gesetzlichen Anwendungsgrundlagen des Verfassungsartikels sind im Gang. Der Entwurf der Ausgaben- und Schuldenbremse wird dem Grossen Rat im ersten Halbjahr 2004 unterbreitet.

Controlling-System und die Instrumente zur Finanzhaushaltsführung verstärken

- Eine ad hoc Kommission ist beauftragt worden eine interne Evaluation der laufenden administrativen Reformen vorzunehmen. Diese Kommission befasste sich mit den aktuellen Strukturen des Controllings und ihrer Funktionsweisen.

Vgl. die Zielsetzung des Präsidiums «Schlussevaluation der Reformen» und Achse 1 der Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte

Sanierung der Gemeindefinanzen**Revision des Gemeindeordnungsgesetzes**

- Der Entwurf des Gemeindegesetzes ist, wie im Zeitplan angekündigt wurde, dem Parlament in der Septembersession 2003 vorgelegt worden. Die Zielsetzung wird also erreicht, was diese wichtige gesetzgeberische Revision betrifft.
- In Verbindung zu den vorerwähnten Gesetzesbestimmungen ist ein Vorentwurf der Verordnung zur Führung des Finanzhaushalts von Gemeinden erarbeitet worden.

Vgl. Achse 6 der Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte

Revision des interkommunalen Finanzausgleichs

- Die ausserparlamentarische Kommission, welche vom Staatsrat mit der Revision des aktuellen interkommunalen Finanzausgleichs beauftragt wurde, hat ihren Schlussbericht am 7. Okt. 2003 hinterlegt. Am 15. Okt. 2003 hat der Staatsrat nach Kenntnisnahme des Berichtes beschlossen, diesen bei den Interessierten bis zum 10. Jan. 2004 in die Vernehmlassung zu schicken. Die Revision des interkommunalen Finanzausgleichs wird dem Parlament im Verlauf des Jahres 2004 unterbreitet.
- In Ergänzung zur Revision des interkommunalen Finanzausgleichs ist ein Fonds zur Bewältigung von spezifischen Problemen im Bereich der Sanierung von Gemeinden errichtet worden. Das Dekret betreffend die Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen wurde am 4. Sept. 2003 durch den Grossen Rat verabschiedet. Dieses Dekret ermöglicht die Verwendung von 30 Mio. Franken, resp. 10 Mio. Franken pro Jahr, wie im Finanzplan 2002-2005 vorgesehen ist, das erste mal im Budget 2003.

Vgl. Achse 3 der Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte

Überprüfung der Bestimmungen betreffend die Gemeindefusionen

- Die Überprüfung ist im Rahmen der Revision des vorerwähnten Gemeindegesetzes erfolgt, welches diesen Bestimmungen ein spezielles Kapitel widmet.

Schaffung einer Instanz zur Beratung von Gemeinden

Folgende Arbeiten wurden unternommen:

- Die Erarbeitung von einheitlichen Kriterien zur Evaluation der finanziellen Situation der Walliser Gemeinden. Die vorgelegten Finanzkennzahlen für diese Evaluation sind vom Staatsrat mit Beschluss vom 8. Juli 2003 genehmigt worden.
- Erarbeitung eines standardisierten Modells zur Präsentation der Ergebnisse der Verwaltungsrechnungen.
- Mit Beschluss vom 20. Aug. 2003 hat der Staatsrat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt, welche beauftragt wurde, einen harmonisierten Kontenplan für die Walliser Munizipal- und Bürgergemeinden zu erarbeiten.
- Diese Arbeiten werden im Jahr 2004 fortgesetzt und werden mit den Arbeiten zur Revision des Gemeindegesetzes koordiniert.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

- + Eingesetzte Mittel für die «Sanierung der Gemeindefinanzen»:
 - Einlage von 10 Millionen Franken in den Spezialfinanzierungsfonds in Übereinstimmung mit dem diesbezüglichen Dekret und dem Voranschlag
 - Entnahme von 500'000 Franken aus diesem Fonds für die Sanierung und die Fusion der Gemeinden Greich, Goppisberg und Ried-Mörel, die zur Gemeinde Riederalp wurden

Anwendung einer gezielten Steuerpolitik

Harmonisierung der zeitlichen Bemessung bei der Besteuerung der natürlichen Personen auf den 1.1.2003 (Übergang von der zweijährigen Pränumerandobesteuerung auf die einjährige Postnumerandobesteuerung)

- Am 13. September 2001 hat der Grosse Rat die einjährige Postnumerandobesteuerung für die natürlichen Personen beschlossen. Für die Jahre 2001 und 2002 wurden Übergangsbestimmungen vorgesehen, die den Abzug einer Anzahl ausserordentlicher Aufwendungen sowie die Besteuerung der ausserordentlichen Einkünfte ermöglichen.
- Am 15. Januar 2004 waren 91 % der Veranlagungen der Übergangsperiode 2001-2002 ausgeführt. Für die Veranlagungsperiode 2003 sind die Vorbereitungsarbeiten (Steuererklärung, Wegleitung, Computerprogramme, Anpassung der Weisungen) bereits realisiert.
- Für die Veranlagung 2003 wird ein neues System der Fristenbewirtschaftung (Fristerstreckung für das Einreichen der Steuererklärung) eingeführt. Die Arbeiten werden im Verlauf des ersten Semesters 2004 abgeschlossen.

Förderung von Wohnsitznahmen von Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen und bedeutendem Vermögen im Wallis

- Während des Jahres 2003 wurden gezielte Förderungsmassnahmen zur Wohnsitznahme von Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen und bedeutendem Vermögen durchgeführt. Besonders zu erwähnen ist die Pressekonferenz zu den «Trümpfen des Walliser Steuersystems» vom 15. April 2003. Diese befasste sich mit den letzten Revisionen des Steuergesetzes sowie der statistischen Steuerbelastung und der effektiven Steuerbelastung. Ein weiterer Punkt der Pressekonferenz vom 15. April 2003 war die Selbstanzeige. Hier wurde den Steuerpflichtigen die Vorteile einer Selbstanzeige (vorgängige Bezifferung der Nachsteuern und Bussen, Verzicht auf eine Busse oder Reduktion der Busse, Rückforderung der Verrechnungssteuer) vor Augen geführt.

Änderung des Reglements betreffend die Katastertaxen – Berücksichtigung des Katasterwertes als Steuerwert mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Grundstücke

- Am 15. Oktober 2003 legte der Staatsrat dem Grossen Rat einen Entwurf zur Änderung des Reglements vor. Dieser sah eine Anpassung der Steuerwerte vor. Damit hätte die Übereinstimmung mit dem Harmonisierungsgesetz und mit dem Prinzip der Gleichbehandlung erreicht werden sollen. Ferner hätte diese Anpassung eine Erhöhung der Steuereinnahmen von 11 Mio. Franken für den Kanton und 18.3 Mio. Franken für die Gemeinden ermöglicht. Der Änderungsvorschlag wurde vom Grossen Rat verworfen.

Erhöhung des Ertrags aus der Besteuerung

- Am 15. April 2003 organisierte das Präsidium des Staatsrates eine Pressekonferenz. Eines der Themen war der Besteuerung von Ausländern nach dem Aufwand gewidmet. Weitere persönliche Kontaktnahmen erfolgten mit Tourismusgemeinden und spezialisierten Treuhandbüros.
- Ein Gesetzesentwurf über die Besteuerung der Motorfahrzeuge wurde am 1. Oktober 2003 durch den Staatsrat angenommen und wird dem Grossen Rat während des ersten Trimesters 2004 unterbreitet.

<h4>Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003</h4> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Einnahmen aufgrund der Zunahme der Pauschalbesteuerungen: rund 2 Millionen
--

FINANZ- UND VERWALTUNGSFÜHRUNG

Modernisierung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen betreffend die Finanzführung

Erreichen einer abgestimmteren und effizienteren Verwaltung des Staats

- Das Inventar der Anpassungen der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen betrifft auch das Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle vom 24. Juni 1980. Es handelt sich insbesondere um die Anpassung verschiedener Kompetenzen, namentlich jene für die Immobilientransaktionen und für die Anleihen des Staates. Der Revisionsentwurf des erwähnten Gesetzes wurde in der Februarsession 2004 dem Grossen Rat in erster Lesung unterbreitet.

Moderne und dynamische Personal- und Beschäftigungspolitik

Einführung von Massnahmen, die es dem Kanton Wallis gestatten, ein attraktiver und auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähiger Arbeitgeber zu bleiben

- Um sein Image und seine Attraktivität als Arbeitgeber zu verbessern, hat der Staat Wallis seine verschiedenen Vorzüge in der Presse sowie auf dem Internet präsentiert.
- Damit der Staat Wallis ein attraktiver und konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleibt, verfolgt er ausserdem eine Lohnpolitik, welche die interne und externe Lohngerechtigkeit garantieren soll.

Eindämmung der Personalentwicklung

- Der Staatsrat hat die temporäre Einführung der Stellenplafonierung (Personalstopp) angeordnet. Im Rahmen des Budgets 2003 wurde keine einzige neue Stelle geschaffen, mit Ausnahme jener, welche mit der Kantonalisierung der Zivilstandsämter zusammenhängen – dieser Organisationsentscheid wurde dem Kanton vom Bund auferlegt.
- Die Entwicklung des Personalbestandes kann durch eine permanente Hinterfragung und Anpassung der Strukturen und Prozesse der einzelnen Organisationseinheiten im Griff behalten werden.

Moderne und effiziente Personalpolitik

- Der Staatsrat die 1997 eingeführte moderne und effiziente Personalpolitik fort.

- Bereits seit 1999 haben die beiden Pensionskassen zur Verstärkung ihrer finanziellen Situation verschiedene Massnahmen eingeleitet. Diese Massnahmen sollten es erlauben, mittelfristig eine Verbesserung des Deckungsgrades zu erreichen. Mit zusätzlichen Massnahmen soll ein langfristiger Deckungsgrad von 80% erreicht werden.

Ausgabenüberschuss der Dienststelle für Personal und Organisation für das Jahr 2003
--

- | |
|---------------------|
| • 2'880'458 Franken |
|---------------------|

Entwicklung und Ausbau der Informatikstrategie

Entwickeln einer integralen und kohärenten Informatikstrategie mit dem Ziel, den Staat zu modernisieren

- Das Beschaffungswesen der kantonalen Dienststelle für Informatik befolgt diese Strategie. Die Hardware (Personalcomputer, Drucker, Bildschirme) wird im Rahmen einer Westschweizer Informatikmaterial-Einkaufspartnerschaft eingekauft. Über diese Einkaufszentrale werden ungefähr 15000 Arbeitsplätze ausgerüstet. Die auf diese Weise ausgehandelten Bedingungen sind sehr vorteilhaft. Die Büro-Software wird zu ähnlichen Bedingungen über die Schweizerische Informatikkonferenz beschafft.
- Auf Begehren der Geschäftsprüfungskommission (GPK), alle Informatiktätigkeiten zu zentralisieren, hat der Staatsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat ihren Bericht abgegeben, der für die von der GPK gesteckten Zielsetzungen Lösungsvorschläge aufzeigt. Mit seinem Entscheid vom 18. Juni hat der Staatsrat diesen genehmigt und für die Umsetzung grünes Licht gegeben.
- Die letzten Module des Projekts zur Informatisierung des Walliser Parlaments wurden im Jahre 2003 in Betrieb genommen. Der im September erstellte Schlussbericht wies speziell auf die erfüllten Benutzerbedürfnisse und die Einhaltung des Globalbudgets hin. Das ausbaufähige System sieht in weiteren Etappen den Ablauf von Arbeitsprozessen und die Dokumentenverwaltung vor. Die technischen Einrichtungen (Server, Telekommunikation) sind im Rechenzentrum der Dienststelle für Informatik untergebracht und werden von dieser gewartet, was zu Synergieeffekten und dementsprechenden Einsparungen führt.
- Die Informatisierung der Gerichte «Tribuna 2000» wurde für die DDV bereits im Jahre 2002 abgeschlossen. Seither garantiert die DDV in Zusammenarbeit mit dem Informatiker der Gerichte die Wartung und den Support.
- Das geografische Informationssystem Wallis hat seinen produktiven Betrieb aufgenommen. Das Kompetenzzentrum in der Rolle des Koordinators von geografischen Daten wird von den meisten Dienststellen anerkannt und in Anspruch genommen. Nebst der Beschaffung der zentralen Referenzdaten beim Eidgenössischen Amt für Topographie wurde der Schwerpunkt auf die Erarbeitung von Richtlinien betreffend die Verwaltung der Grundbuchrechte sowie der Naturgefahren gelegt. Die technische Infrastruktur (Daten-, File- und Kartenserver) wurde in Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle für Informatik realisiert.
- Im Rahmen des Projektes «Infostar», wurden 13 Zivilstandsämter an das neue System angeschlossen. Es verbleiben lediglich die Ämter Vex und Gampel.
- Der Steuerungsausschuss SAP hat die folgenden Prioritäten gesetzt :
 - 1. Verwaltung der Taxen und Steuern
 - 2. Verwaltung der Verpflichtungskredite
- Als Unterprojekt der Taxen und Steuern wird das Betreibungs- und Konkurswesen im Jahr 2004 in Angriff genommen.

Ausgabenüberschuss der Dienststelle für Datenverarbeitung für das Jahr 2003
--

- | |
|----------------------|
| • 16'654'904 Franken |
|----------------------|

LANDWIRTSCHAFT

Förderung einer hochwertigen Landwirtschaft

Anwendung der neuen Landwirtschaftspolitik des Bundes und Optimierung der Direktzahlungen des Bundes

- Die wichtigsten Tätigkeiten der Dienststelle für Landwirtschaft haben sich auf folgende Bereiche konzentriert:
 - Wahrung der kantonalen Interessen bezüglich der neuen Landwirtschaftspolitik (AP 2007);
 - Weiterführung der empfohlenen Strategiestudien, die durch den Staatsrat in Auftrag gegeben worden waren (insbesondere Institut für Agrarwirtschaft an der ETH Zürich und Weinbau 2006);
 - Anwendung der Eidgenössischen Gesetzgebung in der Landwirtschaft.
- In diesem Zusammenhang gilt es folgende Tätigkeiten hervorzuheben:
 - Enge Zusammenarbeit mit den Bundesparlamentariern, den anderen Kantonen und den Berufsverbänden im Hinblick auf die Interessenwahrung des Kantons Wallis bezüglich der neuen Bundesgesetzgebung über die Landwirtschaft (AP 2007);
 - Stellungnahme zu 38 Verordnungen, welche die Änderung in der AP 2007 mit sich bringt. Wahrung der für unseren Kanton wichtigen Punkte wie Zulassungsbedingungen zum Erhalt von Direktzahlungen und bei Strukturhilfen;
 - Entwurf von Leistungsverträgen mit der Walliser Landwirtschaftskammer und der Walliser Obst- und Gemüsebranchenorganisation;
 - Entwurf und Vernehmlassung des neuen Reglements über den Rebbaubau und den Wein (vollumfängliche Änderung und Anpassung der kantonalen Gesetzgebung im Weinbau), mit einem zukünftigen Hauptgewicht auf die Qualität der Walliser Weine;
 - Umsetzung der Massnahmen in Zusammenhang mit der Trockenheit, mit dem Ziel, mögliche negative Auswirkungen zu verhindern (Unterstützung für den Verkaufspreis beim Fleisch und Viehmarkt);
 - Realisation der Kampagne zur Umstellung der Weinberge;
 - Weiterführung der Kampagne betreffend die Erneuerung der Obstgärten mit Sorten, welche ein starkes Marktpotential haben;
 - Definitive AOC-Zusage für das Walliser Roggenbrot und positiver Entscheid des Bundesamtes für ein Raclette AOC;
 - Gemeinsam mit den anderen Weinbaukantonen der Romandie organisierte Intervention beim Bundesamt gegen eine übermässige Liberalisierung der Weissweine seit der Abschaffung des spezifischen Kontingents;
 - Einführung einer Beobachtungsstelle des Schweizer Weinmarktes im Wallis.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Direktzahlungen 2003: 106 Millionen (104 Millionen im Jahre 2002) |
|---|

ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

Verstärkung unserer Beziehungen zu den Instanzen des Bundes und unseren Nachbarn

Intensivierung der Beziehungen zum Bund

- Die Verteidigung der Kantonsinteressen beim Bund in Sachen Verteilung des Reingewinns oder der überschüssigen Goldreserven der SNB, neuer Bundesfinanzausgleich oder neue Finanzordnung des Bundes ab 2006 werden durch den Staatsrat in enger Zusammenarbeit mit den Walliser Abgeordneten in Bern sichergestellt.

Verstärkung des interkantonalen und grenzüberschreitenden Austausches

- Die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht mit einer Harmonisierung der Kompetenzstufen einher. Während die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgrund der Bundesverfassung in die Kompetenz der Kantone fällt, so verhält es sich nicht gleich in zentralistisch organisierten Staaten wie namentlich in Frankreich. Die Gesamtheit der Entscheidungsstufen, national, regional und departemental, müssten in derselben Struktur mit Kompetenzübertragung vereinigt werden. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme INTERREG erlaubt eine solche Konzentration. Das Ziel ist es, dies über die Lebensdauer dieser Programme hinweg zu erhalten. Die Zusammenarbeit mit unseren südlichen Nachbarn wird durch Gebirgs- und Sprachgrenzen erschwert. Eine deutliche Annäherung mit dem Aostatal, einem Gebiet mit vergleichbaren Gegebenheiten und Situation, würde unsere Trümpfe für eine verbesserte Zusammenarbeit mit den wirtschaftlich stärkeren Regionen wie die Lombardei und Piemont vereinigen.
- Im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit muss die Arbeit auf weniger interkantonale Organismen konzentriert werden. Es wird wichtig sein, eine Wirtschaftsregion europäischen Ausmasses mit den Westschweizer Kantonen in der Struktur des Espace Mittelland mit Genf und Aargau zu schaffen. In Ergänzung zum Wirtschaftsraum wird es notwendig sein, eine gute Zusammenarbeit im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone zur Verteidigung der Interessen als Energieressourcenkantone der Schweiz sicherzustellen. Die dritte Achse der interkantonalen Zusammenarbeit ist die Interessenverteidigung unseres Kantons gegenüber dem Bund durch den Espace Mittelland und die Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen. Das Lobbying auf Bundesstufe erweist sich als viel wirksamer, wenn es durch andere Kantone oder gar durch eine Mehrheit der Kantone unterstützt wird.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

- Nettokosten des Bereichs «Auswärtige Angelegenheiten»: 1'231'915 Franken

GESUNDHEITSWESEN

Im Jahre 2003 hat das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie weiterhin den Auftrag erfüllt, ein qualitatives, finanziell tragbares und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechendes Gesundheitssystem zu gewährleisten.

Gewährleistung einer angemessenen heilenden und palliativen Betreuung, sowohl zu Hause als auch in Gesundheitseinrichtungen und Spitälern, durch eine sinnvolle Infrastrukturplanung, eine gerechte Zuteilung der vorhandenen Ressourcen und die Bildung regionaler Gesundheitsnetze, die eine optimale Orientierung und Betreuung des Patienten im Gesundheitssystem begünstigen.

Die Spitalplanung umsetzen, womit eine qualitative, heilende und palliative Betreuung sichergestellt wird, welche für den Kanton und für die Walliser Bevölkerung finanziell tragbar ist.

- Die im Rahmen des Projektes der Informatisierung der Spitäler durchgeführten Arbeiten ermöglichten es, ein einheitliches Informationssystem in allen Walliser Spitäler auf den 1. Januar 2004 einzuführen. Zudem wurden die Anstrengungen fortgesetzt, welche die Einführung einer Kostenträgerrechnung ermöglichen.
- In Bezug auf die Umsetzung der Spital- und Gesundheitsplanung haben sich die Anstrengungen im Jahre 2003 auf die notwendigen Voraussetzungen für die Verwirklichung von vertieften Reformen des Spitalwesens konzentriert. Die Vernehmlassung, zu Beginn des Jahres 2003, des Entwurfes zur Abänderung des Dekretes über das Gesundheitsnetz Wallis, geht vollumfänglich in diese Richtung. In der Folge hat der Grosse Rat dieses Dekret am 4. September 2003 angenommen.
 - im Oktober 2003 hat der Staatsrat die Schaffung von drei Spitalzentren (Oberwallis, Mittel- und Unterwallis) beschlossen;
 - infolge dieser Gesetzesreform haben der Staatsrat und das Gesundheitsnetz Wallis im Dezember 2003 die neue Organisation der Spitäler festgelegt, welche ab dem 1. Januar 2004 die Anstalten verwaltet und leitet;
 - schliesslich hat die Dienststelle für Gesundheitswesen ein neues Spitalkonzept erstellt, das Ende Januar 2004 durch den Staatsrat genehmigt worden ist.

Durch die Schaffung von angepassten Strukturen eine qualitativ hochstehende und finanziell tragbare spitalexterne Betreuung sicherstellen

- Im Bereich der Pflegeheime für Betagte wurden infolge der Staatsratsentscheide vom 4. Juli 2001 und vom 29. März 2003, die insbesondere den Bau von 232 neuen Pflegeheimbetten vorsehen (wovon 132 im Oberwallis, 70 im Zentralwallis und 30 im Unterwallis) mehrere Projekte für den Bau von Pflegeheimen eingeleitet, insbesondere im Oberwallis (Ried-Brig und Naters).
- Die ausserparlamentarische Kommission, welche im Hinblick auf die Revision des 7. Abschnittes des kantonalen Gesundheitsgesetzes mit der Eingabe von Vorschlägen betreffend die Planung und Finanzierung der Pflegeheime, der SMZ und der regionalen Gesundheitsnetze beauftragt wurde, hat ihre Arbeiten fortgesetzt.
- Die interdepartementale Arbeitsgruppe, die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes über die Organisation im Katastrophenfall sowie über die Organisation des Rettungswesens beauftragt wird, hat mit ihren Arbeiten im Juni 2003 begonnen. Dabei besteht die Zielsetzung insbesondere darin, mögliche Varianten für die Ausarbeitung eines globalen Interventionskonzeptes vorzuschlagen.
- Die Arbeitsgruppe welche mit der Revision der gesetzlichen Bestimmungen in Sachen Freiheitsenzug aus Fürsorge beauftragt wird, hat im Jahre 2003 mit ihren Arbeiten begonnen.

Förderung der Gesundheit und Verhütung von Krankheiten und Unfällen durch die Information und Erziehung der Bevölkerung über die Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten, die einem zufrieden stellenden Gesundheitszustand förderlich sind, die Früherkennung von Gesundheitsstörungen und die Entwicklung günstiger Rahmenbedingungen

- Die gezielten Programme der Gesundheitsförderung und Prävention wurden gemäss den durch den Staatsrat im Jahre 2001 festgelegten Prioritäten durchgeführt.

Gewährleistung erschwinglicher Gesundheitsleistungen durch die gezielte Subventionierung der Prämien der einkommensschwachen Versicherten

- Im Jahre 2003 bezogen ungefähr 32% der Wohnbevölkerung Subventionen für die Krankenversicherungsprämien. Der Anteil des Bundes am Gesamtbetrag der Subvention wurde vollumfänglich verwendet.

Sicherstellung eines Angebots für die Grundausbildung und die Weiterbildung für die Gesundheitsberufe, je nach Bedarfsentwicklung des Gesundheitssystems und gemäss den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Qualität

- Ab dem 1. Oktober 2002 wurde diese Zielsetzung in das Departement für Erziehung, Kultur und Sport transferiert. Demnach beschränkt sich die Rolle der Dienststelle für Gesundheitswesen auf die Evaluation des Bedarfes betreffend die Ausbildung zu den Gesundheitsberufen.

Vgl. ebenfalls den Controllingbericht des Politikkontraktes für die Piloteinheit Gesundheitswesen

Nettoausgaben der Piloteinheit Gesundheitswesen (DfG/IPVR/CVP) für das Jahr 2003:

- 253.9 Millionen Franken

Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit, Bekämpfung der Tierseuchen und Kontrolle der Hundebevölkerung

- Die Änderungen des am 6. Dezember 2002 in 2. Lesung durch den Grossrat angenommenen Tierschutzgesetzes wurden am 10. Juni 2003 durch den Bundesrat genehmigt. Es waren verschiedene Vorbereitungen notwendig, um die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2004 zu gewährleisten.
- Das im Jahre 2002 eingeführte Überwachungsprogramm (blaue Kontrolle) wurde fortgesetzt. Mit diesem Programm werden im Kanton Wallis circa 10% der Nutztierbestände auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Gleichzeitig wurde die Identifikation der Tiere und die Meldungen an die Datenbank überprüft, was eine Transparenz in der Rückverfolgbarkeit der Tiere vom Viehhalter zum Konsumenten schafft.

Nettoaufwand des Veterinärdienstes für das Jahr 2003:

- 1'321'461 Franken

SOZIALWESEN

Soziale Massnahmen

Förderung der Hilfe und der sozialen Wiedereingliederung

- Die durch den Staatsrat im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Systeme der kantonalen Sozialhilfe ernannte, ausserparlamentarische Kommission hat mit ihren Vorarbeiten im Jahre 2002 begonnen. Sie hat im Juni 2003 ihren Bericht mit einem Gesetzesvorentwurf an den Staatsrat gerichtet.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen funktioniert. Es sind noch weitere Verbesserungen zu erzielen.

- Die Gruppe „Passerelles“, welche die berufliche Wiedereingliederung fördern soll, hat verschiedene Projekte im Zusammenhang mit Walliser Unternehmen unterstützt und begleitet:
 - Eröffnung eines Ateliers für Behinderte innerhalb des Einkaufszentrums COOP, in Collombey, im April 2003;
 - Begleitung der Arbeiten im Hinblick auf die Errichtung einer internen Struktur zur Unterstützung des Personals der Lonza AG, das Probleme der beruflichen Wiedereingliederung oder gesundheitliche Probleme hat;
 - Ähnliche Demarchen bei verschiedenen Walliser KMUs.

Optimierung der Betreuung von Behinderten

- Vernetzung sämtlicher Institutionen, die im Bereich der Abhängigkeiten tätig sind, damit trotz den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen infolge des Rückzuges des Bundes die Qualität der Leistungen verbessert werden kann.
- Dekret zur Vergrößerung des medizinisch-pädagogischen Zentrums « La Castalie ».
- Erweiterung der Verträge mit Leistungsaufträgen mit den Institutionen für Behinderte.

Anpassung der kantonalen Organisation für die Betreuung von Asylbewerbern

- Entwicklung von Zentren der Berufsbildung für Asylbewerber in Vétroz und Gampel
- Inbetriebnahme eines neuen Informatiksystems.

Nettoaufwand für soziale Massnahmen mit Jahre 2003

- | |
|----------------------|
| • 27'725'457 Franken |
|----------------------|

Sozialversicherungen

Anpassung der Leistungen der kantonalen Ausgleichskasse an die Entwicklung des rechtlichen und sozialen Umfeldes

- Die Anstellung eines Mitarbeiters, welcher mit der Untersuchung der Gesuche um Erhöhung der im Rahmen der Berechnung der AHV-Ergänzungsleistungen berücksichtigten Tagestaxen der Pflegeheime beauftragt wird, ermöglicht es künftig, den betagten Personen wirtschaftlich annehmbare Bedingungen zu gewährleisten sowie die in diesem Zusammenhang stehenden Ausgaben des Kantons und der Gemeinden zu beschränken.
- Ein Bundesgerichtsentscheid vom 11. Juli 2003 stellt den Grundsatz der vorrangigen Zuteilung der Familienzulagen zugunsten des Vaters und verursacht nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten, zufriedenstellende Lösungen zu finden, wenn die Eltern in verschiedenen Kantonen Löhne beziehen. Eine Westschweizer Arbeitsgruppe wurde mit der Untersuchung dieses Problems auf Stufe der Westschweiz beauftragt, wobei Abänderungen der kantonalen Gesetzgebungen vorgeschlagen werden.

Nettokosten der Subventionierung der Sozialversicherungen für das Jahr 2003
--

- | |
|----------------------|
| • 54'024'721 Franken |
|----------------------|

Wahrung der Rechte und der Interessen der ArbeitnehmerInnen

Sicherstellung der Bürgernähe der Arbeitsgerichte

- Die Umsetzung der durch das neue Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts beschlossenen Strukturen wurde auf kantonaler Ebene abgeschlossen. Die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz wird weiterhin während der im ATSG vorgesehenen Übergangsfrist von fünf Jahren das Sekretariat der Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit führen.

- Kantonales Arbeitsgesetz
 - Am 25. Juni 2003 hat der Bundesrat ein Vernehmlassungsverfahren zu einem Vorentwurf der Schweizerischen Zivilprozessordnung eröffnet, welches bis zum 31. Dezember 2003 dauerte. Dieser bezweckt die Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts in der Schweiz. Die Gerichtsorganisation bleibt grundsätzlich bei den Kantonen. Eingriffe sind nur soweit gerechtfertigt, als dies ein einheitliches Verfahrensrecht unbedingt erfordert. Eine grosse Bedeutung kommt dem sozialen Zivilprozess zu, der besonders in Fragen des Miet-, Arbeits- und Konsumentenrechts angewendet werden soll. Da zukünftig die Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO) das Verfahren vor dem Arbeitsgericht regeln wird, wäre es voreilig gewesen, bereits im Jahr 2003 einen Vorschlag zur Revision des Kantonalen Arbeitsgesetzes zu unterbreiten.

Politik der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die den Interessen der Arbeitnehmer und der Wirtschaft entspricht

- Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit
 - Neue Zusammenarbeit Kanton – Bund: Diese ist noch nicht in die Umsetzungsphase getreten. Nach Absprache mit dem seco sind qualitative Massstäbe zur Verbesserung der Arbeit der Arbeitsinspektoren zu erarbeiten;
 - Antenne Gesundheitsschutz Wallis: Die praktizierenden Ärzte des Kantons Wallis wurden über deren Gründung und ihre Ziele informiert. Durch die Anwesenheit einer Arbeitsärztin und einer Hygienikerin konnten, in Absprache mit der Dienststelle, mehrere Aktionen durchgeführt werden.
- Sensibilisierung der Unternehmen
 - Ausbildungskurse 2003: 1. Gewalt am Arbeitsplatz, 2. Überwachung des Personals: Gesetzlich anerkanntes Verfahren oder Eingriff in die Persönlichkeit? 3. Psychologische Belästigung (Mobbing): vorbeugen ist besser als heilen;
 - Unter dem Coaching der Arbeitsinspektoren wurde im Wallis in Form eines Pilotprojekts mit der Umsetzung der angepassten Branchenlösung für Kleinstbetriebe in Garagen begonnen.

Vermeidung des Sozial- und Lohndumpings, insbesondere als Folge der Einführung des freien Personenverkehrs

- Bekämpfung des Lohndumpings
 - Die Neustrukturierung der Kantonalen Beschäftigungsinspektion erfolgte am 1.9.2003 mit dem Bezug der Büros bei unserer Dienststelle und die administrative Angliederung an die DAA;
 - Am 1. Juni 2003 ist das Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 8. Mai 2003 in Kraft getreten. Die im Amtsblatt Nr. 33 vom 17. August 2001 veröffentlichte Liste der Auftraggeber, die in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wasser, Energie, Umwelt und Verkehr sowie Telekommunikation tätig sind ist unvollständig und muss aktualisiert werden.

Nettokosten der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse für das Jahr 2003

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • 2'452'921 Franken |
|---|

ENERGIE UND WASSERKRAFT

Entwicklung einer Energiepolitik, die den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht

Sicherstellung des Übergangs zu einem offenen Strommarkt

- Nach der Ablehnung des eidgenössischen Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) ist kein kantonales Ausführungsgesetz erarbeitet worden. In der Reorganisation der Stromverteilung ist ein Stillstand, sogar ein Rückschritt festgestellt worden.

Die Interessen des Kantons in Sachen Wasserkraft und Hochwasserschutz verteidigen

- Realisierung von diversen Massnahmen zur Beherrschung der Heimfälle, insbesondere jene, die in den Jahren 2004-2005 verfallen.
- Verfolgung der Studien zur Aufwertung des Wasserkraftpotentials des Kantons, namentlich mit der Begünstigung der Synergie zwischen dritter Rhonekorrektur und Wasserkrafterzeugung.
- Realisierung eines Gesetzentwurfes über die WEG, welches den neuen Anforderungen der Strommarktliberalisierung Rechnung trägt und die Rolle der WEG betreffend das 65 kV Transportnetz und die Wasserkrafterzeugung klar festlegt.
- Weiterführung der Arbeiten im Gebiet der Hochwasserschutzgefahren durch:
 - Die Realisierung, in der Ebene sowie im Gebirge, von Mehrzweckanlagen (Wasserkrafterzeugung und Hochwasserschutz);
 - Die Entwicklung eines Simulationsmodell (MINERVE) zur Verwaltung der Stauanlagen in Hochwasserperioden;
 - Vorstudien über Erstellungsmöglichkeiten von Gefahrenkarten betreffend die potentiellen Risiken einer kleinen Anzahl Druckleitungen/-schächten.
- Vorbereitung und Definition der Realisation von Sanierungsmassnahmen der Wasserläufe unter Berücksichtigung der Umwelt-, Hochwasserschutz- und Sozial- wirtschaftlichen Aspekte.

Förderung einer rationellen Energienutzung und der Nutzung erneuerbarer Energien

- Gesetzesentwurf zur Anpassung der Energiegesetzgebung, sowie zur Überführung des Minergie-Dekretes in ordentliches Recht.
- Lancierung von Standardlösungen für Minergie-Einfamilienhäuser.
- Intensivierung der Information, sowie der Weiterbildung von Energiefachleuten.
- Fortsetzung der Förderprogramme zur Nutzung erneuerbarer Energien.
- Förderung und Realisierung von grossen Holzenergieanlagen mit Fernwärmenutzung.
- Die Einführung eines energetischen Sanierungsprogramms sowie die Einführung einer Warmwasser-Vorheizung durch Sonnenenergie in Wohnhäusern mit mehr als 5 Wohnungen konnten aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln nicht durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

Nettoaufwand der Dienststelle für Energie

- 1'697'262 Franken

Nettoeinnahmen der Dienststelle für Wasserkraft

- 49'885'403 Franken

GEMEINSAM GESTALTEN UND AUFBAUEN, UM DIE CHANCEN DER KOMMENDEN GENERATIONEN ZU VERBESSERN

ERZIEHUNG, UNTERRICHT UND AUSBILDUNG

Obligatorische Schulzeit

Anpassung des obligatorischen Unterrichts, um den Bedürfnissen und Erwartungen der Schüler, der Eltern und der Gesellschaft besser gerecht zu werden

Verbesserung der schulischen Vorbereitung der Schüler sowohl auf eine Ausbildung durch eine Lehre als auch auf ein Studium

- Verabschiedung der neuen Stundentafeln für die obligatorische Schule durch den Staatsrat, die folgende Neuerungen bringen:
 - Erlernen der 2. Sprache ab der 3. Primarschulklasse (*ab dem Schuljahr 2004*);
 - Einführung des Englischunterrichts ab dem 1. Jahr der Orientierungsschule (*trat zu Beginn des Schuljahres 2003 in Kraft*);
 - Verbesserung des Bildungsangebots im 3. Jahr der Orientierungsschule (*tritt während des Schuljahres 2003/2004 in Kraft*).
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Überarbeitung der Lehrpläne in den Fächern mit einer veränderten und angepassten Dotation (*in der OS bereits realisiert; Realisierung auf Primarschulstufe im Gange*).
- Systematische Analyse der Schulabschlussprüfungen (auf den Stufen 4. und 6. Primarschule, 2. und 3. Orientierungsschule in den Fächern Französisch und Mathematik) (*wurde im Jahre 2003 realisiert*).
- Beteiligung an der dreijährig durchgeführten PISA-Studie über die Kenntnisse und Fähigkeiten der Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit (*befindet sich für den 2. Teil der Umfrage in Realisierung*).
- Schrittweise Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) (*ist regelmässig im Gang*).
- Umsetzung des Berichtes RISC (Rolle der kantonalen Schulen) und Ausarbeitung von Vertragsmodellen (*Schrittweise Umsetzung; Abschluss von Vertragsmodellen mit den Städten*).

Mittel- und Berufsschulunterricht

Eine bessere Vorbereitung unserer Jugendlichen auf die Anforderungen von morgen durch eine Optimierung des Unterrichts auf der Sekundarstufe II und eine Aufwertung der Berufsausbildung (Lehre)

Reorganisation der Diplommittelschulen (Kaufmännische Berufsschulen eingeschlossen)

- Einrichtung eines teilweisen gemeinsamen Unterrichts («tronc commun») mit der Handelsmittelschule in den fünf Schulorten Brig, Siders, Sitten, Martinach und Monthey (*wurde bereits realisiert*).
- Realisierung der ersten Anerkennungsphase der Diplome auf schweizerischer Ebene (*wurde bereits realisiert*).
- Einrichtung von Einstiegsmöglichkeiten, um den Zugang zu der FH zu erleichtern (*wurde mit Weiterbildungsmodulen realisiert*).
- Schrittweise Kantonalisierung der Kaufmännischen Berufsschule der Stadt Sitten (*befindet sich in der Realisierung, vorgesehener Abschluss: 2004*).

Anpassung der Unterrichtsorganisation, der Programme und der Stundenpläne der Walliser Kollegien

- Erlangung der schweizerischen Anerkennung der neuen Maturitätsausweise im Sommer 2002 (*erste Übergabe im Juni 2003*).
- Schrittweise Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in allen höheren Schulen (*findet regelmässig statt*).
- Annahme, durch den Staatsrat, eines neuen einheitlichen Schulplanes für die kantonalen Schulen für die Schuljahre 2002/2003 bis 2004/2005 (*wird nach Umfrage bei den interessierten Kreisen realisiert*).

Entwicklung sämtlicher Aktivitäten im Zusammenhang mit der Grundausbildung und der Weiterbildung sowie mit der schulischen und beruflichen Orientierung

- Aufwertung der Berufslehre und Einrichtung von Passerellen, um die Ausbildungen zu erweitern (Marketing, Umfragen zu den Lehrplätzen).
- Finanzielle Unterstützung für Ausbildungsbetriebe durch LstB 2 oder den Kantonalfonds (Übernahme der Kosten für Prüfungsmaterial und Finanzierung der Einführungskurse ausserhalb unseres Kantons).
- Entwicklung eines Qualitätssystems für die Organisation und Verwaltung der Berufsschulen, der SBO und der Dienststelle für Berufsbildung (Vision, Strategien, Leitbild).
- Prüfung eines neuen Konzepts für die Bereitstellung eines neuen Qualitätssystems (SQA) für die Lehre im Unterwallis.
- Studie für die Einführung des Sportunterrichts auf der Stufe der Berufsbildung.
- Prüfung eines neuen Konzepts betreffend Weiterbildung.
- Erarbeitung der kantonalen Anwendungsbestimmungen zum neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetz.
- Weiterführung der zweisprachigen Klasse (*passerelle pratique*), die den Maturaabsolventen den direkten Zugang zu den HEVs ermöglicht.
- Unterzeichnung eines Vertrages mit der CIMO, Monthey, für Lehrlinge in der Chemiebranche.
- Anerkennung der künstlerischen Berufsmatura (Designer) an der ECAV (Walliser Schule für Gestaltung).
- Anwendung der Reform in der KV-Grundausbildung im 1. Jahr.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen durch regelmässige Treffen mit den Berufsverbänden.

<p>Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Anpassung des obligatorischen Unterrichts, der Optimierung des Mittelschulunterrichts und der Aufwertung des beruflichen Unterrichts</p>

(Aufwandüberschuss 2003 der Verwaltungsrechnung):

- 359'016'578 Franken

Tertiäre Ausbildung

Entwicklung und Konsolidierung der tertiären Ausbildungsbereiche und Studiengänge im Kanton sowie der Kompetenzzentren im Interesse der Wirtschaft

Ausweitung des Zugangs der Walliser beider Sprachregionen zu den tertiären Ausbildungsbereichen und Studiengängen aller Ebenen im Kanton und ausserhalb des Kantons

- Reduzierung der vier Studiengänge des Bereichs Ingenieurwissenschaften auf zwei Studiengänge und Eröffnung der beiden neuen Ausbildungsrichtungen Systemtechnik und Life Technologies zum Schuljahresbeginn 2003/2004. Optimierung des gesamten Ausbildungsangebots mit Vertiefungsrichtungen (vertiefte Bereiche), die auf den Kompetenzbereichen der HEVs beruhen (vgl. Politikvertrag der HEVs, politisches Ziel 2).

- Anerkennung des Studiengangs Betriebsökonomie FH durch den Bund nach Abschluss der zweiten vereinfachten Peer-Review 2003.
- Konsolidierung der PH-VS mit der Aufnahme des dritten Studierendenjahrganges (Abgabe des Antrages zur Anerkennung der Fachhochschuldiplome bei der EDK; Mandat, das der Staatsrat für die Zusatzausbildungen, den Anschluss der pädagogischen Dokumentation, den teilweisen Anschluss der Weiterbildung übertragen hat).
- Konsolidierung der Fachhochschule Wallis für Gesundheit und soziale Arbeit (HEVs2): Verwirklichung der von der Fachhochschule Schweiz für Gesundheit und soziale Arbeit angenommenen Ausbildungspläne, einheitliche Regelung über Statut, Besoldung und Verfahren.
- Anerkennung FH für die ECAV (Walliser Schule für Gestaltung).

Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Kantons durch angewandte Forschung sowie durch Technologie- und Wissenstransfer

- Konzentration und Entwicklung der anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in den Hautkompetenzbereichen der HEVs.
- Kontrolle der Expandierung des Dienstleistungsbereichs.
- Tragende Rolle bei der Diversifizierung der Wirtschaft: Intensivierung der Partnerschaft zwischen der Direktion der Wirtschaftsentwicklung Wallis (DWEW) und der HEVs im Hinblick auf die Positionierung des Kantons in Marktnischen mit hoher Wertschöpfung.
- Aktive Beteiligung an nationalen und internationalen Netzwerken: Verantwortung der HEVs für die Koordination des neuen nationalen Kompetenznetzwerks der Fachhochschulen *Swiss Food Net*.
- Fernfachhochschule: Unterzeichnung eines Vertrages mit der Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana (SUPSI) (institutionelle Angliederung aber finanzielle Unabhängigkeit).

Dynamisierung des tertiären Hochschulsektors im Wallis

- Die Erarbeitung und die Umsetzung der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über Bildung und Forschung von universitären Hochschulen und Forschungsinstituten in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Forschungsrat.
- Festlegung der vier Schwergewichte: Alter-Gesundheit-Gesellschaft / Alpenraum / künstliche Intelligenz / flexible und ortsunabhängige Ausbildung.

Siehe auch 5. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt «Die Schule von morgen gemeinsam gestalten»

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Konsolidierung der tertiären Studienbereiche und –gänge sowie der Kompetenzzentren (Aufwandüberschuss 2003 der Verwaltungsrechnung)

- 92'039'782 Franken

JUGENDPOLITIK

Erarbeitung und Umsetzung einer echten Jugendpolitik unter Mitwirkung der Eltern, der öffentlichen und privaten Partner und der Jugendlichen, mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der Jugend und der Förderung ihrer sozialen Integration

Vorantreiben der Umsetzung des neuen Jugendgesetzes

- Fortführen der Förderungsmassnahmen für die Schaffung eines angemessenen Angebotes für die familienexterne Tagesbetreuung von Kindern ab ihrer Geburt bis Ende der Primarschulzeit und Schaffung von regionalen Vereinigungen für die familienexterne Betreuung bei Tageseltern im Besonderen im Oberwallis.
- Schaffung einer Kommission zum Schutz der Kinder im Zusammenhang mit kinematographischen Vorstellungen und anderen Medienerzeugnissen.
- Organisation und Durchführung von kantonalen Jugendprojekten und deren finanziellen Unterstützung.

Präventive Massnahmen für Kinder und Jugendliche

- Aus- und Weiterbildung der schulischen Mediatoren sowie Förderung von Mediationsprojekten durch Schüler.
- Organisation und Durchführung von Vorträgen, Diskussionsrunden und Workshops in Sachen Entwicklung und Verhalten von Kindern und jungen Menschen in Zusammenarbeit mit Elternorganisationen und/oder der Schule.
- Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten aus den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Soziales, die mit Kindern arbeiten (Sozialpädagogen, Krankenschwestern, Jugendanimatoren, Kindergärtnerinnen, Kleinkindererzieherinnen, Lehrpersonen) sowie bei der Ausbildung der Praktikanten in den Bereichen Jugendförderung und -schutz.

Ausarbeitung von Spezialmassnahmen für Kinder, deren Entwicklung gestört oder gefährdet ist und Koordinierung der Aktivitäten des Frühberatungsdienstes

- Mitarbeit bei der Schaffung einer kantonalen Lösung für Jugendlichen mit schweren Verhaltensstörungen (Notaufnahme, Durchgangsheime).
- Schaffung und Abschluss einer Vereinbarung oder eines Leistungsvertrages mit privaten Organisationen betreffend die heilpädagogische Frühberatung von behinderten Kindern im Vorschulalter.
- Erarbeiten von Lösungen in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gemeinden des Kantons betreffend die Übernahme von angeordneten Massnahmen durch die Vormundschaftsbehörde gemäss Art. 307 und 308 des ZGB.
- Weiterführung der Zusammenarbeit mit den IV-Zentren, respektive den Gemeinden, für die Bereitstellung von pädagogisch-therapeutischen Massnahmen für Kinder, welche die Sonderschule besuchen.

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Jugendpolitik (Aufwandüberschuss 2003 der Verwaltungsrechnung):
 • 17'634'168 Franken

KULTURPOLITIK

Schaffung eines Image und einer Einstellung, die den Zugang von möglichst vielen Menschen zu den kulturellen Aktivitäten und zum kulturellen Erbe begünstigen und erleichtern und Beitrag zu deren Entwicklung

Schaffung eines echten Zugangsnetzes zu Wissen, Kultur und Kunst, das jedem Einzelnen den Zugang zum kulturellen Erbe und Schaffen ermöglicht, und Beitrag zur Entwicklung der diesbezüglichen Aktivitäten

- Aufbau des Museumsnetzes Wallis zwischen den Kantonsmuseen und ausgewählten Museen in den Regionen; Abfassung und Annahme des Leitbildes durch die Aufsichtsbehörde der 3 gegenwärtigen Partner der Kantonsmuseen: Musée de Bagnes (Gemeinde), Walliser Reb- und Weilmuseum (Stiftung), Lötschentaler Museum (Stiftung); Umsetzung eines neuen gemeinsamen Inventarprogramms für alle Kantonsmuseen im Jahre 2004.
- Inbetriebnahme der Internetsite der Kantonsmuseen.
- Realisierung von zwei neuen Regionalisierungsprojekten von Bibliotheksdienstleistungen und Ausweitung des Verbundes Bibliopass Valais/Wallis auf 14 neue Bibliotheken; Ausweitung des Verbundes RERO auf zwei neue Bibliotheken im Wallis.
- Abschluss einer Vereinbarung hinsichtlich der Schaffung eines neuen Standortes für die Mediathek Wallis in Saint-Maurice.
- Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem DEKS und Bibliomedia Schweiz (Stiftung für öffentliche Bibliotheken) für die Entwicklung des Walliser Bibliothekennetzes, namentlich auf schulischer Ebene.

Durch die Konservierung, die Aufwertung und das Studium des kulturellen Erbes der Walliser Gesellschaft die Möglichkeit bieten, sich in ihrer Vielfalt und ihren historischen Dimensionen wieder zu finden und auszudrücken

- Weiterführung der Neugestaltung des kantonalen Kunstmuseums und des Museums für Geschichte; Zusammenlegung der historischen Sammlungen der vier Museen (Archäologie, Numismatik, Militärgeschichte und Geschichte) auf Valeria; Errichtung einer Stiftung mit der Gemeinde St. Maurice für die Nutzung des Schlosses St. Maurice; Realisierung eines archäologischen Rundganges in und mit der Stadt Sitten.
- Herausgabe eines Sammlungskataloges des kantonalen Museums für Geschichte.
- Schaffung einer Abteilung Literaturarchiv innerhalb der Mediathek Wallis.

Beitrag zur Attraktivität des Wallis durch kulturelle Aktivitäten auf hohem Niveau

- Unterstützungen an die Fondation Gianadda, Festival in Verbier, Musikfestival in Ernen und Festival BD in Siders...
- Verleihung des Kulturpreises und der Förderungspreise durch den Kanton Wallis.
- Organisation von 3 Ausstellungen, die Edmund, Corinna und René-Pierre Bille gewidmet waren, durch die Kantonsmuseen in Zusammenarbeit mit der Mediathek Wallis und dem Kantonsarchiv.

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kulturpolitik (Aufwandüberschuss 2003 der Verwaltungsrechnung):

- 18'780'665 Franken

SPORTPOLITIK

Schaffung eines günstigen Umfelds für die Entwicklung des Sports in Sachen Wohlbefinden, Stabilität, Erziehung, Gesundheit und öffentliche Infrastrukturen

Förderung der Ausübung von Sport durch junge Menschen

- Weiterverfolgung des Programmauftrages J+S-2000.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Stiftung der Walliser Sporthilfe, den kantonalen Dachsportorganisationen (jährliche Unterstützung), den Clubs und Sportvereinen (punktuelle Unterstützungen).
- Studium des Projektes Lehrlingssport und eines innovativen Projektes für den Sport und die Jugend.

Planung der Neuinvestitionen in Sachen Sportanlagen

- Schritte und Unterstützung zu Gunsten der nationalen Eislaufzentren von Champéry und Leukerbad.

Förderung einer koordinierten Politik für die Organisation grosser Sportveranstaltungen

- Entwurf einer Strategie und einer Förderungsmethodik zur Organisation und Durchführung von sportlichen Grossanlässen.

Ausarbeitung des Entwurfs eines kantonalen Gesetzes über die Unterstützung und Förderung des Sports

- Detailstudie über die konkreten Massnahmen der Module für eine Sportpolitik im Kanton Wallis.

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Sportpolitik (Aufwandüberschuss 2003 der Verwaltungsrechnung):

- 555'005 Franken

RAHMENBEDINGUNGEN

Verbesserung der Rahmenbedingungen

Definition eines Konzepts für die Bewertung der Qualität von Ausbildung und Verwaltung sowie dessen Umsetzung

- Definition einer Gesamtvision und der Aufgaben des DEKS im Zusammenhang mit den Schwerpunkten und den strategischen Ausrichtungen.
- Bereinigung und Aktualisierung aller Elemente des e-DIKS-Systems vom politischen bis zum operativen Niveau angesichts seiner Anwendung auf der Informatikplattform des Staates Wallis.
- Einführung und teilweise Umsetzung eines informatisierten Verwaltungssystems (Internet School Management) der kantonalen Schulen mit den Modulen Schüler, Noten, Verwaltung, Lehrer, Statistiken.
- Voraussage der zukünftigen Bedürfnisse der Lehrkräfte in den obligatorischen Schulen, der Sekundarstufe II, allgemeine und berufsbezogene Bildungsgänge.
- Diskussion und Vorbereitung des Projekts zur Reform des Statuts der Lehrpersonen der obligatorischen Schulen, der Sekundarstufe II, allgemeine und berufsbezogene Bildungsgänge (ersten Überlegungen).
- Annäherung und erste Schritte im Projekt über die Beziehungen Kanton-Gemeinden und Kanton-Institutionen.
- Auswahl von treffenden Indikatoren aus pädagogischer, statistischer und finanzieller Sicht, die als Führungs- und Verwaltungsinstrumente für unser Schul- und Ausbildungssystem dienen.

Neudurchdenken und Ausweiten der Weiterbildung

- Konsolidierung des Weiterbildungsprogramms für Lehrkräfte mit der paritätischen Kommission.
- Umsetzung der Massnahmen, wie sie im Gesetz über die Erwachsenenbildung vorgesehen sind.
- Abschluss des gesamtheitlichen Projektes, welches alle Bereiche der kantonalen Aufgaben umfasst.
- Zusammenarbeit mit FS-CH (Fernstudien Schweiz) im Bereich der Fernstudiengänge und des e-learning.

Verstärkung von Kommunikation und Information

- Erarbeitung eines gesamtheitlichen Kommunikations- und Informationsvorprojekts.
- Information zur Vision und Mission des DEKS im Zusammenhang mit den Schwerpunkten und den strategischen Ausrichtungen.
- Schaffung und Unterhalt von Internetsites (Unterrichtswesen, Archiv, Museen).

Sorgfältige Analyse des Bedarfs an Infrastrukturen und Einrichtungen sowie Planung der erforderlichen Bauten

- Verabschiedung von Zwischenlösungen um den unmittelbaren Raumbedürfnissen gerecht zu werden und Fortsetzung der Zukunftsanalyse in Erwartung der definitiven Entscheidungen hinsichtlich des Standorts gewisser kantonalen Schulen.
- Vorbereitung eines Inventars der existierenden schulischen Infrastrukturen und Studie über die Entwicklung der zukünftigen Bedürfnisse.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

- Die im Zusammenhang mit diesem Ziel stehenden finanziellen Auswirkungen sind in den vorhergehenden sechs Zielen des Departements enthalten

VOLKSWIRTSCHAFT

Verbesserung der Rahmenbedingungen der Walliser Wirtschaft

Die Rahmenbedingungen der Walliser Wirtschaft verbessern

- Im Jahr 2003 konnten zwei Hauptmassnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Walliser Wirtschaft umgesetzt werden:
 - die «Tourismus-Politik des Kantons Wallis», ein Arbeitsdokument, welches in Absprache mit den Hauptbeteiligten des Sektors erarbeitet wurde und den Aktionsplan, die Ziele nach Bereich und die dazu erforderlichen Massnahmen festsetzt;
 - die «Strategie zur Walliser Wirtschaftsförderung», ein von der Direktion der Wirtschaftsentwicklung Wallis (DWEW) erarbeitetes Dokument, als Fortsetzung der Regierungsrichtlinien 2002-2005 und zur Festlegung der 10 strategischen Schwerpunkte.

Die Tätigkeit der kantonalen Wirtschaftsförderung auf höherwertige Aktionen ausrichten

- Die Verteilerpolitik (clusters) wurde auf die drei Schwerpunkte Lebenswissenschaften, Informatik- und Kommunikationswissenschaft sowie Dienstleistungen, Tourismus und Natur ausgerichtet. Als Schlüsseltappen gelten die Koordinierung der technologischen Kernstandorte unter der Strategie «The Ark» und die Einrichtung des Bio-Drehpunktes Unterwallis.
- Eine Fusion der Kredithilfeorganisationen wurde durch die neu geschaffene CCF SA, Centre de compétences financières SA (Kompetenzzentrum für Finanzhilfen) ermöglicht. Somit wurde das Ziel einer einzigen Anlaufstelle in Sachen finanzielle Hilfe für die Unternehmen erreicht.

Die Konzertierung im Wirtschaftsbereich erweitern

- Die vom Gesetz über die kantonale Wirtschaftspolitik vom 11. Februar 2000 vorgesehene Schaffung von zwei regionalen Verbindungsstellen konnte durchgeführt werden.
- Die interkantonale Konzertierung wurde vom Vorsteher des DVIS im Rahmen der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren weitergeführt. Das Wallis ist auch Mitglied des Wirtschaftsraums Mittelland (Espace Mittelland).
- In Sachen exogene Wirtschaftsförderung konnte der DWEW die ersten Resultate der gemeinsamen Tätigkeit mit den Kantonen Waadt und Neuenburg (DEWS) vorstellen.

Die Realisierung von wirtschaftsfördernden Infrastrukturen unterstützen

- Im Jahr 2003 konnten die ersten Projekte der von den sozio-ökonomischen Regionen im Jahr 2002 erarbeiteten mehrjährigen Entwicklungsprogramme realisiert werden. Das Investitionsvolumen war geringer als in den letzten Jahren, hauptsächlich aufgrund der konjunkturbedingten Situation und des vom Bund auferlegten Moratoriums zur Unterstützung der Seilbahngesellschaften.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003	
• Verbesserung der Rahmenbedingungen und gezielte Aktionen zur Wirtschaftsförderung	Fr. 500'000.--
• Erweiterung der Beratung im Wirtschaftsbereich	Fr. 400'000.--
• Unterstützung von wirtschaftsfördernden Infrastrukturen	Fr. 570'000.--

Führung einer auf einen ausgewogenen Arbeitsmarkt ausgerichteten Beschäftigungspolitik

Verstärkung der Arbeitsmarktpolitik durch Massnahmen zur besseren Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften

- Die Arbeitsmarktbeobachtung Wallis führte eine umfassende Analyse der Resultate der letzten eidgenössischen Betriebszählung durch. Die Schlussfolgerungen dieser Analyse stehen den betreffenden Kreisen zur Verfügung.
- Die Partnerschaft mit der Wirtschaftsförderung und ihren regionalen Wirtschaftsantennen wurde besiegelt und trägt bereits erste Früchte im Bereich Rekrutierung von einheimischen Arbeitskräften bei der Ansiedelung neuer Unternehmen.
- Die Kontakte zwischen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und den Arbeitgebern im Bezug auf eine bessere Erfassung des Bedarfs an Human Ressourcen (Kompetenzen) wurden verstärkt.

Konsolidierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verstärkung der Präventionspolitik

- Das kantonale Dispositiv zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erweist sich im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit dem Bund weiterhin als äusserst effizient. Die Resultate 2003 sind genauso gut wie jene des Vorjahres. Zum dritten aufeinander folgenden Mal wurde ein Bonus erzielt.
- Der Personalbestand der RAV sowie das Angebot an Wiedereingliederungsmassnahmen mussten 2003 aufgrund des starken Anstiegs der Anzahl Stellensuchender aufgestockt werden.
- Im Rahmen der erweiterten interinstitutionellen Zusammenarbeit wurde der Auftrag der Walliser Liga gegen die Suchtgefahren neu definiert.
- Zur Bekämpfung der saisonalen Arbeitslosigkeit wurden insbesondere in den RAV Oberwallis, Siders und Martinach verschiedene Spezialaktionen durchgeführt.

Politik für ausländische Arbeitskräfte, die der von einheimischen Arbeitskräften nicht gedeckten Bedarfsentwicklung der Wirtschaft Rechnung trägt

- Ein Pilotprojekt mit Landwirtschaftspraktikanten aus der Slowakei konnte erfolgreich durchgeführt werden.
- Der Kanton traf die ersten notwendigen Massnahmen im Rahmen der Einführung der zweiten Phase des freien Personenverkehrs ab Juni 2004 und des Inkrafttretens der flankierenden Massnahmen.

Anpassung der Walliser Wirtschaftszweige an das nationale und internationale wirtschaftliche Umfeld

Im Bereich Handelspolitik Liberalisierung der reglementierten Aktivitäten gemäss Schweizer und europäischer Gesetzgebung

- Der Entwurf des Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken ging in die erste Lesung vor den Grossen Rat.
- Der Revisionsentwurf für das Gesetz über die Handelspolizei wird 2004 dem Grossen Rat unterbreitet. Das überarbeitete Gesetz kommt einer Reglementierung gleich und wurde in diesem Sinn deutlich vereinfacht.
- Der zur Konsultation unterbreitete Entwurf des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten wurde in Absprache mit allen anderen Kantonen erfolgreich bekämpft.

Festlegung der Tourismuspolitik auf der Grundlage der nachhaltigen Entwicklung

- Die Tourismuspolitik des Kantons wurde vom Staat in enger Zusammenarbeit mit der Dachorganisation des Walliser Tourismus (Wallis Tourismus) beschlossen. Dieses Vorgehen ist im Gesetz über den Tourismus so vorgesehen. Das endgültige Dokument wurde Ende des Jahres 2003 veröffentlicht. Die darin vorgesehenen Umsetzungsmassnahmen betreffen sowohl den öffentlichen wie

den privaten Sektor. Die Dienststelle für Tourismus und Regionalentwicklung arbeitet eng mit dem Zentrum für Verwaltungsmanagement zusammen, damit alle betroffenen Dienststellen des Staates bei der Erbringung von Leistungen und Verwendung von Finanzmitteln diese Vorgaben berücksichtigen.

- Der grösste Teil der in den Richtlinien der Jahre 2002 – 2005 für den Tourismus aufgeführten Massnahmen wurden umgesetzt oder im Budget 2003 und im Finanzplan 2002 – 2005 vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Investitionshilfekredite zur finanziellen Verbesserung der touristischen Beherbergungsbetriebe	Fr. 4'100'000.--
• Beteiligung an der Tourismuswerbung, Unterstützung der Diversifikation des touristischen Angebotes und Fortführung der Sensibilisierung	Fr. 2'450'000.--
• Verstärkung und Ausweitung des touristischen Angebotes	Fr. 815'000.--

INSTITUTIONEN

Angleichung der grundlegenden Rechtsstruktur an die soziale Wirklichkeit

Neuausrichtung der Bezirks- und Gemeindeordnung

- Die zur Neuordnung und zur Modernisierung der Gemeinden, sowie zur Förderung und Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit geeigneten Lösungen wurden im neuen Gemeindegesetz verwirklicht. Es bleibt deren Umsetzung mit Hilfe der Massnahmen und Bestimmungen des Ausführungsgesetzes.
- Neuausrichtung der Bezirksordnung in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode.

Siehe auch 6. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt «Reorganisation der Territorialstrukturen des Kantons»

Förderung der Ausübung der Volksrechte

- Der Entwurf des Gesetzes über die politischen Rechte begünstigt die Ausübung der Volksrechte. Die Teilnahme der Ausländer am politischen Leben wurde nicht vorgesehen. Es wird darum gehen, diese Fragen nach den Reformen der Bürgerrechtsgesetzgebung zu überprüfen.
- Die elektronische Stimmabgabe hat im Gesetz über die politischen Rechte ihre Rechtsgrundlage erhalten. Es wird darum gehen, sie zusammen und mit der Unterstützung des Bundes zu testen.

Fortsetzung der Familienförderungspolitik

- Sofern die thematische Kommission für Institutionen, Familienfragen und auswärtige Angelegenheiten den Schwerpunkt auf die Reform der Institutionen gelegt hat, überprüft das Departement die Möglichkeit die Koordination und die Information auf kantonaler Ebene im Bericht der Familienförderungspolitik zu verbessern. Diese Massnahmen können durch eine interne Reorganisation bestimmter Einheiten des Departements verwirklicht werden. Im Laufe des Jahres 2004 wird der Staatsrat einen Entscheid treffen.

Anpassung des kantonalen Prozessrechts an die laufenden Revisionen des Bundes

- Eine ausserparlamentarische Kommission hat den Folgen eines neuen Gesetzes über das Bundesgericht für den Kanton vorgegriffen und einen Vorentwurf über die Änderung des Gesetzes über die Gerichtsbehörden, des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, der Zivilprozessordnung, des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege sowie des Arbeitsgesetzes ausgearbeitet. Der Vorentwurf wurde mit einem ausführlichen Erläuterungsbericht im Frühjahr 2003 in die Vernehmlassung geschickt. Dieser beinhaltet zwei wesentliche Grundsätze:
 - Bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes über das Bundesgericht und der Vereinheitlichung des Bundeszivilprozessrechts ist auf sämtliche Änderungen des kantonalen Prozessrechts im Bereich des Zivilrechts, welche nicht unbedingt notwendig sind, zu verzichten.

- Die zweite kantonale Instanz im Zivilprozess benötigt eine wesentliche Verstärkung der Bezirksgerichte, deren gegenwärtige Organisation bestehen bleiben soll.
- Die Reorganisation der Bundesrechtspflege, die Änderung des Strafrechts, diejenige des Vormundschaftsrechts sowie die Vereinheitlichung der Strafprozess- und der Zivilprozessordnung verursachen für den Kanton eine Zunahme der laufenden Kosten der zuständigen Gerichts- und Verwaltungsbehörden. Der Staatsrat hat deshalb das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement um ein Moratorium von 5 Jahren für die Einführung der Änderung des Bundesrechtspflegegesetzes ersucht. Diese Zeit wird benötigt, um einen Gesamtüberblick der Auswirkungen der laufenden Revisionen zu erhalten und über die begonnenen Arbeiten betreffend die Einhaltung der getroffenen Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts zu entscheiden.
- Die Reorganisation der Vormundschaftsbehörden wurde im Januar 2002 durch die Verteilung eines Vertragsentwurfs über die Errichtung interkommunaler Vormundschaftsämter gefördert. Der Vertrag wurde anlässlich der im Herbst 2002 durchgeführten Veranstaltungen in den Bezirken vorgestellt. Am 31. Dezember 2003 waren 5 interkommunale Vormundschaftsämter (Zusammenschluss von 20 Vormundschaftsämtern) errichtet worden. Im Weiteren wurden 2 Vereinbarungen betreffend die Errichtung einer interkommunalen Amtsvormundschaft unterzeichnet.

Restrukturierung des Zivilstandswesens

- 23 Ämter wurden bereits zusammengelegt.
- 13 Ämter sind zurzeit am System Infostar angeschlossen und die Wiedererfassung ist im Gange.

Fortsetzung der fortlaufenden Bodenbewirtschaftung, die eine massvolle und rationelle Nutzung fördert

- Die Umsetzung der Struktur des GIS-VS wird fortgesetzt durch die Verschiebung der Grundlagendaten auf die Betriebsoberfläche. Der Datenserver funktioniert und zählt bis zum heutigen Zeitpunkt mehr als 100 Nutzer. Erste Anwendungen, namentlich für die Suonen und die Fuss- und Wanderwege, sind bereits realisiert worden.
- Die Umsetzung eines Raumbewachungs- und Controllingsystems für eine nachhaltige Richtplanung ist durch die Auswahl von Indikatoren weitergeführt worden; diese erlauben einerseits unter Berücksichtigung der gewünschten räumlichen Entwicklung, die Wirksamkeit der operationellen Ziele des Kantonalen Richtplanes zu überprüfen, namentlich in den Bereichen des umfassenden Risikomanagements und des Tourismus; und andererseits die möglichen Auswirkungen, welche durch die Eröffnung des Lötschbergbasistunnels im Jahre 2007 verursacht werden, zu analysieren.
- Mit der Erarbeitung der detaillierten technischen Projektunterlagen und einer Zusammenstellung der Tätigkeiten und Kosten des Projektes «Schema der nachhaltigen Entwicklung des Espace Mont-Blanc» konnte das Dossier beim Begleitausschuss ALCOTRA INTERREG III hinterlegt werden; dieser äusserte sich zur Programmplanung grundsätzlich positiv. Das Ausschreibungsverfahren für die Realisierung des Schemas der nachhaltigen Entwicklung, welches namentlich beabsichtigt, spezifische Ziele für die Region Espace Mont-Blanc zu formulieren und einen Rahmen zu definieren für die konkreten Tätigkeiten, wurde in den drei beteiligten Ländern eröffnet. Parallel dazu sind die Diskussionen im Hinblick auf die Festlegung eines rechtlichen Statutes für die «Conférence transfrontalière Mont-Blanc (CTMB)» fortgesetzt worden.

SICHERHEIT

Vorbeugung und Repression von Kriminalität und Verstössen gegen die öffentliche Ordnung

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch Prävention sowie eine gezielte und aktualisierte Repression

- Im Jahr 2003 konnte der Bestand des Polizeikorps um 3.5 Einheiten erhöht werden: die Zahl der am 1. Januar 2003 zum Gendarmen ernannten Aspiranten war höher als die im Jahr 2002 verzeichneten Abgänge infolge Demissionen und Versetzungen in den Ruhestand.
- Der Qualität der Ausbildung des Polizeikorps wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt.
- Der objektive Sicherheitsstandard konnte beibehalten werden. Die Aufklärungsquote bleibt stabil. Die Koordination mit allen Partnern wurde intensiviert und auch grenzüberschreitend gepflegt. Die personellen und materiellen Ressourcen wurden optimal eingesetzt und soweit möglich aktualisiert sowie modernisiert (Schaffung einer Stelle IT-Ermittlung). Es entstand ein erheblicher Mehraufwand im Ermittlungs- und Untersuchungsbereich durch Verfahrensvorschriften der StPO und der neuen OHG-Gesetzgebung. Der häuslichen Gewalt wurde im präventiven wie repressiven Bereich ein besonderes Augenmerk geschenkt.

Fortsetzung der Modernisierung der Strafanstalten

- Im Verlaufe des Jahres 2003 haben die Strafanstalten ihre Bemühungen fortgesetzt, die Infrastruktur weiter zu modernisieren, um sich der Kriminalitätsentwicklung und dementsprechend dieser Klientel anzupassen. Der Zuwachs an Strafanzeigen und Verurteilungen gegen Minderjährige hat die Arbeitserziehungsanstalt von Pramont dazu veranlasst, ein Projekt zu entwickeln, um die Betreuung Jugendlicher zu ermöglichen, die eine besonders schwere Strafvergangenheit hinter sich haben. Dieses innovative Erziehungsprojekt, von der zuständigen Jugendgerichtsbarkeit mit Ungeduld erwartet, fand auf der politischen Ebene eine besonders günstige Aufnahme. Im Walliser Parlament wurde es einstimmig, mit einer Enthaltung, in der Oktobersession 2003 angenommen.
- Während des vergangenen Jahres wurden weitere Schritte unternommen, die sozio-therapeutische Betreuung der Insassen zu verbessern. So wird in nächster Zeit, mit der Hilfe der Walliser Patronatsgesellschaft, eine 50 % Stelle für einen Psychologen geschaffen.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Beibehaltung eines Polizeikorps, das in der Lage ist, seinen Auftrag zu erfüllen :		
- Zusammenarbeit mit spezialisierten Instituten (DNA-Analysen)	Fr.	235'784.50
• Schaffung einer Struktur für die Inhaftierung von Minderjährigen in Pramont :		
- Erarbeitung eines architektonischen Konzeptes	Fr.	40'681.--

Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung und Wahrung ihrer Existenzgrundlagen

Mit grosser Mehrheit hat das Schweizer Volk den Reformprojekten «Armee XXI» und «Bevölkerungsschutz» am 18. Mai 2003 zugestimmt. Sie traten am 1. Januar 2004 in Kraft. Beide Reformen haben direkte Auswirkungen für unseren Kanton.

Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung und Wahrung ihrer Existenzgrundlagen durch zivile Mittel (Feuerwehr/Zivilschutz)

- Eine Harmonisierung der Organisation der zivilen Einsatzkräfte wird durch eine gezielte Umsetzung der Phase III des Konzeptes «Feuerwehr 2000 plus VS» (Zusammenarbeit oder Fusion der Feuerwehrkorps) sowie mit dem Projekt «Bevölkerungsschutz» erreicht. Das Zivilschutzkonzept Wallis steht. Um eine flächendeckende Harmonisierung Feuerwehr / Zivilschutz zu erreichen, muss 2004 auch das Konzept der Stützpunktfeuerwehren Wallis überarbeitet werden.

- Im Jahr 2003 wurde die Grossübung «TERRA» mit Einbezug von 13 verschiedenen Einsatzorganisationen durchgeführt. Die Zahl der Übungen auf kommunaler und interkommunaler Ebene, an denen sich verschiedene Einsatpartner beteiligten, hat zugenommen (mehr als 50). Dank dieser Übungen kann die Koordination, die Zusammenarbeit und das „Sich-Kennenlernen“ zwischen den Einsatzkräften verbessert werden.
- Die Sektion Organisation, Planung und Vorbeugung in Katastrophenfällen hat am 1. September 2003 ihre Arbeit in Grône mit einem Bestand von 3,5 Personen aufgenommen.

Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung und ihrer Existenzgrundlagen im Krisen- und im Katastrophenfall durch den Beitrag zur Bereitstellung militärischer Mittel

- Die Vorbereitungen zur militärischen kantonalen Infrastruktur (Regionalisierung der Zeughäuser «Zeughäuser und Waffenplätze Region Wallis/Chablais») wurden getroffen. Dieses Konzept wurde rückwirkend auf den 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt. Leider ist das VBS gegenwärtig aus finanziellen Überlegungen nicht bereit, den auf den 21. Dezember 2003 vorbereiteten Vertrag VBS / Staat Wallis zu unterzeichnen.
- Im Jahre 2003 sind die Orientierungstage der 18-jährigen Walliser in unserem Kanton durchgeführt worden. Erstmals fand die Rekrutierung für die Oberwalliser in Sumiswald (BE) und für die Unterwalliser in Lausanne (VD) statt. Der Gesamteindruck unserer Jugendlichen war sehr gut.
- Die höheren Unteroffiziersschulen haben 2003 den Standort Kaserne Sitten bezogen. Die erste Schule der Fourieranwärter fand im Herbst 2003 statt. Im April 2004 wird zusätzlich die erste Feldweibelanwärterschule eröffnet.
- Die Umsetzung der Armee XXI in Bezug auf Truppenpräsenz hat sich für unseren Kanton positiver entwickelt als erwartet, dies vor allem durch die Flab im Goms, die Artillerie auf dem Simplon, die Militärsicherheit im Unterwallis und die Verlegungsdienste von Rekrutenschulen im Mittelwallis.

Siehe auch Controllingbericht der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003	
• Förderung gemeinsamer Übungen, Übung «TERRA»	Fr. 40'000.--
• Feuerwehr: Ersteinsatzfahrzeuge	Fr. 846'000.--
• Feuerwehr: Ausbildung	Fr. 685'475.--
• Zivilschutz: Ausbildung und Ausrüstung der regionalen Detachements	Fr. 101'000.--
• Armee XXI: neuer Finanzierungsmodus Zeughaus/Kaserne	Fr. 4'491'409.--

NATÜRLICHE UND BEBAUTE UMWELT

Verstärkung des Schutzes von Personen und von Gütern vor Naturgefahren**Fortführen der Realisierung der Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren (Lawinen, Steinschläge, Geländerutschungen und Murgänge) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Forschungsinstituten**

- 2003 wurden 11 Lawinengefahrenkarten sowie 15 Gefahrenkarten betreffend Bodeninstabilitäten erarbeitet. Auf dem geografischen Informationssystem (GIS) wurde eine Zusammenstellung aller vorhandenen Lawinengefahrenkarten erstellt.
- In Zermatt und Gratschaft wurden Alarmsysteme installiert. In Leukerbad und Wiler wurden Lawinensprengvorrichtungen erstellt (System Gasex und Wyssen). Die 21 lokalen Sicherheitsdienste wurden begleitet.
- In folgenden Fachgebieten wurde Forschung betrieben: Stabilität von Permafrostböden und Moränen, Hinweiskarten von gefährlichen Gletschern, Permafrostkonzept und Studie über die Effizienz von Dammverbauungen.
- Das Jahresprogramm betreffend Erstellung und Unterhalt von Schutzverbauungen wurde ausgeführt. Zusätzlich wurden nach dem Waldbrand in Leuk Massnahmen gegen Steinschlag ergriffen. Im Kanton waren 2003 insgesamt 237 Verbauungsprojekte mit geschätzten Gesamtkosten von Fr. 236'500'000.-- bzw. einem kantonalen Anteil von 45'700'000.-- in Ausführung/Planung. Gleichzeitig betrug die Gesamtverpflichtung in diesem Zusammenhang Fr. 15'000'000.--.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

- Verbauungsprojekte

Fr. 5'230'000.--

Inangriffnahme der 3. Rhonekorrektur, um die Sicherheit von Personen und Gütern vor den Hochwassern der Rhone unter den Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten

- Die Ziele des Pilot-Ausschusses (COPIL-R3) wurden definiert. Eine Begleitgruppe wurde für die Landwirtschaft unter der Leitung der KDL, in Zusammenarbeit mit der «Walliser Landwirtschaftskammer», gebildet. Die Beteiligung des Kantons Waadt und der Vereinigungen und externen Partner wird 2004 Gegenstand eines formellen Entscheides bilden.
- Die Wiederinstandstellungsarbeiten der Dämme infolge der Unwetter vom Oktober 2000 wurden eingeleitet und gehen in den Gemeinden Riddes, Martigny, St-Maurice, Massongex, Collombey-Muraz, Vouvry und Port-Valais weiter.
- Die prioritären Massnahmen von Visp, Chippis und Fully sind im Studium. Die Mandate wurden vergeben und die Ausschreibungsdossiers für Ende 2004 vorgesehen.
- Die Grundlagen des Ausbauplanes R3 (früheres allgemeines Projekt) sind in Vorbereitung. Ein Expertenauftrag zur Erstellung der landwirtschaftlichen Grundlagen wurde vergeben. Es wird unter der Leitung der KDL durch einen Ausschuss der «Walliser Landwirtschaftskammer» begleitet.
- Diverse Informations- und Mitteilungskampagnen wurden lanciert: Rhone VS Nr. 4 und 5. Präsentationen in Gemeinden und der Presse.
- Ein Unterhaltsplan der Dämme sowie ein dringender Interventionsplan wurden erstellt und den Gemeinden vorgelegt.

Siehe auch Politikvertrag der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, politisches Ziel 3

Schutz von Personen und Gütern vor den Hochwassern von Nebenflüssen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden

- In Anbetracht einer allgemeinen Besorgnis erregenden Flussbau-Situation des Kantons wurden die Anregungs- und Unterstützungsanstrengungen an die Gemeinden im Jahre 2003 auf folgenden Gebieten fortgesetzt:
 - Erstellung der Gefahrenkarten « Hochwasser », zwecks Übertragung auf die Zonennutzungspläne;
 - Unterhalt der Wasserläufe;
 - Studie und Realisierung der Wasserbauprojekte.
- Die allgemeinen Studien wurden auf dem Gebiet der Gefahrengrundlagen fortgesetzt:
 - die im Jahre 2002 begonnene Studie MINERVE wurde fortgesetzt; sie bezweckt bis 2006 über ein Prävisions- und Bewirtschaftungsinstrument der Hochwasser und über eine Entscheidungshilfe für Krisensituationen zu verfügen;
 - eine Überwachung der Wasserstände der grössten Staudämme wurde eingerichtet;
 - die Studien betreffend Murgänge, Geschiebeführung oder auch kontrollierte Überflutung lieferten für die Bewirtschaftung der Hochwassergefahren bedeutende Zwischenergebnisse;
 - der Vorentwurf zum neuen Gesetz über den Wasserbau ist bereit; das Gesetz kann im Jahre 2004 dem Parlament unterbreitet werden.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003	
• Rhonekorrektur (Bruttoinvestition)	Fr. 5'568'200.--
• Seitliche Wasserläufe, Arbeiten und Studien (gewährte Subventionen)	Fr. 3'367'100.--

Erhaltung und gegebenenfalls Verbesserung der Umweltqualität im weiteren Sinne

Definition von Präventivmassnahmen und Sanierungsprogrammen für die natürlichen Ressourcen (Wasser, Luft, Boden...) in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und unter Förderung freiwilliger Massnahmen

Diese permanente Aufgabe ist in der Umweltschutz-Gesetzgebung verankert, welche die sektoriellen Prioritäten mit Vollzugsterminen festlegt.

Die Behandlung von Baubewilligungsdossiers, insbesondere für UVP-pflichtige-Anlagen, ermöglicht die Festsetzung von Präventivmassnahmen zum Schutze der natürlichen Ressourcen.

- Anpassung und Umsetzung des kantonalen Plans für die Abfallbewirtschaftung.
 - Die erste Version dieses Planes stammt aus dem Jahre 1995. Die 2003 definierten prioritären Aktionen werden im Laufe von 2004 aktualisiert.
- Ausarbeitung der Kataster der belasteten Standorte und der Anlagen mit nicht ionisierender Strahlung bis 2003.
 - das Inventar der belasteten Standorte ist mit Hilfe von externen Büros realisiert worden und konnte 2003 abgeschlossen werden. Für 4142 Standorte ist eine Erstbewertung gemäss Altlastenverordnung durchgeführt worden. Dabei konnten 2'493 Standorte archiviert werden.;
 - die ortsfesten Anlagen betreffend Mobilfunkanlagen sind bei den betroffenen Operatoren verfügbar.
- Umsetzung des Aktionsplans für die Wasserbewirtschaftung « CIPEL » und Erfassung der Grundwasservorräte.
 - die Umsetzung des Aktionsplans „CIPEL“ erfolgt zeitgemäß mit dem Bau der letzten Kläranlagen und der ständigen Verbesserung der Entwässerungsnetze;
 - im Rahmen des internationalen Jahres des Süsswassers wurde eine Broschüre herausgegeben. Sie enthält die Bilanz von 40 Jahren Tätigkeit im Abwasserreinigungs- und Gewässerschutzbereich im Kanton Wallis;
 - die Inventarisierung der nutzbaren Grundwasserschutzzone wird in Zusammenarbeit mit dem CREALP fortgesetzt.

- Fertigstellung des Lärmkatasters der Anlagen bis 2002; Ausarbeitung und Umsetzung des Sanierungsplans « Lärm », insbesondere für die Strassen und Schiessstände.
- Auf der Grundlage des im 2002 erstellten Straßenlärm-Katasters definiert eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe die Sanierungsprioritäten.
- Instandsetzung der Steinbrüche und Kieswerke.
 - wegen den Schwierigkeiten in Zusammenhang mit den Abänderungen der Zonennutzungspläne hat sich die Situation seit 2002 kaum verändert;
 - Anfangs Januar 2003 standen im ganzen Kanton 118 Unternehmungen in Betrieb.
- Konsolidierung und Verallgemeinerung der Aktivitäten des «Luft-Forums».
 - die zukünftigen Tätigkeiten eines vereinfachten Forums stehen in Diskussion. Sie könnten gewisse landwirtschaftliche Aspekte (Ammoniak – Emissionen) oder die Verminderung von Schadstoff – Emissionen auf Baustellen betreffen.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Studienaufträge an externe Büros	Fr. 1'200'000.-
• Kantonsbeiträge (von einer Gesamtsumme von Fr. 22'257'129.- Totalinvestitionen für den Bau von Anlagen im Bereich Gewässerschutz)	Fr. 6'787'557.-
Dies entspricht einer totalen Investition von ca. 42.5 Millionen	

Schutz, Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes

- Betreffend die Vorbeugung von Waldschäden können folgende Elemente erwähnt werden:
 - der Waldbrand in Leuk, welcher im August 2003 rund 310 ha Wald zerstört hat;
 - das Forschungsprogramm betreffend die Waldföhrenproblematik wurde in Zusammenarbeit mit der WSL weitergeführt;
 - die regionalen Waldpläne im Goms sowie in den Gemeinden Orsières und Bagnes wurden weiterentwickelt;
 - das Waldwild-Konzept Simplon-Vispertäler-Schattenberge ist in der Ausarbeitungsphase;
- Damit die Behebung ausserordentlicher Waldschäden gesichert werden konnte, wurden zahlreiche phytosanitäre Eingriffe getätigt; dies vor allem im Chablais und Entremont, welche 1999 durch den Sturm Lothar betroffen wurden, sowie in den durch Lawinen des Winters 2002-2003 zerstörten Wälder. Aus diesem Grund wurde vom Grossen Rat ein Zusatzkredit von Fr. 500'000.-- bewilligt.
- Für die Waldbewirtschaftung können folgende Punkte herausgestrichen werden:
 - das Arbeitsvolumen hat 2003 in den Walliser Wäldern um rund 10 % zugenommen;
 - im Kanton waren 2003 insgesamt 209 Waldbauprojekte mit geschätzten Gesamtkosten von Fr. 189'000'000.-- bzw. einem kantonalen Anteil von 28'200'000.-- in Ausführung/Planung. Gleichzeitig betrug die Gesamtverpflichtung in diesem Zusammenhang Fr. 11'300'000.--;
 - 2 Forstwerkhöfe wurden erstellt und eingeweiht (Stalden und Umgebung, Collombey-Muraz);
 - die Absatzförderung von einheimischem Holz wurde an den Waldwirtschaftsverband WWV/CAFOR delegiert, welcher die öffentlichen Waldeigentümer vereint;
 - insgesamt wurden 33 Kurse für das forstliche Personal unterstützt (Aus- und Weiterbildung; davon 15 im Oberwallis und 18 im französischen Kantonsteil). Die Kurse wurden vom Waldwirtschaftsverband organisiert.
 - 10 Waldkataster, welche den Wald von der Bauzone abgrenzen, wurden durch den Staatsrat homologiert.

Schutz und Aufwertung von Natur, Landschaft und Standorten

- Die Erhaltung und Entwicklung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt wurde wie folgt unterstützt:
 - zahlreiche Sitzungen für die Einrichtung von Naturparks, v.a. für den Pfynwald, das Binntal, les Muerans und Maya-Mont Noble;

- ausbezahlte Subventionen für das Projekt UNESCO Jungfrau – Aletsch – Bitschhorn, den Pfywald und den Naturpark Muverans;
- die Erneuerung und Kontrolle der landwirtschaftlichen Verträge betreffend ökologischer Ausgleich: z.Z. sind 385 Verträge auf einer Fläche von 998 ha in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Schutz und Aufwertung von Natur, Landschaft und Standorten:	Fr. 720'000.--
• Schutz, Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes:	Fr. 4'740'000.--
• Verhinderung und Behebung ausserordentlicher Waldschäden:	Fr. 890'000.--

Schutz des Verbrauchers und der Umwelt vor gefährlichen Substanzen

Schutz des Verbrauchers vor Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen, die seine Gesundheit gefährden können und vor Betrug

- Die Lebensmittelkontrolle mit dem Ziel der maximalen Verminderung der Verunreinigungsgefahr und Nahrungsmittelvergiftung ist, sowohl im Hinblick auf Produktionsniveau, Restauration als auch auf Verteilung im kleinen und grossen Rahmen, eine langwierige Arbeit. Das Inspektorat und sein dezentralisiertes System strebt die Garantie einer maximalen Einheitlichkeit der Kontrollen im Kanton an.
 - zur Optimierung der Kontrollen von Lebensmittelbetrieben wurde ein allgemeines Beurteilungssystem der Lebensmittelsicherheit ausgearbeitet. Die Beurteilung des Sicherheitsniveaus der wichtigsten Punkte erlaubt eine objektive Qualitätseinschätzung der Betriebe. Im Jahr 2003 wurden 2779 Betriebe kontrolliert, wobei in 181 (6,5%) Fällen eine Beanstandung vorgenommen wurde;
 - die Überwachung grosser Verteilerketten, woher der grösste Teil der konsumierten Lebensmittel stammt, wird weiterhin und ständig sowohl durch Hygienekontrollen als auch durch Analysenkampagnen mit gezielten einschlägigen Themen vorgenommen. Dazu gehören z.B. die Analyse der Produktherkunft, der Nitrate in Rohpökelfrüchten und der Pestizidrückstände in Früchten und Gemüse;
 - Es wird immer mehr Gewicht auf die Selbstkontrolle (Qualitätssicherung) aller Betriebe gelegt.
- Eines der Hauptziele des Laboratoriums ist die Gewährleistung eines einwandfreien Trinkwassers für die Walliser Bevölkerung. Im Jahr 2003 wurden 2484 Trinkwasser analysiert, 17,9% davon, wobei ein wesentlicher Teil aus privater Wasserversorgung stammt, genügte den mikrobiologischen Normen nicht.
- Der Wasserinspektor hat in erster Linie die Aufgabe, sich im Falle von Problemen sofort mit den Gemeinden in Verbindung zu setzen, das Wassernetz ab der Quelle bis zum Wasserhahn zu kontrollieren und die notwendigen Massnahmen zu fordern. Eine komplette Inspektion der gesamten öffentlichen Wasserversorgung aller Walliser Gemeinden ist über 5 Jahre geplant.
- Die ersten Analytikergebnisse in Bezug auf die Authentizität der Lebensmittel sind viel versprechend und ermutigend. Im Wallis ist die Bildung eines entsprechenden Kompetenzzentrums auf dem besten Wege. Datenbanken, die für jedes Lebensmittel unerlässlich sind, werden zurzeit erstellt.

Kontrolle des Marktes für Giftstoffe und gefährliche Substanzen mit dem Ziel, den Menschen und die Umwelt zu schützen

- Die Kontrolle der Bäderbetriebe wird, bezüglich der mikrobiologischen Wasserqualität und der Hygiene, weiterhin vorgenommen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Sicherheit der Einrichtungen, den angewandten giftigen Produkten und den Desinfektionssystemen gewidmet. Bei Erneuerungen der Betriebsgenehmigungen werden Expertenkontrollen verlangt. Im Jahr 2003 wurden 1077 Wasser aus Badebetrieben analysiert, davon entsprachen 163 (15,1%) nicht den geltenden Normen.

- Die Marktüberwachung der Gifte und umweltgefährdenden Substanzen wurde durch Inspektionen sowie Ausgabe verschiedener Genehmigungen (55), Giftbücher und Giftscheine (244) fortgeführt.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Konsumentenschutz (Lebensmittel, Gifte, Schwimmbäder, Umwelt)	
- Inspektionen und Analysen	: Fr. 1'900'000.--
- Kauf und Erneuerung der Ausrüstung	: Fr. 100'000.--
- Kompetenzpool Authentizität	: Fr. 50'000.--

BAU

Verbesserung und Sicherheit des Strassennetzes

Bau, Nutzung, Erhaltung und Anpassung der Autobahn A9 + Simplon

- Der Bau der A9 von Siders nach Brig geht mit einem Bundessubventionsansatz von 96% weiter. Im Juli 2003 hat der Bundesrat das 7. Langfristige Bauprogramm für die Nationalstrassen in Kraft gesetzt. Dieses Programm sieht die Vollendung der Autobahn im Wallis für den Abschnitt Gampel-Brig für das Jahr 2012 und für den Abschnitt Siders – Gampel für das Jahr 2014 vor; dies mit einer etappierten Inbetriebnahme der fertiggestellten Teilstücke und unter Vorbehalt von neuen Budgeteinschränkungen. Vorrang haben die Umfahrung von Visp sowie der Abschluss der laufenden Arbeiten auf der T9 zwischen Siders und Leuk.
- Die Hauptrealisierungen im Jahre 2003 waren folgende:
 - die Genehmigung am 10.03.2003 durch das UVEK des Ausführungsprojektes des Abschnittes Gampel - Brig, Teilstück Visp Ost – Visp West, mit Ausnahme des Anschlusses Visp Ost, welcher am 17.03.2003 Gegenstand einer zusätzlichen öffentlichen Auflage bildete;
 - die Vergabe der Hauptmandate für den Abschnitt Visp Ost – Visp West (4 Beschwerden hängig);
 - die Vergabe der Arbeiten des Tunnels von Riedberg hinter dem Bahnhof von Gampel (Beschwerde durch das Kantonsgericht abgelehnt);
 - der Beginn der Erdarbeiten des Kreisels von Siders Ost und der Kompensationsmassnahmen von Pfy;
 - die Unterhalts- und Bewirtschaftungsarbeiten wurden gemäss den allgemeinen Sicherheitszielen, der Dauerhaftigkeit der Bauwerke und in Berücksichtigung der Umwelt fortgesetzt

Siehe auch Politikvertrag der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, politisches Ziel 1

Ergänzung, Verbesserung und Unterhalt des kantonalen Strassennetzes

- Die Ausbauarbeiten des kantonalen Strassennetzes (Schweizer Hauptstrassen und Kantonsstrassen) waren im Jahre 2003 hauptsächlich gekennzeichnet durch:
 - Ende des Durchstichs am 10.02.2003 des Tunnels von Hubil in Salgesch auf der T9, Teilstück Siders - Leuk;
 - Bau einer im Rahmen der Entlastungsstrasse von Visp vorgesehenen provisorischen Rhonebrücke, welche die Zufahrt von Visp nach Baltschieder verbessert. Verkehrseröffnung am 19.09.2003;
 - Inbetriebnahme am 18.11.2003 der Umfahrung von Monthey und von Collombey (H21mo), deren Hauptbauwerk der 820 m lange Tunnel von Collombey darstellt;
 - Bau der Brücke von Prolin auf der KS55 Vex – Hérémece. Dieses Lawinenschutzbauwerk wurde am 20.11.2003 eingeweiht;
 - Beginn am 4.12.2003 der Bohrarbeiten des Sondierstollens von Stägitschugge auf der Strasse von H213 zwischen Stalden und St-Niklaus.
- Die durch den Bund betreffend die Klassierung der Strassen von nationaler Bedeutung unternommenen Schritte gingen im Rahmen des Strassen-Sachplans weiter. Es wurde jedoch noch keine Entscheidung gefällt. Das gesamte Dossier wird im Rahmen des neuen Finanzausgleichs, dessen Volksabstimmung im Herbst 2004 vorgesehen ist, überprüft.

- Die Anschlussarbeiten an das kantonale Strassennetz der letzten Walliser Gemeinde (Greich) wurden mit der Vollendung des Loses Nr. 2 und dem Beginn der Arbeiten des letzten Loses (Los 3) auf der KS 165 Mörel – Alte- Goppisberg – Greich fortgesetzt.
- Am 29.11.2003 hat ein tragischer Felssturz den teilweisen Einsturz der Galerie von « La Monnaie » bei « Les Trappistes », auf der Strasse des Grossen St. Bernard (H21) zur Folge. Es war ein Todesopfer zu beklagen. Die durch dieses Ereignis betroffene Bergspur wurde am 19.12.2003 nach Umsetzung von provisorischen Massnahmen wiederinstandgestellt.
- Die Reaktivierung des Rutsches von Montagnon hat die Strasse KS 70 Leytron – Ovronnaz stark in Mitleidenschaft gezogen und gab zu einem breit angelegten Schutzprojekt Anlass.
- Die im Jahre 2003 vorgenommenen örtlichen Verbesserungen und verschiedenen Anpassungen erfolgten im Sinne der prioritären Ziele der Sicherheit, der Verkehrsflüssigkeit, der Verringerung der Belästigungen und insbesondere des Lärmschutzes (LSV).

Siehe auch Politikvertrag der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, politisches Ziel 2

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Nationalstrassen (Bruttoinvestition)	Fr. 118'096'400.--
• Kantonsstrassen (Bruttoinvestition)	Fr. 70'269'700.--
• Unterhalt Nationalstrassen (Betriebskosten ohne Gehälter)	Fr. 4'772'960.--
• Unterhalt Kantonsstrassen (Betriebskosten ohne Gehälter)	Fr. 38'488'900.--

Anpassung und Sicherstellung des Unterhalts der Bausubstanz

Erstellen der Neubauten entsprechend dem Vierjahresplan und der Grossratsentscheide, jeweils unter Einhaltung der Termine, der Verpflichtungskredite, sowie der technischen und wirtschaftlichen Zeckmässigkeit

- Vollendung und Bezug der Hochschule Wallis (HEVs) in Siders im Juli 2003
- Teilbezug des Neubaus am Kollegium Spiritus Sanctus (12 Klassenräume) Ende Mai 2003 (Vollständige Inbetriebnahme der Neu- und Umbauten im August 2004)
- Fortsetzung der Umbauten an den Gebäuden der «ehemaligen Erspariskasse (ACE)» und «des Mayennets», dies nach der Gewährung des Zusatzkredites durch den Grossen Rat. - Vorgesehener Bezug der Büros für die DHDA (Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie) im August 2004 und derjenigen der DDV (Dienststelle für Datenverarbeitung) im August 2005
- Beginn der Bauarbeiten für den Schulpavillon (vier Klassenräume) an der HMS (Handelsmittelschule) in Martinach im Oktober 2003. (Bezug der Schulräume Ende Februar 2004)

Unterhalt des Immobilienparks des Staates um die Verminderung des Nutzwertes und des wirtschaftlichen Wertes zu begrenzen

- In Übereinstimmung mit dem Kontrakt beträgt der Gebäudeverlust des kantonalen Immobilienparks für das Jahr 2003 1 %.

Siehe auch Politikvertrag der DHDA, politisches Ziel Nr. 1

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Baurealisierung (vgl. Politikvertrag, Leistungs- und Finanzprogramm LFP 12)	Fr. 17'671'183.--
• Unterhalt und Betrieb (vgl. Politikvertrag LFP 13)	Fr. 6'661'611.--

VERKEHR

Koordinierung und Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel**Verbesserung der Verbindungen nach aussen**

- Die Arbeiten zur Realisierung der Eisenbahn-Basistransversale AlpTransit-Lötschberg kommen gut voran: 90% des Tunnel- und Galeriesystems sind ausgebrochen.
- Die öffentliche Planaufgabe für den Personenbahnhof Visp ist erfolgt. Aufgrund der Intervention des Staatsrates wurden die Lärmschutzmassnahmen erweitert. Dieses Lärmschutzdossier wird 2004 erneut aufgelegt.
- Der Staatsrat hat für die Weiterführung der Prüfung einer Lösung zur gemischten Bedienung Auto-Pendelzüge/regionaler Personenverkehr zwischen Brig und Iselle in Zusammenarbeit mit der Region Verbano Cusio Ossola grundsätzlich grünes Licht erteilt.
- Die Arbeiten zur Anpassung der beiden Simplonröhren an die europäischen Normen wurden 2003 abgeschlossen.
- Die Förderung und Sensibilisierung für das Tunnelprojekt Martigny – Aosta – Santhia wurde in Partnerschaft mit Aosta weitergeführt.

Die Qualität des öffentlichen Verkehrs und die Integration in die Entwicklung sicherstellen

- Mehrere neue Infrastrukturelemente im Bereich des Regionalverkehrs wurden realisiert:
 - Inbetriebnahme des neuen Halts von Salgesch;
 - Wiedereröffnung des Halts von Saint-Léonard mit Restrukturierung des regionalen Busverkehrs Sitten-Siders;
 - Eröffnung der Bahnunterführung und Parkplatz Sitten;
 - Inbetriebnahme des Halts von Chamoson und Châteauneuf

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2003

• Betriebsausgaben, netto:	Fr. 10'100'000.--
• Investitionsausgaben, netto:	Fr. 3'300'000.--

REFORM- UND RESTRUKTURIERUNGSSCHWERPUNKTE

1. Einführen eines Instruments zur Führung des Staates und seiner Verwaltung (e-DIKS) und Neuausrichtung der staatlichen Tätigkeiten

Verbesserung der politischen, strategischen und operationellen Führung des Staates durch die Einführung eines Informationsmanagementsystems, das eine bessere Übersicht und eine erhöhte Transparenz der vom Kanton erbrachten Leistungen sowie eine Neuausrichtung der staatlichen Tätigkeiten ermöglicht.

- Fast alle Dienststellen des Staates haben ihre politischen Ziele, Produktgruppen und Produkte definiert. Die restlichen Definitionen werden bis Ende März 2004 abgeschlossen sein.
- Das erste Modul der Applikation e-DIKS ist seit Dezember 2003 für fast 100 Benutzer in Betrieb. Die Entwicklung der nächsten Module kommt planmässig voran.

2. Sämtliche kantonalen Subventionen überprüfen

Die vom Staat gewährten Subventionen systematisch unter dem Blickpunkt der Zweckmässigkeit, der Wirksamkeit und der Effizienz überprüfen, sie auf die prioritären Projekte konzentrieren und neue Subventionsarten suchen.

- Im Jahre 2003 hat sich das Departement auf die Erarbeitung eines umfassenden Inventars sämtlicher vom Kanton im Jahre 2002 gewährten Subventionen (sowohl für den Aufwand der Laufenden Rechnung als auch für den Investitionsaufwand) konzentriert. Dieses Inventar dient als Grundlage für die Überprüfung der Subventionen.
- Der Startschuss für diese Überprüfung fiel Ende 2003; sie wird im Jahre 2004 im Rahmen der Arbeiten der von Grossrat Grégoire Luyet präsidierten parlamentarischen Kommission „Revision der Strukturen und der Subventionen“ fortgesetzt. Mit dieser Studie, die auf praktischer Ebene vom kantonalen Finanzinspektorat durchgeführt wird, sollen die kantonalen Subventionen analysiert und insbesondere im Lichte der diesbezüglichen Gesetzesgrundlage sowie der Zweckmässigkeit deren Beibehaltung angesichts der Bestimmungen des Subventionsgesetzes geprüft werden.

3. Revision des interkommunalen Finanzausgleichs

Das System des interkommunalen Finanzausgleichs eingehend überprüfen.

- Die mit der Vorbereitung der Totalrevision des interkommunalen Finanzausgleichs betraute ausserparlamentarische Kommission hat ihre Arbeiten abgeschlossen und ihren Bericht unterbreitet. Der Entwurf wurde in die Vernehmlassung geschickt und sollte dem Parlament gegen Ende des Jahres 2004 unterbreitet werden können.

Siehe auch DFLA „Sanierung der Gemeindefinanzen, Revision des interkommunalen Finanzausgleichs und Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte Nr. 6

4. Das Steuersystem anpassen

Das Walliser Steuersystem harmonisieren und effizienter gestalten und gewisse Steuern, Gebühren und Abgaben an die aktuellen Bedingungen anpassen.

- Im Jahre 2003 wurde eine Reihe von prioritären Informatikprogrammen realisiert:
 - Anpassung des Programms zur computergestützten Veranlagung (TAO), um den Übergang zur einjährige Postnumerandobesteuerung für natürliche Personen zu gewährleisten;
 - Einführung eines neuen Programms für die Fristenbewirtschaftung;
 - Informatisierung der Quellenbesteuerung;
 - Installation eines Programms zur Kontrolle des Wertschriftenverzeichnisses.

- Vereinfachung der Veranlagungsverfahren
 - die vom DFLA ernannte Ad-hoc-Kommission, bestehend aus Vertretern der Gemeinden, der Treuhandbüros und der kantonalen Steuerverwaltung, hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Im Juni 2003 hat sie ihren Schlussbericht unterbreitet;
 - aufgrund dieses Berichts hat der Staatsrat beschlossen, Gemeinden, die folgende fakultativen Aufgaben wahrnehmen, eine Entschädigung von Fr. 10.— pro Steuerpflichtigem zu entrichten: Kontrolle der Löhne und Berufsauslagen, Kontrolle der Renten, Wertschriftenverzeichnisse und Belege, Kontrolle der Passivzinsen und der diesbezüglichen Schulden;
 - diese Massnahme ist bereits seit dem 1. Januar 2004 in Kraft. Sie wurde im Voranschlag 2004 mit einem Betrag von 1.5 Millionen Franken vorgesehen.
- Revision und Anpassung einzelner Steuern und Abgaben
 - am 15. Oktober 2003 unterbreitete der Staatsrat dem Grossen Rat ein Reglement bezüglich der Katastertaxen. Der Grosse Rat lehnte es jedoch ab, auf dieses Reglement, das die Anpassung der Steuerwerte für Wohn- und Renditenhäuser sowie für industrielle Anlagen vorsah, einzutreten.

5. Die Schule von morgen gemeinsam gestalten

Die Möglichkeiten zur Optimierung der Strukturen, der Organisation und der Funktionsweise des kantonalen Schulsystems analysieren.

Überlegungen und Analysen bezüglich Optimierung der Strukturen, Funktionalität des Schulsystems und des Departements für Erziehung, Kultur und Sport sind unternommen worden. Dabei wurden gangbare Möglichkeiten aufgezeigt, die allerdings Gesetzesrevisionen bedingen und die im Rahmen des Budgets 2005 vorgeschlagen werden können.

Folgender Umsetzungszeitplan wurde ausgearbeitet:

- Straffung der Programme und Anpassung der Stundentafel der obligatorischen Schulzeit:
 - Primarstufe: Einführung für das Schuljahr 2004/2005 nach entsprechender Gesetzesänderung;
 - Orientierungsschule: Einführung für das Schuljahr 2003/2004.
- Streben nach Adäquatheit, Rationalität und Qualität des Unterrichts auf der Sekundarstufe II (allgemeine und berufsbezogene Bildungsgänge):
 - Sekundarstufe II allgemein: gemäss den Resultaten der Auswertung der neuen Maturität (Juni 2003);
 - Sekundarstufe II Berufsschulen: parallel mit dem schrittweisen Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes (die vorgängigen Arbeiten und vorbereitenden Analysen sind bereits im Gang).
- In den Bereichen der tertiären Ausbildung die prioritären Angebote aufgrund der Bedürfnisse, der kritischen Masse und der Kosten pro Studierendem festlegen. Für 2003/2004 wurden folgende Ziele gesteckt:
 - Erarbeitung von Leistungs- und Qualitätskriterien für alle Schulen und Institutionen der tertiären Stufe unter Berücksichtigung der Durchschnittskosten pro Studierendem;
 - Schrittweise Konsolidierung der Pädagogischen Hochschule (PH), (Aufnahme eines dritten Jahrganges);
 - Eröffnung der Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit (FHW-GS) und der Walliser Schule für Gestaltung (ECAV).
- Überprüfen eines Lehrerstatuts, welches den zukünftigen Bedürfnissen und Anforderungen Rechnung trägt:
 - Diskussion und Bestimmung der hauptsächlichen Reformpunkte des Lehrerstatuts der obligatorischen Schule und der Schulen der Sekundarstufe II, allgemein und mit Berufsschulen.
- Neudefinition der verschiedenen juristischen, administrativen und finanziellen Beziehungen bzw. Verbindungen zwischen Staat, Gemeinden und Institutionen in den Bereichen Erziehung und Bildung:
 - Konzepterarbeitung (Ziele, Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, Organisation, Planung) im Jahre 2004;
 - Umsetzung des Projekts und Ausarbeitung von Vertragsmodellen mit den Institutionen in den Jahren 2004 und 2005.

- Überprüfen der Subventionsform und des Subventionssystems bezüglich der schulischen Einrichtungen:
 - Revision der Weisungen und Richtlinien über Schulhausbauten, die dem Staatsrat vorzulegen sind.
- Einrichtung eines Kontroll- und Führungssystems sowie einer Steuerung des Schulsystems mittels Indikatoren:
 - Auswahl von treffenden Indikatoren als Führungs- und Verwaltungsinstrumente;
 - Schrittweise Einführung eines informatisierten Verwaltungssystems der kantonalen Schulen mit Modulen.

6. Reorganisation der Territorialstrukturen des Kantons

Die Strukturen auf Gemeinde- und Regionalebene redimensionieren und die Beziehungen Kanton-Gemeinden neu definieren.

- Begünstigung von Gemeindefusionen durch Förderungsmassnahmen, namentlich über den revidierten Finanzausgleich und über die Anpassung des Gesetzes über die Gemeindeordnung
 - Bereits getroffene oder laufende Massnahmen
 - Änderung vom 14. April 1999 der Verordnung zum interkommunalen Finanzausgleich (Finanzhilfen bei Gemeindefusionen).
 - Änderung vom 15. November 2001 des Gesetzes über die Gemeindeordnung (Homologation von Darlehen).
 - Das neue Gemeindegesetz (GG) wurde dem Parlament vorgelegt, das dieses in erster Lesung angenommen hat. Nach seiner Schlussgenehmigung und unter Vorbehalt des Referendums sollte es im Verlaufe des Sommers 2004 in Kraft gesetzt werden können.
 - Die Verfassungsrevision mit dem Ziel der Aufhebung der systematischen Homologationsverfahren für wichtige Gemeindegeschäfte und der Ermächtigung der Urversammlungen zur Beschlussfassung über den Voranschlag wurde vom Parlament als zweckmässig angenommen. Sie wird eine erneute Revision des Gemeindegesetzes zur Folge haben.
 - Das neue Gesetz über die politischen Rechte mitsamt der begleitenden Botschaft wurde dem Staatsrat im Dezember 2003 vorgelegt.
 - Enteignungsgesetz: Die Arbeiten der ausserparlamentarischen Kommission begannen im Herbst 2003.
 - Kommentar
 - Der in erster Lesung angenommene Entwurf des Gemeindegesetzes stellt materielle Bestimmungen bereit, namentlich Bestimmungen von finanzieller Tragweite, die eine Förderung von Gemeindefusionen ermöglichen. Das Gesetz muss mit einer Verordnung des Staatsrats hinsichtlich der Höhe der auszurichtenden Beiträge ergänzt werden
 - Zeitplan
 - Februar 2004: Zweite Lesung des GG im Grossen Rat.
 - Sommer 2004: Inkraftsetzung unter Vorbehalt des Referendums.
 - Frühjahr 2004: Erste und zweite Lesung über die Verfassungstexte bezüglich der Gemeindeordnung, dann Volksabstimmung (Sommer/Herbst 2004).
 - März 2004: Erste Lesung im Grossen Rat des Gesetzes über die politischen Rechte. Die zweite Lesung sollte so traktandiert werden, dass ein Inkrafttreten für die Gemeindewahlen im Dezember 2004 möglich ist.
 - Enteignungsgesetz: Eröffnung der Vernehmlassung ist vorgesehen im Sommer 2004.
- Neudefinition der Bezirksordnung und des Präfektenstatuts
 - Bereits getroffene und laufende Massnahmen
 - Oktober 1998: Hinterlegung des Berichts der ausserparlamentarischen Kommission.
 - Dezember 1999: Botschaft des Staatsrats.

- März 2000: Beratung über die Zweckmässigkeit einer Revision der Kantonsverfassung (Bezirksordnung und Präfektenstatut). Die Revision wurde grossmehrheitlich angenommen.
- Der Schlussbericht der ausserparlamentarischen Kommission wurde Ende November 2002 hinterlegt.
- Kommentar
Der Bericht der ausserparlamentarischen Kommission sowie der Vorentwurf zur Verfassungsrevision wurden in die Vernehmlassung geschickt. Das sehr gedrängte Gesetzgebungsprogramm des Departements, sowie das Warten auf die Bestimmungen, welche der Bund bezüglich der IHG-Regionen fassen muss, hat die Revisionsarbeiten der Verfassung, welche als weniger prioritär als das GG und das GPR eingestuft wurden, verzögert.
- Zeitplan
 - Sommer 2004: Botschaft und Entwurf der Verfassungstexte an den Staatsrat.
 - Zweites Semester 2004: Verabschiedung des Entwurfs durch den Staatsrat, anschliessend Überweisung an die parlamentarische Kommission.
- Prüfung der Neukonzeption der sozio-ökonomischen Regionen
 - Diese Frage bildet Gegenstand einer umfassenden Revision auf Bundesebene im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP). Die kantonalen Vollzugsbestimmungen sind in diesem Projekt vorgegeben.
 - Die Vernehmlassung zum Projekt des Bundes über diese Revision wird auf den Frühling 2004 erwartet. Die kantonalen Ausführungsbestimmungen sind an das Bundesprojekt gebunden und hängen ebenfalls von der Verfassungsrevision über die Bezirksordnung ab.

7. Grosse Projekte (Autobahn A9 und dritte Rhonekorrektio) evolutiv verwalten

Personalressourcen der Nationalstrassen für das Projekt der 3. Rhonekorrektio bereitstellen.

- Die Organisation sowie die Führungs- und Begleitstrukturen des Projekts sind unverändert und entsprechen dem Entscheid des Staatsrates vom 27. November 2002.
- Das Projektteam umfasst 13 Personen.
- Die Subventionsverhandlungen betreffend die Korrektio der Rhone und ihrer Nebenflüsse sind mit den Bundesämtern (BWG und ASTRA) im Gange.

Siehe auch Politikkontrakt der Dienststelle für Strassen- und Flussbau und Ziele des DVBU.

8. Optimierung der Kosten der kurativen und palliativen Betreuung

Die Kostenzunahme im Gesundheitswesen eindämmen, wobei gleichzeitig die Qualität und die Sicherheit der Leistungen zu erhalten ist

- Infolge der Annahme, durch den Grossen Rat, der Abänderung des Dekretes über das Gesundheitsnetz Wallis vom 4. September 2003, haben sich die Anstrengungen einerseits auf die Einsetzung einer Neuorganisation des Spitalwesens und andererseits auf die Verabschiedung des Spitalkonzeptes 2004 konzentriert;
- Mit Staatsratsentscheid vom 24. September 2003 wurde eine Arbeitsgruppe mit der Untersuchung der verschiedenen, möglichen Varianten beauftragt, die eine Vereinheitlichung der sozialen Bedingungen und der Lohnbedingungen des gesamten Personals der Spitäler in der Zuständigkeit des GNW ermöglichen. Zudem besteht die Zielsetzung des Staatsrates mittelfristig darin, für eine Vereinheitlichung der sozialen Bedingungen und der Lohnbedingungen zwischen den Spitälern, den Pflegeheimen und den Sozialmedizinischen Zentren zu sorgen. Es ist zu erwähnen, dass auf den 01.01.2004 keine grossen Unterschiede in den Arbeitsbedingungen dieser verschiedenen Tätigkeitsbereichen bestehen.
- Seit ungefähr einem Jahrzehnt verwaltet das Gesundheitsdepartement die meisten Gesundheitsinstitutionen über die Vergabe von Leistungsaufträgen. Demnach wurden im Rahmen der Annahme des Spitalkonzeptes 2004 den Spitälern neue Leistungsaufträge erteilt, die jene ersetzen,

- welche im Jahre 1996 gewährt worden sind. Im selben Zusammenhang erstellt der Staatsrat im Rahmen der Umsetzung des Spitalkonzeptes 2004 den Leistungsauftrag für das Gesundheitsnetz Wallis (GNW). Weiter wird der Leistungsauftrag der Sozialmedizinischen Regionalzentren aktualisiert werden. Schliesslich wird der Leistungsauftrag von verschiedenen Gesundheitsligen gegenwärtig revidiert.
- Die Verbesserung der Leistungs- und der Kostentransparenz der Spitäler ist eine stetige Zielsetzung des Staatsrates. Demnach führen die Walliser Spitäler heute eine Kostenträgerrechnung. Weiter ermitteln gewisse Spitäler die Kosten pro Garant und dementsprechend dank einer guten Datenerhebung pro Patient fest. Das GNW ist sich heute von der Wichtigkeit der Kostenträgerrechnung sowie von der daraus resultierenden Leistungserfassung im Bewussten. Die Instrumente zur Erfassung der Krankenpflegeleistungen, so wie der LEP oder der PRN gehören zu den Managementinstrumenten, die in jeder Anstalt aufgenommen werden.
 - die Arbeiten des Steuerungsausschusses INFOVAL wurden abgeschlossen, wobei das zentralisierte und einheitliche Informatiksystem OPALE auf den 01.01.2004 für alle Spitäler verwirklicht worden ist. Gleichzeitig konnten die Projekte der Informatisierung der Pflegeheime für Betagte sowie der Sozialmedizinischen Zentren eingeleitet werden. Schliesslich wird in Anwendung des Bundesgesetzes über die Statistik das Informatiknetz der SMZ im Hinblick auf die Erstellung des Programmes SOSTAT auf den 01.01.2005 mit jenem der Dienststelle für Sozialwesen und des Bundesamtes für Statistik vereinbar sein.
 - Infolge des Rückzuges des Bundes im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm der Bundesfinanzen sowie infolge der Aufhebung der Finanzierung der Institutionen für Drogenabhängige, wird der Kanton eine zusätzliche Last von rund 6 bis 8 Millionen Franken zu übernehmen haben. Daraus resultiert die Notwendigkeit, die Organisation des Netzes an Institutionen zu überdenken, damit soweit möglich die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimiert werden können. Es ist nicht sicher, dass der Kanton die fehlenden Finanzierungsmittel vollumfänglich wird ausgleichen können. Damit dieser Lage gerecht werden kann, werden strukturelle (Geschäftsführung), operative (Zusammenarbeit zwischen den Institutionen) und politische Massnahmen (Ausrichtung des Leistungsangebotes auf die Bedürfnisse und auf die Ressourcen) notwendig sein.
 - In Bezug auf die einheitliche Aufteilung der Lasten zwischen dem Kanton und den Gemeinden bei gleichzeitiger Verhinderung des Lastentransfers wurde die Gesetzesvorlage der ausserparlamentarischen Kommission mit einigen Abänderungen durch den Staatsrat angenommen. Dieser Gesetzesentwurf über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme über die soziale und berufliche Wiedereingliederung wurde dem Grossen Rat unterbreitet. Die erste Lesung ist im April 2004 vorgesehen.

9. Die Organisation des Staates optimieren

Mittels organisatorischer Massnahmen eine rationellere Verwaltung anstreben

- Die Strukturen und Prozesse der einzelnen Organisationseinheiten der Kantonsverwaltung werden permanent hinterfragt und den internen und externen Qualitätsbedürfnissen angepasst. So wurden im Rahmen von verschiedenen Organisationsentwicklungen und hinsichtlich einer Optimierung der Organisations- und Kommunikationsstrukturen zahlreiche systemische und organisatorische Restrukturierungsprozesse geplant. Sie wurden mittels zahlreicher Methoden und Techniken realisiert und führten zu verschiedenen Stellenumwandlungen oder –aufhebungen sowie internen Transfers. Den Erwartungen und Interessen der betroffenen Personen wurde dabei stets Rechnung getragen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES PRÄSIDENTEN DES STAATSRATES	5
Verwaltungsbericht des Präsidiums	7
Staatskanzlei	9
Information	12
Zentrum für Verwaltungsmanagement	13
Grosser Rat - Parlamentsdienst	14
DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN	 17
Einleitung	19
Finanzverwaltung	22
Steuerverwaltung	25
Dienststelle für Personal und Organisation	26
Kantonale Dienststelle für Informatik	28
Rechtsdienst	30
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	31
Dienststelle für Vermessung	32
Dienststelle für Grundbuchämter	33
Dienststelle für Landwirtschaft	35
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	 41
Einleitung	43
Dienststelle für Gesundheitswesen	45
Kantonale Anstalten	45
Dienststelle für Sozialwesen	48
Kantonale Ausgleichskasse	49
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	51
Veterinärdienst	53
Dienststelle für Energie	53
Dienststelle für Wasserkraft	55
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	 57
Einleitung	59
Verwaltungs- und Rechtsdienst	61
Kantonale Dienststelle für die Jugend	63
Dienststelle für tertiäre Bildung	67
Dienststelle für Unterrichtswesen	69
Dienststelle für Berufsbildung	73
Mediathek Wallis	76
Staatsarchiv	78
Kantonsmuseen	79

	Seite
DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT	81
Einleitung	83
Direktion der Wirtschaftsentwicklung Wallis (DWEW)	85
Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann	85
Verwaltungs- und Rechtsdienst	86
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	87
Strafanstalten	88
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	89
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	90
Kantonspolizei	91
Dienststelle für innere Angelegenheiten	93
Raumplanung	94
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	96
Dienststelle für Tourismus- und Regionalentwicklung	99
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	103
Einleitung	105
Verwaltungs- und Rechtsdienst	106
Dienststelle für Verkehrsfragen	107
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	111
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	119
Dienststelle für Wald und Landschaft	120
Umweltschutz	124
Kantonales Laboratorium	128
UMSETZUNG DER RICHTLINIEN DER REGIERUNGSPOLITIK 2002 - 2005 AM ENDE DES JAHRES 2003	133

